

Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/2006

VORWORT

Der vorliegende Bericht über Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark ist der **zweite umfangreiche Armutsbericht der Landesstatistik Steiermark**. Mit dieser Publikation wird nun die im Jahr 2006 begonnene Berichterstattung zur Armutssituation in der Steiermark fortgesetzt.

Datenbasis des Berichts ist die **Sonderauswertung Steiermark EU-SILC 2006** (über Einkommen und Lebensbedingungen) von Statistik Austria. Weitere Daten kommen aus Publikationen der Landesstatistik Steiermark, des Hauptverbandes der österreichischen Sozialversicherungsträger, der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, des Bundesministeriums für soziale Sicherheit und Generationen sowie von Statistik Austria.

Die **Schwerpunkte des Berichtes** sind die Darstellung der Armutssituation in der Steiermark – wobei hier besonders auf Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen eingegangen wird – sowie die Analyse der Verteilung und der Lebenssituation von besonders armutsgefährdeten Gruppen. Daran anschließend wird auf staatliche Sozialleistungen im Kontext von Armutsgefährdung und Armutsbekämpfung näher eingegangen. Das abschließende Kapitel wird einem Bereich gewidmet, der im Rahmen von EU-SILC 2006 besonders beleuchtet wurde, nämlich das Thema „Soziale und kulturelle Teilhabe“, das nach Armutslagen analysiert wird.

Somit bietet dieser Bericht eine **Grundlage zur Darstellung der Armutssituation in unserem Bundesland**, indem diesbezügliche detaillierte Informationen und Analysen geliefert werden, wodurch auch ein besseres Verständnis für diese Problematik geschaffen werden soll. Über die Armutssituation hinaus werden aber auch weitere interessante Aspekte wie Gesundheitszustand, Lebenszufriedenheit und eben diesmal die soziale und kulturelle Teilhabe in den verschiedenen Bevölkerungsgruppen der Steiermark betrachtet.

Graz, im Juni 2008

DI Martin Mayer
Landesstatistiker

AU ISSN 0039-1093

52. Jahrgang

Eigentümer, Herausgeber, Verleger:

Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 1C - Landesstatistik

Redaktion: DI Martin Mayer (Tel.: 0316/877-2904, FAX: 0316/877-5943)

E-mail: landesstatistik@stmk.gv.at

Internet: www.statistik.steiermark.at

Preis pro Exemplar: €6 + Versandkosten

Druck: Abteilung 2 Zentrale Dienste, Referat Zentralkanzlei

8010 Graz, Hofgasse 13

INHALTSVERZEICHNIS

1	ZUSAMMENFASSUNG.....	7
2	ZUGRUNDELIEGENDE ARMUTSBEGRIFFE – DEFINITIONEN	11
2.1	Verfügbares Haushaltseinkommen	12
2.2	Äquivalenzeinkommen	12
2.3	Armutgefährdungsschwelle.....	13
2.4	Armutgefährdung	13
2.5	Armutgefährdungsquote	14
2.6	Armutgefährdungslücke.....	14
2.7	Armutslagen	14
3	(ARMUTS)SITUATION IN DER STEIERMARK – FAKTEN	16
3.1	Einkommen und Armutgefährdung	16
3.1.1	Haushaltseinkommen	16
3.1.2	Äquivalenzeinkommen	18
3.1.3	Armutgefährdung.....	25
3.1.4	Armutslagen in Österreich	35
3.2	Lebensbedingungen in der Steiermark.....	36
3.2.1	Konsum	36
3.2.2	Finanzielle Einschränkungen.....	41
3.2.3	Wohnen	46
3.2.4	Gesundheit.....	60
3.2.5	Zufriedenheit.....	69
3.2.6	Armutslagen – Deprivation	70
4	ARMUTSGEFÄHRDETE GRUPPEN.....	72
4.1	Der Zusammenhang von Bildung und Armut.....	72
4.1.1	Bildungssituation in Österreich und der Steiermark.....	72
4.1.2	Auswirkungen des Bildungsniveaus auf die Armutgefährdung.....	76
4.2	Der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Armut	81
4.2.1	Beschäftigungssituation in der Steiermark.....	81
4.2.2	Arbeitslosigkeit in Österreich und der Steiermark.....	82
4.2.3	Working Poor	93

4.3	Der Zusammenhang von bestimmten Bevölkerungsgruppen und Armut.....	102
4.3.1	Weibliche Bevölkerung.....	102
4.3.2	PensionistInnen	109
4.3.3	Menschen mit Behinderung	119
4.3.4	MigrantInnen	123
4.4	Haushalts- und Familientyp.....	131
4.4.1	Haushalts- und Familienstruktur in der Steiermark.....	132
4.4.2	Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern.....	135
4.4.3	(Paar-)Familien mit ... Kindern	146
4.4.4	Alleinerzieher-Familien	148
4.4.5	Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin	149
5	SOZIALSCHUTZ.....	156
5.1	Arten des Sozialschutzes	156
5.2	Sozialausgaben	158
5.3	Bedeutung staatlicher Sozialleistungen.....	160
5.3.1	Armutshindernde Wirkung staatlicher Sozialleistungen	160
5.3.2	Staatliche Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle	161
5.3.3	Resümee	165
6	SOZIALE UND KULTURELLE TEILHABE	166
6.1	Soziale sowie kulturelle Teilhabe in Armutslagen	167
6.1.1	Armutslagen in Österreich	168
6.1.2	Soziale Kontakte in Armutslagen	168
6.1.3	Zugang zu Ressourcen des sozialen Netzes in Armutslagen.....	171
6.1.4	Kulturelle Teilnahme in Armutslagen.....	173
6.1.5	Resümee	175
7	DATENQUELLEN.....	176
7.1	EU-SILC 2006 - Sonderauswertung Steiermark.....	176
7.1.1	Stichprobe.....	177
7.1.2	Erläuterungen zu EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark	179
7.2	Arbeitsmarkt 2007 – Steirische Statistiken	180
7.3	Einkommensstatistik 2006 – Steirische Statistiken.....	180
7.4	Privathaushalte in der Steiermark – Steirische Statistiken	180
7.5	Familien in der Steiermark – Steirische Statistiken	180

7.6	Wohnbevölkerung am 1.1.2007 - Steirische Statistiken	181
7.7	Familien- und Haushaltsstatistik sowie Arbeitskräfteerhebung 2006 – Statistik Austria.....	181
7.8	Handbuch der Österreichischen Sozialversicherung 2008.....	181
7.9	Regionalstatistik 2007 – Arbeiterkammer Steiermark.....	181
7.10	Sozialschutz in Österreich - BMSK.....	181
	QUELLENVERZEICHNIS	182
	Verzeichnis	
	Berichte aus der Publikationsreihe "Steirische Statistiken" seit 1980	185

ARMUT UND LEBENSBEDINGUNGEN IN DER STEIERMARK 2005/2006

Bianca Prietl¹, Martin Mayer

1 Zusammenfassung

- 2005 beträgt das mittlere **verfügbare Jahreseinkommen** (Median) der steirischen Haushalte **26.117 Euro**. Das schwächste Einkommensviertel verfügt dabei über maximal 16.863 Euro jährlich, während dem stärksten Einkommensviertel zumindest 38.651 Euro zur Verfügung stehen.
- Das mittlere **Jahresäquivalenzeinkommen** (dieses entspricht einem bedarfsgewichteten Netto-Pro-Kopf-Einkommen – siehe Kapitel 2.3) der Steirer und Steirerinnen im Jahr 2005 beträgt **17.551 Euro** (das sind 1.463 Euro monatlich).
- Die **Armutsgefährdungsquote** liegt in der Steiermark bei **11,6%** (das ist etwas mehr als jede(r) Neunte) bzw. mit einer Wahrscheinlichkeit von 95% zwischen 9,3% und 14% (Stichprobe!). Demnach sind **136.000 SteirerInnen** (bzw. mit einer 95%-igen Wahrscheinlichkeit 109.000 bis 163.000) **armutsgefährdet**.
- Daten bezüglich der Verteilung der Bevölkerung auf die verschiedenen **Armutslagen** gibt es zwar nur für Gesamtösterreich, jedoch ist die Situation in der Steiermark sehr ähnlich. Mehr als zwei Drittel (68,8%) der Bevölkerung sind nicht arm. Deprivation durch mangelnde Teilhabe in zentralen Lebensbereichen ohne Einkommensarmut erleiden etwa 18,6% der Bevölkerung. Weitere 6,9% sind einkommensarm, ohne jedoch an Deprivation, also mangelnder Teilhabe, zu leiden. Am prekärsten ist die Lage für Menschen, die in **manifestem Armut** (Deprivation und Einkommensarmut) leben. Dies betrifft 5,6% der Bevölkerung und umgerechnet auf die **Steiermark 65.000 Menschen**.
- Der Faktor **Bildung** spielt eine entscheidende Rolle hinsichtlich Einkommen, Armutsgefährdung und Konsum. In der Steiermark beträgt das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss 21.270 Euro, für Personen mit Lehre oder mittlerer Schule 18.257 Euro und für Personen mit maximal Pflichtschulabschluss 16.062 Euro. Dementsprechend liegt die Armutsgefährdungsquote für letztere mit 18% deutlich über dem steirischen

¹ Bianca Prietl hat im Rahmen eines Volontariats die Basis für den vorliegenden Bericht erstellt.

Durchschnitt und auch über der von Personen mit Lehre oder mittlerer Schule (8%) sowie von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (9%).

- Mit einer **Arbeitslosenquote von 6,4%**, sind im Jahresdurchschnitt 2007 31.942 Personen in der Steiermark von Arbeitslosigkeit betroffen. Bei einem mittleren Jahresäquivalenzeinkommen von 14.817 Euro, das beinahe 3.000 Euro unter dem Gesamtmittel liegt, beträgt die **Armutsgefährdungsquote der Arbeitslosen 34%**.
- 5% der steirischen Erwerbstätigen (das sind 24.000 Menschen) sind trotz Erwerbstätigkeit armutsgefährdet und werden demnach als „**working poor**“ bezeichnet.
- Laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung 2006 von Statistik Austria gehen nach dem Labour Force-Konzept von 480.500 unselbständig Beschäftigten in der Steiermark **110.100** einer **Teilzeitbeschäftigung** nach. Diese Beschäftigungsform wird hauptsächlich von **Frauen** (97.000) ausgeübt, deren **Teilzeitquote bei 43,9%** (im Vergleich zu **5% bei Männern**) liegt. Die Armutsgefährdungsquote von Teilzeitbeschäftigten liegt bei 9% (im Vergleich zu 4% von Vollzeitbeschäftigten).
- Auch die **berufliche Stellung** gilt als wichtige Determinante in Hinsicht auf Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. So sind 9% der Hilfsarbeiter, 3% der Facharbeiter und der Personen in höherer oder führender Position sowie 12% der Selbständigen (darunter viele Landwirte) armutsgefährdet.
- **Frauen sind signifikant stärker armutsgefährdet als Männer.** Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen von Frauen beträgt 17.051 Euro und das von Männern 17.876 Euro. 79.000 Frauen (13% aller Frauen) sind in der Steiermark von Armut gefährdet, während dies nur auf 10% der Männer (57.000) zutrifft. Besonders groß ist die Benachteiligung der Frauen gegenüber Männern in den Altersgruppen der bis 19-Jährigen und der über 65-Jährigen.
- Mit Ende 2007 wurden in der Steiermark laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger 283.369 **Pensionen** ausbezahlt. Dabei beträgt die durchschnittliche Alterspension (in Gesamtösterreich) 1.333 Euro für Männer und 790 Euro für Frauen. Die Armutsgefährdungsquote von **Haushalten mit Pension** (als Haupteinkommensquelle) liegt in der Steiermark bei 16% und damit 4 Prozentpunkte über dem steirischen Gesamtdurchschnitt. Stärker benachteiligt sind alleinstehende PensionistInnen mit einer Armutsgefährdungsquote von 30% gegenüber 9% bei Mehrpersonenhaushalten.
- Am 1.1.2007 lebten in der Steiermark 70.252 **Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft** (5,8% der Wohnbevölkerung). Davon kommen 38,1% aus

EU/EFTA-Staaten. Nicht-ÖsterreicherInnen beziehen im Mittel (Median) ein Jahresäquivalenzeinkommen von 13.146 Euro (das sind fast 5.000 Euro weniger als ÖsterreicherInnen). Besonders benachteiligt sind MigrantInnen aus Nicht-EU/EFTA-Ländern: Eingebürgerte beziehen im Mittel 15.470 Euro und ausländische Staatsbürger 13.070 Euro jährlich. 31% der Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft und 34% derer mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft sind armutsgefährdet, während dies nur auf 10% der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zutrifft.

- In der Steiermark leben 933.000 Personen in **Haushalten ohne Pension**. Rund 7% (83.000) der Gesamtbevölkerung leben alleine (in Haushalten ohne Pension), weitere 49% (576.000) in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern und 24% (275.000) leben in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Die Armutsgefährdung ist unter den Alleinlebenden am höchsten und beträgt 29%. Im Vergleich dazu sind 4% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und 11% derer mit Kindern armutsgefährdet.
- Von 81.900 **Paarfamilien** in der Steiermark (Ehepaare und Lebensgemeinschaften, ohne AlleinerzieherInnen, laut Mikrozensus 2006) mit einem Kind sind ca. 6.600 (8%) armutsgefährdet. Von den 64.200 Paarfamilien mit zwei Kindern sind 7.100 (11%) armutsgefährdet und von den 20.200 steirischen Paarfamilien mit zumindest 3 Kindern sind etwa 3.200 (16%) armutsgefährdet. **Ein Ansteigen der Armutsgefährdungsquote mit dem Anstieg der Kinderzahl ist klar ersichtlich.**
- Ebenfalls laut Mikrozensus 2006 gab es in der Steiermark 46.500 (13,4% aller Familien) **AlleinerzieherInnen**. Ungefähr 12.600 (27%) dieser sind armutsgefährdet.
- 297.000 Menschen leben in der Steiermark in einem **Haushalt mit weiblicher Hauptverdienerin**. Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen für diese Haushalte beträgt 16.482 Euro, wohingegen dieses für Haushalte mit männlichem Hauptverdiener bei 17.798 Euro liegt. Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin sind zu 22% armutsgefährdet, während dies nur auf 8% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener zutrifft.
- Ohne **Sozialschutzsystem** läge die Armutsgefährdung in der Steiermark bei 43%. Nach Pensionen aber vor Sozialleistungen würde sie 24% betragen um schließlich auf 12% nach Pensionen und nach Sozialleistungen abzusinken. 8% der steirischen Bevölkerung beziehen ihr Haupteinkommen aus Sozialleistungen und für weitere 21% stellen Pensionen die Haupteinkommensquelle dar. Trotz der armutsreduzierenden Wirkung von Sozialleistungen sind 55% der Personen mit Haupteinkommensquelle

Sozialleistungen und 16% der Personen mit Haupteinkommensquelle Pensionen armutsgefährdet.

- **Personen in prekären Lebenslagen sind auch deutlich schlechter sozial und kulturell integriert.** 8% der ÖsterreicherInnen haben keinen regelmäßigen Kontakt zu Personen außerhalb ihres Haushaltes. Am höchsten ist der Anteil derer, die ohne regelmäßige Sozialkontakte leben, unter den manifest-Armen (15% dieser Männer und 14% dieser Frauen). Ebenso weisen manifest-arme Personen den geringsten Organisationsgrad (regelmäßige Teilnahme an Vereins-/Organisationsaktivitäten) von 18% auf, während dieser bei nicht-armen Personen bei 34% liegt. Besonders tragisch ist, dass sich 17% der Männer und 20% der Frauen, die manifest arm sind, in Notlagen keine Hilfe von sozialen Netzwerken erhoffen, während dies lediglich 7% der Männer und 6% der Frauen, die nicht arm sind, so empfinden.

2 Zugrundeliegende Armutsbegriffe – Definitionen

Armut gehört zu den zentralen Problemen der Menschheit und ihre Bekämpfung ist eine dauernde Herausforderung für Politiker wie Ökonomen. Im Jahr 2000 stellten die Vereinten Nationen die „Millennium Development Goals“ auf. Diese zielen darauf ab, den Anteil der weltweit in Armut lebenden Menschen bis zum Jahr 2015 auf die Hälfte von 1990 zu reduzieren. Dabei werden diejenigen als „arm“ bezeichnet, die mit weniger als einem US-Dollar am Tag auskommen müssen².

Armut ist ein vieldeutig gebrauchter Begriff zur Beschreibung von ökonomischen und/oder sozialen Randlagen (d.h. Zuständen gravierender Benachteiligung). Dabei kommt der Definition von Armutsgrenzen, unterhalb derer Menschen als „arm“ zu bezeichnen sind, eine besondere Bedeutung zu. Die Art der Definition hat verständlicherweise einen großen Einfluss auf den Umfang und die Verteilung von Armut in einer Gesellschaft oder einem Staat. Grundsätzlich unterscheidet man *freiwillige Armut* (z.B. des Franziskaner-Ordens), *absolute* und *relative Armut*. **Absolute Armut** kennzeichnet dabei den Zustand eines physischen Überlebensproblems (hierbei soll ein absolutes Existenzminimum erfasst werden), und **relative Armut** bezeichnet die Lage einer Person, die das gesellschaftliche Existenzminimum nicht aus eigenen Kräften bestreiten kann. Diese letzte Form der Armut ist somit relativ, da sie immer in Bezug zu dem steht, was in einer Gesellschaft als Mindestbedarf oder Existenzminimum festgelegt wird³. Relative Armutsmaße beziehen sich immer auf Ungleichheiten innerhalb einer Gesellschaft.

Obwohl der Begriff „Armut“ für Benachteiligungen in unterschiedlichen Lebensbereichen herangezogen wird, stehen materielle Aspekte meist im Mittelpunkt. Neben dem eigenen Einkommen tragen aber auch andere Faktoren, wie Wohnumfeld, Familienzusammenhang oder Gesundheitsversorgung, zum subjektiven Armutsempfinden bei. Diese und andere, unterschiedliche Formen von Benachteiligungen, stehen meist eng miteinander in Verbindung. Deshalb wird in diesem Bericht Armut von mehreren Seiten beleuchtet. Betrachtet werden Daten zum Einkommen, den Konsummöglichkeiten, den Wohnbedingungen, dem Gesundheitsbefinden und der Lebenszufriedenheit.

Armut hat für die Betroffenen und die Gesellschaft zahlreiche Konsequenzen. Sie geht im Durchschnitt mit einem sehr starken Verlust von existenzwichtigen Versorgungsstandards (Wohnung, Lebensmittel, Kleider etc.) einher und verringert die gesellschaftliche Integration

² Dieser 1-Dollar-Marke entsprechend war 1998 eine von fünf Personen auf der Welt arm (1,2 Milliarden Menschen). (vgl. Darity, 2008, S. 405)

³ Ein zentrales Problem der Armutforschung liegt in der Bestimmung eines solchen Existenzminimums als objektives Kriterium der Armutbestimmung.

und Partizipation erheblich⁴. Im letzten Kapitel dieses Berichtes wird deshalb auch dem Aspekt „sozialer und kultureller Teilhabe“ Rechnung getragen.

Im Folgenden werden nun einige Begriffe und Definitionen zum Thema „Armut“ der EU-SILC⁵ 2006 Studie, auf der dieser Bericht basiert und die häufige Verwendung finden, erläutert.

2.1 *Verfügbares Haushaltseinkommen*

Das verfügbare Jahreseinkommen eines Privathaushaltes errechnet sich aus dem Sekundäreinkommen zuzüglich erhaltener Privattransfers weniger geleisteten Privattransfers.⁶ Das Sekundäreinkommen setzt sich zusammen aus dem Markteinkommen (aus Erwerbstätigkeit und/oder Kapitalbesitz), den Pensionen und Sozialleistungen, sowie den Steuern und Sozialabgaben⁷.

2.2 *Äquivalenzeinkommen*

Das Äquivalenzeinkommen bezeichnet das gewichtete verfügbare Haushaltseinkommen. Damit soll der Lebensstandard von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung (Anzahl der Personen und Altersstruktur) vergleichbar gemacht werden. Dahinter steckt die Annahme, dass es mit zunehmender Haushaltsgröße zu einer Kostenersparnis bei Fixkosten kommt, weil diese auf mehrere Personen aufgeteilt werden können.

Zur Gewichtung des Haushaltseinkommens wird die so genannte EU-Skala (modifizierte OECD-Skala), die auch bei EU-Berichterstattungen zur Anwendung kommt, verwendet. Den Referenzpunkt (oder Konsumäquivalent von „1“) bildet eine allein lebende erwachsene Person. Der Ressourcenbedarf für jeden weiteren Erwachsenen beträgt 0,5 Konsumäquivalente und für jedes Kind unter 14 Jahren 0,3 Konsumäquivalente. Der Gesamtbedarf eines Haushaltes besteht dann aus dem konstanten (fixen) Haushaltsbedarf, das sind 0,5 Konsumäquivalente, und dem Bedarf der jeweiligen Haushaltsmitglieder. Das äquivalisierte Haushaltseinkommen ergibt sich dann, wenn man das verfügbare Haushaltseinkommen durch

⁴ vgl. Reinhold, 2000, S. 32-35 und Fuchs-Heinritz et al., 1994, S. 62

⁵ EU-SILC ist eine EU-weite Erhebung zur Sammlung von allen wichtigen Informationen, die es ermöglichen, ein umfassendes Bild der Lebenssituation von Menschen in Privathaushalten zu gewinnen. Näheres dazu siehe Kapitel 6 „Datenquellen“.

⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 57

⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 11

die Summe der Konsumäquivalente des Haushaltes dividiert. Dieses Äquivalenzeinkommen gilt als Indikator für den materiellen Lebensstandard jedes einzelnen Haushaltsmitglieds⁸.

Tabelle 1

Berechnungsbeispiel für das Äquivalenzeinkommen einer Familie (2 Erwachsene, 1 Kind) mit einem Jahreseinkommen von 30.000 €			
	Nettoeinkommen pro Jahr	Bedarfsäquivalente	Äquivalenzeinkommen
Haushalt	30.000€	0,5+1,3=1,8	16.667€
Mutter	14.000€	0,5	16.667€
Vater	14.000€	0,5	16.667€
Kind	2.000€*	0,3	16.667€

* Zur besseren Veranschaulichung wird hier die Familienbeihilfe als Jahreseinkommen des Kindes ausgewiesen.
Quelle: Statistik Austria, 2007

2.3 Armutsgefährdungsschwelle

Die Armutsgefährdungsschwelle ist jener Betrag des Äquivalenzeinkommens, der die Grenze zur Armutsgefährdung bildet. Menschen mit einem äquivalisierten Haushaltseinkommen unter diesem Schwellenwert werden als armutsgefährdet bezeichnet.

Die Armutsgefährdungsschwelle wird nach Eurostat-Definition bei 60% des Medians⁹ des äquivalisierten Haushaltseinkommens festgelegt¹⁰. In **Österreich** ist das Median-Äquivalenzeinkommen 17.852 Euro. 60% davon sind 10.711 Euro. Durch 12 dividiert, erhält man eine monatliche Armutsgefährdungsschwelle von 893 Euro. Die **Steiermark** hat ein Median-Äquivalenzeinkommen von 17.551 Euro und damit eine Armutsgefährdungsschwelle von 10.531 Euro (jährlich). Auf das monatliche Einkommen heruntergerechnet beträgt die Armutsgefährdungsschwelle 878 Euro¹¹.

2.4 Armutsgefährdung

Armutsgefährdung betrifft alle Personen, deren Äquivalenzeinkommen unter dem Schwellenwert von 60% des Medians des äquivalisierten Haushaltseinkommens liegt¹².

⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 13

⁹ Der Median ist jener Wert, der die Verteilung der erhobenen (bzw. hochgerechneten) Daten in zwei gleich große Hälften teilt. Genau 50% der Population liegen unterhalb und die übrigen 50% oberhalb dieses Wertes.

¹⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 58

¹¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S.18

¹² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 58

Es soll darauf hingewiesen werden, dass diese Definition von Armut nur das Einkommen eines Haushaltes berücksichtigt. Ebenso ist es ein Begriff „relativer Armut“, da er sich auf die durchschnittliche Einkommenssituation von Haushalten in einem Land bezieht¹³.

2.5 Armutsgefährdungsquote

Die Armutsgefährdungsquote ist ein Maß für die Häufigkeit der Armutsgefährdung. Sie gibt den Anteil der Personen in der Gesamtbevölkerung an, die unter der Armutsgefährdungsschwelle leben¹⁴.

2.6 Armutsgefährdungslücke

Die Armutsgefährdungslücke ist eine Maß für die Intensität der Armutsgefährdung (d.h. wie stark Menschen von Einkommensarmut betroffen sind). Dabei wird die durchschnittliche Abweichung des medianen Äquivalenzeinkommens der Armutsgefährdeten von der Armutsgefährdungsschwelle berechnet und als Prozent dieser Schwelle angegeben¹⁵. 2006 betrug die Armutsgefährdungslücke in Österreich 15,5%. Demnach liegt das Einkommen armutsgefährdeter Haushalte im Schnitt um 15,5% unter dem Schwellenwert (60% des Medianeinkommens oder 10.711 Euro)¹⁶.

2.7 Armutslagen

Da Einkommen nur ein indirektes Maß für die Armutssituation darstellt und Armut weit mehr Faktoren umfasst, spricht man im Zusammenhang mit diesem einkommenszentrierten Konzept von *Armutsgefährdung*. EU-SILC 2006 nimmt daher eine Kategorisierung nach vier unterschiedlichen Armutslagen vor, die den Zusammenhang zwischen niedrigem Einkommen und benachteiligten Lebensbedingungen verdeutlichen soll.

Tabelle 2

Zusammenhang von Armutsgefährdung und Deprivation			
		Deprivation	
		NEIN	JA
Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen	NEIN	Nicht arm	Mangelnde Teilhabe
	JA	Einkommensarmut	Manifeste Armut

Quelle: Statistik Austria, 2007

¹³ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 16

¹⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 58

¹⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 58

¹⁶ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 32-33

Dieses Konzept der Armutslagen basiert auf (zumindest) drei Begrifflichkeiten, die jeweils andere Aspekte von Armut erfassen wollen: Armutsgefährdung als Ressourcenmangel (Einkommen), Deprivation¹⁷ als beschränkter Zugang zu einem gewissen Lebensstandard und soziale Ausgrenzung aus, als notwendig erachteten, gesellschaftlichen Bereichen.

Bei Personen, die in „manifeste Armut“ leben, tritt niedriges Einkommen gleichzeitig mit Deprivation in zumindest einem zentralen Lebensbereich auf. Diese Lebenslage ist demgemäß am Gefährlichsten. Andererseits sind andere trotz niedrigem Einkommen von keiner Lebensdimension ausgeschlossen und werden daher als „einkommensarm“ bezeichnet. Umgekehrt wird ein Ausschluss aus zentralen Lebensbereichen ohne Armutsgefährdung als „mangelnde Teilhabe“ bezeichnet. Die restliche Bevölkerung, welche weder Armutsgefährdung durch niedriges Einkommen noch Deprivation erlebt, wird „nicht arm“ genannt¹⁸.

¹⁷ **Deprivation** beschreibt Armut als mangelnde Teilhabe aufgrund mangelnder Ressourcen. Dieser Ressourcenmangel bewirkt, dass nicht im „üblichen“ Maß an der Gesellschaft partizipiert werden kann (d.h. ein üblicher Lebensstandard nicht erreicht werden kann). Deprivation wird über mehrere Faktoren gemessen: **primäre Benachteiligungen** der Lebensführung (sich nicht leisten können: einmal im Jahr Urlaub zu machen, die Wohnung angemessen warm zu halten, bei Bedarf neue Kleider zu kaufen, Fleisch oder Fisch jeden zweiten Tag zu essen, unerwartete Ausgaben zu tätigen oder mit Zahlungen im Rückstand zu sein), **sekundäre Benachteiligungen** der Lebensführung (der erzwungene Verzicht auf folgende erstrebenswerte Güter: PC, Handy, Telefon, Internetanschluss, DVD-Player, Geschirrspülmaschine, PKW), starke **gesundheitliche Einschränkungen** (sehr schlechter Gesundheitszustand, Beeinträchtigung durch eine Behinderung seit zumindest einem halben Jahr, chronische Krankheit), **Wohnungsprobleme** (kein Bad/WC, Schimmel/Feuchtigkeit, dunkle Räume, keine Waschmaschine) und **Probleme im Wohnumfeld** (Lärmbelästigung, Luft-/Wasserverschmutzung durch Verkehr/Industrie, Kriminalität/Vandalismus). Deprivation wird angenommen, wenn zumindest drei Probleme gleichzeitig in einem Bereich – primäre oder sekundäre Lebensbedingungen – auftreten, oder wenn in den Bereichen Gesundheit und Wohnen zwei Probleme in einem Bereich auftreten. Dies bedeutet auch, dass verschiedene Lebensbedingungen subjektiv unterschiedlich (in ihrer Nachteiligkeit) empfunden werden, weshalb es sich hierbei um eine persönliche Beurteilung handelt (vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 42-44). Jedoch sollte beachtet werden, dass der Gesundheitszustand oftmals nicht direkt mit Armut zusammenhängt und daher das Alter der befragten Personen immer berücksichtigt werden muss (vgl. Lamei, Till-Tentschert in: Statistische Nachrichten 4/2005, S. 358).

¹⁸ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 44

3 (Armut)Situation in der Steiermark – Fakten

Im folgenden Abschnitt wird auf die (Armut)Situation der steirischen Bevölkerung eingegangen. Auf Basis der EU-SILC 2006 Sonderauswertung Steiermark werden Daten zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark dargestellt. Auch der subjektiven Lebenszufriedenheit der Steirer und Steirerinnen wird nachgegangen.

Wo dies möglich und sinnvoll ist, werden auch Werte, die Österreich betreffen und Daten des letzten steirischen Armutsberichts (basierend auf EU-SILC 2004) angegeben, um Vergleiche zu erlauben.

3.1 Einkommen und Armutsgefährdung

Einkommen ist einer der wichtigsten Indikatoren für die Messung von Armut. Da der materielle Lebensstandard einer Person viel mehr vom gemeinsamen Einkommen eines Haushaltes abhängt, als vom Personeneinkommen, arbeitet EU-SILC mit dem Konzept des Haushaltseinkommens.

In diesem Abschnitt werden zuerst verfügbares Haushalts- sowie Äquivalenzeinkommen dargestellt, bevor auf die Armutsgefährdung in der Steiermark eingegangen wird.

3.1.1 Haushaltseinkommen

Das verfügbare Haushaltseinkommen erfasst das Netto-Gesamteinkommen des Haushaltes im Kalenderjahr 2005. Die dafür berücksichtigten Einkommensbestandteile sind: Markteinkommen, Pensionen, Sozialleistungen, Steuern und Sozialabgaben sowie private Transfers zwischen Haushalten¹⁹:

¹⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 11

Tabelle 3

Verfügbares Jahreseinkommen 2005 der privaten Haushalte in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen und Erwerbsstatus					
...Haushalte verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	verfügbares Haushaltseinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	491	16.863	26.117	38.651	30.750
Haushalte mit Pension					
Zusammen	149	12.858	19.023	26.673	21.590
Haushalte ohne Pension					
Zusammen	341	19.660	30.992	44.755	34.764
ohne Kinder	150	27.863	36.983	52.037	41.080
mit Kindern	191	16.073	24.382	36.531	29.798
Haushalt mit					
männlichem Hauptverdiener	328	20.670	30.701	42.764	34.168
weiblicher Hauptverdienerin	162	11.439	18.523	29.511	23.823
Haushaltsgröße					
1 Person	163	9.831	14.690	21.035	16.489
2 Personen	140	19.811	26.037	33.275	28.316
3 Personen	90	(27.643)	36.019	(49.946)	40.236
4 und mehr Personen	98	34.596	43.787	62.463	49.247

Wurden in einer Gruppe weniger als 200 Haushalte befragt, dann ist der erste und dritte Quartilswert (25%, 75%) in Klammern ausgewiesen.

Quelle: Statistik Austria, 2007

Hochgerechnet auf 491.000 Haushalte steht einem **steirischen Haushalt 2005 durchschnittlich ein Jahreseinkommen von 30.750 Euro** zur Verfügung. Verglichen mit dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen 2003 (29.206 Euro)²⁰ ist dies eine Steigerung um +5,3%. Im Österreichvergleich liegt die Steiermark 2005 etwas unter dem Durchschnitt von 31.534 Euro²¹.

Eine differenziertere Betrachtung zeigt, dass das schwächste Einkommensviertel in der Steiermark über maximal 16.863 Euro im Jahr verfügt, während das stärkste Einkommensviertel zumindest 38.651 Euro bezieht. Haushalte mit Pension, mit weiblicher Hauptverdienerin sowie mit einer Person oder mit Kindern haben in allen Quartilen ein unterdurchschnittliches Einkommen. Gründe dafür liegen unter anderem in der benachteiligten Einkommenssituation von Frauen²² und im hohen Frauenanteil unter den PensionistInnen.

²⁰ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 19

²¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 24

²² Tendenzielle Ursachen für die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen, die trotz formaler Gleichstellung bei ca. 30% verharrt, sind vielfach bekannt: die wirtschaftlich unvorteilhafte Erstberufswahl von jungen Frauen, Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit durch Karenz, schlechterer Zugang zu betrieblichen Qualifikations- und Aufstiegsmöglichkeiten, kürzere bezahlte Wochenarbeitszeit aufgrund von verstärkter Teilzeitbeschäftigung von Frauen und damit verbundene Beschränkungen bei der Wahl von Arbeitsplätzen (vgl. BMWA, 2000, S. 2-3).

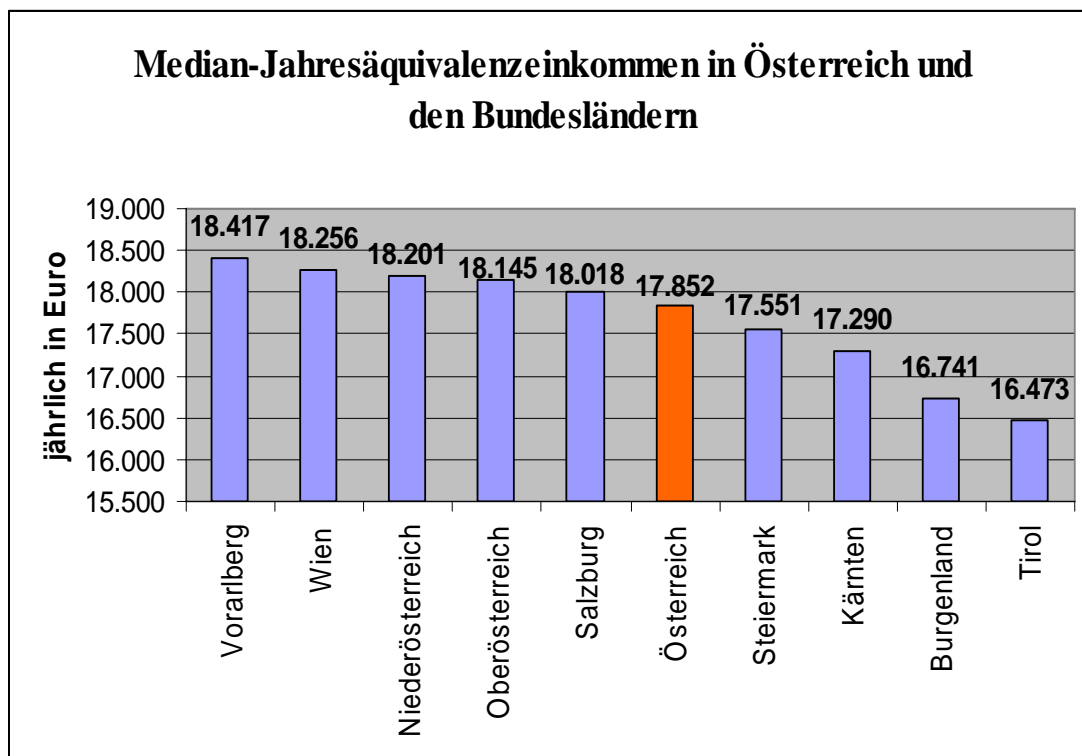
3.1.2 Äquivalenzeinkommen

Die Betrachtung des Äquivalenzeinkommens soll einen besseren Vergleich des Lebensstandards von Haushalten unterschiedlicher Zusammensetzung ermöglichen²³:

3.1.2.1 Äquivalenzeinkommen in Österreich und der Steiermark

Gemäß EU-SILC 2006 liegt das gewichtete Median-Äquivalenzeinkommen der SteirerInnen im Jahr 2005 pro Kopf bei 17.551 Euro (16.548 Euro im Jahr 2003²⁴). Exakter gesagt, liegt es mit 95%-iger Wahrscheinlichkeit zwischen 17.016 Euro und 18.087 Euro. Monatlich verfügen die SteirerInnen damit im Mittel über 1.463 Euro.

Grafik 1



Quelle: Statistik Austria, 2008

Wie eine Publikation des Bundeskanzleramtes aufzeigt, verdienen Arbeitnehmerinnen nach einer Karenz durchschnittlich deutlich weniger als zuvor. Das aus der Unterbrechung resultierende Zurückbleiben beim Einkommen kann auch in einem Zeitraum von 20 Berufsjahren im Schnitt nicht mehr aufgeholt werden (vgl. BKA, 2006, S. 5).

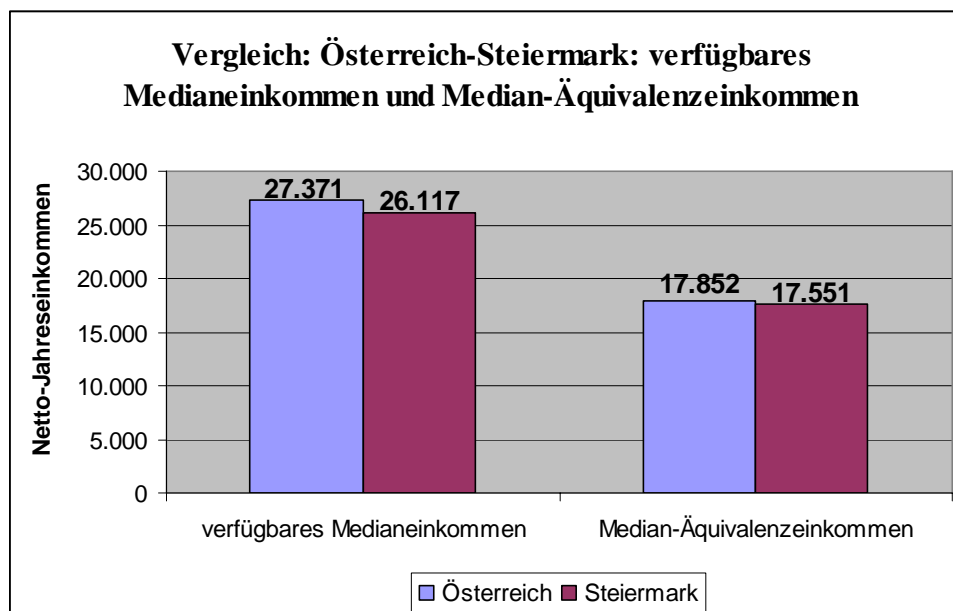
²³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 13-16

²⁴ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 20

Der Österreichvergleich zeigt, dass auch das Äquivalenzeinkommen der SteirerInnen unter dem Bundesdurchschnitt von 17.852 Euro liegt. Überdurchschnittlich hohe Median-Äquivalenzeinkommen gibt es in Vorarlberg mit 18.417 Euro, Wien (18.256 Euro), Niederösterreich (18.201 Euro), Oberösterreich (18.145 Euro) und Salzburg (18.018 Euro). Kärnten, Burgenland und Tirol hingegen haben niedrigere Median-Äquivalenzeinkommen als die Steiermark²⁵.

Die nachfolgende Grafik vergleicht das jährliche verfügbare Haushalts-Medianeinkommen und das Median-Äquivalenzeinkommen jeweils der Steiermark und Gesamtösterreichs. Wie bereits oben beschrieben, liegt die Steiermark in beiden Fällen unter dem Bundesschnitt.

Grafik 2



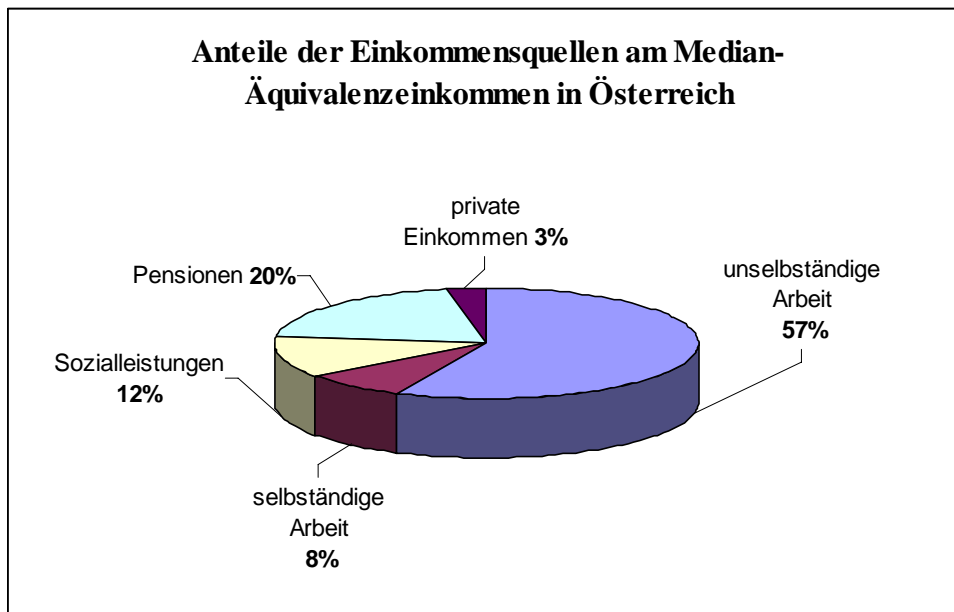
Quelle: Statistik Austria, 2008

Betrachtet man die Zusammensetzung der Haupteinkommensquellen am Median-Äquivalenzeinkommen (österreichweit), so kommen 57% aus unselbständiger und 8% aus selbständiger Arbeit, 12% aus Sozialleistungen, 20% aus Pensionen und 3% aus privaten Einkommen. In der Steiermark und den anderen Bundesländern sind diese Werte mit geringen Schwankungen sehr ähnlich²⁶.

²⁵ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 108

²⁶ vgl. ebd. S. 28

Grafik 3



Quelle: Statistik Austria, 2008

3.1.2.2 Verteilung des Äquivalenzeinkommens in der Steiermark

Nachfolgende Tabellen zeigen die Verteilung des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens in der Steiermark sowohl nach soziodemographischen Merkmalen als auch nach Erwerbsstatus.

Tabelle 4

Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen 2005					
Personen in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen					
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
Männer					
Zusammen	572	14.277	17.876	23.355	19.544
bis 19 Jahre	124	13.342	17.129	21.210	17.783
20 bis 39 Jahre	154	14.471	18.451	24.425	20.009
40 bis 64 Jahre	209	15.393	19.011	24.467	20.967
65 Jahre +	84	(12.363)	16.794	(21.167)	17.758
Frauen					
Zusammen	595	13.147	17.051	22.406	18.516
bis 19 Jahre	116	12.658	15.701	20.564	16.853
20 bis 39 Jahre	154	13.761	17.647	22.561	18.612
40 bis 64 Jahre	197	14.646	18.550	24.340	20.608
65 Jahre +	128	11.300	15.919	20.538	16.678
Staatsbürgerschaft					
Österreich	1.099	13.898	17.858	23.180	19.318
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	24	(12.184)	(15.470)	(18.870)	(15.944)
Nicht Österreich	68	(10.165)	13.146	(16.952)	14.190
davon EU/EFTA	18	(11.171)	(17.311)	(20.834)	(18.155)
davon sonstiges Ausland	50	(9.877)	(13.070)	(15.376)	12.748
höchster Bildungsabschluss					
max. Pflichtschule	275	11.860	16.062	19.586	16.706
Lehre/mittlere Schule	493	14.470	18.257	23.318	19.636
Matura/Universität	211	15.524	21.270	27.308	22.381
Haushalte mit Pension					
Zusammen	234	(11.788)	15.855	20.479	16.999
Alleinstehend	80	(9.965)	(14.041)	19.853	(15.773)
Mehrpersonenhaushalte	153	(12.352)	16.526	20.696	17.642
Haushalte ohne Pension					
Zusammen	933	14.333	17.965	23.357	19.526
Alleinstehend	83	(9.739)	16.027	(21.234)	17.186
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	16.211	20.644	26.893	22.424
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	13.741	17.364	22.085	18.478
Haushalt mit					
männlichem Hauptverdiener	870	14.272	17.798	22.612	19.465
weiblicher Hauptverdienerin	297	11.327	16.482	23.062	17.718

Wurden in einer Gruppe weniger als 200 Personen befragt, dann ist der erste und dritte Quartilswert (25%, 75%), bei weniger als 100 Personen auch der Median und bei weniger als 50 Personen auch das arithm. Mittel in Klammern ausgewiesen. Bildung: nur Personen ab 16 Jahre.

Quelle: Statistik Austria, 2007

Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen in der Steiermark liegt bei 17.549 Euro, wobei das schwächste Einkommensviertel über maximal 13.657 Euro und das stärkste Einkommensviertel über mehr als 22.815 Euro verfügen. Ein überdurchschnittliches Median-Äquivalenzeinkommen beziehen sowohl Männer als auch Frauen im Alter von 20 bis 39 und

40 bis 64 Jahren, sowie Personen mit Lehre, mittlerer Schule, Matura oder Universität, Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder, Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und österreichische Staatsbürger.

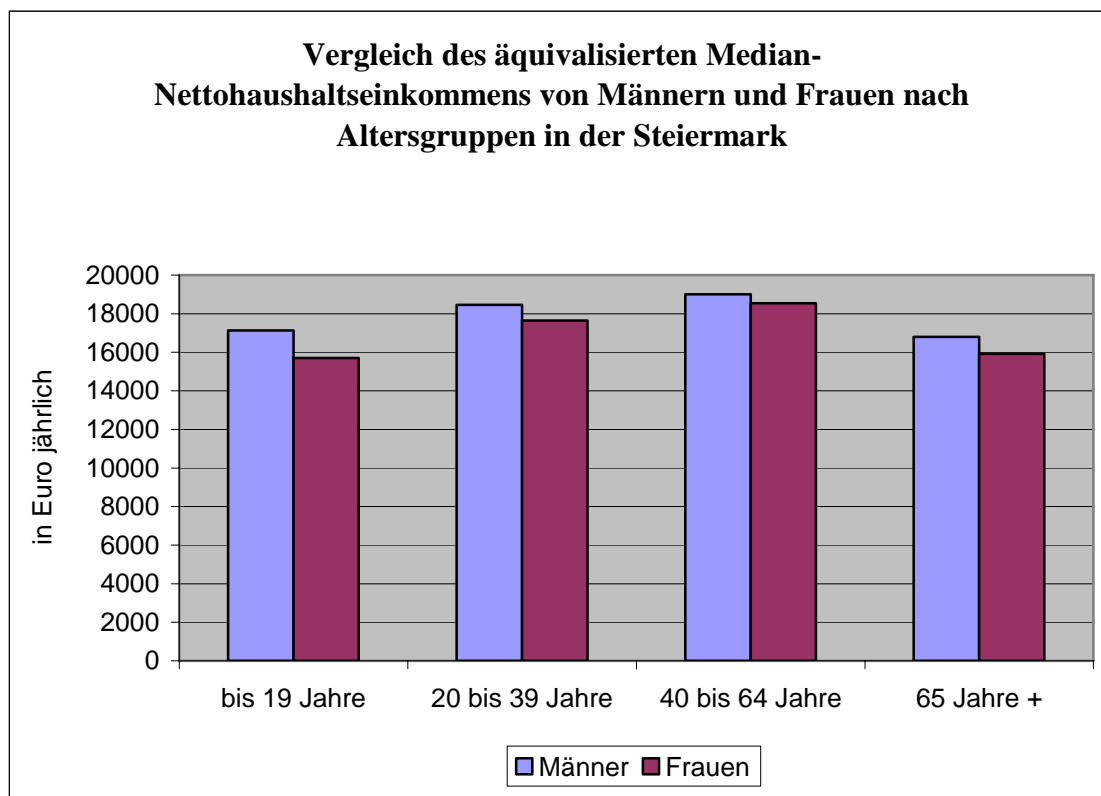
Ein Vergleich nach Geschlecht zeigt, dass Frauen in allen Einkommensquartilen wie auch in jeder Altersklasse weniger verdienen als Männer. Die stärkste Annäherung, und damit den geringsten Einkommensunterschied, gibt es zwischen den Gruppen der 40 bis 64-Jährigen.

Dementsprechend verfügen Haushalte mit männlichem Hauptverdiener im Mittel über ein höheres Äquivalenzeinkommen als solche mit weiblicher Hauptverdienerin. Einzig im stärksten Einkommensviertel ist die Situation umgekehrt.

ÖsterreicherInnen verdienen mehr als MigrantInnen, wobei unter diesen jene aus EU- und EFTA-Staaten besser gestellt sind.

Haushalte mit Pension haben ein deutlich geringeres Äquivalenzeinkommen als solche ohne Pension. Bei letzteren ist das Jahresäquivalenzkommen von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder deutlich höher als das von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern²⁷.

Grafik 4



Quelle: Statistik Austria, 2007

²⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

Tabelle 5

Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen 2005 Personen in der Steiermark nach Erwerbsstatus					
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
Haupttätigkeit (2005)					
Erwerbstätig	502	15.470	19.065	24.277	20.946
davon Vollzeit	413	15.778	19.544	25.273	21.528
davon Teilzeit	89	(13.618)	(17.532)	(21.542)	18.236
Pension	258	13.406	17.105	22.250	18.601
Arbeitslos	(37)	(8.789)	(14.817)	(18.453)	(14.555)
Haushalt	120	11.086	14.270	20.622	16.271
in Ausbildung	63	(13.660)	17.634	(24.189)	19.204
Berufliche Stellung					
nicht erwerbstätig	223	12.207	16.946	23.181	18.371
Hilfsarbeiter	101	(13.605)	16.734	(19.549)	17.067
Facharbeiter	163	15.361	18.452	23.320	19.808
Mittlere Tätigkeit, Meister	78	(17.097)	20.750	(25.741)	22.038
höhere/führende Tätigkeit	88	(19.474)	24.072	(29.798)	26.046
Selbständige	62	(14.498)	18.404	(26.584)	21.784
Erwerbsintensität des Haushaltes					
keine Erwerbstätigkeit	111	9.631	13.009	20.252	15.492
teilweise Erwerbstätigkeit	418	12.929	16.441	21.549	18.072
volle Erwerbstätigkeit	502	16.474	19.550	24.016	21.481

Wurden in einer Gruppe weniger als 200 Personen befragt, dann ist der erste und dritte Quartilswert (25%, 75%), bei weniger als 100 Personen auch der Median und bei weniger als 50 Personen auch das arithm. Mittel in Klammern ausgewiesen. Hauptbeschäftigung: aktuell und nur Personen ab 16 Jahre. Berufliche Stellung: nur Personen 20-64 Jahre.

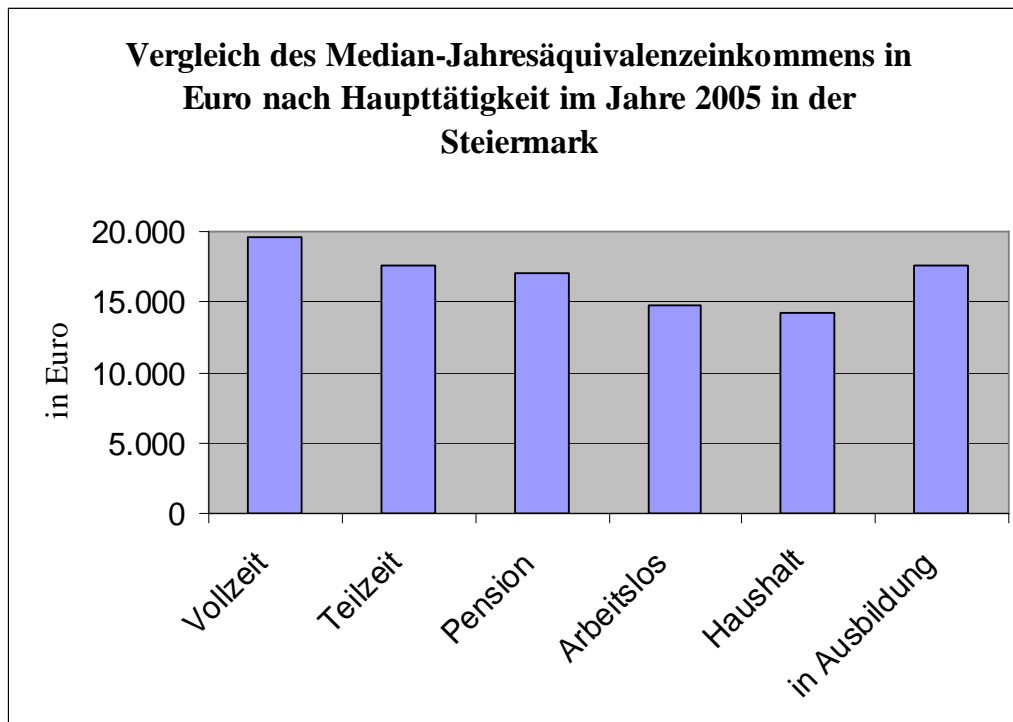
Quelle: Statistik Austria, 2007

Eine Betrachtung des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens nach beruflicher Stellung zeigt, dass unter den Erwerbstätigen Personen mit mittlerer Tätigkeit sowie höherer und führender Tätigkeit am meisten verdienen. Das mittlere Jahresäquivalenzeinkommen von Nicht-Erwerbstätigen und Hilfsarbeitern hingegen liegt unter dem steirischen Median-Äquivalenzeinkommen. Verglichen mit Vollzeit-Beschäftigten haben Nicht-Erwerbstätige im Mittel ein um mehr als 2.500 Euro geringeres Jahreseinkommen.

Großen Einfluss auf das Jahresäquivalenzeinkommen hat auch die Erwerbsintensität²⁸ eines Haushaltes. So beziehen Haushalte mit voller Erwerbstätigkeit ein um mehr als 6.500 Euro höheres Median-Äquivalenzeinkommen als solche ohne Erwerbstätigkeit.

²⁸ EU-SILC 2006 definiert Erwerbsintensität des Haushaltes folgendermaßen: „Anteil erwerbstätiger Personen nach Anzahl erwerbstätiger Monate im Jahr 2005 an allen Personen im Erwerbsalter (20-64 Jahre), unter Berücksichtigung von Voll- oder Teilzeit, Teilzeit erwerbstätige Monate werden als halbe Erwerbsmonate gerechnet. Wurden mehr als 75% der maximalen Erwerbsmonate im Haushalt erreicht, zählt das als volle

Grafik 5



Quelle: Statistik Austria, 2007

Wie obige Grafik zeigt, beziehen Vollzeit-Erwerbstätige mit 19.544 Euro das höchste Median-Äquivalenzeinkommen. Mit einem rund 2.000 Euro geringeren mittleren Äquivalenzeinkommen folgen Teilzeit-Tätigkeiten, Pension und Personen in Ausbildung. Arbeitslose verfügen im Mittel über ein Jahresäquivalenzeinkommen von 14.817 Euro. Das geringste mittlere Äquivalenzeinkommen steht mit 14.270 Euro im Haushalt beschäftigten Personen zur Verfügung²⁹.

3.1.2.3 Resümee

Zusammenfassend zeigt sich, dass 2005 sowohl das verfügbare Haushalts- als auch das Äquivalenzeinkommen in der Steiermark unter dem Schnitt von Gesamtösterreich liegen (Median-Äquivalenzeinkommen pro Jahr: 17.551 in der Steiermark und 17.852 in Gesamtösterreich). Im Mittel haben Männer höhere Einkommen als Frauen, ÖsterreicherInnen höhere als Nicht-ÖsterreicherInnen und Haushalte ohne Pension höhere als

Erwerbstätigkeit, bis zu 75% zählt als teilweise Erwerbstätigkeit, keine Erwerbstätigkeit bei null Erwerbsmonaten. Ausgewiesen werden nur Personen in Haushalten mit mindestens einer Person im Erwerbsalter.“ (Statistik Austria, 2007, S. 59)

²⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 16

Haushalte mit Pension. Ebenso ist ein positiver Zusammenhang von höherer Bildung und steigenden Einkommen zu erkennen. Nach Erwerbsstatus haben Vollzeit-Erwerbstätige das höchste Median-Äquivalenzeinkommen. Dieses steigt weiters mit höherer beruflicher Stellung.

3.1.3 Armutsgefährdung

Armutsgefährdung wird gemäß EU-SILC über niedriges Einkommen definiert. Menschen mit weniger als 60% des Median-Äquivalenzeinkommens werden als armutsgefährdet bezeichnet. Zur Darlegung der diesbezüglichen Situation in der Steiermark werden nachfolgend Daten zur Armutsgefährdung in der Steiermark mit österreichweiten Daten verglichen. Anschließend werden armutsgefährdete Personengruppen näher untersucht³⁰:

3.1.3.1 Armutsgefährdung in Österreich und der Steiermark

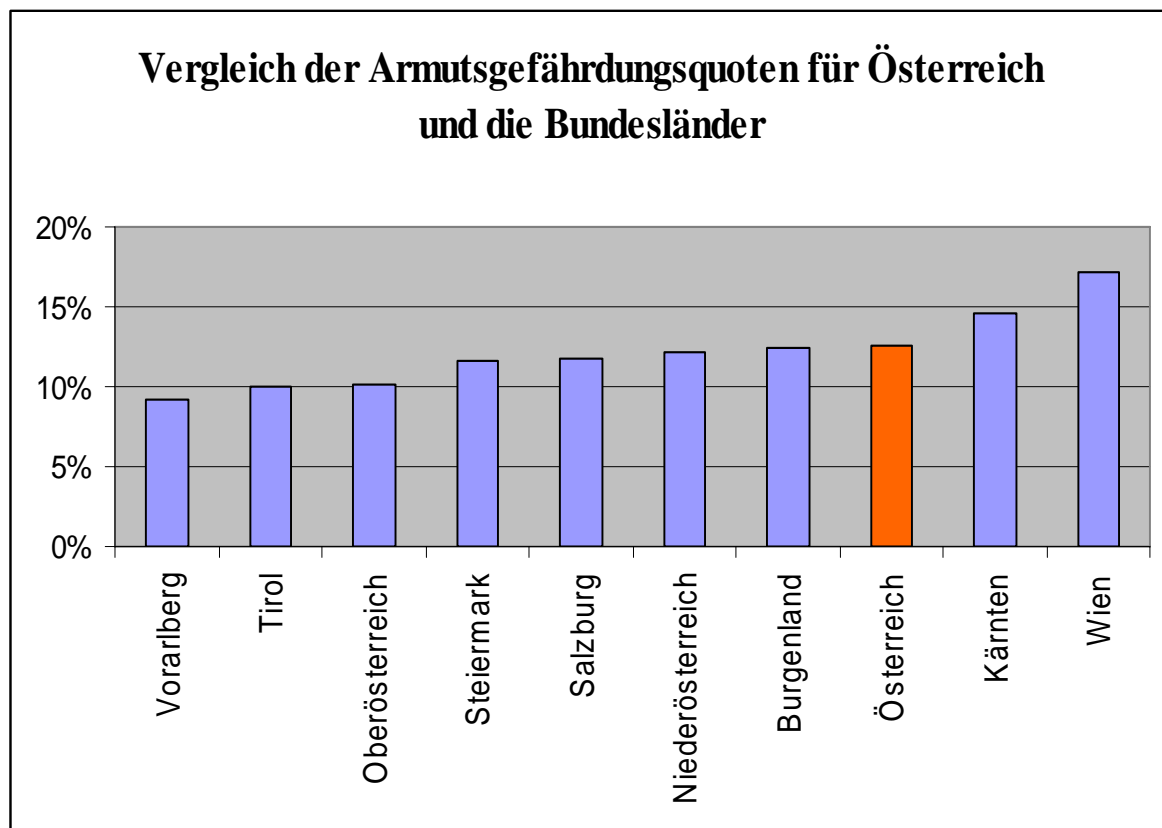
2006 waren 11,6% der steirischen Bevölkerung, also 136.000 SteirerInnen, armutsgefährdet. Im Vergleich zum Jahr 2004 (12,5%)³¹ bedeutet dies eine 0,9%-ige Senkung der Armutsgefährdungsquote. Mit 95%-iger Sicherheit liegt die steirische Armutsgefährdungsquote 2006 zwischen 9,3% und 14% (dies entspricht 109.000 bis 163.000 Personen). Die Armutsgefährdungsquote der Steiermark³² (11,6%) ist damit um 1% niedriger als jene von Österreich (12,6%). Oberösterreich (10,1%), Tirol (10,0%) und Vorarlberg (9,2%) haben niedrigere Armutsgefährdungsquoten als die Steiermark. Höhere Armutsgefährdungsquoten haben Salzburg (11,8%), Niederösterreich (12,1%), das Burgenland (12,4%), Kärnten (14,6%) und Wien (17,2%).

³⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 17-27

³¹ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 26

³² Die EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark verwendet aus Konsistenzgründen die österreichische Armutsgefährdungsschwelle (10.711 Euro) anstelle der steirischen (10.531 Euro) zur Berechnung der steirischen Armutsgefährdungsquote. Da das steirische Einkommensniveau nur geringfügig von dem Gesamtösterreichs abweicht, ist dies problemlos möglich. Die steirische Armutsgefährdungsquote beträgt daher mit Österreich-Schwelle 11,6% anstatt 11,1% mit Steiermark-Schwelle. (vgl. Statistik Austria, 2007, S. 18)

Grafik 6



Quelle: Statistik Austria, 2007

3.1.3.2 Profil armutsgefährdeter Personen

Die Betrachtung **soziodemographischer Merkmale** zeigt, welche Bevölkerungsgruppen in der Steiermark besonders armutsgefährdet sind:

Tabelle 6

Armutsgefährdung in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen								
	Gesamt (=100%) in 1000	nicht armutsgefährdet			armutsgefährdet			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	
Insgesamt	1.167	1.031	100	88	136	100	12	15
Männer								
Zusammen	572	515	50	90	57	42	10	18
bis 19 Jahre	124	109	11	88	15	11	12	18
20 bis 39 Jahre	154	140	14	91	14	11	9	19
40 bis 64 Jahre	209	190	18	91	19	14	9	14
65 Jahre +	84	77	7	91	(8)	(6)	(9)	(11)
Frauen								
Zusammen	595	516	50	87	79	58	13	13
bis 19 Jahre	116	98	9	84	18	13	16	16
20 bis 39 Jahre	154	136	13	88	19	14	12	25
40 bis 64 Jahre	197	181	18	92	16	12	8	14
65 Jahre +	128	102	10	80	26	19	20	13
Staatsbürgerschaft								
Österreich	1.099	984	95	90	115	85	10	14
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(19)	(2)	(80)	(5)	(4)	(20)	(20)
Nicht Österreich	68	47	5	69	21	15	31	19
davon EU/EFTA	(18)	(14)	(1)	(78)	(4)	(3)	(22)	(28)
davon sonstiges Ausland	50	33	3	66	17	12	34	16
höchster Bildungsabschluss								
max. Pflichtschule	275	226	26	82	49	47	18	13
Lehre/mittlere Schule	493	454	52	92	38	36	8	13
Matura/Universität	211	193	22	91	18	17	9	32
Haushalte mit Pension								
Zusammen	234	195	100	84	38	100	16	13
Alleinstehend	80	56	29	70	24	63	30	13
Mehrpersonenhaushalte	153	139	71	91	14	37	9	10
Haushalte ohne Pension								
Zusammen	933	835	100	90	98	100	10	18
Alleinstehend	83	59	7	71	24	25	29	32
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	263	31	96	(12)	(12)	(4)	(19)
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	514	62	89	62	63	11	16
Haushalt mit								
männlichem Hauptverdiener	870	800	78	92	69	51	8	15
weiblicher Hauptverdienerin	297	231	22	78	67	49	22	15
Rechtsverhältnis an der Wohnung								
Hauseigentum	674	631	61	94	43	32	6	13
Wohnungseigentum	123	119	12	97	(4)	(3)	(3)	(23)
Gemeindewohnung	39	29	3	75	10	7	25	16
Genossenschaft	105	85	8	81	20	15	19	14
sonst. Haupt-/Untermiete	146	104	10	71	42	31	29	21
mietfreie Wohnung/Haus	80	62	6	78	17	13	22	13

Quelle: Statistik Austria, 2007

Wie aus obiger Tabelle ersichtlich wird, sind Nicht-ÖsterreicherInnen aus Nicht-EU bzw. EFTA Staaten mit einer Armutsgefährdungsquote von 34% am meisten armutsgefährdet.

Auch Nicht-ÖsterreicherInnen insgesamt haben eine äußerst hohe (die zweithöchste) Armutsgefährdungsquote von 31%. Im Vergleich zu ÖsterreicherInnen (10%) ist die Armutsgefährdung von MigrantInnen somit mehr als drei Mal so hoch.

Nach Nicht-ÖsterreicherInnen ist die am stärksten von Armut gefährdete Gruppe, jene der Alleinstehenden. In Haushalten mit Pension beträgt ihre Armutsgefährdungsquote 30%, in Haushalten ohne Pension 29%.

Ebenso 29% beträgt die Armutsgefährdungsquote von Personen, die in sonstiger Haupt- bzw. Untermiete wohnen.

Im Gegensatz dazu finden sich die geringsten Armutsgefährdungsquoten bei Personen mit Hauseigentum (6%) und Wohnungseigentum (3%).

Auffallend gering ist auch die Armutsgefährdungsquote von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder (4%). Mehrpersonenhaushalte mit Kindern haben im Vergleich dazu eine fast dreifache Armutsgefährdungsquote mit 11%.

Ein Vergleich der Armutsgefährdungsquote zwischen Männern und Frauen zeigt, dass letztere, mit Ausnahme der 40 bis 65-Jährigen, in allen Altersgruppen eine höhere Armutsgefährdung aufweisen. Besonders armutsgefährdet sind dabei Frauen bis 19 Jahre (16%) und über 65 Jahren (20%). Auch unter den Männern findet sich die höchste Armutsgefährdungsquote bei den bis 19-Jährigen (12%). Dieser Geschlechterunterschied findet sich im Vergleich von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bzw. weiblicher Hauptverdienerin wieder. Erstere weisen eine Armutsgefährdungsquote von 8% auf, wohingegen diese bei Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin mit 22% beinahe drei Mal so hoch ist.

Auch die Bedeutung von Bildung für die Armutsgefährdung geht aus den vorliegenden Daten hervor. Während Personen mit maximal Pflichtschulabschluss eine Armutsgefährdungsquote von 18% haben, ist diese bei Personen mit Lehre bzw. mittlerer Schule und bei Personen mit Matura bzw. Universität mit 8% und 9% nur halb so groß.

Von soziodemographischen Merkmalen abgesehen, ist auch der **Erwerbsstatus** einer Person bedeutend für deren Armutsgefährdung, wie aus folgender Tabelle ersichtlich wird:

Tabelle 7

Armutsgefährdung in der Steiermark nach Erwerbsstatus								
	Gesamt (=100%) in 1.000	nicht armutsgefährdet			armutsgefährdet			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	
Insgesamt	1.167	1.031	100	88	136	100	12	15
Haupttätigkeit (2005)								
Erwerbstätig	502	477	46	95	25	18	5	19
davon Vollzeit	413	397	38	96	17	12	4	19
davon Teilzeit	89	80	8	91	(8)	(6)	(9)	(19)
Pension	258	227	22	88	31	23	12	12
Arbeitslos	(37)	(24)	(2)	(66)	(13)	(9)	(34)	(26)
Haushalt	120	92	9	77	27	20	23	14
in Ausbildung	63	53	5	84	(10)	(7)	(16)	(28)
Berufliche Stellung								
nicht erwerbstätig	223	179	17	80	44	32	20	18
Hilfsarbeiter	101	92	9	91	(9)	(6)	(9)	(14)
Facharbeiter	163	158	15	97	(5)	(4)	(3)	(20)
Mittlere Tätigkeit, Meister	78	76	7	98	(2)	(1)	(2)	(21)
höhere/führende Tätigkeit	88	85	8	97	(2)	(2)	(3)	(55)
Selbständige	62	55	5	88	(7)	(5)	(12)	(35)
Erwerbsintensität des Haushaltes								
keine Erwerbstätigkeit	111	71	7	64	39	29	36	18
teilweise Erwerbstätigkeit	418	364	35	87	54	40	13	16
volle Erwerbstätigkeit	502	491	48	98	11	8	2	19
Haupteinkommensquelle								
unselbständige Arbeit	721	685	66	95	37	27	5	16
selbständige Arbeit	101	96	9	95	(5)	(4)	(5)	(30)
Sozialleistungen	94	42	4	45	52	38	55	23
Pensionen	243	205	20	84	38	28	16	13
private Einkommen	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Statistik Austria, 2007

Die höchste Armutsgefährdung mit 55% betrifft Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. In Zusammenhang damit steht auch die hohe Armutsgefährdungsquote von Arbeitslosen (34%). Ebenso sind Personen, deren Haupttätigkeit im Haushalt liegt, zu 23% armutsgefährdet.

Erwerbstätigkeit verringert augenscheinlich das Armutsrisiko, da von den Vollzeit-Erwerbstätigen nur 4% und von den Teilzeit-Beschäftigten nur 9% armutsgefährdet sind. Im Vergleich dazu ist die Armutsgefährdungsquote der Nicht-Erwerbstätigen mit 20% beachtlich höher.

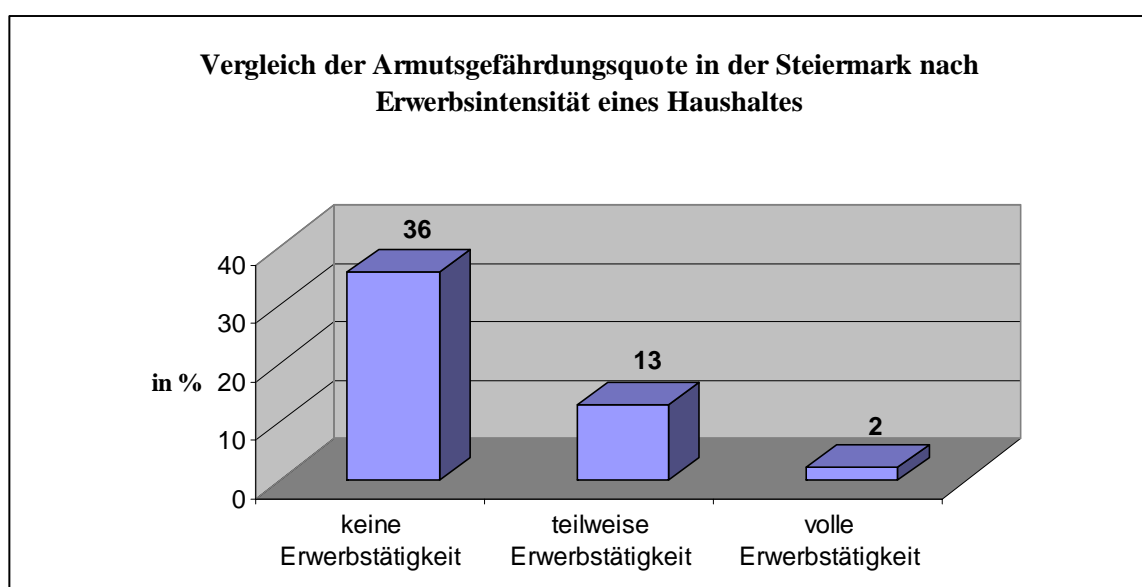
Betrachtet man die berufliche Stellung, so sind Facharbeiter (3%), Personen mit mittlerer Tätigkeit und Meister (2%) sowie Personen mit höherer Tätigkeit (3%) am geringsten von

Armut gefährdet. Höher ist die Armutsgefährdungsquote bei HilfsarbeiterInnen (9%) und Selbstständigen (12%).

Bei Selbstständigen könnte diese hohe Gefährdung mit der noch immer hohen Anzahl an Landwirten zusammenhängen, die als Selbstständige eingestuft werden und besonders häufig armutsgefährdet sind³³.

Auffallend sind die beachtlichen Unterschiede in der Armutsgefährdung in Abhängigkeit von der **Erwerbsintensität** eines Haushaltes.

Grafik 7



Quelle: Statistik Austria, 2007

Mit einer Armutsgefährdungsquote von 2% haben Haushalte mit voller Erwerbsintensität ein sehr geringes Armutsrisiko. Die Grafik veranschaulicht aber auch, dass mit abnehmender Erwerbsintensität eines Haushaltes dessen Armutsgefährdung stark zunimmt. So steigt die Armutsgefährdungsquote bei Haushalten mit teilweiser Erwerbsintensität auf 13% und weiter auf 36% bei Haushalten mit keiner Erwerbsintensität.

Dies veranschaulicht die positive Auswirkung von Erwerbstätigkeit bei der Reduzierung des Armutsrisikos. Nicht zu vergessen ist dennoch, dass es auch unter den Erwerbstätigen armutsgefährdete Personen gibt, die als „working poor“ bezeichnet werden (siehe dazu Kapitel 4.2.3).

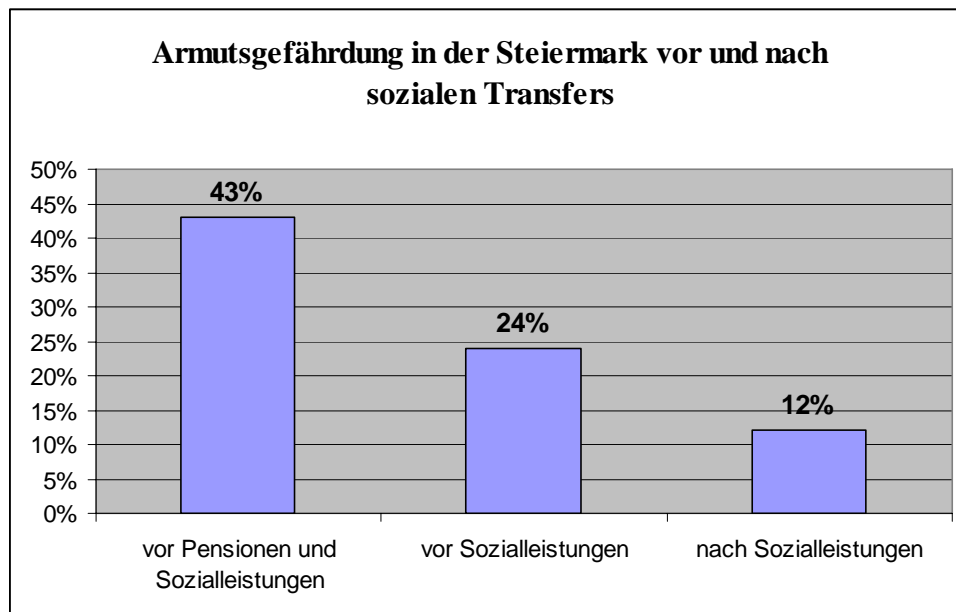
Die Betrachtung der Haupteinkommensquelle eines Haushaltes bestätigt diesen Zusammenhang. Kommt diese aus unselbstständiger oder selbstständiger Arbeit, beträgt die

³³ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 30

Armutsgefährdungsquote nur 5%, wohingegen das Armutsrisiko bei hauptsächlichem Bezug von Sozialleistungen und Pensionen auf 55% bzw. 16% ansteigt.

Nachfolgende Grafik zeigt die armutsreduzierende Wirkung des österreichischen Sozialschutzes.

Grafik 8



Quelle: Statistik Austria, 2008

Deutlich zeigt sich, dass ohne das System des Sozialschutzes 43% der steirischen Bevölkerung armutsgefährdet wären. Hochgerechnet auf eine (hier verwendete) Bevölkerung von 1.167.000 SteirerInnen wären dies 505.000 Menschen. Auch in Gesamtösterreich wären ohne Sozialschutz 43% der Bevölkerung oder 3.500.000 Menschen armutsgefährdet.

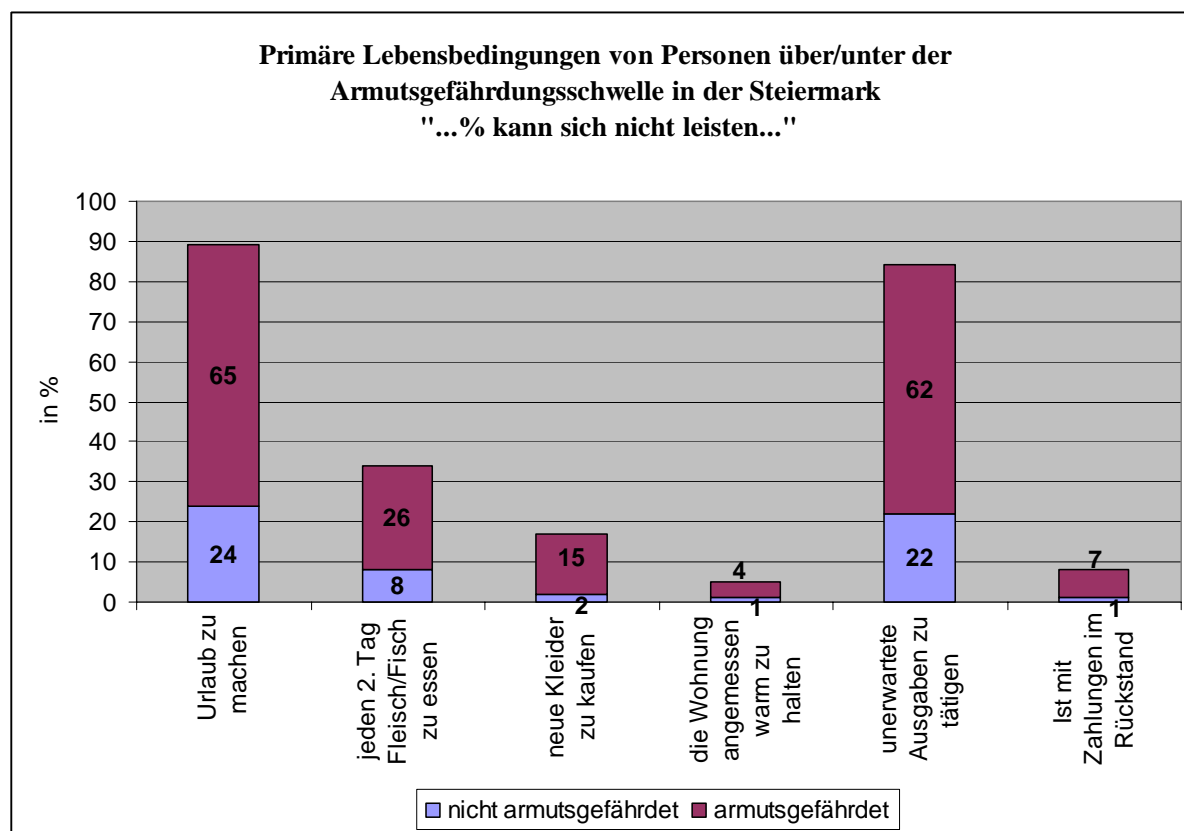
Nach Pensionszahlungen wären in der Steiermark noch immer 24% und in Gesamtösterreich 25% armutsgefährdet. Erst nach den Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdungsquote auf 12% in der Steiermark und 13% in ganz Österreich³⁴.

3.1.3.3 Lebensbedingungen armutsgefährdeter Personen

Zur Veranschaulichung der Folgen von Armutsgefährdung wird hier zum Schluss noch ein kurzer Einblick in die Lebensbedingungen von Armutsgefährdeten bzw. Nicht-Armutsgefährdeten gegeben. Dabei geht es um die Teilhabe an primären wie sekundären Lebensbedingungen, die Gesundheitssituation und die Wohnbedingungen der Bevölkerung.

³⁴ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139

Grafik 9



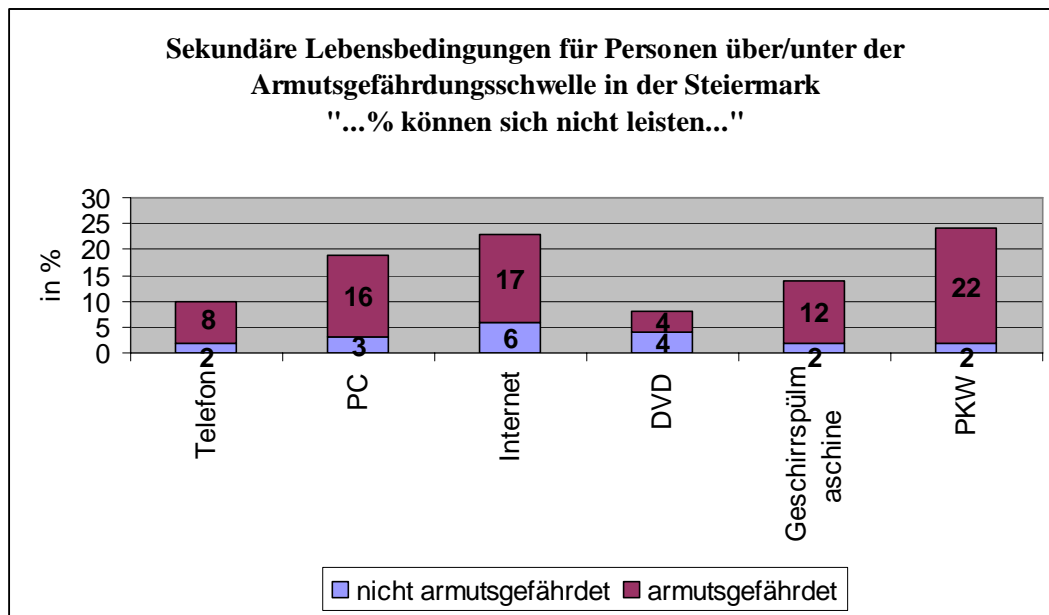
Quelle: Statistik Austria, 2007

Die obige Darstellung zeigt sehr deutlich die unterschiedlichen Lebensbedingungen von armutsgefährdeten und nicht-armutsgefährdeten Personen. Alleine bei den hier betrachteten **primären Lebensbedingungen** ist die Anzahl derer, die sich diese Güter nicht leisten können, unter den Armutsgefährdeten zumindest doppelt so hoch wie unter den Nicht-Armutsgefährdeten.

Die größten Schwierigkeiten bereiten „Urlaub machen“ und „unerwartete Ausgaben tätigen“, was sich 65% bzw. 62% der armutsgefährdeten Personen nicht leisten können. Weiters können es sich 26% nicht leisten „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“ und 15% können es sich nicht leisten „neue Kleider zu kaufen“, während es nur 8% bzw. 2% der Nicht-Armutsgefährdeten so ergeht. Jeweils 1% der Nicht-Armutsgefährdeten kann es sich nicht leisten „die Wohnung angemessen warm zu halten“ und „ist mit Zahlungen im Rückstand“, wohingegen dies auf 4% bzw. 7% der Armutsgefährdeten zutrifft.

Auch eine Betrachtung der **sekundären Lebensbedingungen** zeigt die Benachteiligungen der armutsgefährdeten Bevölkerung in dieser Hinsicht.

Grafik 10



Quelle: Statistik Austria, 2007

Von den hier ausgewählten sekundären Lebensgütern ist der PKW das Gut, das sich der größte Anteil Armutsgefährdeter – 22% - nicht leisten kann. Im Gegensatz können sich nur 2% der Nicht-Armutsgefährdeten keinen PKW leisten. Danach folgen Internet und PC, die sich 17% bzw. 16% der Armutsgefährdeten nicht leisten können. Auch hier ist der Anteil unter den Nicht-Armutsgefährdeten beträchtlich geringer mit 6% bzw. 3%. Nur bei DVDs scheinen die Bedingungen ausgeglichen, da sich jeweils 4% beider Gruppen deren Konsum nicht leisten können.

Natürlich gilt es bei der Betrachtung von fehlenden bzw. vorhandenen Konsumgütern zu bedenken, dass deren Vorkommen von spezifischen Konsumgewohnheiten abhängt und keinen direkten Rückschluss auf die finanzielle Situation erlaubt. So ist es durchaus einsichtig, dass Güter moderner Technik, wie ein PC, Internetanschluss oder ein DVD-Player, seltener in Haushalten von über 65-Jährigen zu finden sind. Später wird dieser Differenzierung noch nähere Bedeutung geschenkt, wenn auf das finanziell bedingte Fehlen bestimmter Güter eingegangen wird.

Weiters beeinflusst auch das **Rechtsverhältnis an Wohnungen** die Lebensbedingungen von Menschen, da dieses unmittelbar den Kostenaufwand für das Wohnen mitbestimmt. Nicht-Armutsgefährdete stehen im Vergleich zu Armutsgefährdeten viel öfter in einem Eigentumsverhältnis zu ihren Wohngegebenheiten. So besitzen 61% der nicht-armutsgefährdeten Bevölkerung ein Haus und 12% eine Wohnung, während dies nur auf 32%

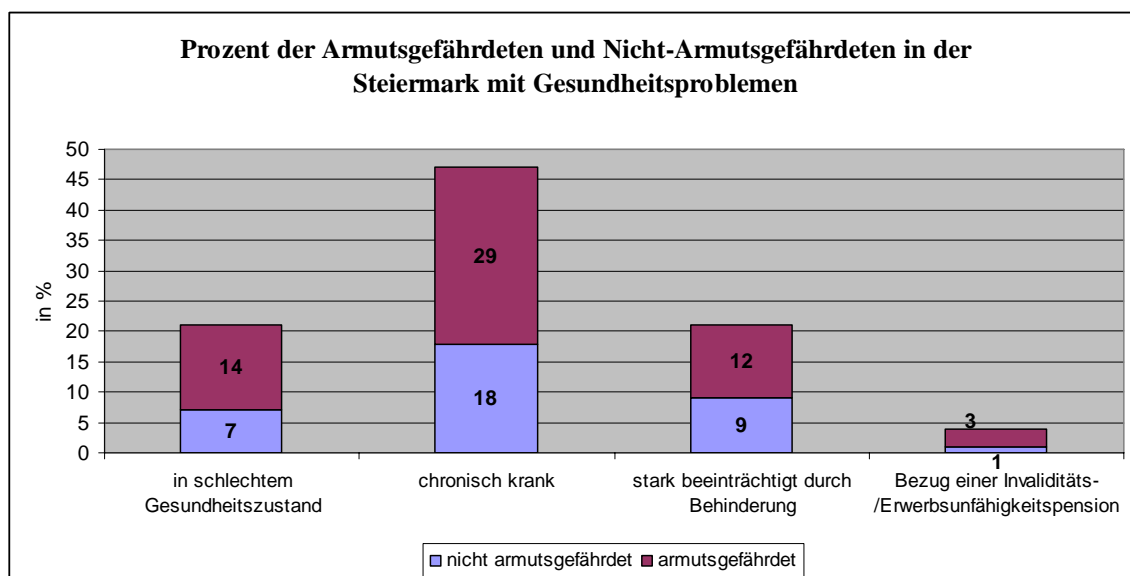
bzw. 3% der armutsgefährdeten Personen zutrifft. Diese leben dafür zu höheren Anteilen in Gemeindewohnungen (7%), Genossenschaftswohnungen (15%), sonstigen Haupt-/Untermieten (31%) und mietfreien Wohnungen/Häusern (13%).

Verglichen mit urbaneren Gebieten ist der Anteil der Hauseigentümer in der Steiermark sehr hoch. 58% der SteirerInnen besitzen ein Haus, wohingegen es nur 6% in Wien und 49% in Gesamtösterreich sind.

Ebenso hat der armutsgefährdete Teil der Bevölkerung häufiger mit **Wohnproblemen** zu kämpfen. Während sich die Anteile bei Problemen mit „Kriminalität und Vandalismus“, „Luft- und Umweltverschmutzung“, „Lärm“ sowie „dunklen Räumen“, in etwa die Waage halten, sind Armutsgefährdete bei anderen Problemen erheblich größeren Belastungen ausgesetzt als Nicht-Armutsgefährdete. So müssen 14% (im Gegensatz zu 4%) „Überbelag“ in Kauf nehmen und 10% (im Vergleich zu 7%) beklagen „Schimmel und Feuchtigkeit“. Auch haben 4% der armutsgefährdeten Personen „kein Bad/WC“, wohingegen dies nur auf 1% der nicht-armutsgefährdeten Personen zutrifft.

Gesundheitsprobleme sind ein weiterer Indikator zur Messung der Lebensbedingungen.

Grafik 11



Quelle: Statistik Austria, 2007

Wie bereits an früherer Stelle erwähnt, ist nicht ganz klar, in welchem Zusammenhang Gesundheitszustand und Armut stehen. Dennoch geht aus den Daten eindeutig hervor, dass 14% der Armutsgefährdeten und damit doppelt so viele wie Nicht-Armutsgefährdete sich als

„in schlechtem Gesundheitszustand“ befindlich beschreiben. Mit 29% „chronisch Kranken“ unter den Armutsgefährdeten ist auch dieser Anteil um 11 Prozentpunkte größer als unter den Nicht-Armutsgefährdeten. 12% der armutsgefährdeten Bevölkerung im Vergleich zu 9% der nicht-armutsgefährdeten Personen sind durch eine Behinderung beeinträchtigt und 3% im Gegensatz zu 1% beziehen eine Invaliditäts- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension.

3.1.3.4 Resümee

Die Armutsgefährdungsquote ist 2006 in der Steiermark mit 11,6% um einen Prozentpunkt niedriger als in Gesamtösterreich (12,6%). Am stärksten von Armut gefährdet sind Nicht-ÖsterreicherInnen, Alleinstehende (in Haushalten mit oder ohne Pension), Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Frauen über 65 Jahre, sowie Personen, die in Gemeindewohnungen oder sonstigen Haupt-/Untermieten wohnen. Deprivationen im Bereich primärer und sekundärer Lebensbedingungen sowie Benachteiligungen beim Wohnen werden von der armutsgefährdeten Bevölkerung deutlich öfter erlebt.

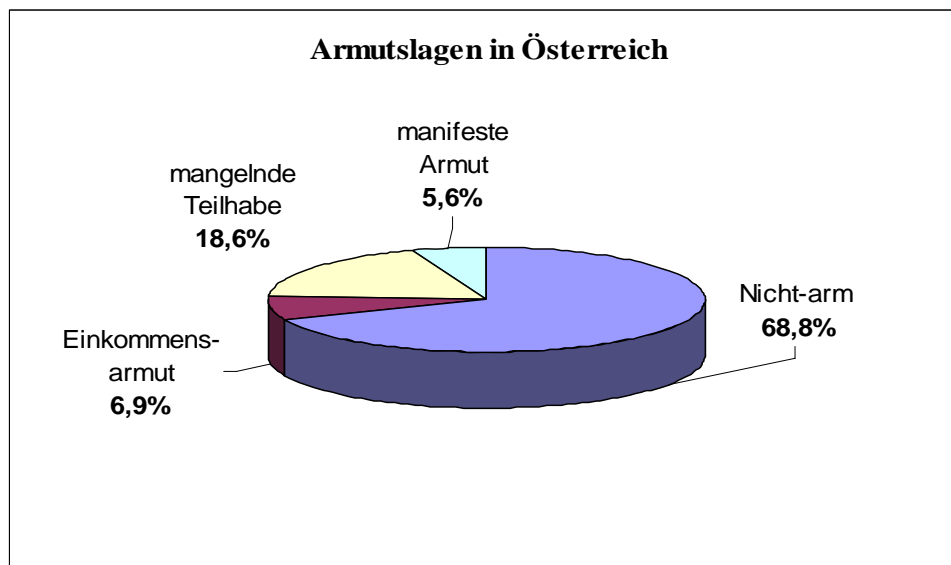
3.1.4 Armutslagen in Österreich

Kommt man nun auf die anfangs erläuterte Typologie der Armutslagen zurück, so ergibt sich in Österreich (leider gibt es hierfür keine Daten für die Steiermark, jedoch dürfte der Unterschied eher gering sein) folgendes Bild: Mehr als zwei Drittel (68,8%) der österreichischen Bevölkerung sind nicht-arm³⁵. Allerdings erleiden 18,6% Deprivation ohne Einkommensarmut, 6,9 % sind einkommensarm, aber dennoch sozial beteiligt, während weitere 5,6% der Österreicher und Österreicherinnen in manifester Armut leben. Das bedeutet, dass ca. 459.000 Personen in Österreich sowohl unter niedrigem Einkommen als auch unter Deprivation leiden. Umgerechnet auf die Steiermark wären dies ca. 65.000 Menschen, die von manifester Armut betroffen sind³⁶:

³⁵ Vorsicht ist bei der Unterscheidung von „nicht-arm“ und „nicht-armutsgefährdet“ zu geben: Nicht-arm bedeutet, dass Personen weder Einkommensarmut noch Deprivation erleiden. Nicht-armutsgefährdet bezieht sich hingegen nur auf das Einkommen, das in diesem Fall über der Armutsgefährdungsschwelle, also mehr als 60% des Medianäquivalenzeinkommens, liegen muss. Nicht-arm sind 68,8% der Österreicher wohingegen 87,4% der ÖsterreicherInnen nicht-armutsgefährdet sind (die Armutsgefährdungsquote für Österreich beträgt 12,8%; für die Steiermark 11,6%).

³⁶ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 44

Grafik 12



Quelle: Statistik Austria, 2008

2003/04 waren nach dieser Klassifizierung rund 66% der österreichischen Bevölkerung nicht arm. 7% waren von Einkommensarmut betroffen, 21% litten unter mangelnder Teilhabe und 6% lebten in manifester Armut (auf die Steiermark umgerechnet etwa 70.000 Personen)³⁷.

3.2 Lebensbedingungen in der Steiermark

Um die Lebenssituation möglichst umfassend darzustellen, wurden nicht nur die Einkommensverhältnisse analysiert, sondern auch die wichtigsten Lebensbereiche, die Aufschluss über die Lebensqualität der Steirer und Steirerinnen geben können: Konsum-, Wohn- und Gesundheitssituation. Zusätzlich wurde auf die allgemeine Lebenszufriedenheit der Bevölkerung eingegangen.

3.2.1 Konsum

Einkommen ist nicht der einzige Indikator für Armut. In EU-SILC 2006 werden zusätzlich zum Einkommen, das als indirektes Maß für den Lebensstandard dient, auch direkte Merkmale des Lebensstandards erhoben, um ein vollständigeres Bild von den Lebensbedingungen in der Steiermark zu erhalten. Bedeutend ist hierbei vor allem das Vorhandensein bestimmter Konsumgüter wie PC, Handy oder PKW sowie die Möglichkeit sich bestimmte primäre Lebensgüter wie Urlaub oder neue Kleider leisten zu können³⁸.

³⁷ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 36

³⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28-31

Tabelle 8

Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt nach soziodemographischen Merkmalen 2006															
... % besitzen ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	504	43	703	60	751	64	890	76	1011	87	834	71	1049	90
Männer															
Zusammen	572	258	45	352	62	385	67	439	77	510	89	402	70	530	93
bis 19 Jahre	124	68	55	92	74	102	82	103	83	115	92	84	68	121	97
20 bis 39 Jahre	154	79	51	114	74	122	79	125	81	137	89	93	60	150	97
40 bis 64 Jahre	209	94	45	127	61	138	66	157	75	190	91	149	71	198	95
65 Jahre +	84	17	20	18	21	22	27	53	63	69	82	77	91	62	74
Frauen															
Zusammen	595	246	41	350	59	366	62	451	76	501	84	432	73	518	87
bis 19 Jahre	116	60	51	93	80	94	81	96	83	110	95	72	62	112	97
20 bis 39 Jahre	154	78	50	121	78	120	78	126	82	141	92	87	56	151	98
40 bis 64 Jahre	197	87	44	112	57	121	62	162	82	182	92	153	78	185	94
65 Jahre +	128	22	17	24	19	30	24	66	52	68	54	120	94	70	55
Staatsbürgerschaft															
Österreich	1099	495	45	661	60	717	65	850	77	960	87	808	74	983	89
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(4)	(17)	(10)	(43)	(8)	(31)	(14)	(59)	(19)	(77)	(12)	(50)	(20)	(82)
Nicht Österreich	68	9	14	41	61	34	50	40	59	51	75	26	38	65	96
davon EU/EFTA	(18)	(7)	(41)	(10)	(54)	(10)	(54)	(17)	(91)	(13)	(73)	(11)	(62)	(17)	(91)
davon sonstiges Ausland	50	(2)	(4)	32	63	24	48	23	47	38	76	14	29	49	98
höchster Bildungsabschluss															
max. Pflichtschule	275	68	25	113	41	118	43	169	61	202	74	215	78	214	78
Lehre/mittlere Schule	493	200	41	296	60	312	63	385	78	446	91	344	70	455	92
Matura/Universität	211	137	65	151	71	171	81	177	84	188	89	154	73	199	94
Haushalte mit Pension															
Zusammen	234	42	18	46	20	47	20	137	59	145	62	211	90	155	67
Alleinstehend	80	(3)	(4)	(4)	(4)	(5)	(6)	26	32	24	30	71	89	32	39
Mehrpersonenhaushalte	153	39	25	43	28	41	27	112	73	121	79	139	91	124	81
Haushalte ohne Pension															
Zusammen	933	462	50	656	70	704	75	752	81	866	93	623	67	893	96
Alleinstehend	83	28	34	50	60	45	54	44	53	56	67	23	28	77	93
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	97	35	154	56	171	62	216	78	262	95	201	73	253	92
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	337	59	452	79	488	85	493	86	549	95	399	69	563	98
Haushalt mit															
männlichem Hauptverdiener	870	393	45	538	62	591	68	683	79	800	92	629	72	808	93
weiblicher Hauptverdienerin	297	111	37	164	55	159	54	207	70	211	71	204	69	241	81

Quelle: Statistik Austria, 2007

Gemäß oben stehender Tabelle verfügen im Jahr 2006 43% der **steirischen Gesamtbevölkerung** über Internet, 60% über DVDs, 64% über PCs, 76% über Geschirrspüler, 87% über PKWs, 71% über Telefone und 90% über Handys³⁹.

Im Vergleich zu Gesamtösterreich schwanken die meisten Anteile nur um +/-3%. Größere Unterschiede gibt es nur beim Besitz von Internet und DVD-Player. Österreichweit sind die Konsumanteile hier bei 52% bzw. 66%. In Vorarlberg und Wien haben mit 64% bzw. 59% überdurchschnittlich viele Personen einen Internetanschluss⁴⁰.

Eine genauere Betrachtung der einzelnen Konsumgüter zeigt, dass die Mehrheit der SteirerInnen mindestens über eines der beiden Kommunikationsmittel – **Handy** oder **Festnetztelefon** – verfügt. In beinahe allen Fällen überwiegt mittlerweile der Besitz von Handys gegenüber dem von Festnetztelefonen. Eine Ausnahme davon bilden Männer sowie Frauen über 65 Jahren sowie Haushalte mit Pension. Hier dürfte allerdings das höhere Alter ausschlaggebend für den unterdurchschnittlichen Handybesitz (von 74% bzw. 55% und 67%) sein und nicht dessen finanzielle Unleistbarkeit. Die eben angesprochenen Bevölkerungsgruppen sind als Ausgleich dafür zu 91% bzw. 94% und 90% in Besitz eines Festnetztelefons. Bei den restlichen Bevölkerungsgruppen scheint dafür umgekehrt das Handy Ersatz für ein nicht vorhandenes Festnetztelefon zu sein. So haben unter den bis 39-Jährigen weniger als 70% ein Telefon, aber dafür beinahe alle (97% bzw. 98%) ein Handy. Nicht-ÖsterreicherInnen sind in ebenso unterdurchschnittlichem Telefonbesitz (38%), haben dafür aber zu 96% ein Handy. In Bezug auf den höchsten Bildungsabschluss verfügen Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit nur 78% in unterdurchschnittlichem Maße über ein Handy und haben auch nur zu 78% ein Festnetztelefon. Bei Personen mit höherem Bildungsabschluss sinkt der Anteil der Telefonbesitzer noch weiter, jedoch haben unter ihnen 92% bzw. 94% ein Handy. Auffallend ist noch, dass Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin nicht nur in geringerer Zahl über Telefon und Handy als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener verfügen, sondern dass sie mit 69%-igem Telefonbesitz und 81%-igem Handybesitz auch in beiden Fällen unter dem steirischen Durchschnitt liegen.

Der Besitz eines **PKW** ist in der Steiermark aufgrund der ländlichen Abgeschiedenheit oft sehr wichtig⁴¹ und so zeigt die Tabelle auch, dass 87% der Haushalte einen solchen besitzen. Vergleicht man den PKW-Besitz zwischen den Geschlechtern, so erkennt man eine kleine Differenz zugunsten der Männer, die mit 89% öfter über einen PKW verfügen als Frauen mit

³⁹ 2004 noch waren 42% der steirischen Bevölkerung in Besitz von Internet, 46% von DVDs, 64% von PCs, 73% von Geschirrspülern, 88% von PKWs, 77% von Telefonen und 89% von Handys (vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 38)

⁴⁰ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 120

⁴¹ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 39

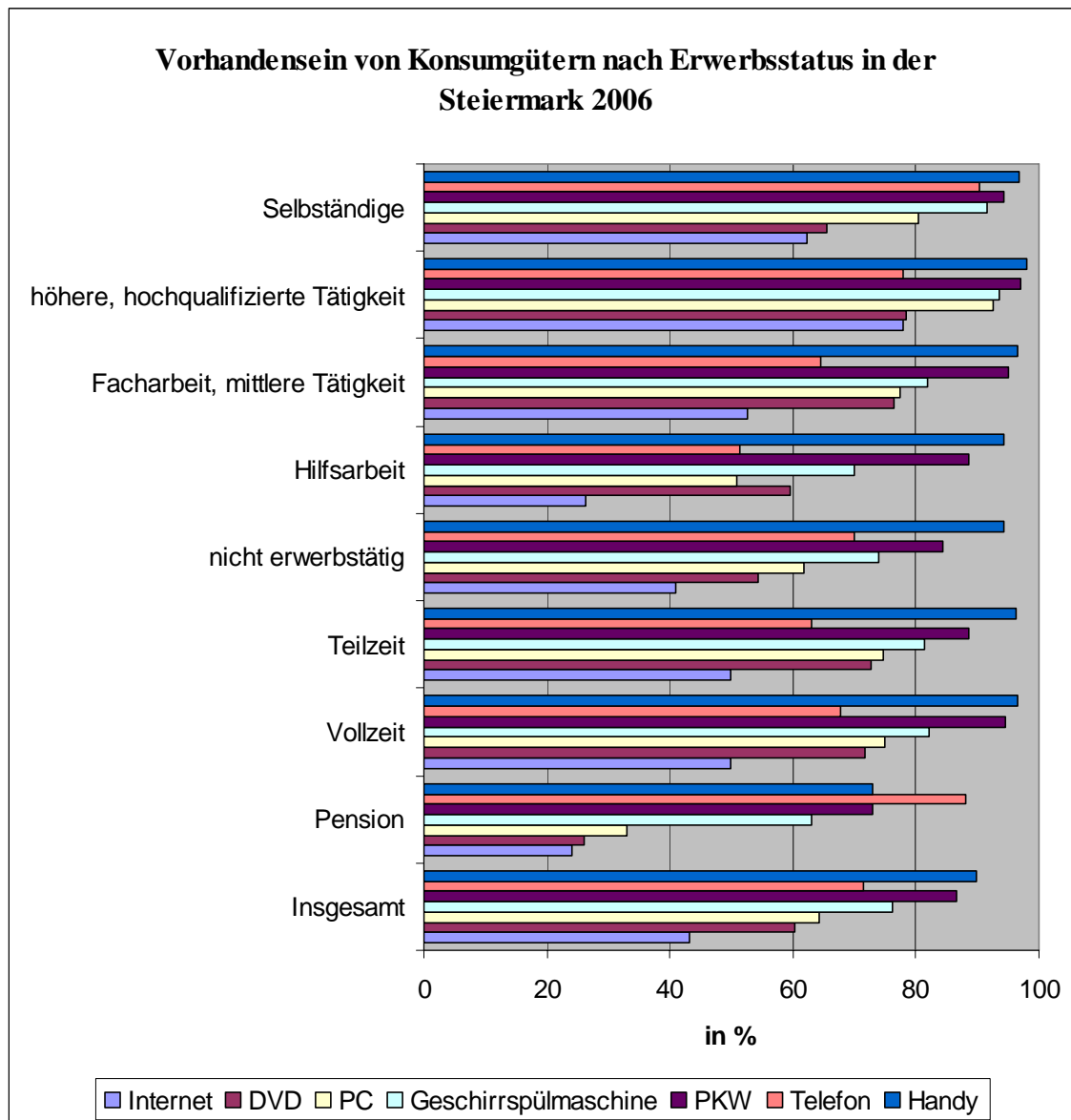
84%. Bei genauerer Betrachtung wird ersichtlich, dass dieses Ungleichgewicht vor allem durch die Altersgruppe der über 65-Jährigen ausgelöst wird, in der zwar 82% der Männer aber nur 54% der Frauen einen PKW besitzen. Nichts desto trotz zeigt sich der geschlechtsspezifische Unterschied auch im Vergleich von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener bzw. weiblicher Hauptverdienerin. Während 92% der ersteren über einen PKW verfügen, tun dies bei zweiteren nur 71%. Hinsichtlich der Staatsbürgerschaft haben ÖsterreicherInnen mit 87% deutlich öfter einen PKW als Nicht-ÖsterreicherInnen, unter denen der Anteil nur 75% beträgt. Nach höchstem Bildungsabschluss besitzen SteierInnen mit Lehre oder mittlerer Schule am öftesten einen PKW (91%). Personen mit Matura oder Universitätsabschluss haben zu 89% einen PKW und Personen mit Pflichtschulabschluss zu 74%. Weiters haben 62% der Haushalte mit Pension und 93% der Haushalte ohne Pension einen PKW, wobei dieser Unterschied möglicherweise durch die unterschiedliche Altersstruktur erklärbar ist.

Das Vorhandensein eines **Geschirrspülers** dient als weiterer Indikator für den Lebensstandard. In der steirischen Gesamtbevölkerung besitzen 73% einen solchen. Dabei gibt es keinen nennenswerten Unterschied zwischen Männern und Frauen, auffallend ist nur, dass unter den über 65-Jährigen der Besitz von Geschirrspülern deutlich geringer ist als in jüngeren Altersgruppen. ÖsterreicherInnen besitzen mit 77% deutlich öfter dieses Konsumgut als Nicht-ÖsterreicherInnen, von denen nur 59% einen Geschirrspüler haben. Hinsichtlich des höchsten Bildungsabschlusses, nimmt der Besitz von Geschirrspülern mit steigendem Bildungsniveau zu. Eine klare Differenz zeigt sich auch zwischen Haushalten mit männlichem Hauptverdiener und weiblicher Hauptverdienerin. 79% der ersteren haben einen Geschirrspüler, aber nur 70% der letzteren. Auch zwischen Haushalten mit und ohne Pension ist ein großer Unterschied zu erkennen. 59% der Haushalte mit Pension haben einen Geschirrspüler im Vergleich zu 81% der Haushalte ohne Pension. Ruft man sich die Aussage über den altersabhängigen Besitz von Geschirrspülern unter Männern wie Frauen in Erinnerung, so kann man annehmen, dass auch hierbei die unterschiedliche Altersstruktur der Haushalte maßgeblichen Einfluss hat.

Beim Besitz von **Internet**, **DVD** und **PC** sind die Konsummuster relativ ähnlich. Es gibt kaum Unterschiede zwischen Männern und Frauen, jedoch sehr wohl zwischen Haushalten mit männlichem Hauptverdiener (45%, 62%, 68%) und weiblicher Hauptverdienerin (37%, 55%, 54%). Personen über 65 Jahren, Nicht-ÖsterreicherInnen, Haushalte mit Pension und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss verfügen in unterdurchschnittlichem Maße über diese Konsumgüter.

Folgende Grafik zeigt das Vorhandensein dieser Konsumgüter in Abhängigkeit von den **Erwerbsklassen**.

Grafik 13



Quelle: Statistik Austria, 2007

Ein erster Blick auf diese Grafik zeigt, dass hinsichtlich der Konsummöglichkeiten kaum Unterschiede zwischen Vollzeit- und Teilzeit-Erwerbstätigen bestehen. Nicht-Erwerbstätige haben vor allem in geringeren Anteilen Internet, DVD, PC und Geschirrspülmaschine. Ebenso besitzen PensionsbezieherInnen in geringerem Maße die betrachteten Konsumgüter. Mit Ausnahme des schon festgestellten hohen Telefonbesitzes verfügen sie über alle anderen Güter in unterdurchschnittlichem Ausmaß. Erwerbstätige gleich welcher beruflichen Stellung

verfügen zumeist in durchschnittlichem Anteil über diese Konsumgüter und es finden sich nur graduelle Unterschiede.

Ein Handy besitzen 90% der steirischen Bevölkerung, und wie diese Grafik veranschaulicht, gibt es kaum Unterschiede in Abhängigkeit vom Erwerbsstatus. Nur Personen in Pension oder im Haushalt Tätige besitzen mit 73% bzw. 82% seltener ein Handy. Dafür besitzen PensionistInnen mit 88% relativ oft ein Festnetztelefon. Einen ebenso hohen Telefonbesitz haben Selbstständige mit 90%. Bei allen Erwerbstätigen ist zwischen 89% und 99% ein PKW vorhanden. Nicht-Erwerbstätige (84%) und Pensionsempfänger (73%) haben seltener einen PKW. In der Steiermark haben 76% der Bevölkerung einen Geschirrspüler. Unter diesem Schnitt liegen Personen mit Pension (63%), im Haushalt Tätige (72%), Nicht-Erwerbstätige (74%) und Hilfsarbeiter (70%). PC bzw. Internet haben 64% bzw. 43% der SteirerInnen. Seltener ist das Vorhandensein dieser IT-Zugänge bei Pensionisten (33% bzw. 24%), bei im Haushalt Tätigen (48% bzw. 30%) und bei Hilfsarbeitern (51% bzw. 26%). Besonders stark verbreitet sind diese Güter unter den in Ausbildung Befindlichen (84% bzw. 68%) sowie unter Personen mit höherer und hochqualifizierter Tätigkeit (93% bzw. 78%). DVDs finden sich bei 60% der steirischen Bevölkerung, allerdings nur bei 26% der PensionsempfängerInnen, bei 51% der Haushaltstätigen und bei 54% der Nicht-Erwerbstätigen.

3.2.1.1 Resümee

Der vorige Abschnitt hat gezeigt, dass im Bereich des Konsums starke Differenzen zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen bestehen. Stärker benachteiligt sind vor allem PensionistInnen, Alleinstehende, Nicht-ÖsterreicherInnen, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, sowie Personen mit niedriger Bildung. Ebenso treten Benachteiligungen bei Personen auf, die im Haushalt tätig oder nicht-erwerbstätig sind. Es soll aber noch einmal darauf verwiesen werden, dass das Fehlen der ausgewählten Güter noch kein Beweis dafür ist, dass diese aus finanziellen Gründen nicht leistbar sind. Deshalb wird im nächsten Abschnitt auf finanzielle Einschränkungen eingegangen.

3.2.2 Finanzielle Einschränkungen

In diesem Abschnitt werden finanziell bedingte Konsumeinschränkungen betrachtet⁴²:

⁴² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32-35

Tabelle 9

Steiermark: Aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter nach soziodemographischen Merkmalen															
...% können sich nicht leisten	Gesamt (=100%) in 1.000	Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	86	7	45	4	57	5	39	3	51	4	36	3	(11)	(1)
Männer															
Zusammen	572	41	7	22	4	26	5	17	3	27	5	15	3	(4)	(1)
bis 19 Jahre	124	14	11	(6)	(5)	(8)	(6)	(6)	(5)	(6)	(5)	(5)	(4)	(1)	(1)
20 bis 39 Jahre	154	13	8	(3)	(2)	(8)	(5)	(3)	(2)	(12)	(7)	(4)	(3)	(1)	(0)
40 bis 64 Jahre	209	(10)	(5)	(8)	(4)	(6)	(3)	(5)	(3)	(8)	(4)	(4)	(2)	(0)	(0)
65 Jahre +	84	(5)	(6)	(4)	(5)	(4)	(4)	(2)	(3)	(1)	(1)	(1)	(1)	(2)	(2)
Frauen															
Zusammen	595	44	7	23	4	31	5	22	4	24	4	21	4	(6)	(1)
bis 19 Jahre	116	12	10	(4)	(3)	(7)	(6)	(4)	(4)	(5)	(4)	(4)	(4)	(1)	(1)
20 bis 39 Jahre	154	13	9	(6)	(4)	(8)	(5)	(8)	(5)	(6)	(4)	(10)	(7)	(0)	(0)
40 bis 64 Jahre	197	15	8	(8)	(4)	12	6	(6)	(3)	(6)	(3)	(5)	(3)	(1)	(1)
65 Jahre +	128	(4)	(3)	(5)	(4)	(4)	(3)	(5)	(4)	(7)	(5)	(1)	(1)	(4)	(4)
Staatsbürgerschaft															
Österreich	1099	68	6	37	3	41	4	35	3	38	3	29	3	(11)	(1)
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(4)	(18)	(3)	(11)	(2)	(10)	(4)	(18)	(3)	(11)	(1)	(6)	(0)	(0)
Nicht Österreich	68	18	27	(8)	(11)	15	22	(4)	(6)	(13)	(19)	(7)	(10)	(0)	(0)
davon EU/EFTA	(18)	(5)	(28)	(2)	(10)	(4)	(24)	(0)	(0)	(4)	(22)	(0)	(3)	(0)	(0)
davon sonstiges Ausland	50	13	26	(6)	(12)	11	22	(4)	(8)	(9)	(18)	(7)	(13)	(0)	(0)
höchster Bildungsabschluss															
max. Pflichtschule	275	25	9	17	6	21	8	13	5	17	6	(10)	(4)	(7)	(3)
Lehre/mittlere Schule	493	27	5	15	3	16	3	14	3	13	3	10	2	(1)	(0)
Matura/Universität	211	(11)	(5)	(5)	(2)	(5)	(2)	(5)	(2)	(12)	(6)	(8)	(4)	(0)	(0)
Haushalte mit Pension															
Zusammen	234	11	5	(7)	(3)	(8)	(4)	(6)	(3)	(11)	(5)	(3)	(1)	(7)	(3)
Alleinstehend	80	(3)	(4)	(3)	(4)	(3)	(4)	(6)	(8)	(7)	(9)	(1)	(1)	(4)	(5)
Mehrpersonenhaushalte	153	(8)	(5)	(4)	(2)	(5)	(4)	(0)	(0)	(4)	(2)	(2)	(1)	(2)	(2)
Haushalte ohne Pension															
Zusammen	933	75	8	38	4	48	5	33	4	40	4	33	4	(4)	(0)
Alleinstehend	83	(12)	(15)	(6)	(7)	(7)	(9)	(5)	(6)	(12)	(15)	(4)	(5)	(1)	(2)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	15	5	13	5	(14)	(5)	(11)	(4)	(9)	(3)	(6)	(2)	(0)	(0)
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	48	8	20	3	26	5	17	3	18	3	23	4	(3)	(0)
Haushalt mit															
männlichem Hauptverdiener	870	49	6	26	3	27	3	19	2	23	3	20	2	(4)	(0)
weiblicher Hauptverdienerin	297	36	12	19	6	29	10	21	7	28	9	16	6	(7)	(2)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Schon ein erster Blick auf die oben stehende Tabelle zeigt, dass der Anteil der Personen, die sich diese ausgewählten Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten können, deutlich niedriger ist als der Anteil derer, die aus offensichtlich anderen Gründen dieselben Güter nicht zu besitzen angaben.

Aufgrund fehlender finanzieller Mittel können sich in der Steiermark 7% kein Internet, 4% keine DVDs, 5% keinen PC, 3% keinen Geschirrspüler, 4% keinen PKW, 3% kein Telefon und 1% kein Handy leisten⁴³. Wie diese Zahlen zeigen, ist das Fehlen von Konsumgütern nur in geringem Maße finanziell bedingt. Erklärungen für ihr Fehlen müssen dann wohl eher in den persönlichen Bedürfnis- und Wunschstrukturen bzw. Konsumgewohnheiten gesucht werden.

Dennoch sind manche Bevölkerungsgruppen stärker von Konsumeinschränkungen aus finanziellen Gründen betroffen. So können sich 27% der Nicht-ÖsterreicherInnen kein Internet, 22% keinen PC, 19% keinen PKW und 10% kein Telefon leisten. Auch von den Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin können sich 12% kein Internet und 10% keinen PC, 7% keine Geschirrspülmaschine und 9% keinen PKW leisten. Ebenso können Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, sich häufiger aus finanziellen Gründen bestimmte Konsumgüter nicht leisten. Gegenteilig zeigt sich die Situation der PensionistInnen, die in unterdurchschnittlichem Maße angaben, im Besitz der betrachteten Konsumgüter zu sein. Die Anteile der Haushalte mit Pension, die sich tatsächlich aus finanziellen Gründen jene Güter nicht leisten können, bewegen sich zwischen 4% und 5%. Einzig Internet können sich 8% der Haushalte mit Pension nicht leisten, doch auch dieser Wert liegt im Durchschnittsbereich.

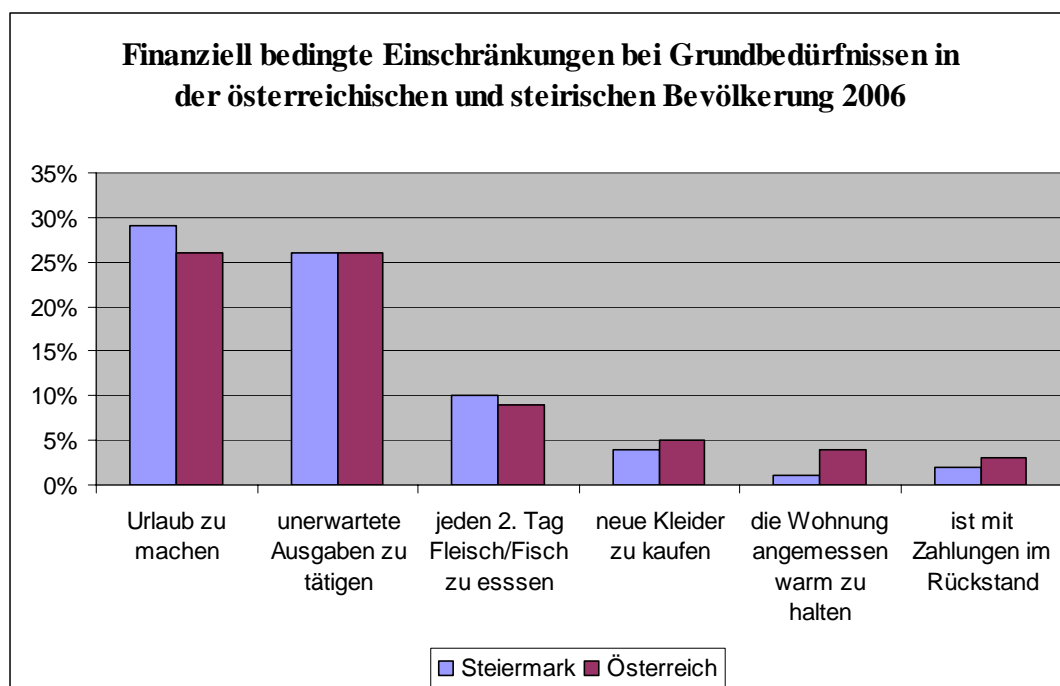
Hinsichtlich der finanziell bedingten Einschränkung bei Konsumgütern zeigen sich kaum Unterschiede zwischen der Steiermark und Gesamtösterreich.

Auch hinsichtlich der Bedürfnisse der primären Lebensbedingungen ist die Situation in der Steiermark und in Österreich sehr ähnlich. Schlechter sieht die Lage für SteirerInnen in folgenden Bereichen aus: 29% im Vergleich zu 26% können es sich nicht leisten auf Urlaub zu fahren, und 10% im Gegensatz zu 9% können nicht jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch essen⁴⁴.

⁴³ Im Jahr 2004 besaßen aufgrund finanziellen Mangels 12% der SteirerInnen kein Internet, 7% keine DVDs und keinen PC, 5% keinen Geschirrspüler, 4% keinen PKW und kein Telefon sowie 1% kein Handy (vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 42).

⁴⁴ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 124

Grafik 14



Quelle: Statistik Austria, 2008

In der Steiermark können sich 29% der Bevölkerung aus finanziellen Gründen nicht leisten „Urlaub zu machen“, 26% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“, 10% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“, 4% „neue Kleider zu kaufen“ und 1% „die Wohnung angemessen warm zu halten“. 2% „sind mit Zahlungen im Rückstand“.

Eine genauere Betrachtung zeigt die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen. Frauen über 65 Jahren erleiden öfters finanziell bedingte Einschränkungen, sodass 40% von ihnen es sich nicht leisten können „Urlaub zu machen“, 31% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“ und 13% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“. Auch von den Nicht-ÖsterreicherInnen können sich 37% nicht leisten „Urlaub zu machen“, 59% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“ und 18% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“. Überdurchschnittliche Einschränkungen aufgrund finanzieller Probleme erleiden auch Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Haushalte mit Pension sowie Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin. Besonders betroffen sind auch Alleinstehende, sowohl in Haushalten mit wie auch ohne Pension.

Die folgende Tabelle zeigt, welche Personengruppen in der Steiermark bei Grundbedürfnissen Einschränkungen aufgrund finanzieller Probleme erdulden müssen.

Tabelle 10

Steiermark: Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach soziodemographischen Merkmalen													
... % können sich nicht leisten	Gesamt (=100%) in 1.000	Urlaub zu machen		unerwartete Ausgaben zu tätigen		jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen		neue Kleider zu kaufen		Ist mit Zahlungen im Rückstand		die Wohnung angemessen warm zu halten	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	336	29	306	26	122	10	43	4	21	2	12	1
Männer													
Zusammen	572	155	27	146	26	60	11	20	4	12	2	(5)	(1)
bis 19 Jahre	124	39	32	37	30	16	13	(2)	(1)	(6)	(5)	(1)	(1)
20 bis 39 Jahre	154	39	25	37	24	14	9	(5)	(3)	(2)	(1)	(1)	(0)
40 bis 64 Jahre	209	51	24	50	24	21	10	(9)	(4)	(4)	(2)	(4)	(2)
65 Jahre +	84	25	30	22	26	(10)	(12)	(5)	(6)	(1)	(1)	(0)	(0)
Frauen													
Zusammen	595	182	31	160	27	62	10	23	4	(9)	(1)	(7)	(1)
bis 19 Jahre	116	33	29	28	25	(7)	(6)	(4)	(4)	(1)	(1)	(1)	(1)
20 bis 39 Jahre	154	43	28	38	25	17	11	(3)	(2)	(2)	(1)	(2)	(1)
40 bis 64 Jahre	197	54	27	54	27	21	11	(7)	(4)	(4)	(2)	(2)	(1)
65 Jahre +	128	51	40	40	31	17	13	(8)	(6)	(2)	(1)	(3)	(2)
Staatsbürgerschaft													
Österreich	1099	311	28	266	24	110	10	39	4	20	2	12	1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(8)	(33)	(12)	(51)	(2)	(9)	(2)	(7)	(2)	(7)	(0)	(0)
Nicht Österreich	68	25	37	40	59	(12)	(18)	(4)	(6)	(0)	(1)	(0)	(0)
davon EU/EFTA	(18)	(5)	(27)	(6)	(36)	(1)	(3)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)
davon sonstiges Ausland	50	20	40	34	68	(11)	(23)	(4)	(9)	(0)	(1)	(0)	(0)
höchster Bildungsabschluss													
max. Pflichtschule	275	117	42	103	38	40	15	20	7	(8)	(3)	(5)	(2)
Lehre/mittlere Schule	493	128	26	115	23	50	10	15	3	(6)	(1)	(5)	(1)
Matura/Universität	211	31	15	34	16	14	6	(3)	(2)	(0)	(0)	(1)	(1)
Haushalte mit Pension													
Zusammen	234	78	33	76	33	29	12	16	7	(4)	(2)	(2)	(1)
Alleinstehend	80	33	41	33	41	(11)	(13)	(7)	(8)	(1)	(1)	(2)	(2)
Mehrpersonenhaushalte	153	45	29	43	28	18	12	(10)	(6)	(3)	(2)	(0)	(0)
Haushalte ohne Pension													
Zusammen	933	259	28	230	25	94	10	27	3	16	2	10	1
Alleinstehend	83	25	30	38	46	(12)	(14)	(8)	(10)	(2)	(3)	(3)	(4)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	70	26	51	19	30	11	(7)	(2)	(1)	(0)	(4)	(1)
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	164	28	141	24	51	9	12	2	13	2	(3)	(1)
Haushalt mit													
männlichem Hauptverdiener	870	229	26	195	22	73	8	27	3	11	1	(6)	(1)
weiblicher Hauptverdienerin	297	107	36	111	37	50	17	16	6	(10)	(3)	(6)	(2)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Noch vor zwei Jahren konnten sich 26% der SteirerInnen aus finanziellen Gründen nicht leisten „Urlaub zu machen“, 18% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“, 8% „jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen“ und „neue Kleider zu kaufen“, 2% „die Wohnung angemessen warm zu halten“ und ebenso 2% waren „mit Zahlungen im Rückstand“⁴⁵.

3.2.2.1 Resümee

Finanziell bedingte Einschränkungen bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen und dem Erwerb von Konsumgütern sagen mehr über Benachteiligungen aus als ihr bloßes Fehlen. So zeigt sich, dass beispielsweise PensionistInnen in unterdurchschnittlichem Maße ausgewählte Konsumgüter besitzen, dies aber häufig nicht aus finanziellen Gründen der Fall ist. Finanziell bedingte Einschränkungen erfahren hingegen besonders Alleinstehende, Nicht-ÖsterreicherInnen, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Personen mit maximal Pflichtschulabschluss und Frauen über 65 Jahren.

3.2.3 Wohnen

Die Wohnbedingungen sind zentral für die Lebenssituation. Innerhalb dieser kann mit vorhandenen Ressourcen gewirtschaftet werden. In diesem Abschnitt werden deshalb das Rechtsverhältnis an der Wohnung, Wohnprobleme, Wohnzufriedenheit und Wohnkostenbelastungen betrachtet⁴⁶:

3.2.3.1 Situation in Österreich und der Steiermark

Der Vergleich der Wohnsituation in der Steiermark mit der von Gesamtösterreich zeigt folgende Auffälligkeiten: Die **Wohnstruktur** in der Steiermark offenbart – mit 58% - einen höheren Anteil an Hauseigentümern als in Gesamtösterreich (49%). Ein Vergleich der Bundesländer zeigt den höchsten Anteil an Hauseigentümern im Burgenland (82%). Auch Kärnten, Niederösterreich, und Vorarlberg haben verhältnismäßig mehr Hauseigentümer als die Steiermark. In Oberösterreich ist der Anteil mit 57% ungefähr gleich, während Salzburg und Tirol unterdurchschnittlich viele Hausbesitzer haben. Mit 6% gibt es in Wien am wenigsten Hauseigentümer⁴⁷.

Die steirische Bevölkerung beklagt in geringerem Maße diverse **Wohnprobleme**. Nur 5% klagen über Kriminalität oder Vandalismus, was weniger als die Hälfte des Österreichschnitts

⁴⁵ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 44

⁴⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36-47

⁴⁷ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 126

ist. Auch von den übrigen Problemen sind in Gesamtösterreich geringfügig mehr Menschen betroffen⁴⁸.

In der Folge gehört die **Wohnzufriedenheit** in der Steiermark zu den höchsten in Österreich⁴⁹. In der Steiermark gaben 86% an, sehr oder ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation zu sein. Nur in Kärnten und Vorarlberg ist dieser Anteil mit jeweils 87% höher. Die kleinsten Anteile an Personen, die sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation sind, haben das Burgenland (75%) und Wien (71%)⁵⁰.

3.2.3.2 Wohnsituation in der Steiermark

Einführend in die steirische Wohnsituation wird die Verteilung von Rechtsverhältnissen an den Unterkünften untersucht.

Von der gesamten steirischen Bevölkerung leben 58% in Hauseigentum, 11% in Wohnungseigentum, 3% in Gemeindewohnungen, 9% in Genossenschaftswohnungen, 13% in sonstigen Haupt- oder Untermietverhältnissen und 7% in mietfreien Wohnungen bzw. Häusern. Im Vergleich zum Jahr 2004 hat sich an dieser Verteilung kaum etwas geändert (Variationen um max. +/- 1%). Es besaßen ebenso 58% ein Haus und 10% eine Wohnung⁵¹.

⁴⁸ vgl. ebd. S. 128

⁴⁹ Dies könnte am höheren Anteil an Hauseigentümern liegen.

⁵⁰ vgl. ebd. S. 130

⁵¹ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 47

Tabelle 11

Rechtsverhältnis an der Wohnung in der Steiermark nach soziodemographischen Merkmalen													
	Gesamt (=100%) in 1.000	Haus- eigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossen- schaft		sonst. Haupt-/ Untermiet		mietfreie Wohnung/ Haus	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	674	58	123	11	39	3	105	9	146	13	80	7
Männer													
Zusammen	572	340	59	57	10	16	3	50	9	74	13	34	6
bis 19 Jahre	124	78	63	14	11	(2)	(2)	9	7	15	12	(6)	(5)
20 bis 39 Jahre	154	79	51	16	10	(4)	(3)	17	11	29	19	(9)	(6)
40 bis 64 Jahre	209	131	63	18	9	(7)	(3)	19	9	25	12	(9)	(4)
65 Jahre +	84	52	62	(9)	(11)	(3)	(3)	(6)	(7)	(4)	(4)	10	12
Frauen													
Zusammen	595	334	56	65	11	23	4	54	9	73	12	45	8
bis 19 Jahre	116	65	56	14	12	(5)	(5)	8	7	19	17	(5)	(4)
20 bis 39 Jahre	154	80	52	18	12	(6)	(4)	15	10	26	17	9	6
40 bis 64 Jahre	197	122	62	23	12	(6)	(3)	19	10	21	11	(6)	(3)
65 Jahre +	128	67	53	(10)	(8)	(6)	(5)	12	10	(6)	(5)	25	20
Staatsbürgerschaft													
Österreich	1099	660	60	112	10	32	3	97	9	121	11	77	7
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(5)	(22)	(6)	(24)	(2)	(6)	(0)	(1)	(9)	(37)	(2)	(9)
Nicht Österreich	68	15	22	(11)	(16)	(7)	(10)	(7)	(11)	25	37	(3)	(5)
davon EU/EFTA	(18)	(9)	(47)	(1)	(4)	(1)	(3)	(0)	(0)	(7)	(36)	(2)	(10)
davon sonstiges Ausland	50	(6)	(13)	(10)	(20)	(6)	(12)	(7)	(15)	19	37	(1)	(3)
höchster Bildungsabschluss													
max. Pflichtschule	275	160	58	16	6	14	5	22	8	31	11	33	12
Lehre/mittlere Schule	493	300	61	48	10	15	3	54	11	52	11	23	5
Matura/Universität	211	108	51	38	18	(4)	(2)	13	6	35	16	15	7
Haushalte mit Pension													
Zusammen	234	114	49	29	12	13	5	28	12	16	7	35	15
Alleinstehend	80	21	26	(12)	(14)	(5)	(6)	13	16	(10)	(12)	21	26
Mehrpersonenhaushalte	153	93	61	17	11	(8)	(5)	15	10	(6)	(4)	14	9
Haushalte ohne Pension													
Zusammen	933	560	60	94	10	26	3	77	8	130	14	45	5
Alleinstehend	83	16	20	(9)	(10)	(6)	(8)	15	18	26	32	(10)	(13)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	181	66	25	9	(3)	(1)	19	7	36	13	12	4
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	363	63	61	11	17	3	44	8	68	12	23	4
Haushalt mit													
männlichem Hauptverdiener	870	543	62	87	10	24	3	70	8	95	11	50	6
weiblicher Hauptverdienerin	297	131	44	36	12	14	5	35	12	51	17	30	10

Quelle: Statistik Austria, 2007

Der Anteil an Männern (59%) und Frauen (56%), die HauseigentümerInnen sind, unterscheidet sich nur geringfügig. Auch haben etwa gleich viele Männer (10%) wie Frauen (11%) eine Wohnung im Eigentum. Sehr wohl zeigt sich jedoch ein Unterschied hinsichtlich des Rechtsverhältnisses an der Wohnung, wenn man Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin vergleicht. Von ersteren haben 62% ein Haus im Gegensatz zu 44% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin. Die Staatsbürgerschaft ist entscheidend, wenn 60% der ÖsterreicherInnen und 22% der Nicht-ÖsterreicherInnen ein Haus besitzen. Auch Alleinstehende, gleich ob in Haushalten mit oder ohne Pension, sind unterdurchschnittlich in Hauseigentum mit 26% bzw. 20%. Interessant ist, dass 58% der PflichtschulabsolventInnen, 61% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 51% der Bevölkerung mit Matura oder Universitätsabschluss ein Haus haben. Mit 18% aller Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, haben diese einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Personen im Wohnungseigentum.

Die Annahme, dass ärmere Bevölkerungsgruppen in Genossenschaftswohnungen wohnen, wird von dieser Tabelle bestätigt. So wohnen in diesem Rechtsverhältnis 15% der Nicht-ÖsterreicherInnen, die nicht aus EU / EFTA Staaten stammen, 16% der Alleinstehenden aus Haushalten mit Pension und 18% der Alleinstehenden aus Haushalten ohne Pension sowie 12% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin. Der größte Anteil der Nicht-ÖsterreicherInnen (37%) wohnt in sonstiger Haupt- oder Untermiete. Mietfrei leben vor allem Männer und Frauen über 65 Jahren (12% bzw. 20%) und Alleinstehende mit Pension (26%).

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Großteil der steirischen Bevölkerung 2006 ein Haus besitzt. Ausnahmen bilden Nicht-ÖsterreicherInnen, Alleinstehende ohne und mit Pension, wobei letztere größtenteils mietfrei wohnen und die ersten beiden Gruppen am öftesten in sonstiger Haupt-/Untermiete leben.

Tabelle 12

Rechtsverhältnis an der Wohnung nach Erwerbsstatus in der Steiermark													
	Gesamt (=100%) in 1.000	Haus- eigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossen- schaft		sonst. Haupt- / Untermiet		mietfreie Wohnung/ Haus	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	674	58	123	11	39	3	105	9	146	13	80	7
Haupttätigkeit (2005)													
Erwerbstätig	502	301	60	52	10	15	3	46	9	63	13	25	5
davon Vollzeit	413	251	61	42	10	10	2	36	9	52	12	22	5
davon Teilzeit	89	49	56	(9)	(11)	(6)	(6)	9	11	12	13	(3)	(3)
Pension	258	148	57	28	11	11	4	22	8	19	7	31	12
Arbeitslos	(37)	(13)	(35)	(1)	(1)	(2)	(5)	(7)	(20)	(14)	(37)	(1)	(2)
Haushalt	120	65	54	12	10	(4)	(3)	12	10	17	14	10	9
in Ausbildung	63	41	65	(9)	(14)	(0)	(0)	(4)	(6)	(6)	(10)	(3)	(6)
Berufliche Stellung													
nicht erwerbstätig	223	118	53	23	10	(8)	(4)	24	11	41	18	(9)	(4)
Hilfsarbeit	101	51	50	(9)	(9)	(6)	(6)	10	10	17	17	(7)	(7)
Facharbeit	163	98	60	16	10	(5)	(3)	18	11	19	12	(8)	(5)
Mittlere Tätigkeit, Meister	78	46	59	(8)	(11)	(3)	(3)	(8)	(11)	(8)	(11)	(4)	(6)
Höhere Tätigkeit	61	34	55	(10)	(16)	(0)	(0)	(6)	(10)	(8)	(13)	(3)	(5)
Hochqualifizierte Tätigkeit	26	18	67	(3)	(12)	(0)	(2)	(2)	(7)	(3)	(11)	(0)	(1)
Selbständige	62	49	78	(5)	(8)	(0)	(1)	(1)	(2)	(5)	(9)	(2)	(2)
Erwerbsintensität des Haushaltes													
keine Erwerbstätigkeit	111	41	37	16	14	(7)	(6)	17	16	27	25	(3)	(2)
teilweise Erwerbstätigkeit	418	247	59	42	10	(8)	(2)	40	9	51	12	29	7
volle Erwerbstätigkeit	502	325	65	52	10	18	4	31	6	58	12	18	4
Haupteinkommensquelle													
unselbständige Arbeit	721	426	59	75	10	22	3	66	9	93	13	39	5
selbständige Arbeit	101	78	78	12	12	(0)	(0)	(2)	(2)	(8)	(8)	(1)	(1)
Sozialleistungen	94	45	48	(6)	(6)	(4)	(4)	(7)	(7)	27	29	(5)	(6)
Pensionen	243	123	50	31	13	13	5	28	11	15	6	35	14
private Einkommen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Quelle: Statistik Austria, 2007

Diese Darstellung der **Rechtsverhältnisse** an der Wohnung nach Erwerbsstatus zeigt, dass 60% der Erwerbstätigen und 53% der Nicht-Erwerbstätigen ein Haus besitzen. Von ersteren besitzen Hilfsarbeiter mit 50% am seltensten und Personen mit hochqualifizierten Tätigkeiten (67%) sowie Selbständige (78%) am häufigsten ein Haus. In Genossenschaftswohnungen leben 20% der Arbeitslosen, 11% der Nicht-Erwerbstätigen und 10% der Hilfsarbeiter. In Mietwohnungen leben 37% der Arbeitslosen, 18% der Nicht-Erwerbstätigen und 17% der Hilfsarbeiter. Mietfrei wohnen vor allem Pensionisten und im Haushalt Tätige.

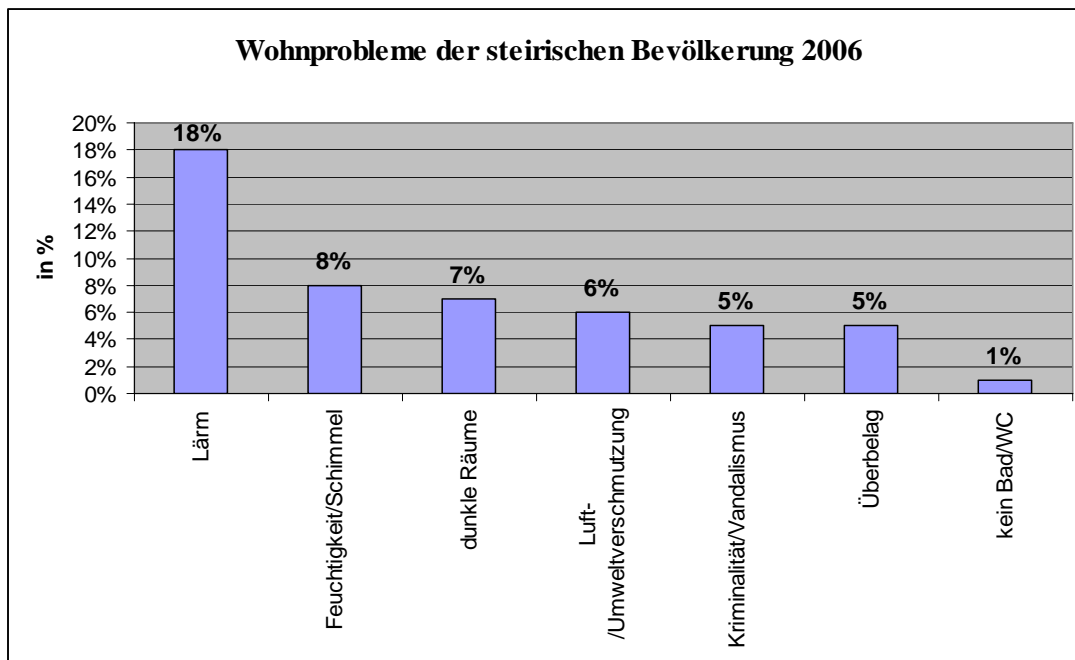
Tabelle 13

Wohnprobleme nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark															
	Gesamt (=100%) in 1.000	Lärm		Feuchtigkeit Schimmel		Kriminalität Vandalismus		Luft-, Umwelt- verschmutz- ung		Überbelag		kein Bad / WC		dunkle Räume	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	205	18	88	8	62	5	75	6	58	5	12	1	79	7
Männer															
Zusammen	572	105	18	49	9	31	5	39	7	31	5	(4)	(1)	40	7
bis 19 Jahre	124	23	18	13	11	(7)	(6)	(7)	(5)	10	8	(0)	(0)	10	8
20 bis 39 Jahre	154	26	17	12	8	(8)	(5)	(13)	(8)	(11)	(7)	(0)	(0)	(9)	(6)
40 bis 64 Jahre	209	37	18	17	8	11	5	15	7	(8)	(4)	(2)	(1)	15	7
65 Jahre +	84	18	21	(7)	(8)	(5)	(6)	(4)	(5)	(1)	(2)	(1)	(2)	(6)	(7)
Frauen															
Zusammen	595	101	17	40	7	31	5	36	6	27	4	(8)	(1)	39	7
bis 19 Jahre	116	20	17	(7)	(6)	(6)	(5)	(7)	(6)	(10)	(8)	(0)	(0)	(9)	(8)
20 bis 39 Jahre	154	27	17	11	7	(9)	(6)	(9)	(6)	10	7	(1)	(1)	(10)	(7)
40 bis 64 Jahre	197	34	17	16	8	10	5	13	7	(6)	(3)	(1)	(1)	11	6
65 Jahre +	128	20	16	(6)	(5)	(6)	(4)	(7)	(5)	(1)	(1)	(5)	(4)	(8)	(6)
Staatsbürgerschaft															
Österreich	1099	183	17	77	7	53	5	68	6	40	4	(10)	(1)	67	6
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(6)	(23)	(3)	(13)	(0)	(0)	(5)	(19)	(1)	(6)	(0)	(0)	(5)	(21)
Nicht Österreich	68	23	33	12	17	(9)	(14)	(7)	(11)	17	26	(2)	(3)	(12)	(17)
davon EU/EFTA	(18)	(8)	(46)	(1)	(3)	(4)	(23)	(2)	(10)	(0)	(0)	(0)	(0)	(3)	(16)
davon sonstiges Ausland	50	14	29	(11)	(22)	(5)	(10)	(5)	(11)	17	35	(2)	(4)	(9)	(18)
höchster Bildungsabschluss															
max. Pflichtschule	275	41	15	24	9	14	5	15	5	15	5	(9)	(3)	19	7
Lehre/mittlere Schule	493	94	19	36	7	27	6	39	8	18	4	(2)	(0)	33	7
Matura/Universität	211	37	17	16	7	10	5	(10)	(5)	(9)	(4)	(1)	(0)	13	6
Haushalte mit Pension															
Zusammen	234	40	17	13	5	14	6	11	5	(3)	(1)	(8)	(3)	13	5
Alleinstehend	80	14	17	(5)	(6)	(4)	(4)	(6)	(8)	(2)	(2)	(4)	(5)	(5)	(6)
Mehrpersonenhaushalte	153	27	17	(8)	(5)	11	7	(4)	(3)	(1)	(1)	(4)	(2)	(7)	(5)
Haushalte ohne Pension															
Zusammen	933	165	18	76	8	48	5	64	7	55	6	(4)	(0)	66	7
Alleinstehend	83	17	20	(12)	(14)	(3)	(4)	(7)	(9)	(1)	(2)	(1)	(1)	(9)	(11)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	53	19	20	7	13	5	25	9	(11)	(4)	(2)	(1)	19	7
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	95	17	44	8	32	5	32	6	42	7	(1)	(0)	38	7
Haushalt mit															
männlichem Hauptverdiener	870	153	18	67	8	41	5	58	7	47	5	(7)	(1)	64	7
weiblicher Hauptverdienerin	297	53	18	22	7	21	7	17	6	(10)	(3)	(5)	(2)	15	5
Rechtsverhältnis an der Wohnung															
Hauseigentum	674	102	15	37	5	30	5	35	5	(5)	(1)	(5)	(1)	36	5
Wohnungseigentum	123	29	23	(4)	(3)	(9)	(7)	(10)	(8)	(9)	(7)	(0)	(0)	(7)	(6)
Gemeindewohnung	39	(6)	(16)	(1)	(2)	(1)	(1)	(1)	(4)	(7)	(19)	(0)	(0)	(3)	(9)
Genossenschaft	105	18	17	(7)	(7)	12	11	(5)	(4)	(8)	(7)	(0)	(0)	(4)	(4)
sonst. Haupt-/Untermiete	146	33	23	32	22	(9)	(6)	21	14	25	17	(7)	(5)	18	12
mietfremde Wohnung/Haus	80	17	21	(7)	(9)	(2)	(3)	(3)	(4)	(4)	(4)	(1)	(1)	(10)	(13)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Neben dem Rechtsverhältnis wurden auch ausgewählte **Wohnprobleme** der SteirerInnen erhoben, die ebenso maßgeblich für deren Lebensbedingungen sind. Demnach beklagen 18% der steirischen Bevölkerung Lärm, 8% Feuchtigkeit/Schimmel, 7% dunkle Räume, 6% Luft-/Umweltverschmutzung, 5% Kriminalität/Vandalismus sowie Überbelag und 1% das Nicht-Vorhandensein von Bad/WC. Verglichen mit 2004 sind die Anteile derer, die diverse Wohnprobleme beklagten, mit Ausnahme der Bereiche Überbelag, Fehlen von Bad/WC und dunkle Räume, wenn auch nur marginal, gesunken. Beispielsweise gaben 2004 22% an unter Lärm zu leiden, 11% an Luft-/Umweltverschmutzung und 10% an Feuchtigkeit/Schimmel⁵².

Grafik 15



Quelle: Statistik Austria, 2007

In der Steiermark sind vor allem Nicht-ÖsterreicherInnen von Wohnproblemen betroffen. Der Anteil der Betroffenen unter ihnen ist in fast allen Bereichen zumindest doppelt so hoch wie der Anteil der betroffenen ÖsterreicherInnen. Besonders häufig sind Lärmbelästigung und Überbelag, woran 33% bzw. 26% der MigrantInnen leiden. Damit sind sie mehr als fünf Mal so oft von Überbelag betroffen wie die durchschnittliche steirische Bevölkerung. Auch Personen in sonstigen Haupt- oder Untermietverhältnissen haben bei fast allen Wohnproblemen höhere Anteile. 23% von ihnen leiden unter Lärm, 22% unter Feuchtigkeit / Schimmel, 17% an Überbelag und 12% an dunklen Räumen. 5% haben kein Bad / WC. Die stärksten Probleme mit Kriminalität und Vandalismus haben offensichtlich BewohnerInnen von Genossenschaftswohnungen, von denen 11% dieses Problem beklagten. In Gemeindewohnungen ist das Problem des Überbelags mit 19% am stärksten.

⁵² vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 51

Tabelle 14

Wohnzufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark										
	Gesamt (=100%) in 1.000	sehr/ziemlich unzufrieden		eher unzufrieden		eher zufrieden		sehr/ziemlich zufrieden		arithm. Mittel
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Insgesamt	781	19	2	22	3	70	9	669	86	5,2
Männer										
Zusammen	353	(9)	(3)	(7)	(2)	37	10	300	85	5,2
bis 19 Jahre	(13)	(0)	(0)	(1)	(4)	(1)	(8)	(11)	(88)	(5)
20 bis 39 Jahre	103	(1)	(1)	(2)	(2)	16	16	84	81	5,2
40 bis 64 Jahre	161	(8)	(5)	(3)	(2)	14	9	136	84	5,2
65 Jahre +	76	(1)	(1)	(1)	(1)	(5)	(7)	69	92	5,4
Frauen										
Zusammen	428	(10)	(2)	15	4	34	8	369	86	5,3
bis 19 Jahre	(14)	(1)	(10)	(0)	(0)	(1)	(4)	(12)	(86)	(5)
20 bis 39 Jahre	122	(3)	(2)	(6)	(5)	(11)	(9)	102	84	5,3
40 bis 64 Jahre	179	(5)	(3)	(9)	(5)	10	6	155	87	5,2
65 Jahre +	113	(1)	(0)	(1)	(1)	12	11	100	88	5,3
Staatsbürgerschaft										
Österreich	743	18	2	20	3	65	9	640	86	5,3
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(2)	(10)	(1)	(4)	(1)	(4)	(19)	(81)	(5)
Nicht Österreich	38	(1)	(2)	(3)	(7)	(6)	(15)	29	76	5,0
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(28)	(0)	(1)	(3)	(10)	(4)	(13)	(21)	(76)	(5)
höchster Bildungsabschluss										
max. Pflichtschule	221	(4)	(2)	(2)	(1)	18	8	197	89	5,2
Lehre/mittlere Schule	396	(11)	(3)	15	4	35	9	335	85	5,2
Matura/Universität	164	(4)	(2)	(5)	(3)	18	11	138	84	5,3
Haushalte mit Pension										
Zusammen	211	(1)	(1)	(4)	(2)	18	8	188	89	5,3
Alleinstehend	80	(1)	(1)	(2)	(3)	13	17	64	79	5,1
Mehrpersonenhaushalte	131	(0)	(0)	(2)	(1)	(4)	(3)	125	95	5,4
Haushalte ohne Pension										
Zusammen	570	18	3	18	3	53	9	481	84	5,2
Alleinstehend	82	(8)	(10)	(3)	(4)	(12)	(14)	58	71	4,8
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	204	(5)	(3)	(7)	(3)	17	8	175	86	5,3
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	284	(4)	(1)	(8)	(3)	24	9	247	87	5,3
Rechtsverhältnis an der Wohnung										
Haus-eigentum	421	(2)	(0)	(7)	(2)	27	6	386	92	5,5
Wohnungseigentum	88	(1)	(1)	(3)	(3)	(7)	(8)	77	87	5,3
Gemeindewohnung	27	(1)	(4)	(2)	(6)	(2)	(7)	22	83	5,0
Genossenschaft	78	(0)	(0)	(3)	(4)	13	16	62	79	5,0
sonst. Haupt-/Untermiete	105	(14)	(13)	(7)	(7)	15	14	69	66	4,5
mietfreie Wohnung/Haus	61	(1)	(2)	(0)	(1)	(7)	(12)	52	85	5,2

Nur auskunftsbereite Personen ab 16 Jahren, fehlende Fälle wurden nicht imputiert. 6 = sehr zufrieden, 1 = sehr unzufrieden.

Quelle: Statistik Austria, 2007

Zur Untersuchung der Lebensbedingungen wurde auch die **subjektive Wohnzufriedenheit** erhoben. EU-SILC 2006 misst diese mit Hilfe von 6 abgestuften Antwortmöglichkeiten (von sehr zufrieden bis sehr unzufrieden). Da bei den äußeren Kategorien nur sehr geringe Fallzahlen vorhanden sind, wurden diese zusammengelegt. Die Ergebnisse dieser Befragung sind in oben stehender Tabelle abgebildet.

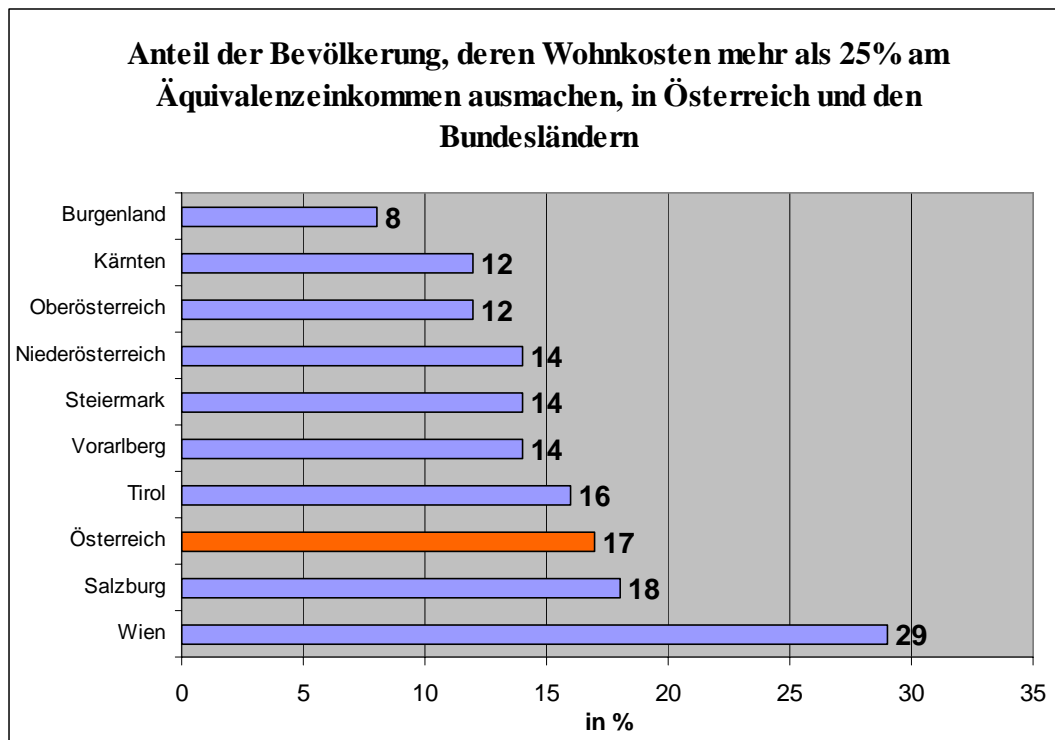
Das arithmetische Mittel der Wohnzufriedenheit der Steirer und Steirerinnen liegt bei 5,2. Bei einem (theoretisch möglichen) Höchstwert von 6, bedeutet dies, dass die steirische Bevölkerung im Durchschnitt sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation ist. Die durchschnittliche Wohnzufriedenheit schwankt zwischen einem Wert von 4,5 und 5,5. Diesen höchsten Wohnzufriedenheits-Wert haben HauseigentümerInnen, wohingegen das Empfinden der sonstigen Haupt- und UntermieterInnen am unzufriedensten ist. Niedrigere Zufriedenheitswerte haben auch Alleinstehende ohne Pension (4,8) sowie mit Pension (5,1) und Nicht-ÖsterreicherInnen (5,0). Auch BewohnerInnen von Gemeinde- und Genossenschaftswohnungen haben eine unterdurchschnittliche Wohnzufriedenheit von 5,0.

Im Jahr 2005 betrug der durchschnittliche Wohnzufriedenheitswert 5,3 (bei einer höheren Schwankungsbreite von 4,2 bis 5,6). An der Tatsache welche Bevölkerungsgruppen tendenziell höhere bzw. niedrigere Zufriedenheitswerte aufwiesen, änderte sich nichts⁵³.

In der Folge wurde auch die **subjektive Wohnkostenbelastung** der steirischen Bevölkerung analysiert. Dabei werden die gesamten Wohnkosten mit dem Äquivalenzeinkommen in Beziehung gesetzt. Die daraus abgeleitete Wohnkostenbelastung beeinflusst die Lebenssituation der Betroffenen in hohem Maße, da mit steigenden Belastungen der finanzielle Spielraum für andere Ausgaben kleiner wird.

⁵³ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 49

Grafik 16



Quelle: Statistik Austria, 2008

Für 14% der steirischen Bevölkerung machen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens aus. Durchschnittlich betrifft dies 17% der ÖsterreicherInnen. Besonders stark scheint die Wohnkostenbelastung in Wien, wo 29% der Bewohner mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens für die Wohnung aufbringen müssen. Auch in Salzburg hat ein überdurchschnittlich hoher Anteil (18%) Wohnkosten von mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens.

Nachfolgend wird nun die Wohnkostenbelastung für verschiedene Bevölkerungs- und Erwerbsgruppen in der Steiermark näher analysiert.

Tabelle 15

Subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen in der Steiermark											
	Gesamt (=100%) in 1.000	Keine Belastung		Gewisse Belastung		starke Belastung		Wohnkostenanteil > 25%		Wohnkosten*)	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	arithm. Mittel in EUR	in %
Insgesamt	1167	348	30	712	61	108	9	162	14	2505	16
Männer											
Zusammen	572	173	30	348	61	51	9	76	13	2475	15
bis 19 Jahre	124	31	25	76	61	17	14	17	14	2183	15
20 bis 39 Jahre	154	53	34	91	59	(10)	(6)	23	15	2650	16
40 bis 64 Jahre	209	62	29	129	62	18	9	26	12	2534	15
65 Jahre +	84	28	33	51	60	(6)	(7)	11	13	2435	15
Frauen											
Zusammen	595	174	29	364	61	57	10	85	14	2535	16
bis 19 Jahre	116	28	24	74	64	14	12	15	13	2220	16
20 bis 39 Jahre	154	45	29	97	63	13	8	26	17	2581	17
40 bis 64 Jahre	197	60	30	117	59	20	10	23	12	2632	15
65 Jahre +	128	42	33	76	59	(10)	(8)	22	17	2622	19
Staatsbürgerschaft											
Österreich	1099	326	30	676	62	97	9	142	13	2491	15
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(7)	(31)	(13)	(55)	(3)	(14)	(8)	(34)	(2977)	(21)
Nicht Österreich	68	22	32	36	52	(10)	(15)	19	29	2732	23
davon EU/EFTA	(18)	(4)	(24)	(9)	(52)	(4)	(24)	(5)	(27)	(3494)	(28)
davon sonstiges Ausland	50	18	35	26	53	(6)	(12)	15	29	2474	22
höchster Bildungsabschluss											
max. Pflichtschule	275	76	28	169	61	31	11	41	15	2302	17
Lehre/mittlere Schule	493	148	30	306	62	39	8	59	12	2505	15
Matura/Universität	211	76	36	121	57	14	7	34	16	2982	16
Haushalte mit Pension											
Zusammen	234	80	34	135	58	18	8	41	17	2813	19
Alleinstehend männlich	(20)	(6)	(32)	(12)	(62)	(1)	(7)	(7)	(35)	(3.782)	(23)
Alleinstehend weiblich	61	24	39	30	50	(7)	(11)	21	35	3681	28
Mehrpersonenhaushalte	153	50	33	93	61	10	7	12	8	2389	15
Haushalte ohne Pension											
Zusammen	933	267	29	576	62	90	10	121	13	2434	15
Alleinstehend	83	27	33	45	55	(10)	(12)	41	50	4219	31
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	93	34	163	59	19	7	22	8	2460	13
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	147	26	368	64	61	11	58	10	2171	14
Haushalt mit											
männlichem Hauptverdiener	870	265	30	541	62	63	7	89	10	2388	14
weiblicher Hauptverdienerin	297	82	28	170	57	44	15	73	25	2853	20

*) Äquivalisierte Jahres-Wohnkosten für Mieter und Eigentümer zusammen. Der Wohnkostenanteil wird unterschätzt, da bei rund einem Viertel der befragten Haushalte keine Wohnkosten erfasst sind, wobei etwa 80% davon Hauseigentum besitzen.

Quelle: Statistik Austria, 2007

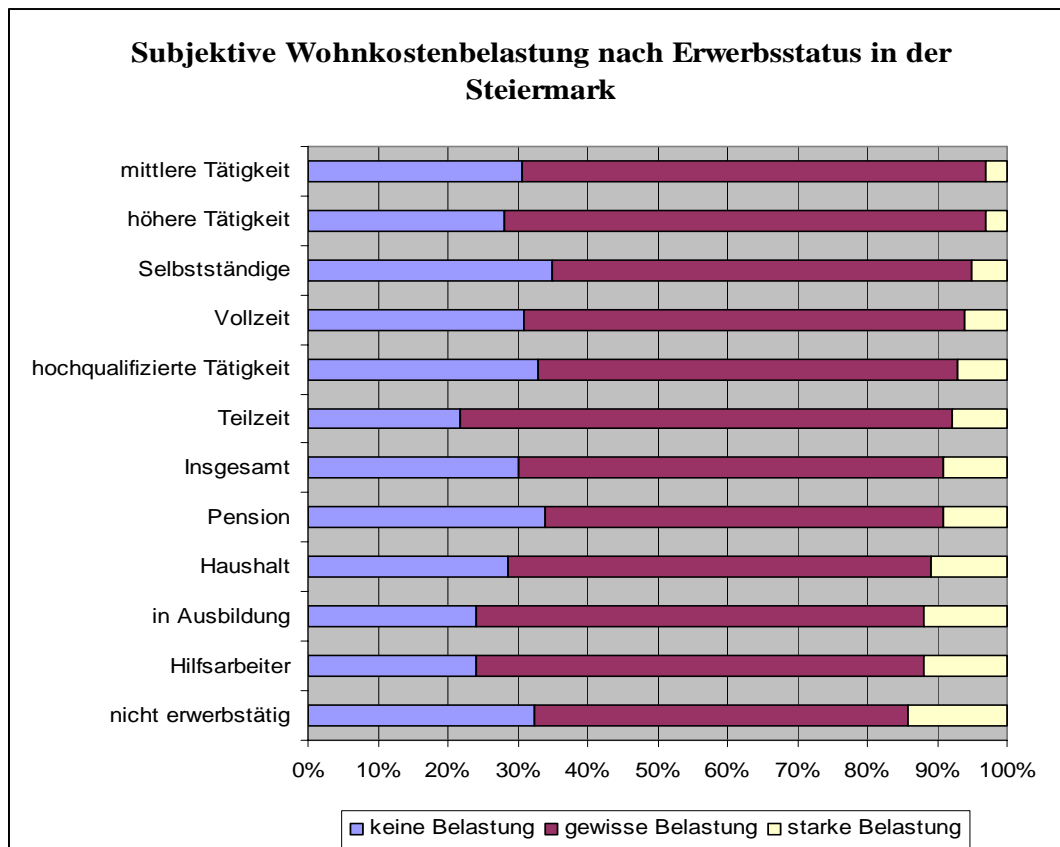
Die durchschnittlichen jährlichen Wohnkosten (arithmetisches Mittel) der steirischen Bevölkerung betragen 2.505 Euro pro Person. Deutlich höhere Wohnkosten haben Alleinstehende ohne Pension (4.219 Euro) sowie alleinstehende Männer mit Pension (3.782 Euro) und alleinstehende Frauen mit Pension (3.681 Euro). Diese erhebliche Differenz weist auf die überdimensionale Belastung jener Personengruppen hin, die alleine für ihre Wohnkosten aufkommen müssen.

Für 14% der SteirerInnen machen die Wohnkosten mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens aus. Besonders betroffen von hohen Wohnkostenanteilen sind Alleinstehende ohne Pension (50%), Alleinstehende mit Pension (35%), Nicht-ÖsterreicherInnen (29%) und Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin (25%). Im Gegensatz dazu haben nur 8% der Mehrpersonenhaushalte mit Pension sowie 8% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und 10% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern Wohnkosten, die 25% ihres Äquivalenzeinkommens übersteigen. Dies spricht für die These, dass Wohnkosten bei Mehrpersonenhaushalten auf mehrere Haushaltsbewohner aufgeteilt werden können, wodurch der subjektive Wohnkostenanteil sinkt.

30% der steirischen Bevölkerung gaben an „keine Belastung“, 61% eine „gewisse Belastung“ und 9% eine „starke Belastung“ durch Wohnkosten zu erfahren.

Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (36%), Haushalte mit Pension (34%) und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (34%) empfanden am häufigsten „keine Kostenbelastung“. Die Mehrheit aller Personengruppen empfindet eine „gewisse Belastung“. Mit 50% der weiblichen Alleinstehenden mit Pension gaben diese am seltensten an eine „gewisse Belastung“ zu erfahren. Die Wohnkosten als „starke Belastung“ empfinden 15% der Nicht-ÖsterreicherInnen, 14% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und 14% der Männer bis 19 Jahre.

Grafik 17



Quelle: Statistik Austria, 2007

Überdurchschnittlich hohe Anteile von Personen, die „keine Kostenbelastung“ empfinden, finden sich unter Selbstständigen, Personen mit hochqualifizierter Tätigkeit und unter PensionistInnen. 60 bis 70% der Erwerbstätigen (71% der Teilzeit-Erwerbstätigen) geben an, eine „gewisse Belastung“ zu empfinden. Besonders stark scheint die Wohnkostenbelastung für Nicht-Erwerbstätige (14%), Hilfsarbeiter (12%) und Personen in Ausbildung (12%) zu sein.

Die nachfolgende Tabelle stellt die Wohnkostenbelastung nach Erwerbsstatus noch detaillierter dar. Bei Betrachtung der Erwerbsintensität eines Haushaltes zeigen sich deutliche Differenzen. 26% der Haushalte ohne Erwerbsintensität empfinden „starke Belastungen“. Dieser Anteil sinkt mit steigender Erwerbstätigkeit, sodass Haushalte mit teilweiser Erwerbsintensität nur mehr zu 9% und Haushalte mit voller Erwerbsintensität zu 7% eine starke Wohnkostenbelastung spüren. Für 31% der Haushalte ohne Erwerbstätigkeit betragen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens, womit ihr Anteil mehr als doppelt so hoch ist wie der steirische Durchschnitt. Auch Personen, deren Haupttätigkeit im Haushalt liegt (20%), und Nicht-Erwerbstätige (19%) haben überdurchschnittlich oft Wohnkosten, die mehr als ein Viertel ihres Äquivalenzeinkommens ausmachen.

Tabelle 16

Subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen in der Steiermark											
	Gesamt (=100%) in 1.000	Keine Belastung		Gewisse Belastung		starke Belastung		Wohnkostenanteil > 25%		Wohnkosten*)	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	arithm. Mittel in EUR	in %
Insgesamt	1167	348	30	712	61	108	9	162	14	2505	16
Haupttätigkeit (2005)											
Erwerbstätig	502	149	30	323	64	31	6	55	11	2559	14
davon Vollzeit	413	129	31	260	63	24	6	41	10	2544	13
davon Teilzeit	89	19	22	63	71	(7)	(8)	14	16	2631	18
Pension	258	88	34	148	57	22	9	36	14	2655	17
Arbeitslos	(37)	(14)	(38)	(12)	(33)	(10)	(28)	(12)	(33)	(2.670)	(23)
Haushalt	120	34	29	72	61	13	11	24	20	2425	18
in Ausbildung	63	15	24	40	64	(7)	(12)	(7)	(12)	2275	15
Berufliche Stellung											
nicht erwerbstätig	223	72	32	119	53	32	14	43	19	2646	18
Hilfsarbeit	101	24	24	65	64	12	12	14	14	2485	16
Facharbeit	163	52	32	104	64	(8)	(5)	18	11	2490	14
Mittlere Tätigkeit, Meister	78	24	31	52	67	(2)	(3)	(8)	(10)	2692	14
Höhere Tätigkeit	61	17	28	42	69	(2)	(3)	(5)	(9)	2790	13
Hochqualifizierte Tätigkeit	26	(9)	(33)	16	60	(2)	(7)	(0)	(2)	2846	11
Selbständige	62	22	35	37	60	(3)	(5)	(9)	(14)	2459	15
Erwerbsintensität des Haushaltes											
keine Erwerbstätigkeit	111	34	31	48	43	29	26	34	31	2976	24
teilweise Erwerbstätigkeit	418	131	31	252	60	36	9	57	14	2348	16
volle Erwerbstätigkeit	502	131	26	337	67	34	7	40	8	2432	13

*) Äquivalisierte Wohnkosten für Mieter und Eigentümer zusammen. Der Wohnkostenanteil wird unterschätzt, da bei rund einem Viertel der befragten Haushalte keine Wohnkosten erfasst sind, wobei etwa 80% davon Hauseigentum besitzen.

Quelle: Statistik Austria, 2007

3.2.3.3 Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Wohnsituation in der Steiermark sich kaum von der in Gesamtösterreich unterscheidet. Allerdings gibt es in der Steiermark mehr Hauseigentümer (58%) und die Wohnzufriedenheit gehört zu den höchsten in ganz Österreich. Am häufigsten sind Nicht-ÖsterreicherInnen, Personen in sonstiger Haupt-/Unter-miete und Personen in Genossenschafts- oder Gemeindewohnungen von Wohnproblemen betroffen. 14% der SteirerInnen müssen mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens für Wohnkosten aufwenden. Besonders stark sind die Belastungen durch Wohnkosten für Alleinstehende, Nicht-ÖsterreicherInnen, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, Nicht-Erwerbstätige, Hilfsarbeiter und Personen, die sich in Ausbildung befinden.

3.2.4 Gesundheit

Wissenschaftliche Forschungen haben ein Verständnis für die Empfänglichkeit der Gesundheit gegenüber Umwelteinflüssen wachsen lassen. Dabei ist die Richtung der Kausalzusammenhänge zwar nicht immer eindeutig, doch dass es solche gibt, belegen unzählige Studien. Schwierige soziale und wirtschaftliche Lebensbedingungen beeinflussen die Gesundheit eines Menschen sein ganzes Leben lang. Dabei sind neben materiellen auch psychosoziale Umstände von großer Bedeutung. Die unterschiedlichen Formen von Benachteiligungen betreffen tendenziell immer die gleichen Menschen und haben kumulative Auswirkungen auf ihre Gesundheit, die mit der Dauer der Belastungen zunehmen⁵⁴.

EU-SILC 2006 unterteilt bei der Auswertung die Ergebnisse in eine Gruppe der 16 bis 64-Jährigen und in eine Gruppe der über 64-Jährigen. Dadurch soll dem natürlich bedingten Unterschied der Gesundheitszustände zwischen diesen Altersgruppen Rechnung getragen werden, damit der Effekt der Einkommens- und Lebensbedingungen möglichst unverfälscht sichtbar wird.

3.2.4.1 Vergleich der Gesundheitssituation in Österreich und der Steiermark

Ein Vergleich zwischen den Gruppen der 16 bis 64-Jährigen zeigt keinen nennenswerten Unterschied in der subjektiven Einschätzung der eigenen Gesundheit zwischen der steirischen und österreichischen Bevölkerung. 81% der SteirerInnen und 80% der ÖsterreicherInnen bezeichnen ihre Gesundheit als gut bis sehr gut. In der zweiten Altersgruppe der über 65-Jährigen hingegen schätzen die SteirerInnen ihren Gesundheitszustand schlechter ein als ihre Altersgenossen in ganz Österreich. Nur 35% der SteirerInnen im Gegensatz zu 39% geben an sich gut bis sehr gut zu fühlen, aber 26% gegenüber 22% bezeichnen ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht⁵⁵.

3.2.4.2 Gesundheitliche Lage der SteirerInnen

Bei der Analyse des Gesundheitszustandes der SteirerInnen wird zuerst die Gruppe der 16 bis 64-Jährigen und danach die der über 65-Jährigen betrachtet. Es werden jeweils Daten in Abhängigkeit von soziodemografischen Merkmalen und vom Erwerbsstatus angegeben⁵⁶:

⁵⁴ vgl. Marmot/Wilkinson, 2004, S. 7 u. 10

⁵⁵ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 133-135

⁵⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48-54

Tabelle 17

Subjektiver Gesundheitszustand nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark (16-64 Jahre)								
	Gesamt (=100%) in 1.000	gut / sehr gut		mittelmäßig		schlecht / sehr schlecht		arithm. Mittel
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Insgesamt	767	621	81	109	14	38	5	1,9
Männer								
Zusammen	390	316	81	55	14	19	5	1,9
bis 19 Jahre	27	27	98	(0)	(2)	(0)	(0)	1,4
20 bis 39 Jahre	154	144	94	(8)	(5)	(2)	(1)	1,5
40 bis 64 Jahre	209	146	70	46	22	17	8	2,2
Frauen								
Zusammen	377	304	81	54	14	19	5	1,9
bis 19 Jahre	26	25	97	(1)	(3)	(0)	(0)	1,4
20 bis 39 Jahre	154	140	91	11	7	(3)	(2)	1,6
40 bis 64 Jahre	197	139	71	42	21	16	8	2,2
Staatsbürgerschaft								
Österreich	723	588	81	101	14	35	5	1,9
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(20)	(17)	(82)	(2)	(8)	(2)	(10)	(2)
Nicht Österreich	44	33	75	(8)	(18)	(3)	(7)	2,0
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	36	27	75	(6)	(16)	(3)	(9)	2,0
höchster Bildungsabschluss								
max. Pflichtschule	154	107	70	30	19	17	11	2,2
Lehre/mittlere Schule	424	342	81	64	15	18	4	1,9
Matura/Universität	188	171	91	15	8	(3)	(1)	1,6
Haushalte ohne Pension								
Zusammen	696	568	82	93	13	35	5	1,9
Alleinstehend	81	63	78	(11)	(13)	(7)	(9)	2,0
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	243	184	76	40	17	18	7	2,0
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	372	321	86	42	11	(9)	(2)	1,7
Haushalt mit								
männlichem Hauptverdiener	587	483	82	82	14	22	4	1,9
weiblicher Hauptverdienerin	180	138	76	27	15	16	9	2,0

1= sehr gut, 5=sehr schlecht

Quelle: Statistik Austria, 2007

Gemäß dieser Tabelle beschreiben 81% der Steirer und Steirerinnen ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut, 14% als mittelmäßig und 5% als schlecht bis sehr schlecht. Damit ist das subjektive Gesundheitsempfinden der SteirerInnen ein wenig besser als noch 2004. Damals befanden 74% (7% weniger als 2006) ihre Gesundheit für gut bis sehr gut, 20% für mittelmäßig und 6% (1% mehr als 2006) für schlecht bis sehr schlecht⁵⁷.

⁵⁷ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 59

2006 befinden mehr als 90% der Frauen und Männer im Alter unter 40 Jahren ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut. 91% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss gaben ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut an. Das sind 10% bzw. 20% mehr als in der Gruppe der Personen mit Lehre bzw. mit Pflichtschulabschluss.

22% bzw. 21% der Personen über 40 Jahren befinden ihren Gesundheitszustand als mittelmäßig. Mit 19% gaben Personen, die maximal einen Pflichtschulabschluss haben, am häufigsten aller Bildungsniveaus an, dass ihr Gesundheitszustand mittelmäßig sei. Auch Nicht-ÖsterreicherInnen befinden ihren Gesundheitszustand zu 18% als mittelmäßig, wohingegen ÖsterreicherInnen dies nur zu 14% tun (unter ihnen befinden mehr Personen, dass ihre Gesundheit gut bis sehr gut sei). Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin gaben am häufigsten (9%) an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Ebenso gaben 9% der Alleinstehenden ohne Pension ihren Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht, wie auch 8% der Personen zwischen 40 und 64 Jahren.

Die **Einschätzung des subjektiven Gesundheitszustandes** erlaubt Antworten zwischen „1 ist sehr gut“ bis „5 ist sehr schlecht“. Der derart berechnete Mittelwert für alle SteirerInnen im Alter von 16 bis 65 Jahren beträgt 1,9. Im Durchschnitt bewertet die steirische Bevölkerung ihre Gesundheit damit mit „2“ also mit „gut“. Die niedrigsten Gesundheitsbewertungen (und damit die besten) haben Frauen wie Männer bis 19 Jahre (1,4). Auch in der Altersgruppe der bis 39-Jährigen liegen die Mittelwerte, mit 1,6 bei Frauen und 1,5 bei Männern, unter dem steirischen Durchschnitt. Mit zunehmendem Alter verschlechtert sich die persönliche Gesundheitseinschätzung, was zu einem Mittelwert von 2,2 bei Frauen und Männern über 40 Jahren führt. Unterschiede zeigen sich jedoch bei der geschlechtsspezifischen Betrachtung des/r Hauptverdieners/in. In Haushalten mit männlichem Hauptverdiener fällt die Gesundheitsbewertung besser aus als in solchen mit weiblicher Hauptverdienerin.

Eine bildungsabhängige Betrachtung zeigt, dass die Einschätzung der eigenen Gesundheit mit steigendem Bildungsniveau besser ausfällt, sodass Personen mit Matura oder Universitätsabschluss ihre Gesundheit mit 1,6 bewerten, wohingegen Personen mit Pflichtschulabschluss einen Wert von 2,2 angeben. Weiters lassen sich auch Unterschiede aufgrund der Herkunft ausmachen. So haben ÖsterreicherInnen mit 1,9 ein geringfügig besseres Gesundheitsempfinden als Nicht-ÖsterreicherInnen mit 2,0. Von den Haushalten ohne Pension hatten jene mit Kindern die positivste Einschätzung ihrer Gesundheit (1,7). Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder befanden ihre Gesundheit deutlich schlechter (2,0).

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Menschen mit höherem Alter, niedrigerer Bildung und in kinderlosen Haushalten tendenziell ihre Gesundheit schlechter einschätzen⁵⁸.

Aufschlussreich ist es auch, den subjektiven Gesundheitszustand nach Erwerbsstatus zu untersuchen, wie nachfolgende Tabelle zeigt.

Tabelle 18

Subjektiver Gesundheitszustand nach Erwerbsstatus in der Steiermark (16-64 Jahre)								
	Gesamt (=100%) in 1.000	gut / sehr gut		mittelmäßig		schlecht / sehr schlecht		arithm. Mittel
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Insgesamt	767	621	81	109	14	38	5	1,9
Haupttätigkeit (2005)								
Erwerbstätig	501	430	86	59	12	12	2	1,8
davon Vollzeit	413	357	87	47	11	(9)	(2)	1,8
davon Teilzeit	88	72	82	12	14	(4)	(4)	1,9
Pension	81	47	58	25	31	(9)	(11)	2,5
Arbeitslos	(37)	(26)	(71)	(5)	(15)	(5)	(15)	(2)
Haushalt	87	65	75	18	20	(4)	(5)	2,0
in Ausbildung	61	53	86	(2)	(3)	(6)	(11)	1,7
Berufliche Stellung								
nicht erwerbstätig	223	149	67	48	22	26	11	2,3
Hilfsarbeit	101	75	74	19	19	(7)	(7)	2,1
Facharbeit	163	141	87	19	12	(3)	(2)	1,7
Mittlere Tätigkeit, Meister	78	70	90	(6)	(8)	(2)	(2)	1,8
Höhere Tätigkeit	61	57	93	(4)	(6)	(0)	(1)	1,6
Hochqualifizierte Tätigkeit	26	26	99	(0)	(0)	(0)	(1)	1,4
Selbständige	62	51	82	(11)	(18)	(0)	(0)	1,8
Erwerbsintensität des Haushaltes								
keine Erwerbstätigkeit	83	47	57	25	30	(11)	(14)	2,5
teilweise Erwerbstätigkeit	304	243	80	44	15	17	6	1,9
volle Erwerbstätigkeit	378	328	87	40	10	(10)	(3)	1,8

1= sehr gut, 5=sehr schlecht

Quelle: Statistik Austria, 2007

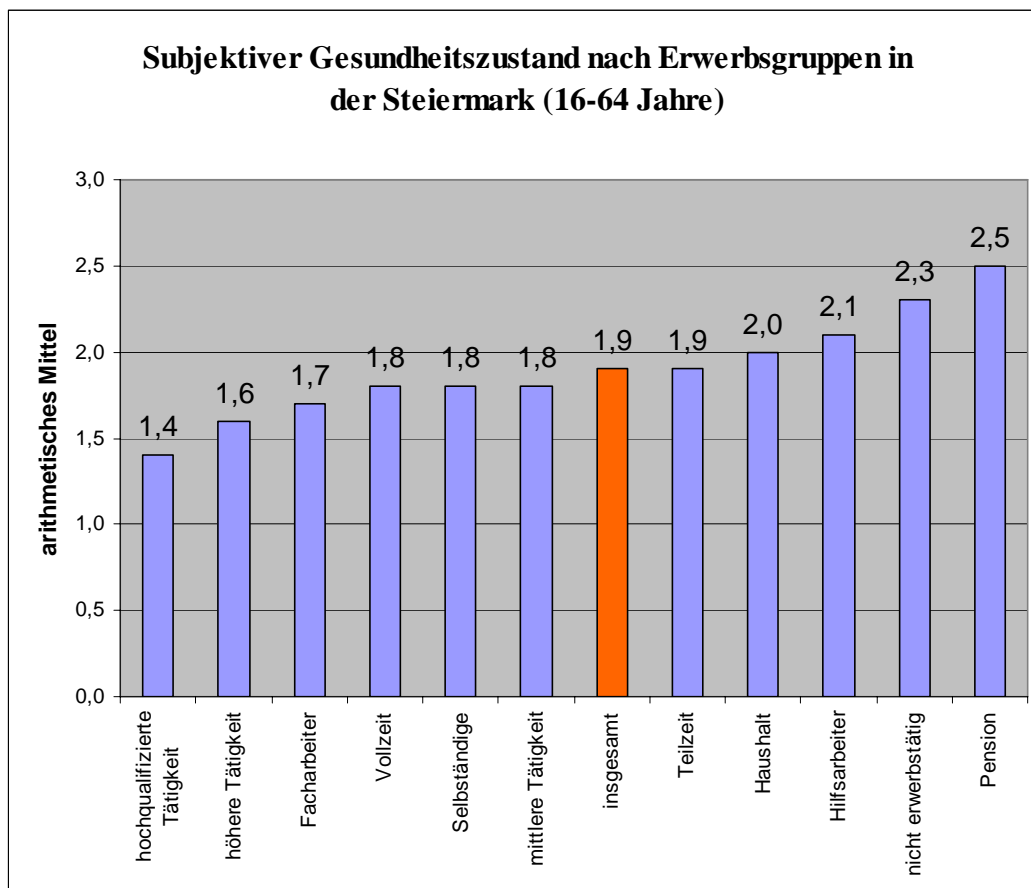
Die erhobenen Daten weisen auf einen konkreten Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit bzw. Erwerbslosigkeit und dem subjektiven Gesundheitsbefinden hin. So bezeichnen von den Erwerbstätigen 86% ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut und 2% als schlecht bis sehr schlecht. Bei den Nicht-Erwerbstätigen hingegen befinden 67% ihre Gesundheit als gut bis sehr gut und 11% als schlecht bis sehr schlecht. Damit liegen die Nicht-Erwerbstätigen auch um das 2-fache über dem steirischen Durchschnitt, da nur 5% der SteirerInnen ihren

⁵⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48

Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht bezeichnen. Auch innerhalb der Berufsgruppen zeigen sich Unterschiede. So meinen 99% der Personen mit hochqualifizierten Tätigkeiten, dass ihr Gesundheitszustand gut bis sehr gut ist, während dies nur 74% der Hilfsarbeiter angeben. Diese haben mit 7%-iger Nennung eines schlechten bis sehr schlechten Gesundheitszustandes hierbei auch die häufigste Nennung aller Berufsgruppen.

Aufgrund eingeschränkter Interpretationsfähigkeit durch niedrige Fallzahlen in der Verteilung ist es sinnvoll, das arithmetische Mittel der unterschiedlichen Erwerbsgruppen näher zu betrachten.

Grafik 18



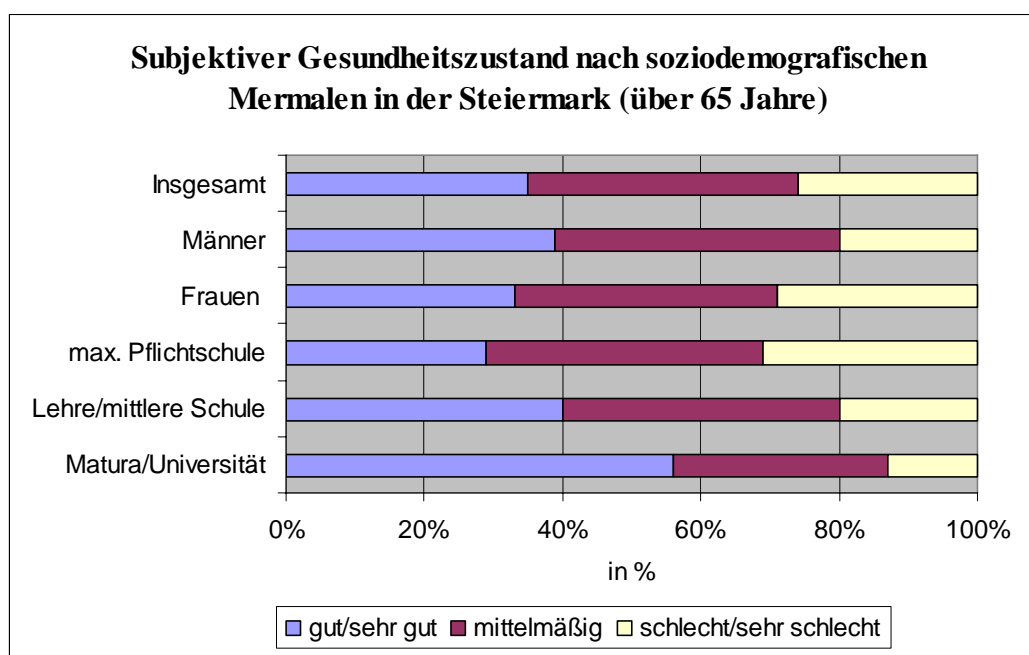
Quelle: Statistik Austria, 2007

Ein erster Blick auf die oben abgebildete Grafik zeigt, dass Erwerbstätige (gleich ob Voll- oder Teilzeit) einen deutlich niedrigeren Mittelwert bezüglich ihrer Gesundheitseinschätzung haben als Nicht-Erwerbstätige (d.h. Erwerbstätige beurteilen ihren subjektiven Gesundheitszustand besser). PensionistInnen haben den höchsten (und damit schlechtesten) Mittelwert bei der Beurteilung ihrer Gesundheit, wobei dies sicherlich vielfach auf altersbedingte Probleme zurückzuführen ist. Betrachtet man die durchschnittlichen

Gesundheitseinschätzungen der Erwerbstätigen genauer, so zeigt sich, dass mit steigender beruflicher Qualifikation und höherer Stellung auch eine bessere Gesundheitsbeurteilung einhergeht. So haben Hilfsarbeiter mit 2,1 einen überdurchschnittlich schlechten Mittelwert im Vergleich zur Gesundheitsbewertung aller Erwerbstätigen. Personen, die höhere und hoch qualifizierte Tätigkeiten ausüben hingegen geben im Durchschnitt überdurchschnittlich gute Werte an. Mit 1,6 und 1,4 bewerten sie ihre Gesundheit unter allen Erwerbstätigen am besten. Auffallend ist, dass Selbstständige einen höheren Mittelwert der Gesundheitseinschätzung haben (und damit eine schlechtere Beurteilung der eigenen Gesundheit)⁵⁹.

Beim Vergleich des Gesundheitszustandes der älteren Bevölkerung soll nochmals darauf hingewiesen werden, dass diese Bevölkerungsgruppe oftmals aus natürlichen (altersbedingten) Gründen einen schlechteren Gesundheitszustand aufweist. Deshalb ist eine schlechtere Beurteilung nicht direkt mit den Lebensbedingungen in Zusammenhang zu bringen.

Grafik 19



Quelle: Statistik Austria, 2007

Auf den ersten Blick wird ersichtlich, dass **der subjektive Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung** deutlich schlechter ist als der der jüngeren. SteirerInnen über 65 Jahren beschreiben nur zu 35% ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut, zu 39% als

⁵⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 50

mittelmäßig und zu 26% als schlecht bis sehr schlecht. Die Anteile der unter 65-Jährigen im Vergleich waren 81% „gut / sehr gut“, 14% „mittelmäßig“ und 5% „schlecht / sehr schlecht“. Mehr als fünf Mal so viele der über 65-Jährigen geben also an von schlechter Gesundheit zu sein als unter 65-Jährige.

Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt, dass Männer anscheinend subjektiv gesünder sind. Sie geben zu 39% an von guter Gesundheit zu sein und zu 20% von schlechter Gesundheit. Dagegen meinen 33% der Frauen ihr Gesundheitszustand sei gut und 29% er sei schlecht, was auch mit der deutlich höheren Zahl an hochbetagten Frauen zu tun haben könnte. Je höher der Bildungsabschluss ist, desto größer wird auch die Zahl derer, die ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut beschreiben: 29% der Personen mit maximal Pflichtschule, 40% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 56% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss.

Das arithmetische Mittel der steirischen Bevölkerung über 65 Jahren liegt bei 2,9. Im Durchschnitt beurteilt die steirische Bevölkerung über 65 Jahren ihre Gesundheit also mit „mittelmäßig“.

Abschließend wird noch das Vorkommen von **Gesundheitsbeeinträchtigungen** in der steirischen Bevölkerung untersucht. Dazu wurden keine Altersbeschränkungen gesetzt. Gesundheitsbeeinträchtigungen werden angenommen, wenn der eigene Gesundheitszustand als „sehr schlecht“ eingeschätzt wird, „chronische Krankheiten“ oder Behinderungen vorliegen, eine „Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension“ oder „Pflegegeld“ bezogen wird⁶⁰.

⁶⁰ Bei dauernder Erwerbsminderung oder bei gänzlicher Arbeitsunfähigkeit sind bestimmte Ansprüche im Sozialschutzsystem vorgesehen. Geldleistungen im Rahmen der gesetzlichen Pensionsversicherung sind **Invaliditätspensionen** und im Rahmen des Beamtenpensionsrechts **Ruhebezüge**. Anspruchsvoraussetzungen sind der Nachweis einer bestimmten Versicherungsdauer je nach Alter und der Invalidität, bestimmt durch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und der überwiegend ausgeübten beruflichen Tätigkeit. Als invalid gilt, wessen Arbeitsfähigkeit in Folge des körperlichen oder geistigen Zustands auf weniger als die Hälfte derjenigen einer gesunden Person mit ähnlicher Ausbildung und gleichwertigen Kenntnissen und Fähigkeiten in jedem Beruf, in den dieser verwiesen werden kann, herabgesunken ist. Die Anspruchshöhe unterscheidet sich je nach sozialrechtlicher Stellung und den beruflichen Merkmalen und wird durch die Anzahl der erworbenen Versicherungsmonate, die Höhe der Bemessungsgrundlage und das tatsächliche Pensionsalter bestimmt (vgl. BMSK, 2007, S. 40-42). Das **Pflegegeld** ist eine zweckgebundene Leistung, die ausschließlich zur Abdeckung der pflegebedingten Mehraufwendungen bestimmt ist und als solche als pauschalierter Beitrag zu den Kosten der erforderlichen Pflege anzusehen ist. Die Gewährung von Pflegegeld ist unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit und vom Alter des Betroffenen, und seine Höhe orientiert sich ausschließlich am konkreten Pflegebedarf (vgl. BMSK, 2007, S. 68).

Tabelle 19

Gesundheitsbeeinträchtigungen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark									
	Gesamt (=100%) in 1.000	in schlechtem Gesundheits- zustand		chronisch krank		stark beeinträchtigt durch Behinderung		Bezug einer Invaliditäts- /Erwerbsun- fähigkeits- pension	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	92	8	221	19	104	9	17	1
Männer									
Zusammen	572	36	6	100	17	47	8	13	2
bis 19 Jahre	124	(0)	(0)	(2)	(2)	(0)	(0)	(0)	(0)
20 bis 39 Jahre	154	(2)	(1)	(9)	(6)	(4)	(3)	(0)	(0)
40 bis 64 Jahre	209	17	8	50	24	26	12	13	6
65 Jahre +	84	17	20	39	46	17	20	(0)	(0)
Frauen									
Zusammen	595	56	9	121	20	58	10	(4)	(1)
bis 19 Jahre	116	(0)	(0)	(2)	(1)	(1)	(1)	(0)	(0)
20 bis 39 Jahre	154	(3)	(2)	13	9	(1)	(0)	(0)	(0)
40 bis 64 Jahre	197	16	8	46	24	19	10	(3)	(2)
65 Jahre +	128	37	29	60	47	37	29	(0)	(0)
Staatsbürgerschaft									
Österreich	1099	89	8	208	19	102	9	16	1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(3)	(13)	(9)	(36)	(2)	(8)	(0)	(0)
Nicht Österreich	68	(3)	(5)	(13)	(19)	(3)	(4)	(1)	(1)
davon EU/EFTA	(18)	(0)	(0)	(5)	(27)	(1)	(6)	(0)	(0)
davon sonstiges Ausland	50	(3)	(6)	(8)	(17)	(2)	(3)	(1)	(1)
höchster Bildungsabschluss									
max. Pflichtschule	275	54	20	88	32	57	21	(4)	(2)
Lehre/mittlere Schule	493	32	7	101	21	41	8	12	2
Matura/Universität	211	(6)	(3)	31	15	(6)	(3)	(0)	(0)
Haushalte mit Pension									
Zusammen	234	45	19	96	41	46	20	(0)	(0)
Alleinstehend	80	21	26	37	46	21	26	(0)	(0)
Mehrpersonenhaushalte	153	24	16	58	38	25	16	(0)	(0)
Haushalte ohne Pension									
Zusammen	933	47	5	125	13	59	6	17	2
Alleinstehend	83	(7)	(9)	21	25	(7)	(9)	(2)	(2)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	27	10	50	18	31	11	11	4
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	13	2	55	9	20	3	(4)	(1)
Haushalt mit									
männlichem Hauptverdiener	870	50	6	149	17	62	7	14	2
weiblicher Hauptverdienerin	297	42	14	72	24	43	14	(3)	(1)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Insgesamt sind 8% der steirischen Bevölkerung in schlechtem Gesundheitszustand, 19% chronisch krank und 9% stark durch Behinderung beeinträchtigt. 1% bezieht eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension.

Ein Vergleich zwischen den Geschlechtern zeigt, dass Frauen (besonders aufgrund ihres höheren Alters) bei fast allen Gesundheitsbeeinträchtigungen höhere Anteile haben als Männer. Einzig unter den BezieherInnen von Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen haben die Männer (40-64 Jahre) den dreifachen Anteil der Frauen. Dieser geschlechtsspezifische Unterschied zieht sich auch in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin fort. Diese sind mit Ausnahme der Pensionsbezüge von allen Gesundheitsbeeinträchtigungen zu höheren Anteilen betroffen als die vergleichbaren Haushalte mit männlichem Hauptverdiener. Ein ebenso konkreter Zusammenhang stellt sich zwischen Bildung und Gesundheitsbeeinträchtigungen dar. 20% der Personen mit maximal Pflichtschule sind in schlechtem Gesundheitszustand, 32% sind chronisch krank und 21% sind stark durch eine Behinderung beeinträchtigt. Dahingegen sind nur 3% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss in schlechtem Gesundheitszustand, 15% chronisch krank und 3% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Auch Haushalte mit Pension sind viel stärker von Gesundheitsbeeinträchtigungen betroffen als solche ohne Pension, wobei hier die höhere Altersstruktur eine maßgebliche Rolle spielen dürfte. Interessant ist auch, dass ein bedeutender Unterschied zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder besteht. Von ersteren sind 2% in schlechtem Gesundheitszustand, 9% chronisch krank und 3% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. In Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder sind diese Anteile bei weitem höher: 10% sind in schlechtem Gesundheitszustand, 18% chronisch krank und 11% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt.

Kein signifikanter Unterschied kann zwischen den Gesundheitsbeeinträchtigungen von ÖsterreicherInnen und Nicht-ÖsterreicherInnen festgestellt werden.

3.2.4.3 Resümee

Die Mehrheit der steirischen Bevölkerung unter 65 Jahren (81%) befindet ihren Gesundheitszustand für gut bis sehr gut, sodass sie einen durchschnittlichen Gesundheitswert von 1,9 („2“ bedeutet gut) vorweist. Aufgrund altersbedingter Probleme verschlechtert sich die Gesundheitseinschätzung mit zunehmendem Alter. Ein schlechteres Empfinden des eigenen Gesundheitszustandes sowie auch ein häufigeres Vorkommen von Gesundheitsbeeinträchtigungen haben Personen mit niedriger Bildung, Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin oder in kinderlosen Haushalten sowie Erwerbslose und Personen in schlechter beruflicher Position.

3.2.5 Zufriedenheit

Abschließend wird die Zufriedenheit der Steirer und Steirerinnen mit ihrem Leben untersucht.

Tabelle 20

Lebenszufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen										
	Gesamt (=100%) in 1.000	sehr/ziemlich unzufrieden		eher unzufrieden		eher zufrieden		sehr/ziemlich zufrieden		arithm. Mittel
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Insgesamt	781	(8)	(1)	22	3	84	11	667	85	5,1
Männer										
Zusammen	353	(4)	(1)	(6)	(2)	37	10	306	87	5,1
bis 19 Jahre	(13)	(0)	(0)	(0)	(0)	(0)	(2)	(13)	(98)	(5)
20 bis 39 Jahre	103	(1)	(1)	(1)	(1)	(7)	(7)	94	91	5,3
40 bis 64 Jahre	161	(3)	(2)	(5)	(3)	18	11	135	84	5,0
65 Jahre +	76	(0)	(0)	(0)	(0)	11	15	64	85	5,1
Frauen										
Zusammen	428	(4)	(1)	16	4	47	11	360	84	5,1
bis 19 Jahre	(14)	(0)	(0)	(1)	(6)	(1)	(8)	(12)	(86)	(5)
20 bis 39 Jahre	122	(1)	(1)	(3)	(3)	11	9	106	87	5,3
40 bis 64 Jahre	179	(3)	(2)	(10)	(6)	13	7	154	86	5,1
65 Jahre +	113	(0)	(0)	(2)	(2)	22	20	88	78	4,9
Staatsbürgerschaft										
Österreich	743	(8)	(1)	20	3	79	11	637	86	5,1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(0)	(0)	(0)	(2)	(4)	(18)	(18)	(80)	(5)
Nicht Österreich	38	(0)	(1)	(3)	(8)	(5)	(12)	30	79	5,0
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(28)	(0)	(2)	(2)	(6)	(3)	(10)	(23)	(83)	(5)
höchster Bildungsabschluss										
max. Pflichtschule	221	(2)	(1)	(7)	(3)	35	16	176	80	5,0
Lehre/mittlere Schule	397	(5)	(1)	(11)	(3)	34	9	346	87	5,1
Matura/Universität	164	(1)	(1)	(4)	(2)	15	9	144	88	5,3
Haushalte mit Pension										
Zusammen	211	(0)	(0)	(3)	(2)	34	16	174	82	5,0
Alleinstehend	79	(0)	(0)	(2)	(2)	18	22	60	75	4,9
Mehrpersonenhaushalte	131	(0)	(0)	(2)	(1)	16	12	114	87	5,1
Haushalte ohne Pension										
Zusammen	570	(8)	(1)	19	3	50	9	493	86	5,1
Alleinstehend	82	(5)	(6)	(5)	(6)	(13)	(16)	59	73	4,8
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	204	(1)	(1)	(10)	(5)	16	8	177	87	5,1
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	284	(2)	(1)	(5)	(2)	21	7	256	90	5,3
Haushalt mit										
männlichem Hauptverdiener	571	(5)	(1)	14	2	50	9	502	88	5,1
weiblicher Hauptverdienerin	210	(3)	(2)	(9)	(4)	34	16	165	78	5,0

Nur auskunftsbereite Personen ab 16 Jahren, fehlende Fälle wurden nicht imputiert. 6=sehr zufrieden, 1=sehr unzufrieden.

Quelle: Statistik Austria, 2007

Die **Zufriedenheit mit dem eigenen Leben** gibt direkt Aufschluss über die Lebenssituation der Menschen. Laut EU-SILC 2006 ist die Lebenszufriedenheit in Österreich (arithmetisches Mittel von 5,1) und in der Steiermark (5,1) sehr hoch (theoretischer Höchstwert ist 6). Vergleicht man die Selbsteinschätzung der steirischen und der österreichischen Bevölkerung, so zeigt sich, dass die Verteilung auf die Zufriedenheitskategorien sehr ähnlich ist. Allerdings geben sich die SteirerInnen bei genauerer Betrachtung zufriedener. Nur 11% (statt 15%) sind eher zufrieden, dafür sind aber 85% (statt 80%) sehr zufrieden⁶¹.

Ein durchschnittlicher Zufriedenheitswert (arithmetisches Mittel) der Steirer und Steirerinnen von 5,1 besagt, dass die Bevölkerung im Mittel ziemlich bis sehr zufrieden mit ihrem Leben ist. Diesbezüglich gibt es keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern oder Staatsangehörigen. Eine kleine Differenz gibt es zwischen den Bildungsniveaus, wobei Menschen mit höherer Bildung auch zufriedener sind. So gaben 88% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss an sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrem Leben zu sein, wohingegen dies nur 80% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss aussagten. Die niedrigsten Zufriedenheitsmittelwerte haben Alleinstehende ohne Pension (4,8) und mit Pension (4,9). Während von diesen nur 73% bzw. 75% angaben sehr oder ziemlich zufrieden zu sein, waren es 90% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern, die einen hohen Zufriedenheitswert von 5,3 haben. Auch Männer und Frauen zwischen 20 und 39 Jahren haben mit einer mittleren Zufriedenheit von 5,3 überdurchschnittlich gute Werte⁶².

3.2.6 Armutslagen – Deprivation

Es gibt zwar keine genauen Daten zur Deprivation der steirischen Bevölkerung, doch es kann davon ausgegangen werden, dass die Situation sehr ähnlich der gesamtösterreichischen ist. Es stellt sich die Frage, wie „schwerwiegend“ die Deprivation der Betroffenen ist (d.h. an wie vielen Dimensionen der Deprivation⁶³ sie Mangel leiden).

Österreichweit sind 45% der Armutsgefährdeten (Einkommen < 60% des Medians) und 22% der Personen mit mittlerem Einkommen (60-120% des Medians) von zumindest einer der Deprivationsdimensionen betroffen. Von den Armutsgefährdeten leiden 16% in zwei und 6%

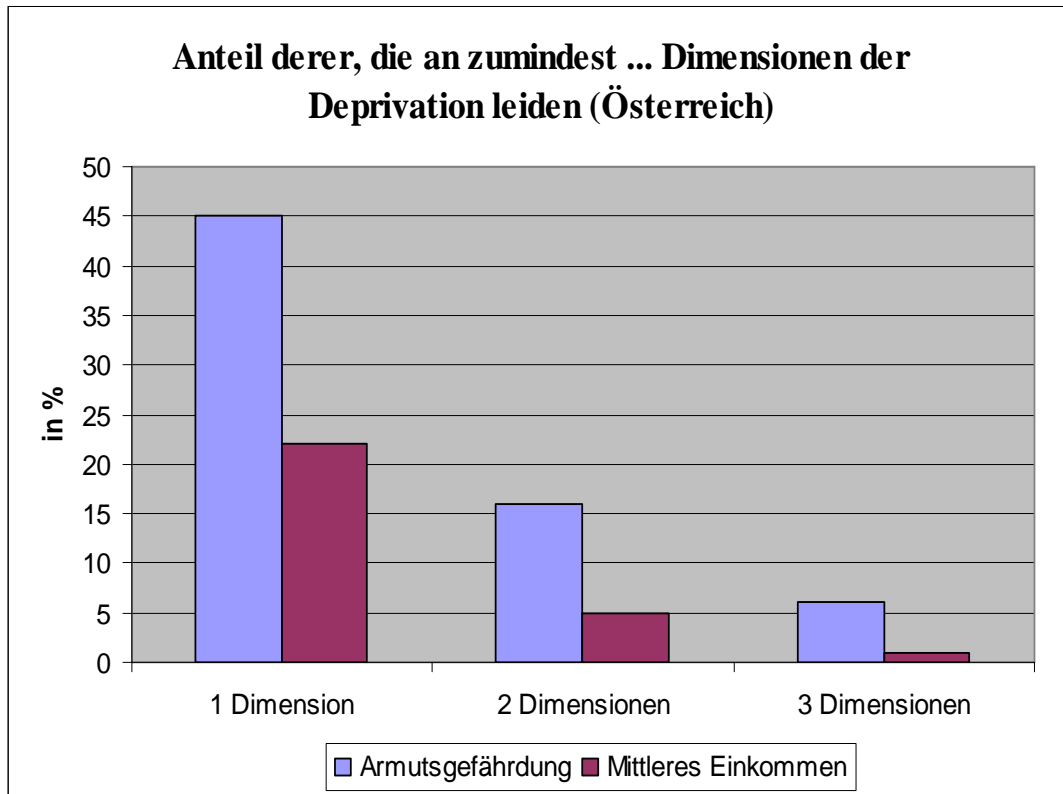
⁶¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 145

⁶² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55-56

⁶³ Die Dimensionen der Deprivation umfassen: primäre und sekundäre Lebensbedingungen, Gesundheitszustand, Wohnsituation und Wohnumfeld.

in drei Bereichen an Deprivation. Gleiches gilt für 5% bzw. 1% der Personen mit mittlerem Einkommen⁶⁴. Insgesamt stellt sich die Situation wie in folgender Grafik abgebildet, dar.

Grafik 20



Quelle: Statistik Austria, 2008

⁶⁴ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 45

4 Armutsgefährdete Gruppen

Dieser Abschnitt soll eine nähere Analyse der (Armut-)Situation in der Steiermark vornehmen. Dabei wird zuerst dem Einfluss von Bildung und Erwerbstätigkeit auf das Armutsrisiko nachgegangen. Danach wird die Armutsgefährdung bestimmter Risikogruppen, wie Frauen, PensionistInnen, Nicht-ÖsterreicherInnen und Menschen mit Behinderung, genauer beleuchtet. Jeweils einleitend wird die Verteilung der entsprechenden Gruppe in der steirischen Bevölkerung dargestellt, um derart ein Bild vom Ausmaß der Betroffenheit zu gewinnen.

4.1 *Der Zusammenhang von Bildung und Armut*

Es ist allgemein bekannt, dass Schulbildung und Arbeitsmarktchancen sowie Armutsgefährdungsrisiko zusammenhängen. Niedrige Bildung erhöht dabei das Risiko von Arbeitslosigkeit und niedrigem Einkommen. Personen mit geringem Bildungsniveau sind auch häufiger in unregelmäßigen Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigungen mit wenig sozial- und arbeitsrechtlichem Schutz zu finden. Weiters erhöht niedrige Bildung auch die Verweildauer in Situationen der Armutsgefährdung⁶⁵. Der Kausalzusammenhang von Bildung und Armut wirkt aber auch in die andere Richtung. „Wer arme Eltern hat, hat schlechte Chancen auf eine gute Ausbildung.“, sagt Gabriele Schmid, Leiterin der Bildungsabteilung der AK, anlässlich der 7. österreichischen Armutskonferenz⁶⁶.

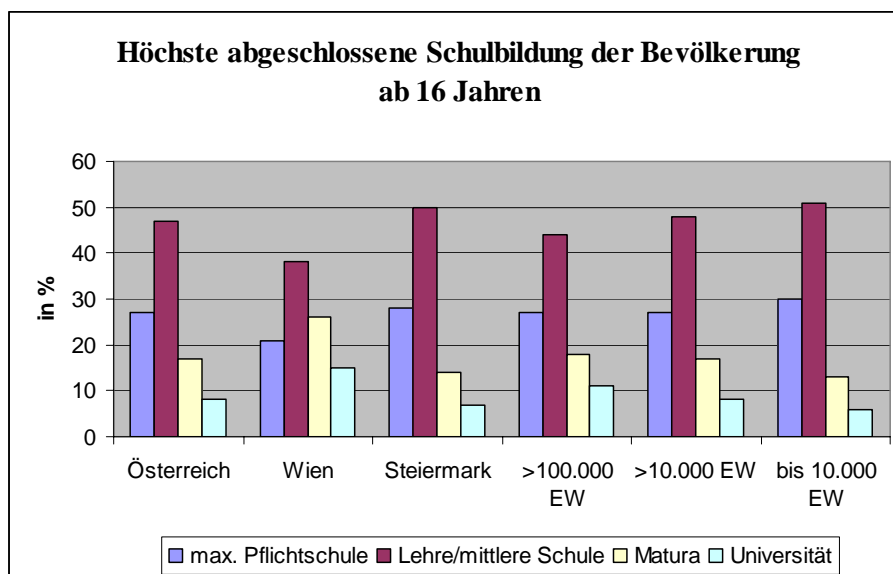
4.1.1 Bildungssituation in Österreich und der Steiermark

Folgende Grafik bildet die Bildungssituation in Gesamtösterreich, der Steiermark, Wien sowie in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl einer Region ab.

⁶⁵ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 67

⁶⁶ Die PISA-Studie zeigt eindeutig, dass SchülerInnen aus bildungsnahen Familien überdurchschnittlich oft Spitzenleistungen erreichen, während SchülerInnen aus bildungsfernen Familien überproportional oft RisikoschülerInnen sind. Es entsteht ein Teufelskreis, denn ohne höhere Ausbildung sind die Chancen auf einen gut bezahlten Arbeitsplatz schlecht. (vgl. Arbeiterkammer Wien, 2008)

Grafik 21



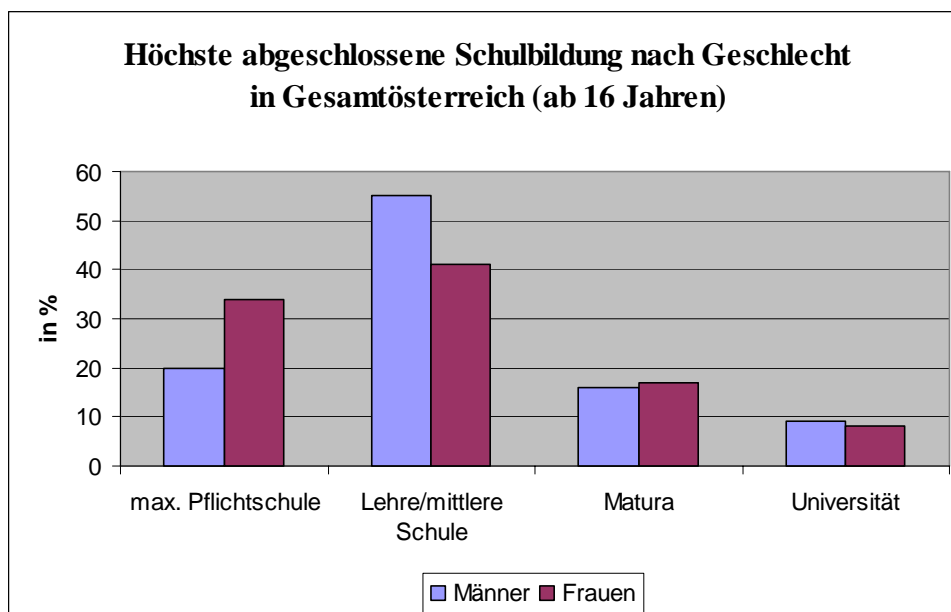
Quelle: Statistik Austria, 2008

In Österreich haben 27% der Bevölkerung maximal einen Pflichtschulabschluss, 47% eine Lehre oder mittlere Schule absolviert, 17% Matura und 8% sind UniversitätsabsolventInnen. In der Steiermark sieht die Bildungssituation sehr ähnlich aus. Die Mehrheit der Menschen (50%) hat eine Lehre oder mittlere Schule abgeschlossen, während 28% nur einen Pflichtschulabschluss haben. 14% der SteirerInnen haben die Matura und weitere 7% einen Universitätsabschluss. Betrachtet man die Bildungssituation in Abhängigkeit von der Einwohnerzahl einer Region, zeigt sich ein deutlicher Trend: Je größer die Gemeinde ist, desto höher ist auch das Bildungsniveau ihrer Einwohner. So haben in Regionen mit bis zu 10.000 Einwohner 30% maximal einen Pflichtschulabschluss und 51% eine Lehre oder mittlere Schule besucht, aber nur 13% Matura bzw. 6% einen Universitätsabschluss. Hingegen haben in Regionen mit über 100.000 Einwohner 11% einen Universitätsabschluss und 18% die Matura, sowie 44% einen Lehr- oder mittleren Schulabschluss und nur 27% lediglich einen Pflichtschulabschluss. Dieser Zusammenhang von Bildungsniveau und Wohnumfeld (Gemeindegröße), erklärt auch das hohe Bildungsniveau Wiens. Hier haben immerhin 15% einen Universitätsabschluss und 26% die Matura. 38% haben eine Lehre oder mittlere Schule abgeschlossen und nur 21% haben maximal die Pflichtschule beendet⁶⁷. Dieser Zusammenhang kann darauf zurückgeführt werden, dass es in städtischen Gebieten ein erhöhtes Angebot an weiterführenden Schulen, größere Anteile an höher gebildeten Eltern und bessere Berufschancen in höher qualifizierten Berufen gibt⁶⁸.

⁶⁷ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 147

⁶⁸ vgl. Haller, 2006, S. 163

Grafik 22



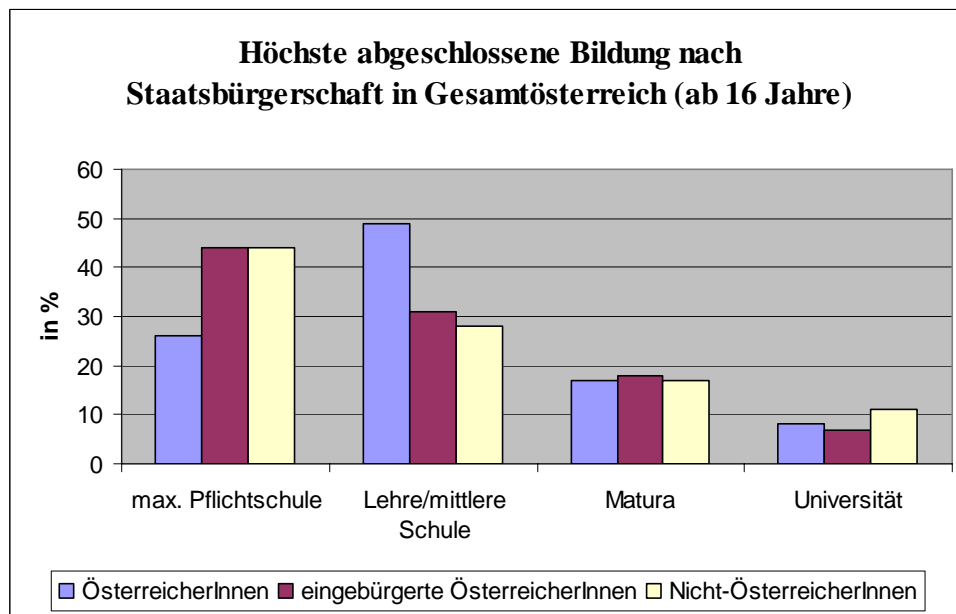
Quelle: Statistik Austria, 2008

Vergleicht man das Bildungsniveau der Geschlechter⁶⁹, so zeigen sich deutliche Unterschiede. Ein erheblich höherer Anteil an Frauen (34%) als an Männern (20%) hat maximal die Pflichtschule besucht. Männer haben dafür viel öfter eine Lehre oder mittlere Schule absolviert. Auf dieser Stufe mittlerer Bildung befinden sich demnach 55% der Männer aber nur 41% der Frauen. Im oberen Bildungssegment sind die geschlechtsspezifischen Unterschiede eher gering. So haben mittlerweile 17% der Frauen, und damit um 1% mehr Frauen als Männer, die Matura. Einen Universitätsabschluss haben 9% der männlichen und 8% der weiblichen Bevölkerung⁷⁰. Zusammengefasst fällt auf, dass Frauen in niedrigeren Bildungsstufen stark benachteiligt sind, während in höheren Bildungsstufen (Matura und Universität) dieser Geschlechtsunterschied nicht zu finden ist. Hier schlägt offensichtlich der hohe Anteil älterer Frauen mit niedriger Bildung durch.

⁶⁹ Hierfür stehen nur Daten für Gesamtösterreich zur Verfügung. Es kann jedoch angenommen werden, dass in der Steiermark die Situation sehr ähnlich ist.

⁷⁰ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 147

Grafik 23



Quelle: Statistik Austria, 2008

Auch hinsichtlich der Staatsbürgerschaft zeigen sich deutliche Unterschiede im Bildungsniveau. Der Anteil der eingebürgerten ÖsterreicherInnen bzw. Nicht-ÖsterreicherInnen, die maximal die Pflichtschule besucht haben, ist mit jeweils 44% deutlich höher als unter den ÖsterreicherInnen mit 26%. ÖsterreicherInnen haben dafür zu 49% einen Lehr- oder mittleren Schulabschluss, während dies nur auf 31% bzw. 28% der Eingebürgerten oder Nicht-ÖsterreicherInnen zutrifft. Auf Maturaniveau gibt es kaum Unterschiede – 17% der ÖsterreicherInnen, 18% der Eingebürgerten und 17% der Nicht-ÖsterreicherInnen haben die Matura gemacht. Interessant ist die Verteilung der UniversitätsabsolventInnen. Dies sind 8% der ÖsterreicherInnen und 7% der eingebürgerten ÖsterreicherInnen, aber 11% der Nicht-ÖsterreicherInnen⁷¹.

Nähere detaillierte Informationen zur Verteilung der Bildung in der Steiermark kann man dem Bericht „Volkszählung 2001 – Steiermark Ergebnisse II“ (Steirische Statistiken, Hefte 3/2006 und 4/2006) der Landesstatistik Steiermark entnehmen.

⁷¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 147

4.1.2 Auswirkungen des Bildungsniveaus auf die Armutsgefährdung

Nun soll dem bereits angesprochenen „positiven“ Effekt höherer Bildung auf die Armutsgefährdung anhand der neuesten EU-SILC Daten für Österreich und die Steiermark nachgegangen werden.

4.1.2.1 Bildung und Einkommen

Die Daten von EU-SILC 2006 für die Steiermark zeigen eine **eindeutige Korrelation von Bildungsniveau und Einkommen**. So beträgt das jährliche Median-Äquivalenzeinkommen von Personen mit maximal Pflichtschulabschluss 16.062 Euro, von Personen mit Lehr- oder mittlerem Schulabschluss 18.257 Euro und von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss 21.270 Euro. Damit beziehen letztere über 5.000 Euro mehr pro Jahr als Personen mit maximal Pflichtschulabschluss. Deren Median-Äquivalenzeinkommen liegt außerdem deutlich unter dem mittleren Äquivalenzeinkommen der Gesamtbevölkerung von 17.549 Euro, während die beiden höheren Bildungsgruppe überdurchschnittliche Einkommen beziehen⁷².

Tabelle 21

Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen 2005 in der Steiermark nach höchstem Bildungsabschluss					
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
höchster Bildungsabschluss					
max. Pflichtschule	275	11.860	16.062	19.586	16.706
Lehre/mittlere Schule	493	14.470	18.257	23.318	19.636
Matura/Universität	211	15.524	21.270	27.308	22.381

Quelle: Statistik Austria, 2007

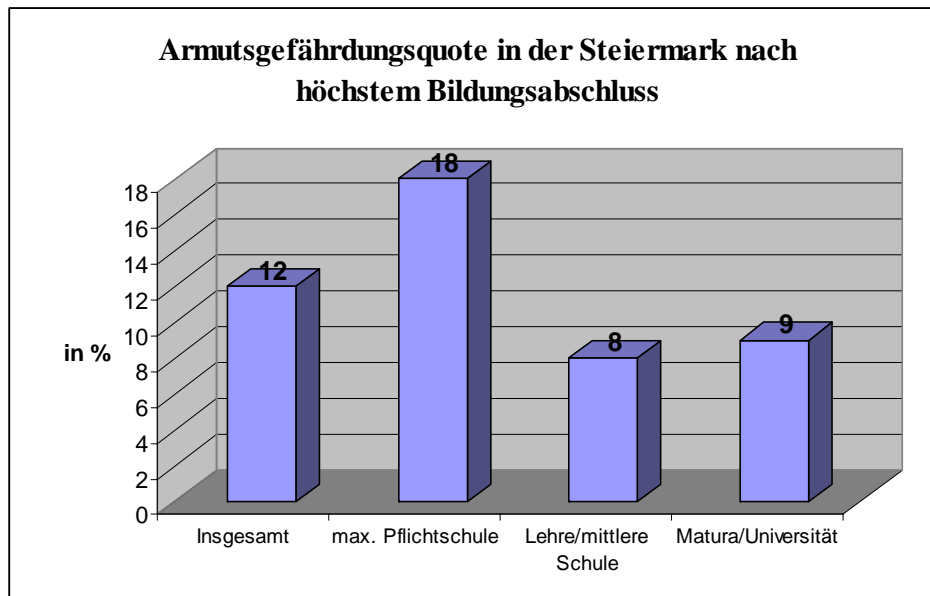
4.1.2.2 Bildung und Armutsgefährdung

Auch die Armutsgefährdungsquoten nach Bildungsabschluss zeigen das erhöhte Armutsrisiko schlecht gebildeter Bevölkerungsgruppen. So haben Personen mit maximal Pflichtschulabschluss mit 18% eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquote, die sogar doppelt so hoch ist wie die von Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss (8%)

⁷² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

bzw. von Personen mit Matura oder Universitätsabschluss (9%). Interessant dabei ist, dass jene Personen mit Lehr- oder mittlerem Schulabschluss die geringste Armutsgefährdungsquote aufweisen⁷³.

Grafik 24



Quelle: Statistik Austria, 2007

Betrachtet man das Bildungsniveau innerhalb der Gruppe der Armutsgefährdeten, so haben die meisten (47%) von ihnen maximal einen Pflichtschulabschluss, 36% eine Lehre oder mittlere Schule absolviert und 17% der Armutsgefährdeten sind MaturantInnen oder UniversitätsabsolventInnen⁷⁴.

Es fällt auf, dass es weniger Personen mit Matura oder Universitätsabschluss unter den Armutsgefährdeten gibt als Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss, obwohl diese eine etwas geringere Armutsgefährdungsquote haben. Da es in absoluten Zahlen viel weniger Personen mit Matura und Universitätsabschluss gibt, ist auch ihr Anteil an den Armutsgefährdeten viel geringer.

⁷³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

⁷⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 24

Tabelle 22

Armutsgefährdung nach sozialen Transfers in der Steiermark nach höchstem Bildungsabschluss								
	Gesamt (=100%) in 1000	nicht armutsgefährdet			armutsgefährdet			Lücke in %
		in 1.000	Anteil in %	Quote in %	in 1.000	Anteil in %	Quote in %	
Insgesamt	1.167	1.031	100	88	136	100	12	15
höchster Bildungsabschluss								
max. Pflichtschule	275	226	26	82	49	47	18	13
Lehre/mittlere Schule	493	454	52	92	38	36	8	13
Matura/Universität	211	193	22	91	18	17	9	32

Quelle: Statistik Austria, 2007

4.1.2.3 Bildung und Deprivation

Wie bereits aus den Tabellen 9 und 10 deutlich wurde, haben Personen mit maximal Pflichtschulabschluss überdurchschnittliche **finanzielle Einschränkungen** sowohl bei Konsumgütern als auch bei der Erfüllung primärer Grundbedürfnisse zu erleiden. Hingegen ist der Anteil der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, die dieselben finanziellen Einschränkungen erdulden müssen, meist nicht einmal halb so groß. In Anbetracht der Grundbedürfnisse können es sich 42% der Personen mit Pflichtschulabschluss nicht leisten „auf Urlaub zu fahren“, 38% „unerwartete Ausgaben zu tätigen“ und 15% „jeden 2. Tag Fisch oder Fleisch zu essen“. Unter den MaturantInnen oder UniversitätsabsolventInnen machen diese Anteile nur 15%, 16% und 6% aus⁷⁵.

Auf die **Wohnprobleme** der Bevölkerung scheint die Bildung keinen Einfluss zu haben (siehe Tabelle 13), Personen mit höherer Bildung leiden sogar verstärkt an Lärmbelästigung, obwohl dies dadurch erklärbar sein könnte, dass diese öfters in städtischen Gebieten wohnen. Die Wohnzufriedenheit (siehe Tabelle 14) aller Bildungsgruppen entspricht (fast) genau dem arithmetischen Mittel der Gesamtbevölkerung. Mit einem Wert von 5,2 bei Personen mit Pflichtschulabschluss, Lehre oder mittlerem Schulabschluss und einem Wert von 5,3 bei Personen mit Matura oder Universitätsabschluss sind alle sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Die subjektive Wohnkostenbelastung ist für Personen mit niedrigem Bildungsabschluss höher als für Personen mit einem höheren Abschluss. So geben 11% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss im Vergleich zu 7% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss an, dass die Wohnkosten für sie eine starke Belastung seien, während nur 28% der PflichtschulabsolventInnen im Vergleich zu 36% der MaturantInnen

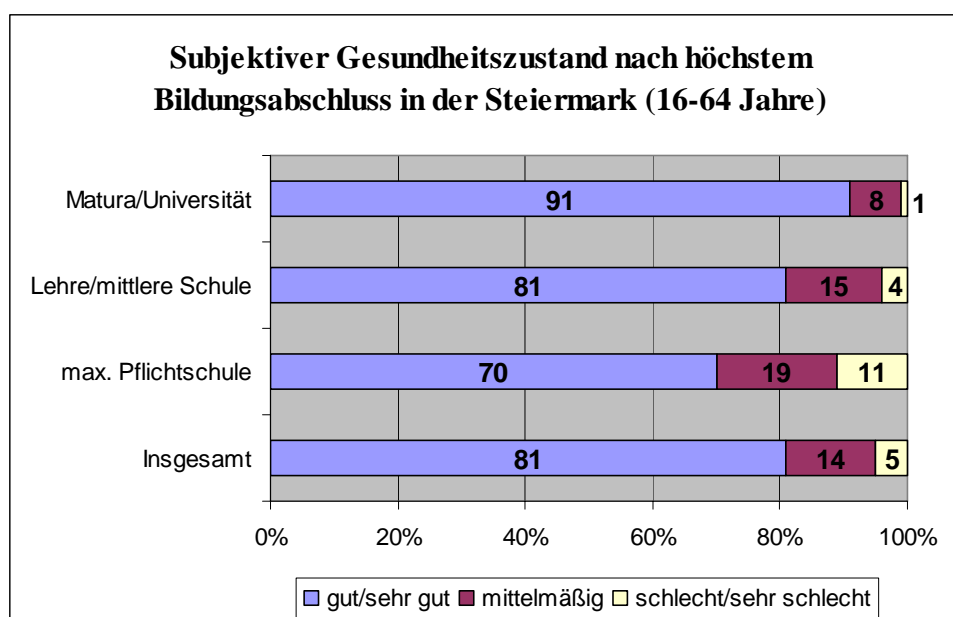
⁷⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32 und 34

und UniversitätsabsolventInnen angeben, dass die Wohnkosten keine Belastung für sie darstellen⁷⁶.

4.1.2.4 Bildung und Gesundheit

Auf der nächsten Grafik ist abgebildet, wie Personen mit unterschiedlichem Bildungsniveau subjektiv ihren Gesundheitszustand beschreiben (siehe Tabelle 17).

Grafik 25



Quelle: Statistik Austria, 2007

Hier zeigt sich ein klarer **Zusammenhang von Bildung und subjektivem Gesundheitsempfinden**. 91% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss, 81% der Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss und 70% der Personen mit maximal Pflichtschulabschluss fühlen sich gut oder sehr gut. Damit beschreiben unter den Personen mit Pflichtschulabschluss unterdurchschnittlich wenige ihren Gesundheitszustand als gut oder sehr gut. Dafür geben 11% von ihnen, und damit doppelt so viele wie im Durchschnitt, an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Dieser Anteil ist somit auch mehr als 10 Mal so groß wie unter den MaturantInnen und UniversitätsabsolventInnen, wo nur 1%

⁷⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 40,42 und 44

über einen schlechten bis sehr schlechten Gesundheitszustand klagt. Die Personen mit Lehr- oder mittlerem Schulabschluss liegen in allen Bereichen im Mittelfeld⁷⁷.

Auch die Befragung nach Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe Tabelle 19) bestätigt diesen Trend. 20% der Personen mit Pflichtschulabschluss geben an „in schlechtem Gesundheitszustand“ und 32% „chronisch krank“, zu sein. Dies tun nur 3% bzw. 15% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss. Weiters sind 21% der PflichtschulabsolventInnen, aber nur 8% der Personen mit Lehre oder mittlerer Schule und 3% der Personen mit Matura oder Universitätsabschluss „durch eine Behinderung stark beeinträchtigt“⁷⁸.

4.1.2.5 Bildung und Lebenszufriedenheit

Dass Bildung auch die Lebenszufriedenheit beeinflusst, zeigen die Daten aus Tabelle 20. Der arithmetische Mittelwert der Lebenszufriedenheit ist bei Personen mit Pflichtschulabschluss leicht unterdurchschnittlich mit 5,0, was aber dennoch darauf hinweist, dass diese Personengruppe durchschnittlich mit ihrem Leben zufrieden ist. Personen mit Lehre oder mittlerem Schulabschluss und Personen mit Matura oder Universitätsabschluss haben leicht höhere Zufriedenheitswerte von 5,1 bzw. 5,3. Immerhin sagen 88% der MaturantInnen und UniversitätsabsolventInnen im Vergleich zu 80% der PflichtschulabsolventInnen, dass sie mit ihrem Leben sehr bis ziemlich zufrieden sind⁷⁹.

4.1.2.6 Resümee

Insgesamt haben die Daten gezeigt, dass niedrige Bildung oft mit Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen einhergeht. Personen mit niedrigerer Bildung beziehen geringere Einkommen, sind stärker von Armut gefährdet und leiden in vermehrtem Maße an Deprivationen. Sowohl bei der Erfüllung von Grundbedürfnissen als auch in Gesundheitsbelangen sind sie benachteiligt.

⁷⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48

⁷⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

⁷⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

4.2 Der Zusammenhang von Erwerbstätigkeit und Armut

Die Beteiligung bzw. Nichtbeteiligung am Arbeitsmarkt hat besondere Auswirkungen auf die Lebenschancen und die Armutsgefährdung von Menschen. Dabei spielt auch der Grad der Beschäftigung und die Position der/des Erwerbstätigen eine Rolle.

Der nachfolgende Überblick hinsichtlich der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation in der Steiermark und in Österreich, soll ein Verständnis dafür schaffen, wer besonders vom beschäftigungsbedingten Armutsrisiko betroffen ist. Anschließend werden die Lebensbedingungen benachteiligter Erwerbsgruppen in der Steiermark näher betrachtet.

4.2.1 Beschäftigungssituation in der Steiermark

2007 kam es in der Steiermark zu einem weiteren Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zu 2006 (437.775) um 10.139 Personen oder +2,3% auf **447.914 produktiv Beschäftigte**⁸⁰. Gemäß einem längerfristigen Trend stieg die Zahl der Frauen deutlich um 6.331 auf 201.733 und die Zahl der Männer etwas weniger um 3.808 auf 246.181. Damit erhöhte sich auch der Frauenanteil von 44,6% im Jahr 2006 auf 45% im Jahr 2007.

Den höchsten Zuwachs mit +17,6% von 2006 auf 2007 verzeichnete die Altersgruppe der 60- bis 64-Jährigen, die nunmehr einen Anteil von 1,6% an den produktiv Beschäftigten ausmacht. In diesem Zeitraum war mit -1,5% in der Altersgruppe der 35- bis 39-Jährigen der größte Rückgang zu verzeichnen. Damit stellt diese Altersgruppe 2007 nur mehr 14% der produktiv Beschäftigten.

2007 beträgt der Anteil der Ausländer unter allen Beschäftigten in der Steiermark 6,9%. Dies ist der geringste Ausländeranteil im Bundesländervergleich, während in ganz Österreich durchschnittlich 12,3% der Beschäftigten Ausländer sind⁸¹.

Nähere Informationen zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit in der Steiermark bietet die Publikation „Arbeitsmarkt 2007“ (Steirische Statistiken, Heft 3/2008) der Landesstatistik Steiermark.

⁸⁰ Produktiv Beschäftigte sind die unselbständig Beschäftigten bereinigt um die Zahl der Präsenzdienler und Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld-BezieherInnen (vgl. Tafner, 2008, S. 9).

⁸¹ vgl. Tafner, 2008, S. 9-12

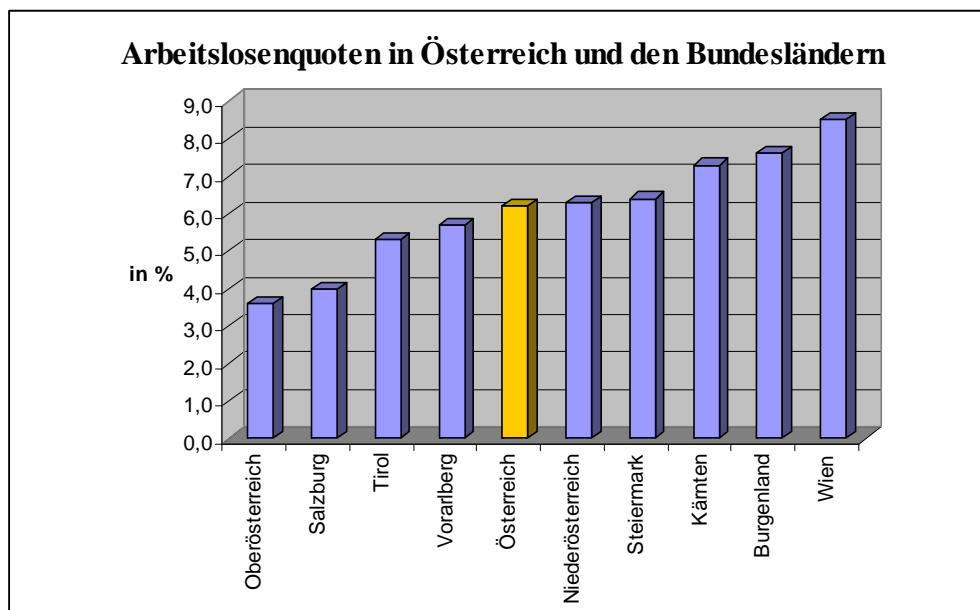
4.2.2 Arbeitslosigkeit in Österreich und der Steiermark

Arbeitslosigkeit geht meist einher mit einer starken Reduktion des Einkommens und dadurch bedingte Deprivation. Dies erhöht in vielen Fällen die Armutsgefährdung der Betroffenen⁸².

Die Arbeitslosigkeit in der Steiermark nahm von 2006 auf 2007 von 33.168 Personen auf 31.942 Personen ab. Damit sank die Zahl der Arbeitslosen um -3,7% und die **Arbeitslosenquote** von 6,8% auf **6,4% im Jahr 2007**. Auch in Österreich reduzierte sich die Arbeitslosenquote von 6,8% auf 6,2%, womit sie um 0,2 Prozentpunkte unter der steirischen liegt.

Der Bundesländervergleich zeigt, dass die Arbeitslosenquote der Steiermark im Mittelfeld, aber etwas über dem Bundesniveau liegt. Die höchsten Arbeitslosenquoten 2007 hatten Wien (8,5%), das Burgenland (7,6%) und Kärnten (7,3%). Die niedrigste Arbeitslosigkeit im Gegensatz dazu gab es in Oberösterreich (3,6%), Salzburg (4,0%) und Tirol (5,3%).

Grafik 26



Quelle: Tafner, 2008

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung der Arbeitslosigkeit in der Steiermark zeigt, dass die Arbeitslosigkeit unter den Männern 6,7% beträgt, während die Frauenarbeitslosigkeit bei 6,1% liegt. Ein wesentlicher Grund dafür dürfte in der saisonal bedingten Arbeitslosigkeit liegen, von der hauptsächlich Männer betroffen sind.

⁸² vgl. Mayer/Stern, 2006, S. 76

12% der Arbeitslosen sind Ausländer, wodurch ihr Anteil an den Arbeitslosen höher ist als an den Beschäftigten (6,9%). Somit beträgt die Arbeitslosenquote der Ausländer 10,8% in der Steiermark⁸³.

Weiteren Aufschluss über die Situation der Arbeitslosigkeit in der Steiermark bietet das Verhältnis von offenen Stellen zu Arbeitssuchenden. Im Berichtsjahr 2007 waren in der Steiermark durchschnittlich 4.211 offene Stellen gemeldet, was einen Anstieg von 439 oder +11,6% im Vergleich zu 2006 bedeutet. Da die Zahl der offenen Stellen nur durchschnittliche Stichtagsbestände darstellt, ist sie nur bedingt aussagekräftig. Interessanter ist hingegen der Zugang zu offenen Stellen⁸⁴. Landesweit gab es für das gesamte Jahr 2007 52.263 Zugänge zu offenen Stellen, und damit eine Steigerung von +12,1% oder 5.634 Zugängen gegenüber 2006⁸⁵.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass 2007 in der Steiermark 31.942 Arbeitssuchende 4.211 offenen Stellen und 52.263 Zugängen zu offenen Stellen gegenüberstanden. Unselbständig produktiv Beschäftigte waren weitere 447.914 Personen.

Gemäß EU-SILC 2006 gaben 37.000 Menschen in der Steiermark an, dass ihre Haupttätigkeit 2006 „Arbeitslosigkeit“ war. Diesen gegenüber stehen 502.000 Personen, die „Erwerbstätigkeit“ als ihre Haupttätigkeit 2006 angaben (inklusive Selbständige)⁸⁶.

Die unterschiedlichen Daten begründen sich auf einer gewissen Unschärfe der Stichprobe sowie Unterschieden in den Definitionen. Im Folgenden werden die Zahlen und Ergebnisse von EU-SILC 2006 zur näheren Darstellung der Situation von Arbeitslosen in der Steiermark herangezogen.

⁸³ vgl. Tafner, 2008, S. 17-20

⁸⁴ Der Zugang zu offenen Stellen ist aussagekräftiger als die durchschnittliche Zahl offener Stellen, da letztere nur zum Monatsende erhoben werden und nichts über die Zahl der tatsächlich vermittelten Stellen aussagt. Der Zeitpunkt des Zugangs einer offenen Stelle ist hingegen mit dem Datum der Beauftragung an die regionale Geschäftsstelle definiert. Die Zu- und Abgänge beinhalten immer sofort und nicht sofort verfügbare offene Stellen (vgl. Mayer/Sternner, 2006, S. 77).

⁸⁵ vgl. Tafner, 2008, S. 21

⁸⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

4.2.2.1 Arbeitslosigkeit und Einkommen

Bereits im Abschnitt zur Armutssituation in der Steiermark wurde festgestellt, dass Erwerbstätigkeit bzw. Arbeitslosigkeit in engem Zusammenhang mit Armutsgefährdung und schlechteren Lebensbedingungen stehen.

Um diesen **Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsrisiko** zu veranschaulichen, wird zuerst einmal die Einkommenssituation (anhand des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommens) in Abhängigkeit von der Haupttätigkeit der Befragten betrachtet.

Tabelle 23

Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen 2005 Personen in der Steiermark nach Erwerbsstatus					
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
Haupttätigkeit (2005)					
Erwerbstätig	502	15.470	19.065	24.277	20.946
davon Vollzeit	413	15.778	19.544	25.273	21.528
davon Teilzeit	89	(13.618)	(17.532)	(21.542)	18.236
Pension	258	13.406	17.105	22.250	18.601
Arbeitslos	(37)	(8.789)	(14.817)	(18.453)	(14.555)
Haushalt	120	11.086	14.270	20.622	16.271
in Ausbildung	63	(13.660)	17.634	(24.189)	19.204

Quelle: Statistik Austria, 2007

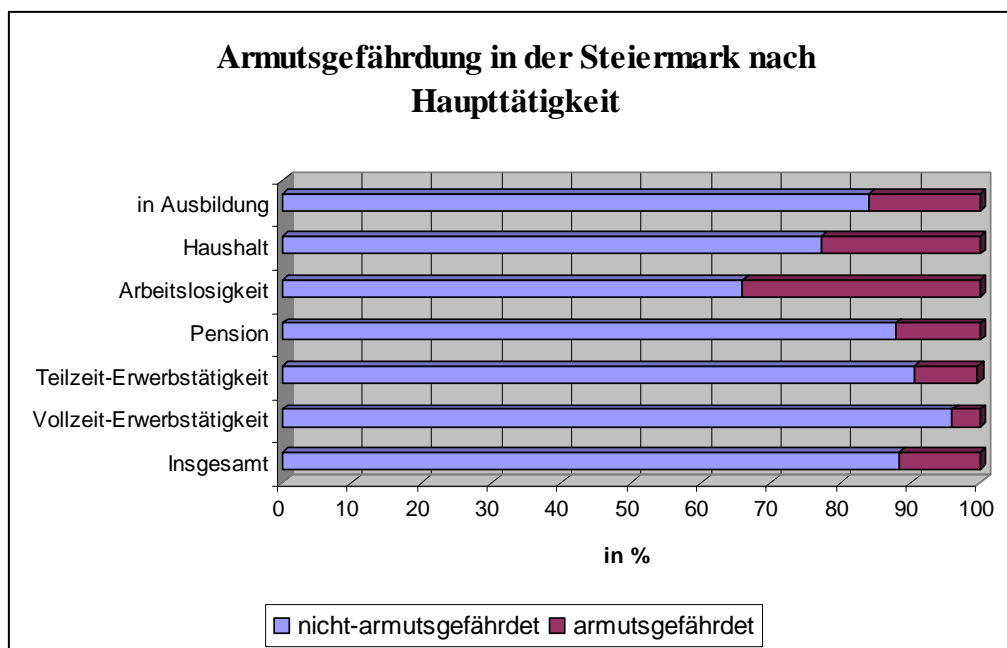
Diese Tabelle zeigt, dass das jährliche Median-Äquivalenzeinkommen für Arbeitslose 14.817 Euro in der Steiermark beträgt, und damit deutlich unter dem der Gesamtbevölkerung von 17.549 Euro liegt. Dieses deutlich geringere Einkommen von Arbeitslosen im Vergleich zur steirischen Gesamtbevölkerung spiegelt sich in allen Einkommensquartilen wider. Damit beziehen Arbeitslose fast ausnahmslos die geringsten Einkommen – nur das Median-Äquivalenzeinkommen von im Haushalt Beschäftigten liegt knapp unter dem Medianeinkommen der arbeitslosen SteirerInnen. Ihr durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen beträgt mit 14.555 Euro knapp 4.500 Euro weniger als das des steirischen Durchschnitts⁸⁷.

⁸⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 16

4.2.2.2 Armutsgefährdung durch Arbeitslosigkeit

Da niedrige Einkommen direkt in Zusammenhang zu Armutsgefährdung stehen (siehe auch Tabelle 7), ist diese für Arbeitslose deutlich erhöht.

Grafik 27



Quelle: Statistik Austria, 2007

Arbeitslosigkeit geht mit der höchsten Armutsgefährdungsquote in der Steiermark von 34% einher, die damit fast drei Mal so groß wie die gesamtsteirische Armutsgefährdungsquote von 12% ist. Andere überdurchschnittlich armutsgefährdete Gruppen sind Personen im Haushalt und in Ausbildung. Es zeigt sich auch, dass Erwerbstätigkeit die Armutsgefährdung deutlich senkt, sodass Vollzeit- bzw. Teilzeit-Erwerbstätige die niedrigsten Armutsgefährdungsquoten von 4% bzw. 9% aufweisen⁸⁸.

Betrachtet man die Situation der arbeitslosen Bevölkerung unter Beachtung sozialer Transfers, ergibt sich in nachfolgender Tabelle dargestelltes Bild (da es keine steirischen Daten gibt und nur marginale Unterschiede zu Gesamtösterreich zu erwarten sind, beziehen sich diese Daten auf Österreich).

⁸⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

Tabelle 24

Armutsgefährdung vor und nach sozialen Transfers nach Haupttätigkeit in Gesamtösterreich											
	Gesamt (=100%) in 1.000	vor Pensionen u. Sozialleistungen			vor Sozialleistungen			nach Sozialleistungen			Lücke in %
		in	Anteil	Quote	in	Anteil	Quote	in	Anteil	Quote	
		1.000	in %		1.000	in %		1.000	in %		
Insgesamt	8.182	3.500	100	43	2.054	100	25	1.027	100	13	15
Haupttätigkeit											
Erwerbstätigkeit	3.545	669	19	19	543	26	15	251	24,46	7	19
davon Vollzeit	2.915	512	15	18	412	20	14	184	17,89	6	19
davon Teilzeit	630	157	4	25	131	6	21	67	6,57	11	18
Pension	1.800	1.507	43	84	383	19	21	234	22,77	13	13
Arbeitslosigkeit	310	196	6	63	183	9	59	101	9,83	33	21
Haushalt	706	411	12	58	286	14	41	165	16,10	23	16
in Ausbildung	409	156	4	38	129	6	31	66	6,44	16	28
Arbeitslosigkeit											
Kurzzeitarbeitslos <6 Monate	289	105	3	36	91	4	32	31	3,01	11	13
Langzeitarbeitslos >= 6 Monate	301	226	6	75	215	10	71	120	11,65	40	24
Langzeitarbeitslos >= 12 Monate	189	163	5	86	158	8	83	98	9,51	52	25

Quelle: Statistik Austria, 2008

Die Bedeutung des österreichischen Systems des Sozialschutzes zeigt sich speziell für Arbeitslose als besonders wichtig. Vor Pensionen und Sozialleistungen beträgt die Armutsgefährdungsquote für Arbeitslose 63% - für Langzeitarbeitslose über 6 bzw. 12 Monate beträgt sie sogar 75% bzw. 86%. Nach Pensionen und Sozialleistungen sinkt die Armutsgefährdungsquote der Arbeitslosen auf 33%, was eine Risikosenkung um beinahe die Hälfte bedeutet. Dennoch haben Arbeitslose eine deutlich höhere Armutsgefährdungsquote nach Pensionen und Sozialleistungen als die Gesamtbevölkerung (13%)⁸⁹.

4.2.2.3 Arbeitslosigkeit und Konsum

Auch beim Besitz von Konsumgütern und der Befriedigung primärer wie sekundärer Grundbedürfnisse zeigen sich Nachteile für Arbeitslose.

⁸⁹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 140

Tabelle 25

Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt nach Erwerbsstatus in der Steiermark															
... % besitzen ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	504	43	703	60	751	64	890	76	1011	87	834	71	1049	90
Haupttätigkeit (2006)															
Erwerbstätig	502	251	50	361	72	376	75	411	82	470	94	336	67	485	97
davon Vollzeit	413	206	50	296	72	310	75	339	82	391	95	280	68	399	97
davon Teilzeit	89	44	50	65	73	66	75	72	81	79	89	56	63	85	96
Pension	258	63	24	67	26	85	33	162	63	188	73	227	88	189	73
Arbeitslos	(37)	(12)	(33)	(20)	(55)	(25)	(67)	(19)	(52)	(24)	(64)	(16)	(43)	(35)	(95)
Haushalt	120	36	30	61	51	57	48	86	72	97	81	88	74	98	82
in Ausbildung	63	43	68	51	81	58	92	53	84	58	93	47	74	62	98

Quelle: Statistik Austria, 2007

Mit Ausnahme von PC und Handy sind die Anteile der Arbeitslosen, die die angeführten Konsumgüter besitzen, deutlich geringer als die Anteile der steirischen Gesamtbevölkerung. So haben nur 33% der Arbeitslosen einen Internetanschluss, 55% DVDs, 52% einen Geschirrspüler, 64% einen PKW und 43% ein Telefon⁹⁰.

Das Fehlen von Konsumgütern alleine bezeugt noch keine finanziell bedingten Einschränkungen, weshalb die Angaben über aus finanziellen Gründen fehlende Konsumgüter, genauer betrachtet werden sollten. Diesbezügliche Daten beziehen sich wiederum auf Gesamtösterreich, da keine gesonderten Ergebnisse für die Steiermark vorliegen. Es kann aber von einer hohen Ähnlichkeit ausgegangen werden, weshalb eine Übertragung auf die Situation in der Steiermark durchaus möglich ist.

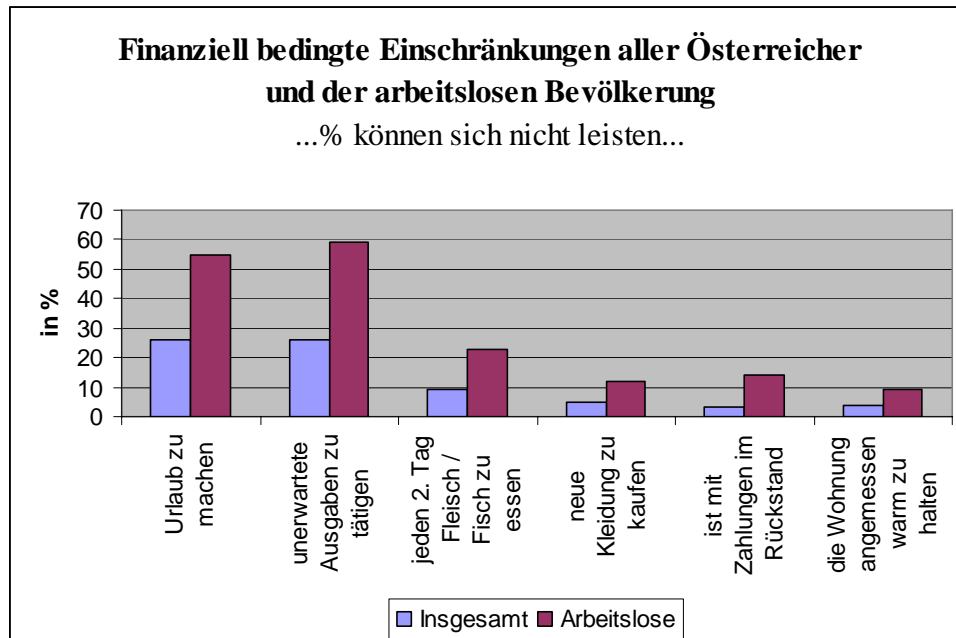
Arbeitslose gaben in Bezug auf alle betrachteten Konsumgüter zu größeren Teilen an, sich diese aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können als die Durchschnitts-Österreicher. 24% der Arbeitslosen aber nur 8% aller Österreicher können sich kein Internet leisten, 11% (bzw. 4%) keinen DVD-Player, 13% (bzw. 4%) keinen PC, 15% (bzw. 4%) keine Geschirrspülmaschine, 21% (bzw. 5%) keinen PKW und 16% (bzw. 5%) kein Telefon. Dieser Vergleich der arbeitslosen mit der gesamten Bevölkerung zeigt eine deutliche Deprivation ersterer, die sich zwei bis drei Mal sooft bestimmte Konsumgüter nicht leisten kann⁹¹.

⁹⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 30

⁹¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 123

Auf österreichischer Ebene lassen sich auch finanziell bedingte Einschränkungen bei der Befriedigung von Grundbedürfnissen analysieren.

Grafik 28



Quelle: Statistik Austria, 2008

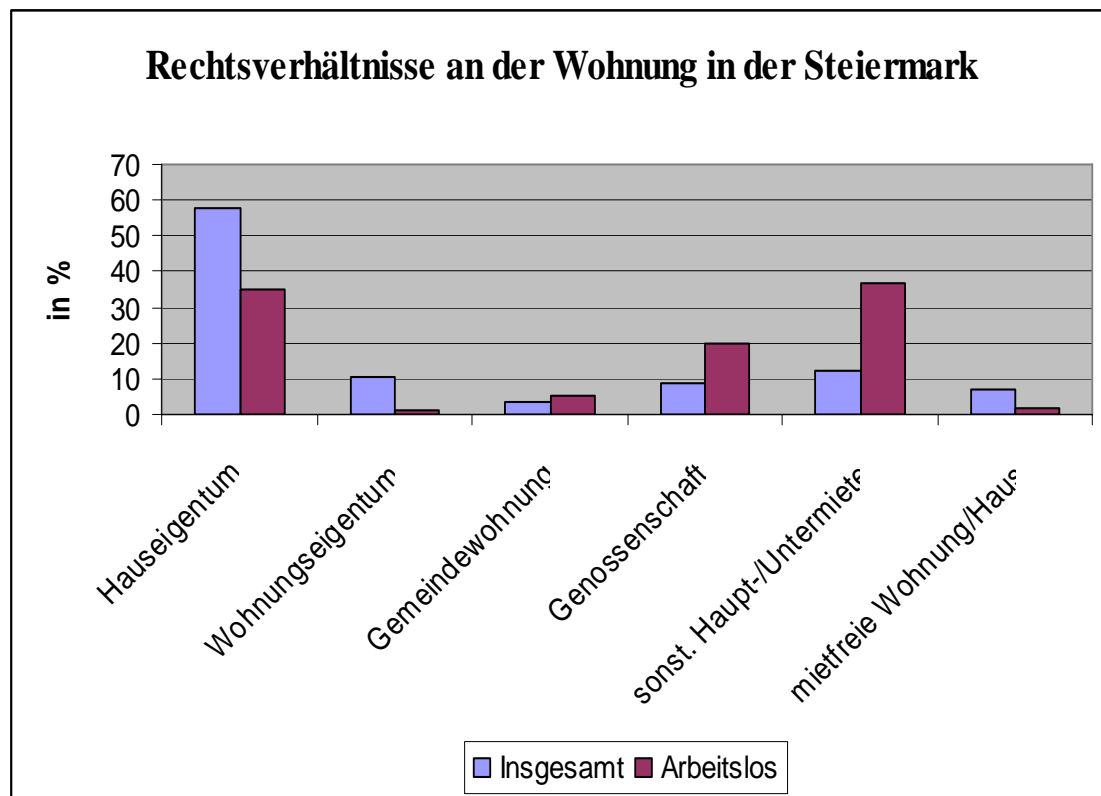
Wie diese Grafik veranschaulicht, ist die Deprivation der arbeitslosen Bevölkerung im Vergleich zur Gesamtbevölkerung auch hinsichtlich der primären Bedürfnisbefriedigung sichtlich stärker. Sie können die angeführten Grundbedürfnisse zwei bis drei Mal seltener erfüllen als die Gesamtbevölkerung. Mehr als die Hälfte der Arbeitslosen (55% bzw. 59%) kann es nicht leisten auf Urlaub zu fahren oder unerwartete Ausgaben zu tätigen. 23% können nicht jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch essen, 12% können sich keine neuen Kleider leisten und 9% können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten. 14% der Arbeitslosen sind mit Zahlungen im Rückstand. Damit sind sie aufgrund finanzieller Mängel weitaus stärker eingeschränkt als die österreichische Gesamtbevölkerung⁹².

4.2.2.4 Arbeitslosigkeit und Wohnen

Arbeitslose sind hinsichtlich des Rechtsverhältnisses an ihrer Wohnstätte im Vergleich zur gesamten steirischen Bevölkerung benachteiligt (siehe Tabelle 12).

⁹² vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 125

Grafik 29



Quelle: Statistik Austria, 2007

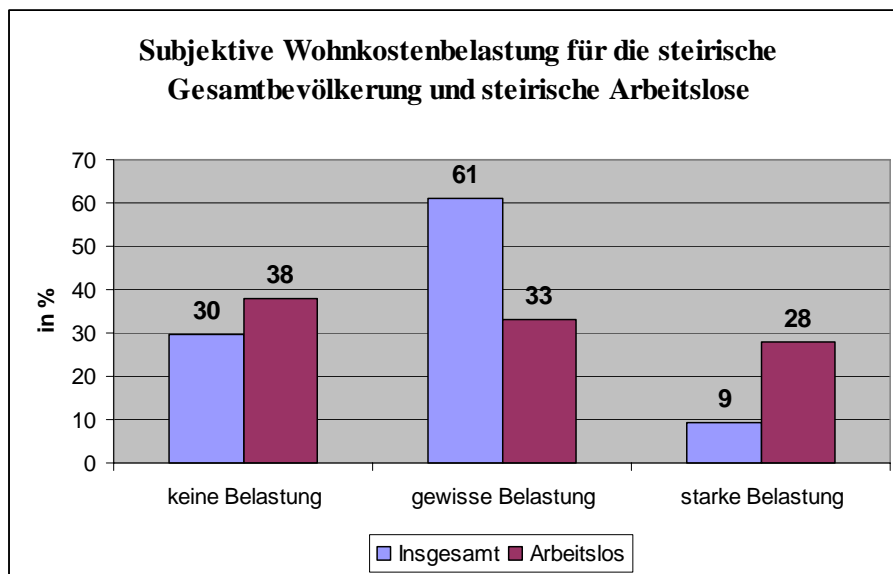
Arbeitslose sind deutlich seltener im Besitz ihrer Wohnstätte – 35% besitzen ein Haus und 1% eine Wohnung. Insgesamt besitzen hingegen 58% der Steirer und Steirerinnen ein Haus und 11% eine Wohnung.

Dafür finden sich überdurchschnittlich viele Arbeitslose in Genossenschaftswohnungen (20%) oder in sonstigen Mietverhältnissen (37%). Mit 5% ist auch ihr Anteil in Gemeindewohnungen leicht über dem steirischen Schnitt (3%)⁹³. Für Personen, die über ausreichend finanzielle Mittel verfügen, scheinen diese Wohnverhältnisse hingegen wenig attraktiv.

In indirektem Zusammenhang mit dem Rechtsverhältnis an der Wohnung, steht auch die subjektive Wohnkostenbelastung. Die nächste Grafik zeigt, wie Arbeitslose die Belastung durch Wohnkosten empfinden (siehe auch Tabelle 16).

⁹³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 38

Grafik 30



Quelle: Statistik Austria, 2006 B

Für 28% der steirischen Arbeitslosen stellen die Wohnkosten eine starke Belastung dar, während dies nur 9% der steirischen Gesamtbevölkerung derart empfinden. Für 33% der Arbeitslosen machen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens aus – das sind mehr als doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung. Unter den Erwerbstätigen haben sogar nur 11% Wohnkosten, die mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens betragen. Als gewisse Belastung werden die Wohnkosten von 33% der Arbeitslosen und 61% der Gesamtbevölkerung empfunden. Interessant ist, dass 38% der Arbeitslosen, und damit um 8% mehr als in der Gesamtbevölkerung, angaben, die Wohnkosten als keine Belastung zu empfinden⁹⁴.

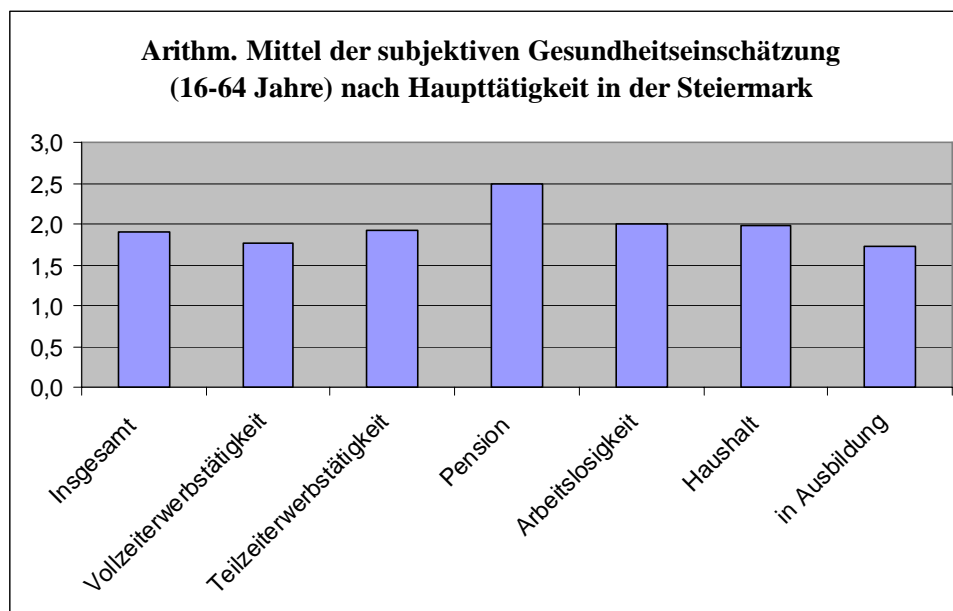
4.2.2.5 Arbeitslosigkeit und Gesundheit

Betrachtet man nochmals den subjektiven Gesundheitszustand der steirischen Bevölkerung in Abhängigkeit von ihrer Tätigkeit (siehe Tabelle 18), so lässt sich ein deutlicher Einfluss von Arbeitslosigkeit auf das persönliche Gesundheitsempfinden erkennen. 71% der Arbeitslosen, und damit um 10% weniger als die Gesamtbevölkerung, geben an sich gut bis sehr gut zu fühlen. Diese 10% finden sich unter den 15% der Arbeitslosen wieder, die angaben in schlechtem bis sehr schlechtem Gesundheitszustand zu sein. Von der Gesamtbevölkerung gaben nämlich nur 5% an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Keine andere Gruppe gab derart oft an, sich schlecht oder sehr schlecht zu fühlen. Am seltensten

⁹⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 46

befinden Erwerbstätige (2%) ihre Gesundheit als schlecht. Diese haben auch am häufigsten angegeben (86% bzw. 87%) in sehr guter bis guter gesundheitlicher Verfassung zu sein.

Grafik 31



Quelle: Statistik Austria, 2007

Bei der subjektiven Bewertung des Gesundheitszustandes von „1“ (sehr gut) bis „5“ (sehr schlecht) kommen Arbeitslose auf einen Mittelwert von „2“. Das heißt, dass sie im Durchschnitt ihre Gesundheit als „gut“ befinden. Damit ist ihre Gesundheitseinschätzung aber dennoch schlechter als die der steirischen Gesamtbevölkerung oder als die der meisten Erwerbstätigen. Von diesen haben einzig HilfsarbeiterInnen mit „2,1“ einen schlechteren Mittelwert ihrer Gesundheitsbeurteilung⁹⁵.

4.2.2.6 Armutslage der arbeitslosen Bevölkerung

Die nächste Tabelle gibt Auskunft über die „Stärke“ der Deprivation und die von ihr betroffenen Bevölkerungsgruppen in Abhängigkeit von ihrer Haupttätigkeit. Die Daten stehen wiederum für ganz Österreich.

⁹⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 50

Tabelle 26

Deprivation nach Erwerbsstatus in Österreich																	
Erwerbsstatus	Gesamt (=100%) in 1.000	Primär		Sekundär		Gesundheit		Wohnum- welt		Wohnung		mind. 1 Dimension		mind. 2 Dimensionen		mind. 3 Dimensionen	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	8.182	798	10	305	4	510	6	708	9	277	3	1.983	24	481	6	118	1
Haupttätigkeit																	
Erwerbstätig	3.545	249	7	91	3	73	2	285	8	114	3	655	18	131	4	24	1
davon Vollzeit	2.915	202	7	72	2	58	2	238	8	90	3	531	18	107	4	20	1
davon Teilzeit	630	47	7	19	3	15	2	46	7	25	4	124	20	24	4	(4)	(1)
Pension	1.800	166	9	51	3	339	19	163	9	53	3	603	34	136	8	30	2
Arbeitslos	310	90	29	46	15	33	11	46	15	30	10	146	47	65	21	28	9
Haushalt	706	96	14	43	6	43	6	60	8	23	3	189	27	55	8	19	3
in Ausbildung	409	38	9	(8)	(2)	22	5	37	9	(11)	(3)	91	22	18	4	(6)	(1)
Arbeitslosigkeit																	
Kurzzeitarbeitslos <6 Monate	289	54	19	22	8	(6)	(2)	31	11	(14)	(5)	87	30	30	10	(10)	(3)
Langzeitarbeitslos >= 6 Monate	301	89	30	46	15	34	11	39	13	24	8	145	48	54	18	(25)	(8)
Langzeitarbeitslos >= 12 Monate	189	68	36	37	19	30	16	25	13	(18)	(9)	104	55	44	23	(23)	(12)

Quelle: Statistik Austria, 2008

29% der Arbeitslosen leiden an primärer und 15% an sekundärer Deprivation – das sind beinahe drei Mal bzw. sechs Mal so viele wie in der Gesamtbevölkerung. Jeder zehnte Arbeitslose leidet an Deprivation im Wohnbereich, jeder neunte im Gesundheitsbereich und jeder sechste Arbeitslose in der Wohnumwelt.

47% der Arbeitslosen leiden zumindest an einer Deprivationsdimension, 21% an zwei und 9% an drei Dimensionen der Deprivation. Damit sind Arbeitslose nicht nur öfter sondern auch stärker von Deprivation betroffen als die Gesamtbevölkerung Österreichs. Von allen ÖsterreicherInnen sind 24% in einer Dimension depriviert, 6% in zwei und 1% in drei Dimensionen⁹⁶.

Weiters kann zusammengefasst werden, dass 21% der arbeitslosen Bevölkerung im Vergleich zu 6% der Gesamtbevölkerung in manifester Armut leben. Besonders drastisch ist die Lage der Langzeitarbeitslosen, unter denen 26% der über sechs Monate Arbeitslosen und 34% der über 12 Monate Arbeitslosen von manifester Armut betroffen sind. Beinahe doppelt so viele Arbeitslose (12%) als Personen der Gesamtbevölkerung (7%) sind einkommensarm, während

⁹⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 142

26% der Arbeitslosen im Gegensatz zu 19% der Gesamtbevölkerung depriviert sind. Umgekehrt sind 69% der österreichischen Bevölkerung aber nur 41% der Arbeitslosen nicht-arm.

Auch wenn diese Daten sich auf Gesamtösterreich beziehen, dürfte die Lage in der Steiermark sehr ähnlich sein⁹⁷.

4.2.2.7 Resümee

6,4% (31.942) der steirischen Bevölkerung waren 2007 arbeitslos. Mit Arbeitslosigkeit gehen niedrigeres Einkommen und erhöhte Armutsgefährdung einher. Arbeitslose sind mit 34% fast drei Mal sooft armutsgefährdet wie der steirische Durchschnittsbürger. All dies führt zu Einschnitten beim Konsum und zu Benachteiligungen im Bereich des Wohnens und der Gesundheit.

4.2.3 Working Poor

Auch wenn Erwerbstätigkeit, wie bereits dargestellt, das Risiko in Armut zu geraten verringert, gibt es Erwerbstätige, die in Haushalten ohne genügendes Einkommen leben. Diese Personen werden als „working poor“ bezeichnet.

Der Begriff kommt aus dem Amerikanischen, wo dieses Phänomen schon seit längerer Zeit und verstärkt auftritt. Es ist ein Resultat aus schlechten, gering bezahlten Jobs und mangelnder Erwerbsbeteiligung⁹⁸. Für diesen Bericht wird die Definition von „working poor“ aus EU-SILC 2006 übernommen. Demnach werden jene Personen, die aktuell erwerbstätig und zwischen 20 und 64 Jahre alt sind, und deren Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle liegt, als „working poor“ bezeichnet.

Tabelle 27

Armutsgefährdung und Erwerbstätigkeit von Personen im Erwerbsalter in der Steiermark			
in 1.000	nicht erwerbstätig	erwerbstätig	Gesamt
nicht armutsgefährdet	192 (81%)	455 (95%)	647 (90,4%)
armutsgefährdet	45 (19%)	24 (5%)	69 (9,6%)
Gesamt	237 (100%)	479 (100%)	716 (100%)

Personen im Erwerbsalter; Unterlegte Zelle entspricht „working poor“

Quelle: Statistik Austria, 2007

⁹⁷ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 144

⁹⁸ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 88

Obige Tabelle zeigt, dass in der Steiermark 69.000 Personen im erwerbsfähigen Alter (dies entspricht 9,6%) armutsgefährdet sind. Von diesen sind 45.000 nicht erwerbstätig und 24.000 sind erwerbstätig. Diese 24.000 armutsgefährdeten Erwerbstätigen sind die steirischen „working poor“. Anders gesagt sind 5% der Erwerbstätigen in der Steiermark armutsgefährdet. Unter den Nicht-Erwerbstätigen beträgt die Armutsgefährdungsquote 19%⁹⁹.

Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit entsteht aufgrund niedrigen Erwerbsarbeitseinkommens in Zusammenhang mit der Größe und Konstellation des Haushaltes, der Anzahl der VerdienereInnen im Haushalt und der Zusammensetzung des gesamten Haushaltseinkommens.¹⁰⁰ Diese Faktoren werden nun näher betrachtet.

4.2.3.1 Haushaltzusammensetzung

Betrachtet man den Einfluss der Haushaltzusammensetzung auf das Armutsgefährdungsrisiko (siehe Tabelle 6), so zeigt sich, dass dieses für Alleinstehende deutlich höher ist als für Personen in Mehrpersonenhaushalten.

So beträgt die Armutsgefährdungsquote von Alleinstehenden mit Pension 30% und ohne Pension 29% und ist damit beinahe drei Mal so hoch wie die des steirischen Durchschnitts (12%). Mehrpersonenhaushalte hingegen haben unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquoten. Die geringste haben Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (ohne Pension) mit 4%. Mit Kindern steigt das Armutsgefährdungsrisiko von Mehrpersonenhaushalten auf 11%. Mehrpersonenhaushalte mit Pension haben eine 9%-ige Armutsgefährdungsquote.

Erhebliche Unterschiede in der Armutsgefährdungsquote bewirkt auch das Geschlecht des Hauptverdieners bzw. der Hauptverdienerin. Haushalte mit männlichem Hauptverdiener haben mit 8% eine unterdurchschnittliche Armutsgefährdungsquote, während diese für Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin beinahe drei Mal so hoch ist (22%).

Die Armutsgefährdungslücke ist bei Haushalten mit Pension insgesamt mit 13% unterdurchschnittlich gering, während Haushalte ohne Pension in Summe eine erhöhte Armutsgefährdungslücke von 18% aufweisen. Dabei findet sich bei Alleinstehenden eine beinahe doppelt so große Lücke von 32% im Gegensatz zu einer 16%-igen Armutsgefährdungslücke bei Mehrpersonenhaushalten mit Kindern¹⁰¹.

⁹⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 23

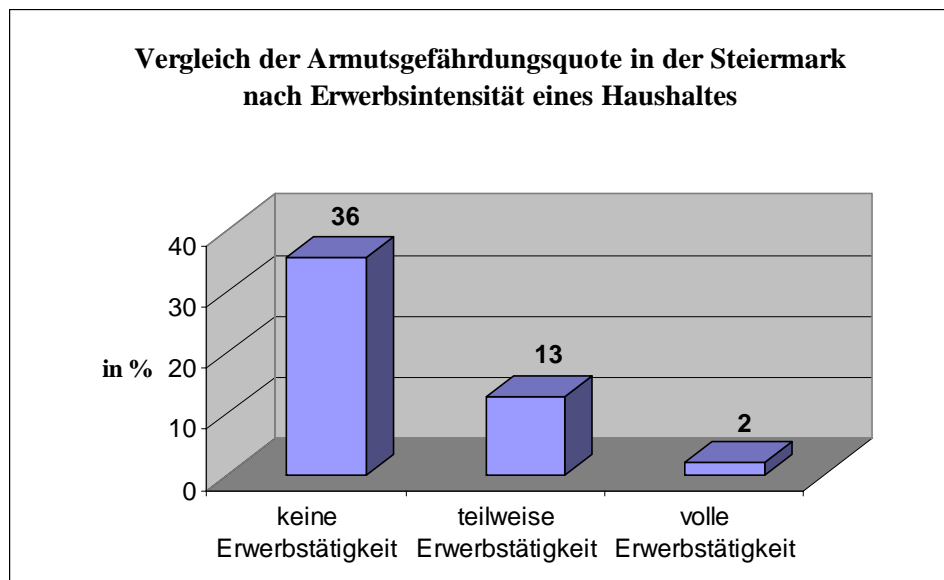
¹⁰⁰ vgl. Förster, Heitzmann in: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen, 2002, S. 198

¹⁰¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

4.2.3.2 Anzahl der Verdiener

Nicht nur die Anzahl der HaushaltsbewohnerInnen, sondern auch die Anzahl der VerdienerInnen eines Haushaltes ist entscheidend für dessen Armutsgefährdung. Die nächste Grafik bildet den Einfluss von **Erwerbsintensität eines Haushaltes** auf die Armutsgefährdungsquote ab (siehe dazu auch Tabelle 7).

Grafik 32



Quelle: Statistik Austria, 2007

36% der Haushalte ohne Erwerbstätige sind in der Steiermark armutsgefährdet. Das sind 18 Mal so viele wie Haushalte mit voller Erwerbstätigkeit (alle sind erwerbstätig), von denen nur 2% armutsgefährdet sind. Die Armutsgefährdung von Haushalten mit teilweiser Erwerbstätigkeit liegt mit 13% im Mittelfeld und nahe an der gesamt-steirischen Armutsgefährdungsquote von 12%.

Trotz deutlich verringertem Armutsrisiko bei Erwerbstätigkeit sind 11.000 Menschen in der Steiermark armutsgefährdet, obwohl sie in Haushalten mit voller Erwerbstätigkeit leben¹⁰².

4.2.3.3 Zusammensetzung des Haushaltseinkommens

Ein weiterer Einflussfaktor für das Risiko der Armutsgefährdung ist die Zusammensetzung des Haushaltseinkommens (siehe Tabelle 7). Die geringsten Armutsgefährdungsquoten von 5% weisen Haushalte auf, deren Haupteinkommensquellen unselbständige oder selbständige

¹⁰² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

Arbeit sind. Die Armutsgefährdungsquote von Haushalten mit Pensionen als Haupteinkommensquelle beträgt bereits 16% und 55% bei Haushalten, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. Dieser Vergleich zeigt die Bedeutung von Erwerbsarbeitseinkommen bei der Reduzierung des Armutsrisikos eines Haushaltes¹⁰³.

Wie obige Ausführungen gezeigt haben, gibt es mehrere Faktoren – Haushaltszusammensetzung, Geschlecht des/der Hauptverdiener(s)in, Erwerbsintensität des Haushaltes und Haupteinkommensquelle – die einen signifikanten Einfluss auf die Armutsgefährdung eines Haushaltes haben.

4.2.3.4 Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Abgesehen von den bereits genannten Charakteristika haben sich auch Form und Intensität der Beschäftigung als wichtige Faktoren der Armutsgefährdung von erwerbstätigen Personen erwiesen. Dies legt die Vermutung nahe, dass das Vorhandensein atypischer Beschäftigungsverhältnisse, wie befristete Arbeitsverhältnisse oder Teilzeitbeschäftigung, mit der Armutsgefährdung Erwerbstätiger in Zusammenhang steht.

4.2.3.4.1 Atypische Beschäftigung in der Steiermark

Um einen Eindruck von der Bedeutung und damit der Zahl betroffener Personen zu bekommen, wird nun ein (unvollständiger) Überblick über atypische Beschäftigungsformen in der Steiermark (sowie teilweise in Österreich) gegeben.

2006 gab es in der Steiermark nach Daten des Mikrozensus – Arbeitskräfteerhebung (Statistik Austria) 480.500 unselbständig Beschäftigte (ohne Präsenzdienler und KarenzurlauberInnen). Wie man der nachfolgenden Tabelle entnehmen kann, waren davon **110.100 teilzeitbeschäftigt**. Dies sind fast 40.000 Personen mehr als noch im Jahr 2001, während die Gesamtzahl unselbständiger Beschäftigter ebenfalls um 40.000 Personen im gleichen Zeitraum angestiegen ist, womit die Zahl der Vollzeitbeschäftigten sich nicht verändert hat.

¹⁰³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

Tabelle 28

Atypische Beschäftigungsverhältnisse ¹⁰⁴ in der Steiermark							
Jahr	Teilzeitbeschäftigte nach LFK ¹⁰⁵	Teilzeitquote ¹⁰⁶ der Frauen	Geringfügig Beschäftigte ¹⁰⁷	Befristete Arbeitsverhältnisse ¹⁰⁸	Leiharbeitsverhältnisse ¹⁰⁹	Freie Dienstvertragsnehmer ¹¹⁰	Werkvertragsnehmer ¹¹¹
2001	71.325	35,6	31.357	-	5.339	3.017	3.038
2006	110.100¹¹²	43,9	35.317	-	8.407	3.762	4.198

Quelle: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 2007

Die Teilzeitquote der Frauen liegt bei 43,9%, was bedeutet, dass im Jahr 2006 beinahe jede zweite Frau teilzeitbeschäftigt war, während dies 2001 noch etwas mehr als jede dritte Frau war. Österreichweit war die Teilzeitquote der Frauen 2006 etwas geringer und lag bei 42,7%. Natürlich kann man von den Teilzeitbeschäftigten nicht direkt auf die Zahl der Armutsgefährdeten schließen, da viele Teilzeitbeschäftigte „ZuverdienerInnen“ zu einem Haupteinkommen aus einer Vollzeitbeschäftigung sind. Dass vor allem Frauen Teilzeitbeschäftigungen wählen, hat vor allem mit den von ihnen zu erfüllenden Betreuungsaufgaben in der Familie (Kinder, Pflege kranker oder alter Menschen etc.) zu tun.

Ebenso gestiegen ist in den letzten Jahren die Zahl geringfügig Beschäftigter. 2006 gab es in der Steiermark **35.317 Personen mit geringfügiger Beschäftigung**, davon waren 25.405 Frauen und 9.912 Männer. Insgesamt waren damit 7% der unselbständig Erwerbstätigen geringfügig beschäftigt, von denen 72% Frauen waren. Ähnlich ist die Tendenz in Gesamtösterreich, wo von den 235.507 geringfügig Beschäftigten 70% Frauen waren¹¹³.

¹⁰⁴ Atypische Beschäftigungsverhältnisse sind all jene Arbeitsverhältnisse, die vom herkömmlichen Arbeitsverhältnis abweichen. Ein solches ist eine durch abhängige, vollzeitliche, kontinuierliche und auf geregelter Arbeitszeit und geregelter Einkommen basierende Tätigkeit.

¹⁰⁵ LFK = Labour-Force-Konzept: Dieses erfasst unselbständig Erwerbstätige mit einer wöchentlichen Normalarbeitszeit von 1 - 35 Stunden (ohne Präsenz-, Zivildienstler und Karenzurlaubenden).

¹⁰⁶ Anteil der teilzeitbeschäftigten Frauen an den Gesamt-Beschäftigten in Prozent.

¹⁰⁷ Geringfügig Beschäftigte sind Personen, deren Entgelt nicht über die Geringfügigkeitsgrenze von 333,16 Euro pro Kalendermonat hinausgeht (Wert für 2006).

¹⁰⁸ Daten über befristete Arbeitsverhältnisse liegen nur auf Bundesebene vor.

¹⁰⁹ Anzahl der überlassenen Arbeitskräfte per Stichtag 31. Juli.

¹¹⁰ Freie Dienstnehmer sind jene, die gemäß § 4 Abs. 4 AS G versichert sind.

¹¹¹ Werkvertragsnehmer sind gemäß § 2 Abs. 1 Z 4 GS G pflichtversichert. Darunter fallen auch Wirtschaftstreuhand, Dentisten, Journalisten, Künstler und Tierärzte.

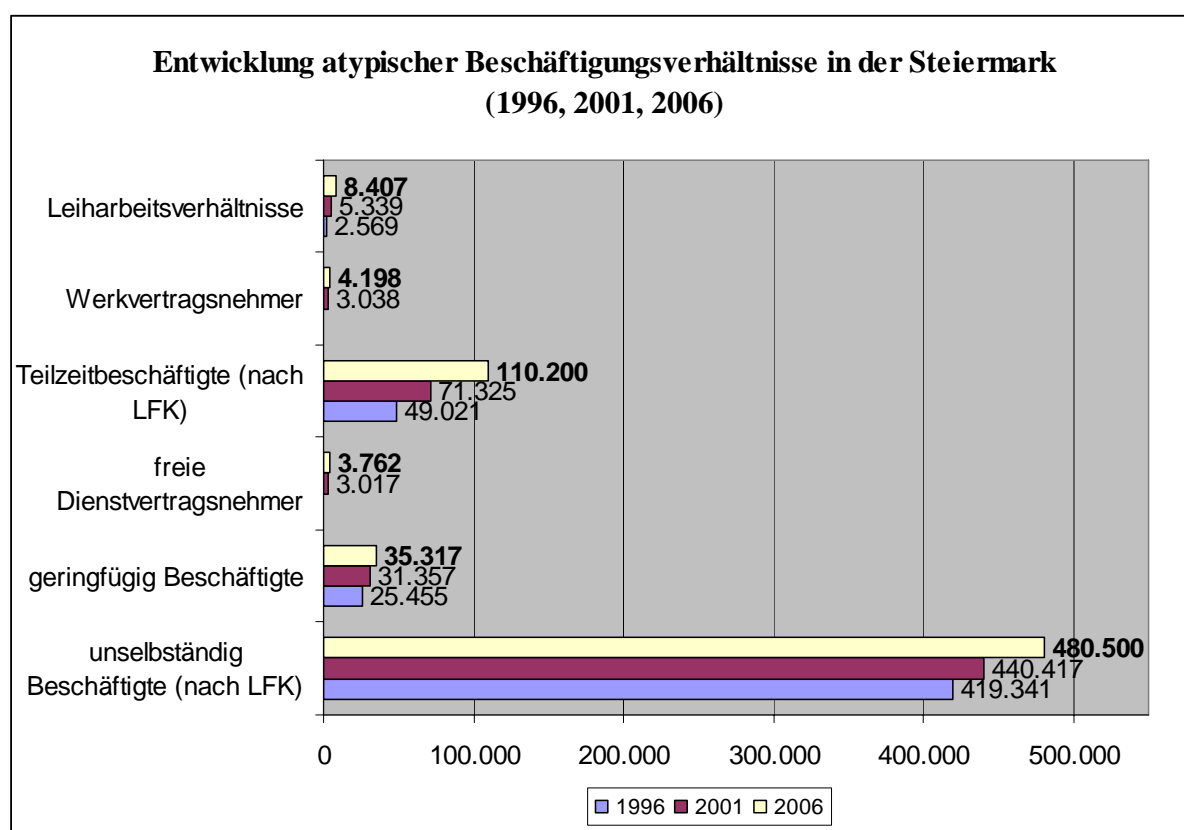
¹¹² Bei einer Gruppe von Erwerbstätigen fällt die Zuordnung von Teil- oder Vollzeiterwerbstätigen nicht eindeutig aus, da die Arbeitszeit stark schwankend ist. In der Steiermark waren dies im Jahr 2006 ca. 1.700 unselbständig Berufstätige. Werte unter 4.000 können aufgrund des zu großen Stichprobenfehlers nicht mehr ausgewiesen werden, Werte unter 8.000 sind bereits stark zufallsbehaftet.

¹¹³ vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 2007, S. 84 u. 88

Leiharbeitsverhältnisse sind eine atypische Beschäftigungsform, die oftmals mit finanziellen und versicherungsmäßigen Nachteilen für die Beschäftigten verbunden ist. In der Steiermark ist die Zahl der Leiharbeiter im Zeitraum von 2001 bis 2006 um mehr als 3.000 Beschäftigte auf 8.407 angestiegen.

Des Weiteren gab es 2006 in der Steiermark 3.762 freie **DienstnehmerInnen** und 4.198 **WerkvertragsnehmerInnen**. 2001 betrug die Anzahl dieser noch 3.017 bzw. 3.038¹¹⁴.

Grafik 33



Quelle: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 2007

Diese Grafik fasst die Tendenz der zunehmenden Zahl atypischer Beschäftigung in der Steiermark zusammen. Anzumerken ist hierzu noch, dass davon Frauen in weitaus größerem Maße betroffen sind als Männer.

¹¹⁴ vgl. Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark, 2007, S. 87

4.2.3.4.2 *Atypische Beschäftigung und Armut*

Laut einem Forschungsbericht des Bundeskanzleramtes – Bundesministerium für Frauen und Gleichstellung aus dem Jahr 2004, gab es nach einem kontinuierlichen Anstieg über die letzten 20 Jahre mehr als eine halbe Million Teilzeitbeschäftigte in Österreich, von denen der Großteil (ca. 85%) Frauen waren¹¹⁵.

Aufgrund geringer Jahresarbeitszeiten, schlechter Entlohnung und geringer sozial- und arbeitsrechtlicher Schutzleistungen lässt sich vermuten, dass Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen stärker von Armut gefährdet sind als jene in regulärer Beschäftigung. Leider gibt es kaum Informationen über die Armutsgefährdung von Personen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen wie Werkvertragsnehmer, geringfügig Beschäftigte, freie Dienstvertragsnehmer usw. Es ist auch schwer aufgrund dieser Beschäftigungsform auf Armut zu schließen, da diese Positionen oft von Frauen besetzt werden, deren Einkommen ein Zuverdienst zum Haupteinkommen des Partners ist¹¹⁶.

Ein Blick auf die Armutsgefährdungsquoten laut EU-SILC 2006 (siehe Tabelle 7) zeigt, dass Teilzeitbeschäftigte mit einer Armutsgefährdungsquote von 9% mehr als doppelt sooft armutsgefährdet sind wie Vollzeitbeschäftigte, deren Armutsrisiko bei 4% liegt¹¹⁷.

4.2.3.5 Berufliche Stellung

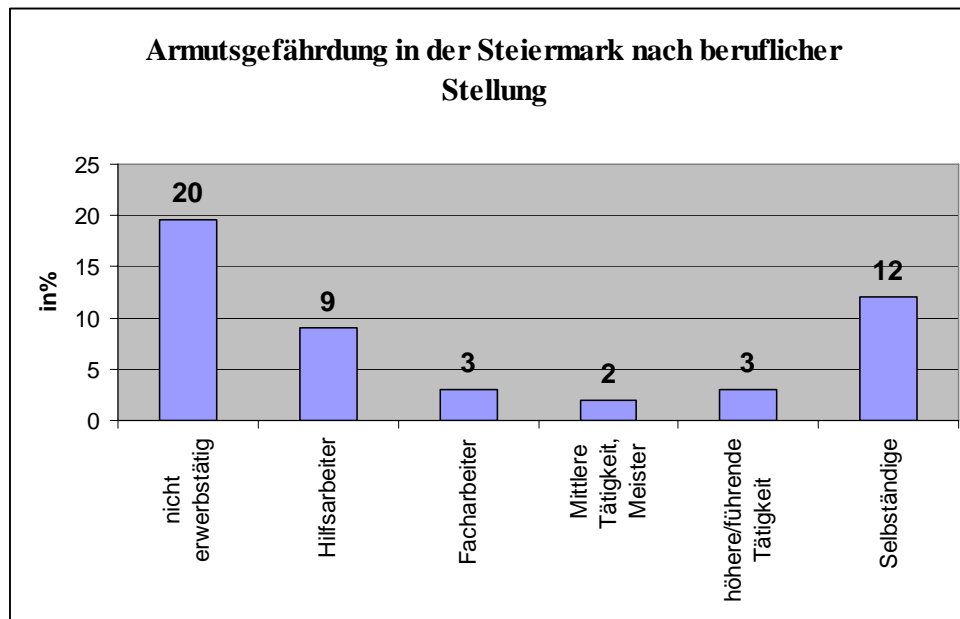
Die berufliche Stellung von Erwerbstätigen beeinflusst deren Einkommen und damit auch deren Risiko trotz Erwerbstätigkeit in Armut zu geraten (siehe auch Tabelle 7).

¹¹⁵ vgl. BKA, 2004, S. 1

¹¹⁶ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 94

¹¹⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

Grafik 34



Quelle: Statistik Austria, 2007

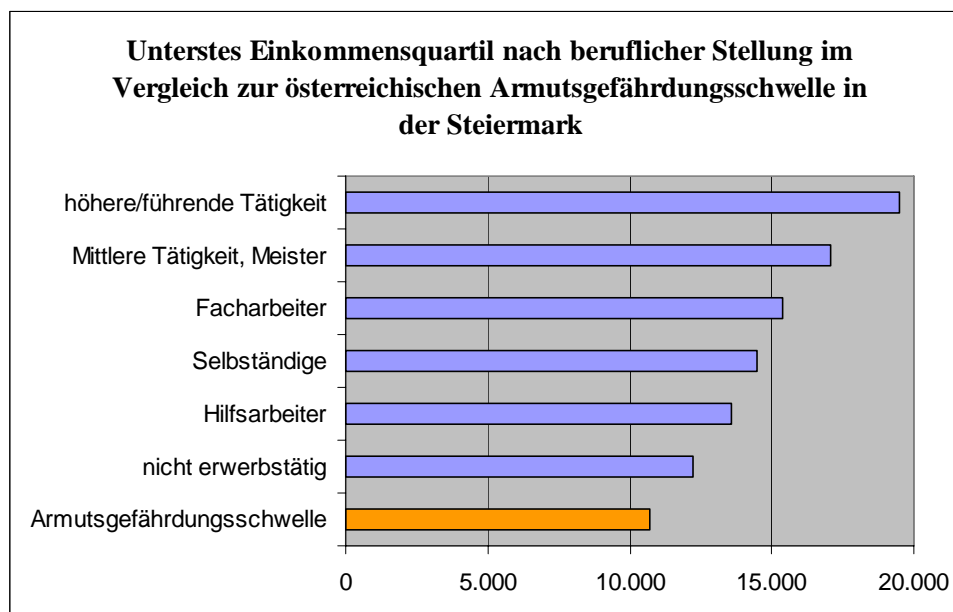
Wie man anhand obiger Grafik sehen kann, haben Erwerbstätige (mit Ausnahme der Selbständigen) ein maximal halb so großes Risiko in Armut zu geraten wie Nicht-Erwerbstätige. Bei genauerer Betrachtung der Erwerbstätigen zeigt sich, dass Facharbeiter sowie Personen mit mittlerer und höherer Tätigkeit eine besonders kleine Armutsgefährdungsquote von 2% bis 3% aufweisen. Im Vergleich dazu haben Hilfsarbeiter eine drei Mal höhere Armutsgefährdungsquote von 9%. Selbständige sind zu 12% armutsgefährdet und damit deutlich öfter als unselbständig Beschäftigte¹¹⁸. Die hohe Armutsgefährdung der Selbstständigen lässt sich besonders damit erklären, dass auch Landwirte in diese Kategorie fallen und diese häufiger von Armut betroffen sind¹¹⁹.

Das unterschiedliche Armutsrisiko hängt entscheidend von den verschiedenen Einkommenslagen je nach beruflicher Stellung ab (siehe Tabelle 5).

¹¹⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

¹¹⁹ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 95

Grafik 35



Quelle: Statistik Austria, 2007

Diese Grafik vergleicht das maximale Jahresäquivalenzeinkommen der schwächsten Viertel (unterstes Quartil) nach beruflicher Stellung mit der österreichischen Armutsschwelle (10.711 Euro). Es zeigt sich, dass das Jahresäquivalenzeinkommen des untersten Quartils der Nicht-Erwerbstätigen mit 12.207 und das der Hilfsarbeiter mit 13.605 relativ nahe der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Facharbeiter und Personen mit mittlerer oder höherer Tätigkeit haben da schon eher einen „Sicherheitspuffer“ von zumindest 4.500 Euro. Auch hier zeigt sich, dass das schwächste Einkommensviertel der Selbständigen, das maximal 14.498 Euro verdient, schlechter gestellt ist als viele unselbständig Beschäftigte¹²⁰.

4.2.3.6 Resümee

Bei der Analyse der erwerbstätigen Personen in der Steiermark hat sich gezeigt, dass „working poor“ auch hierzulande für viele Realität ist. Zwar verringert Erwerbstätigkeit die Armutsgefährdung der Beschäftigten und deren Haushaltsangehörigen, sie bietet aber nicht allen Erwerbsgruppen ausreichenden Schutz. Relevant für die Armutsgefährdung trotz Erwerbstätigkeit sind die Dimensionen berufliche Stellung, atypische Beschäftigung, Haushaltszusammensetzung und Anzahl der Verdienner im Haushalt.

¹²⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 16

4.3 Der Zusammenhang von bestimmten Bevölkerungsgruppen und Armut

Wie aus der anfänglichen Situationsanalyse der Lebensbedingungen in der Steiermark hervorgegangen ist, sind bestimmte Bevölkerungsgruppen besonders benachteiligt. Niedrigere Einkommen und eine erhöhte Armutsgefährdung ziehen Benachteiligungen im Bereich von Konsum, Wohnen und Gesundheit nach sich. Zu diesen benachteiligten Bevölkerungsgruppen gehören unter anderem die weibliche Bevölkerung, PensionistInnen, Menschen mit Behinderung und Nicht-ÖsterreicherInnen.

4.3.1 Weibliche Bevölkerung

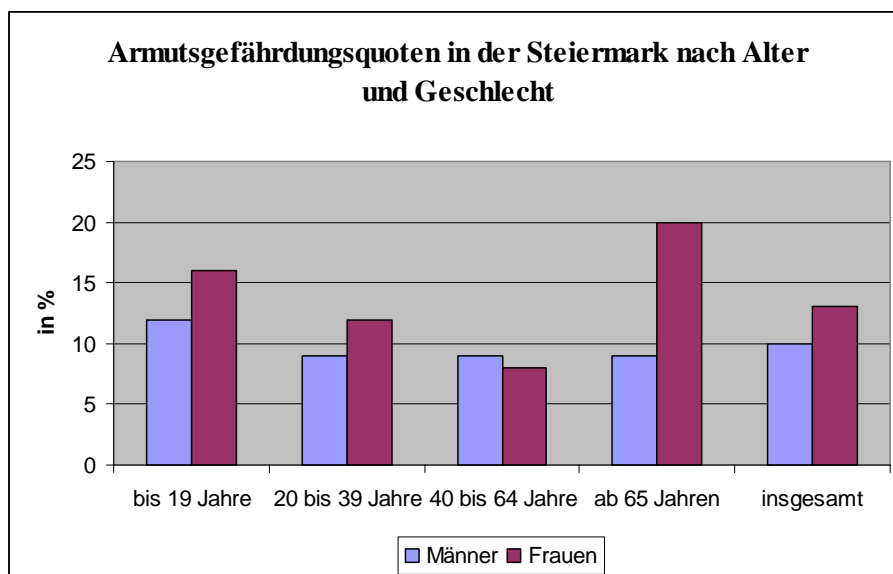
Trotz der vermehrten Erwerbsbeteiligung der Frauen am Arbeitsmarkt sind Frauen nach wie vor stärker von Armut betroffen als Männer. Wesentliche Ursache dafür liegen in den niedrigeren Einkommen von Frauen, so die Armutsforscherin Karin Heitzman von der Wirtschaftsuniversität Wien: „Frauen sind zu einem überproportionalen Ausmaß in so genannten atypischen Beschäftigungsformen und in schlecht entlohnten Branchen tätig; auch für gleiche Arbeit verdienen Frauen oft weniger. Geringe Erwerbseinkommen ziehen geringere Leistungen aus Arbeitslosenversicherung und Pensionsversicherung nach sich.“¹²¹.

4.3.1.1 Armutsgefährdung von Frauen in der Steiermark

Insgesamt sind Frauen in der Steiermark häufiger armutsgefährdet als Männer (siehe Tabelle 6). 13% aller steirischen Frauen (oder 79.000 Frauen) sind armutsgefährdet, während im Vergleich nur 10% aller Männer (57.000) armutsgefährdet sind.

¹²¹ Die Armutskonferenz, 2008

Grafik 36



Quelle: Statistik Austria, 2007

Dieser Unterschied ist in der Altersgruppe der über 65-Jährigen am stärksten. In dieser Alterskategorie sind 20% der Frauen und 9% der Männer armutsgefährdet. Durch die weitaus höhere Zahl an Frauen in diesem Alter wird auch der Gesamtwert stark beeinflusst. Aber auch bei den Jüngsten ist die geschlechtsspezifische Benachteiligung erheblich. 16% der Frauen bis 19 Jahren im Vergleich zu 12% der Männer bis 19 Jahren sind armutsgefährdet. Einzig unter den 40- bis 64-Jährigen ist die Armutsgefährdungsquote der Frauen geringer als die der Männer¹²².

Hierbei sollte jedoch berücksichtigt werden, dass sich das Armutsrisiko aus dem Haushaltseinkommen errechnet und dadurch bei Mehrpersonenhaushalten die Beurteilung der Situation nach Geschlechtern kaum möglich ist.

4.3.1.2 Frauen und Einkommen

Die Betrachtung der Einkommenssituation in der Steiermark zeigt am deutlichsten die benachteiligte Situation von Frauen. Sowohl nach Daten der Sozialversicherung als auch nach Lohnsteuerdaten verdienten Frauen 2006 deutlich weniger als Männer.

Das mittlere Bruttoeinkommen (nach Sozialversicherungsdaten) von Frauen lag bei 1.504 Euro, und stieg damit im Vergleich zu 2005 um +2,4%, während das von Männern 2.373 Euro betrug und um +2,5% anwuchs. Damit verdienten steirische Frauen 2006 um 36,6% weniger als steirische Männer (in Österreich ist dieser Einkommensnachteil mit 32,9%

¹²² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

geringer). In den obersteirischen Industriegebieten lag der Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern erheblich über dem landesweiten Durchschnitt.

Beim **geschlechtsspezifischen Einkommensvergleich** ist zu bedenken, dass Frauen viel häufiger teilzeitbeschäftigt sind als Männer (43% der Frauen und 5% der Männer arbeiten Teilzeit). Die Lohnsteuerdaten erlauben eine diesbezüglich differenzierte Betrachtung: insgesamt verdienen Männer in der Steiermark pro Kopf brutto um 68% mehr als Frauen – in der Vollzeitbeschäftigung sind es 36% und in der Teilzeitbeschäftigung 33%. Knapp die Hälfte der geschlechtsspezifischen Einkommensdifferenz lässt sich also auf die vermehrte Teilzeitarbeit von Frauen zurückführen.

Eine weitere Hauptursache liegt in der besseren Verdienstmöglichkeit im Sekundärsektor im Vergleich zum Dienstleistungssektor begründet. Die Produktion in der Steiermark ist mehrheitlich männlich besetzt und die Dienstleistungen werden hauptsächlich von Frauen erledigt. Ebenso finden sich Hochlohnbranchen eher im sekundären Sektor und Niedriglohnbranchen im Dienstleistungssektor¹²³.

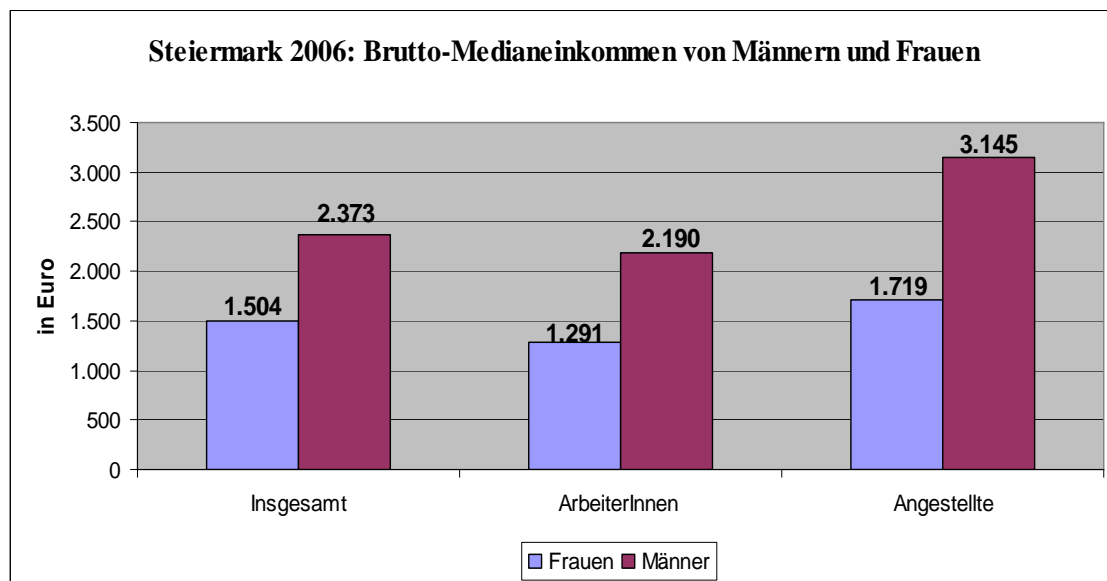
Neben diesen Ursachen für die schlechtere Einkommenssituation von Frauen, lassen sich noch andere strukturelle Gründe nennen: eine teilweise geringere Entlohnung von Frauen in der Privatwirtschaft bei gleichen Voraussetzungen, höhere Anteile von Überstundenleistenden bei Männern¹²⁴, höheres Durchschnittsalter männlicher Angestellter, und eine im Schnitt höhere Qualifikation männlicher Angestellter.

Nähere Informationen zur Einkommenssituation in der Steiermark und im Speziellen von Frauen kann der „Einkommensstatistik 2006“ (Steirische Statistiken, Heft 12/2007) der Landesstatistik Steiermark entnommen werden.

¹²³ vgl. Tafner, 2007, Steirische Statistiken, Heft 12/2007

¹²⁴ In der Privatwirtschaft machen bezahlte Mehr- und Überstunden sowie Zulagen bei Männern knapp 11% des Bruttoeinkommens aus, während diese Quote bei Frauen nur 4% beträgt (vgl. BKA, 2006, S. 5).

Grafik 37



Quelle: Tafner, 2007

Obige Grafik zeigt, dass ArbeiterInnen generell weniger verdienen als Angestellte. Bei beiden Gruppen verdienen Frauen im Durchschnitt deutlich weniger als ihre männlichen Kollegen. Unter den Angestellten ist der geschlechtsspezifische Einkommensunterschied mit über 1.400 Euro größer als unter den ArbeiterInnen mit 900 Euro. Dennoch sind weibliche Arbeiterinnen die am schlechtesten verdienende Gruppe der Erwerbstätigen. Sie kommen auf ein mittleres Bruttogehalt von 1.291 Euro, während weibliche Angestellte im Mittel 1.719 Euro brutto beziehen¹²⁵.

Diese Einkommensunterschiede setzen sich auch im Sozialsystem fort. So betrug im Jahr 2005 die mittlere Pension von Frauen 56% der mittleren Männerpension, was bedeutet, dass die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern in der Pension noch höher sind als im Erwerbsleben¹²⁶. Auch beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe sind Frauen benachteiligt, sodass anteilmäßig weniger arbeitslose Frauen als Männer einen Anspruch auf die Leistungen der Arbeitslosenversicherung haben¹²⁷.

¹²⁵ vgl. Tafner, 2007, S. 24

¹²⁶ Ursachen für den geringeren Pensionsanspruch von Frauen sind geringere Beitragsgrundlagen und Verkürzungen der Beitragsjahre durch Beschäftigungsunterbrechungen infolge der Kindererziehung (vgl. BKA, 2007, S. 44).

¹²⁷ vgl. BKA, 2007, S. 44-48

Wie folgende Tabelle, auf Basis von EU-SILC 2006, zeigt, ist nicht nur das arithmetische Mittel des äquivalisierten Nettohaushaltseinkommen von Frauen geringer als das der Männer, sondern ihr Jahresäquivalenzeinkommen liegt in allen Quartilen unter dem der Männer.

Tabelle 29

Äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen 2005 für Männer und Frauen in der Steiermark nach Altersgruppen					
...Personen verfügen über weniger als ...EUR	Anzahl in 1000	Jahresäquivalenzeinkommen			
		25%	50%	75%	arithm. Mittel
Insgesamt	1.167	13.657	17.549	22.815	19.020
Männer					
Zusammen	572	14.277	17.876	23.355	19.544
bis 19 Jahre	124	13.342	17.129	21.210	17.783
20 bis 39 Jahre	154	14.471	18.451	24.425	20.009
40 bis 64 Jahre	209	15.393	19.011	24.467	20.967
65 Jahre +	84	(12.363)	16.794	(21.167)	17.758
Frauen					
Zusammen	595	13.147	17.051	22.406	18.516
bis 19 Jahre	116	12.658	15.701	20.564	16.853
20 bis 39 Jahre	154	13.761	17.647	22.561	18.612
40 bis 64 Jahre	197	14.646	18.550	24.340	20.608
65 Jahre +	128	11.300	15.919	20.538	16.678

Quelle: Statistik Austria, 2007

Das Median-Jahresäquivalenzeinkommen von Frauen beträgt 17.051 Euro und das von Männern 17.876 Euro. Damit ist das jährliche Medianäquivalenzeinkommen der Frauen nicht nur unter dem Landesdurchschnitt von 17.549 Euro, sondern liegt in jeder Altersgruppe unter dem jeweiligen Bezug der Männer. Am höchsten ist der Unterschied in der Altersgruppe der bis 19-Jährigen, wo Frauen knapp 1.500 Euro weniger im Jahr zur Verfügung haben als ihre männlichen Altersgenossen. Auch das arithmetische Mittel männlicher Jahresäquivalenzeinkommen liegt um mehr als 1.000 Euro über dem der Frauen¹²⁸.

4.3.1.3 Frauen und Konsum

Die Tabellen 8 bis 10 bilden die Konsumsituation der Steirer und Steirerinnen ab. Bei geschlechtsspezifischer Betrachtung zeigt sich, dass Frauen insgesamt alle Konsumgüter mit Ausnahme des Telefons seltener besitzen als Männer. Beispielsweise besitzen 67% der Männer einen PC aber nur 62% der Frauen, und 89% der Männer haben ein Auto aber nur

¹²⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

84% der Frauen. Frauen verfügen zwar öfter über ein Telefon als Männer, jedoch besitzen nur 87% der Frauen im Vergleich zu 93% der Männer ein Handy.

Insgesamt stehen Frauen also seltener im Besitz der genannten Konsumgüter, jedoch ist das Fehlen dieser nicht immer mit finanziellen Problemen erklärbar.

Denn Frauen geben ungefähr gleich oft an wie Männer, sich bestimmte Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können. Deshalb gibt es wohl noch andere Ursachen für das vergleichsweise seltene Vorhandensein von Konsumgütern bei Frauen. Auch hinsichtlich der finanziell bedingten Einschränkung bei Grundbedürfnissen gibt es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede. Wenn es darum geht, sich primäre Lebensbedürfnisse zu leisten, unterscheiden sich Männer und Frauen nur um +/-1%. Einzig Urlaub zu machen können sich 31% der Frauen im Gegensatz zu 27% der Männer nicht leisten¹²⁹.

4.3.1.4 Frauen und Wohnen

Auch im Bereichen Wohnen gibt es nur geringe Unterschiede zwischen Männern und Frauen. Die Rechtsverhältnisse an der Wohnung (siehe Tabelle 11) sind ungefähr gleich verteilt, nur beim Hauseigentum stellen Männer mit 59% einen größeren Anteil als Frauen mit 56%. Wohnprobleme betreffen beide Geschlechter gleichermaßen, sodass auch die jeweiligen Werte ihrer Wohnzufriedenheit dem steirischen Durchschnitt entsprechen. Von dem abgesehen, zeigt sich eine minimale Tendenz, dass Frauen die Wohnkosten insgesamt als etwas stärkere Belastung empfinden als Männer¹³⁰.

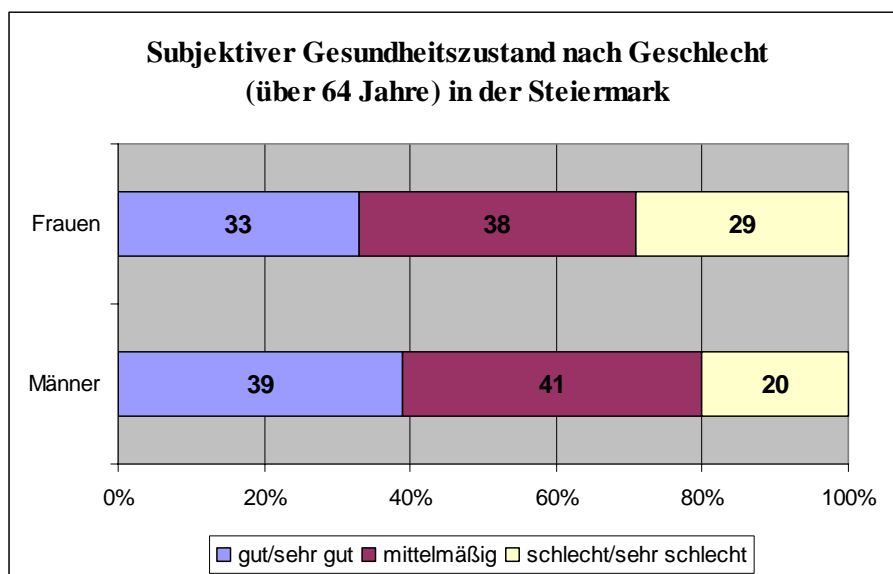
4.3.1.5 Frauen und Gesundheit

Während der subjektive Gesundheitszustand der 16-64-Jährigen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede aufweist, werden solche bei der älteren Bevölkerung deutlich.

¹²⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28, 32 und 34

¹³⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36, 40, 42 und 44

Grafik 38



Quelle: Statistik Austria, 2007

Bei den über 64-Jährigen beschreiben Frauen ihre Gesundheit um einiges schlechter als Männer. So geben 33% der Frauen aber 39% der Männer jener Altersgruppe an, sich gut bis sehr gut zu fühlen, wohingegen 29% der Frauen aber nur 20% der Männer angeben, sich schlecht bis sehr schlecht zu fühlen¹³¹. Dies ist wohl zum Teil auf den hohen Anteil Hochbetagter unter den Frauen zurückzuführen, die eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer haben (lt. Statistik Austria ist die Lebenserwartung von 65-jährigen Frauen 2007 um 3,8 Jahre höher als von 65-jährigen Männern)¹³².

Ebenso leiden Frauen öfter an Gesundheitsbeeinträchtigungen. 9% der Frauen sind in schlechtem Gesundheitszustand, 20% chronisch krank und 10% durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Diese gesundheitlichen Schwierigkeiten treffen nur auf 6% bzw. 17% und 8% der Männer zu. Auffallend ist jedoch, dass im Alter von 40 bis 64 Jahren 6% der Männer aber nur 2% der Frauen eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension beziehen¹³³.

4.3.1.6 Frauen und Lebenszufriedenheit

Die durchschnittliche Lebenszufriedenheit von Männern und Frauen entspricht dem gesamten Durchschnittswert von 5,1, was auf eine hohe Zufriedenheit schließen lässt. Genauer gesagt, gaben 87% der Männer und 84% der Frauen an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein. Beide

¹³¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48 und 51

¹³² vgl. Statistik Austria, 2008 B

¹³³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

Geschlechter haben in der Altersgruppe von 20 bis 39 Jahren die höchsten Zufriedenheitswerte von 5,3. Mit zunehmendem Alter sinkt die Zufriedenheit dann bei Männern wie Frauen ein wenig¹³⁴.

4.3.1.7 Resümee

Für Frauen zeigt sich besonders die Situation am Arbeitsmarkt als schwierig, was sich im speziellen in benachteiligten Beschäftigungsverhältnissen ausdrückt. Damit gehen niedrigere Einkommen und erhöhte Armutsgefährdung einher. Obwohl Frauen seltener im Besitz ausgewählter Konsumgüter sind, geben sie nicht öfter als Männer an, sich diese aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können. Auch in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Lebenszufriedenheit finden sich keine signifikanten geschlechtsspezifischen Unterschiede.

4.3.2 PensionistInnen

PensionistInnen erfahren oftmals eine deutliche Reduktion ihres Einkommens¹³⁵ und sind öfter von Armut gefährdet als erwerbstätige Personen. Oftmals geht eine Minderung des Einkommens mit Deprivationen im Konsumbereich und im Bereich des Wohnens einher. Im folgenden Abschnitt wird die Verteilung von PensionsbezieherInnen und ihre Lebenssituation näher analysiert.

4.3.2.1 PensionistInnen und Pensionsleistungen in Österreich und in der Steiermark

Die **durchschnittliche Alterspension** (aller Pensionsversicherten) beträgt laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger bei einem Gesamtstand¹³⁶ von 1.164.240

¹³⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

¹³⁵ Die Höhe einer Pension wird einerseits durch die Höhe der Bemessungsgrundlage, andererseits durch die Anzahl der im Verlauf des Erwerbslebens erworbenen Versicherungsmonate bestimmt. Eine echte Mindestpension ist in der gesetzlichen Pensionsversicherung nicht vorgesehen. Es ist aber möglich über die Ausgleichszulage eine bedarfsorientierte, vom sonstigen eigenen bzw. Haushaltseinkommen abhängige Mindestpension zu gewähren. (vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 95)

¹³⁶ Der Gesamtstand aller Pensionen aller Versicherungsträger betrug 2,125.404 Pensionen (das sind um 30.329 bzw. 1,4% mehr als im Jahr davor), die im Dezember 2007 ausbezahlt wurden. Davon entfielen 1.302.395, also fast zwei Drittel, auf Frauen. Der Pensionsstand darf nicht gleichgesetzt werden mit der Zahl der Pensionisten, da das geltende Pensionsversicherungsrecht die Kumulierung mehrerer Pensionen gestattet. Zum Stichtag 1. Juli 2007 standen einem Pensionsstand von 2,125.968 eine Anzahl von 1,891.094 Pensionsbezieher gegenüber. 2007 wurden in der Pensionsversicherung der Unselbständigen 1,779.009 Pensionen und in der Pensionsversicherung der Selbständigen 346.395 Pensionen ausbezahlt. (vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 79-81)

ausbezahlten Alterspensionen im Dezember 2007¹³⁷, einschließlich Teilzahlungen, **1.333 Euro für Männer und 790 Euro für Frauen**. Aufgrund niedrigerer Aktiveinkommen und Lücken im Versicherungsverlauf, insbesondere durch die Erziehung von Kindern, liegen die Durchschnittspensionen von Frauen bei allen Pensionsversicherungsträgern wesentlich unter jenen der Männer.

Ein Vergleich nach Pensionsversicherungsträger zeigt, dass Bauern (689 Euro im Durchschnitt von Männern und Frauen) und Arbeiter (755 Euro im Durchschnitt von Männern und Frauen) die niedrigsten durchschnittlichen Pensionen beziehen. Die unterschiedlichen Pensionshöhen bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern spiegeln ziemlich genau die Verschiedenheit der durchschnittlichen Beitragsgrundlagen der, bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern versicherten Personen, wider¹³⁸.

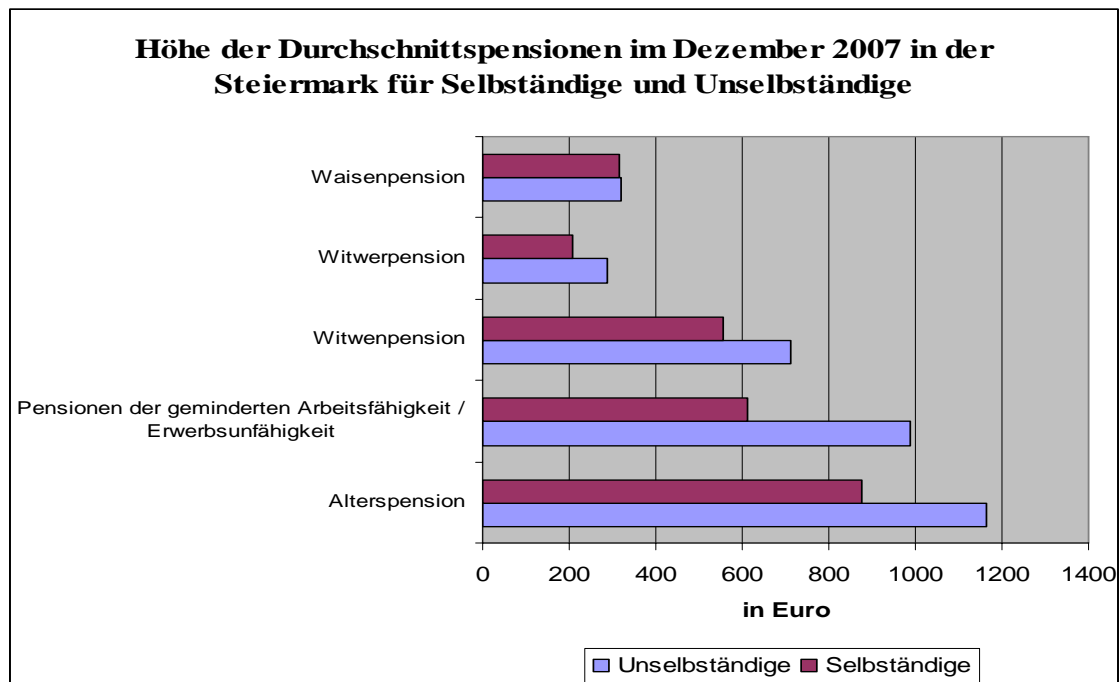
Im Dezember 2007 betrug der gesamte Pensionsstand in der Steiermark 283.369 Pensionen (das sind 3.728 Pensionen mehr als 2006) und machte damit 13,3% das gesamtösterreichischen Pensionsstandes aus. Die Verteilung der Durchschnittspensionen über Selbständigen und Unselbständigen zeigt die nächste Grafik¹³⁹.

¹³⁷ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 81

¹³⁸ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 95-97

¹³⁹ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 89 u. 99

Grafik 39



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008

Unselbständige erhielten in der Steiermark im Dezember 2007 durchschnittlich 1.164 Euro an Alterspension, 987 Euro an Pension für geminderte Arbeitsfähigkeit, 710 Euro Witwen- und 289 Euro Witwerspension sowie 321 Euro Waisenpension. Selbständige im Vergleich erhielten eine durchschnittliche Alterspension in Höhe von 877 Euro, eine Erwerbsunfähigkeitspension in Höhe von 610 Euro, 555 Euro bzw. 207 Euro an Witwen bzw. Witwerspension sowie 316 Euro Waisenpension. Dies zeigt, dass Pensionsleistungen für Unselbständige deutlich höher sind als jene für Selbständige (den geringsten Unterschied gibt es bei Waisenpensionen). Eine mögliche Erklärung wäre, dass in diese Kategorie viele Landwirte mit sehr niedrigen Leistungen fallen.

Verglichen mit den Pensionsleistungen in Gesamtösterreich liegen die steirischen Unselbständigen im Durchschnitt. Deutlich geringer als der Bundesschnitt fallen jedoch die Pensionsleistungen für steirische Selbstständige aus (bei der Alterspension beziehen sie um über 100 Euro weniger). Wahrscheinlich auch eine Folge des hohen Anteils der Landwirte in unserem Bundesland.

Besondere Bedeutung gewinnen diese Daten zu durchschnittlichen Pensionsleistungen, wenn man bedenkt, dass die monatliche Armutgefährdungsschwelle bei 892 Euro liegt. Dies zeigt, dass viele PensionistInnen weniger als diesen Schwellenwert im Monat beziehen.

Erreicht die Pension zuzüglich dem sonstigen Nettoeinkommen und den Unterhaltsansprüchen einen bestimmten Richtsatz nicht, steht dem/r Pensionsberechtigten, solange er/sie sich im Inland aufhält, die Differenz als **Ausgleichszulage** zu. Grundsätzlich sind sämtliche Einkünfte des/r Pensionisten/in bzw. des/r Ehepartner(s)/in anzurechnen. Einzelne Arten von Einkünften, wie Wohnbeihilfen, Pflegegeld, Kinderzuschüsse und Leistungen nach dem Familienlastenausgleichsgesetz, sind jedoch ausdrücklich von der Anrechnung ausgenommen¹⁴⁰. Die Richtsätze für Ausgleichszulagen 2007 sind wie folgt:

- 747,00 Euro für alleinstehende PensionistInnen
- 1.120,00 Euro für PensionistInnen, die mit der/dem Ehegatten(in) im selben Haushalt leben
- 78,29 Euro Erhöhung für jedes Kind, dessen Nettoeinkommen nicht 274,76 Euro erreicht.¹⁴¹

Es ist offensichtlich, dass auch diese Einkommensgrenzen (Richtsätze) unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen.

2007 betrug der Anteil der Ausgleichszulagen am Pensionsstand 17,7% (dies ist die zweit höchste Quote nach Kärnten). Anders gesagt hat beinahe jeder 6. Pensionist eine Ausgleichszulage erhalten¹⁴².

Die hochgerechneten Daten der Erhebung EU-SILC 2006 kommen zu dem Ergebnis, dass in der Steiermark 258.000 Menschen leben, deren Haupttätigkeit nach eigener Einschätzung die Pension ist, 234.000 Menschen in Haushalten mit Pension (Einkommen besteht zu mindestens 50% aus Pensionen) leben, und dass die Haupteinkommensquelle von 243.000 Menschen Pensionen sind¹⁴³.

Die Ausführungen zur Armutssituation steirischer PensionistInnen beziehen sich auf diese Daten von EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark.

4.3.2.2 PensionistInnen und Einkommen

Altersarmut tritt vor allem dann ein, wenn man schon im Erwerbsleben benachteiligt war. Kurze Vollbeschäftigungszeiten und Unterbrechungen der Erwerbstätigkeit führen bei der Pensionsversicherung zu kurzen Beitragszeiten und damit geringerer Pensionshöhe. Auch Personen mit niedrigem Gehalt und geschiedene Personen, die nicht berufstätig waren

¹⁴⁰ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 100

¹⁴¹ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 172

¹⁴² vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 102

¹⁴³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19 u. 21

(Hausfrauen), sind besonders von Armut betroffen. Hier ist ebenfalls zu bedenken, dass sich viele ältere Frauen nicht als PensionistInnen, sondern als Hausfrauen bezeichnen. Besonders in ländlichen Gebieten gibt es auffallend viele Hausfrauen und vergleichsweise wenige PensionistInnen.¹⁴⁴

Die Einkommensdaten von EU-SILC 2006 (siehe Tabelle 4) ergeben, dass dem schwächsten Einkommensviertel der Personen in Haushalten mit Pension (in der Folge kurz PensionistInnen genannt) maximal ein äquivalisiertes Nettohaushaltseinkommen von 11.788 Euro pro Jahr zur Verfügung stehen. Dies ist nur geringfügig mehr als die Armutsschwelle von 10.711 Euro. Alleinstehende PensionistInnen befinden sich in besonders prekärer Lage, da sie weniger als 9.965 Euro jährlich beziehen und damit höchst armutsgefährdet sind. Im Vergleich dazu bezieht das schwächste Einkommensquartil der Personen ohne Pension bis zu 14.333 Euro jährlich. Die Hälfte der PensionistInnen verfügt über bis zu 15.855 Euro im Jahr und das oberste Viertel über zumindest 20.479 Euro. Auch in diesen Einkommensgruppen sind alleinstehende Pensionsempfänger stark benachteiligt. Ihr Jahresäquivalenzeinkommen ist um 1.500 bzw. 800 Euro geringer als jenes von Personen in Mehrpersonenhaushalten¹⁴⁵.

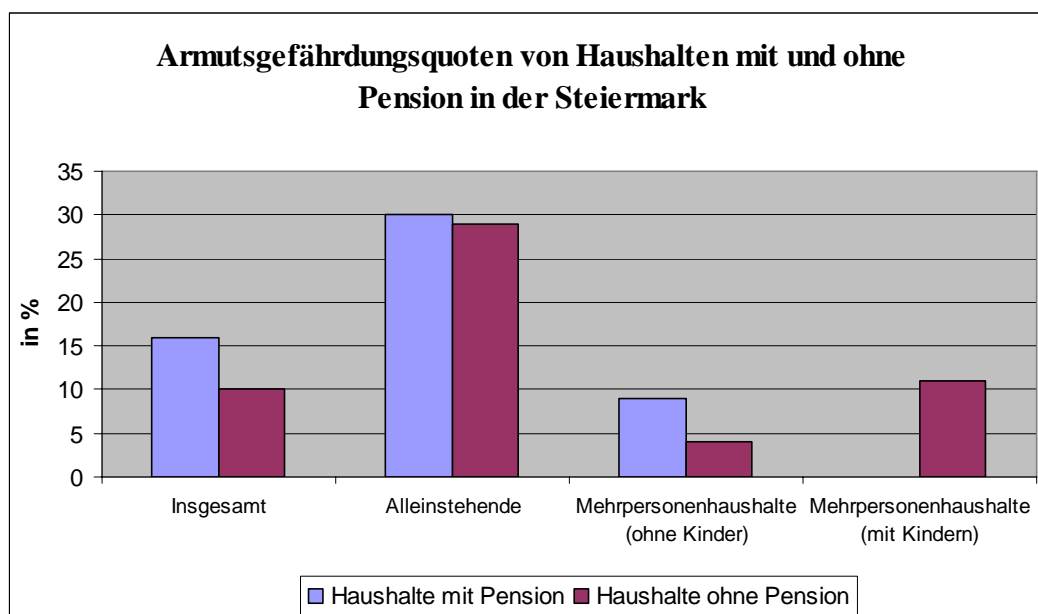
4.3.2.3 PensionistInnen und Armutsgefährdung

Die Armutsgefährdungsquote (siehe Tabelle 6) von PensionistInnen liegt bei 16% und damit vier Prozentpunkte über dem steirischen Schnitt. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass 38.000 Personen in Haushalten mit Pension armutsgefährdet sind. Entsprechend den oben geschilderten Einkommensverhältnissen sind vor allem Alleinstehende betroffen, deren Armutsrisiko bei 30% liegt. Damit sind 24.000 der armutsgefährdeten PensionistInnen alleinstehende Menschen.

¹⁴⁴ vgl. Korso SozialForum, April/Mai 2005

¹⁴⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

Grafik 40



Quelle: Statistik Austria, 2007

Personen in Haushalten mit Pension sind überdurchschnittlich oft von Armutsgefährdung betroffen. Jede(r) sechste Pensionist(in) ist armutsgefährdet im Vergleich zu jeder zehnten Person in Haushalten ohne Pension. Alleinstehende PensionistInnen haben wie bereits festgestellt das dreifache Armutsrisiko im Vergleich zu PensionistInnen in Mehrpersonenhaushalten. Diese weisen eine Armutsgefährdungsquote von 9% auf - im Vergleich zu Mehrpersonenhaushalten ohne Pension, liegt diese Quote im Mittelfeld, denn ohne Kinder beträgt die Armutsgefährdungsquote dieser nur 4%, mit Kindern jedoch 11%¹⁴⁶.

4.3.2.4 PensionistInnen und Konsum

Beim Vergleich des Konsumgüterbesitzes zwischen Personen in Haushalten mit und ohne Pension gilt es besonders vorsichtig zu sein, da das Fehlen bestimmter Konsumgüter noch nicht auf finanzielle Einschränkungen schließen lässt, sondern dafür auch andere Gründe verantwortlich sein können.

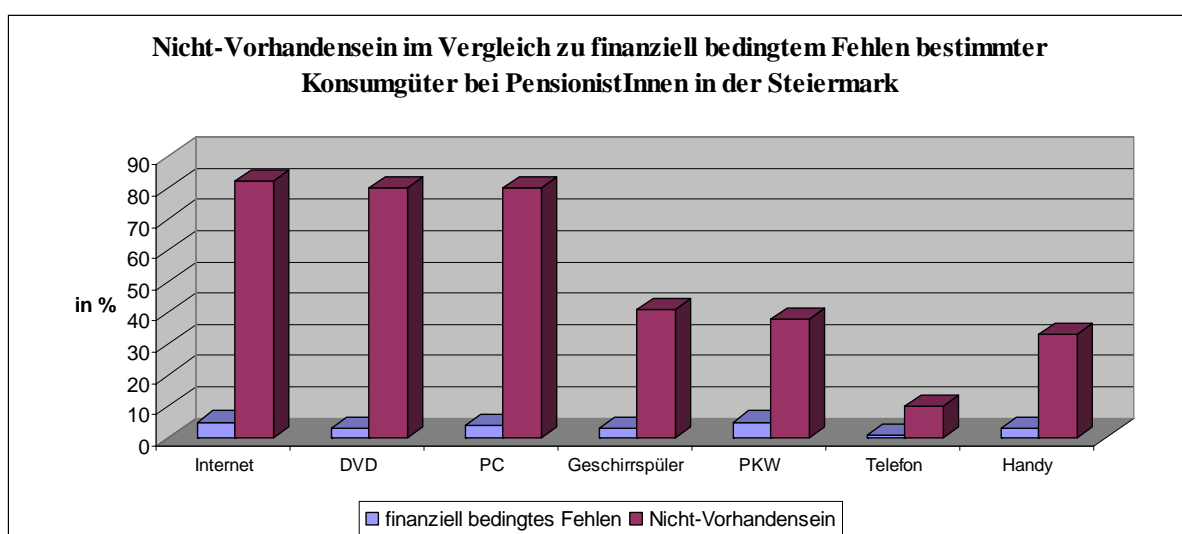
Alleine nach dem Vorhandensein von bestimmten Konsumgütern in Haushalten mit Pension gefragt, gaben 18% der PensionistInnen an einen Internetzugang zu haben, 20% DVDs, 20% einen PC, 59% einen Geschirrspüler, 62% einen PKW, 90% ein Festnetztelefon und 67% ein

¹⁴⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

Handy. Dies sind deutlich geringere Anteile als bei Haushalten ohne Pension¹⁴⁷, jedoch besagen sie noch nichts über finanzielle Einschränkungen.

Tabelle 9 bildet das Fehlen von Konsumgütern aus finanziellen Gründen ab und zeigt, dass nur äußerst geringe Anteile von PensionistInnenangaben, sich bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Probleme nicht leisten zu können. Das fehlende Vorhandensein dieser Konsumgüter ist also auf andere Gründe zurückzuführen. Die nächste Grafik soll den Unterschied zwischen Nicht-Vorhandensein per se und finanziell bedingtem Fehlen von Konsumgütern aufzeigen.

Grafik 41



Quelle: Statistik Austria, 2007

Beispielsweise besitzen 82% der PensionistInnen keinen Internetzugang, aber nur bei 5% ist dies aufgrund fehlender finanzieller Mittel der Fall. Ähnlich ist die Situation bei DVDs und PC. Auch haben 41% keinen Geschirrspüler, doch nur 3% geben an sich keinen leisten zu können.

Festzuhalten ist jedoch, dass alleinstehende PensionistInnen häufigerangaben, sich bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen nicht leisten zu können als PensionistInnen in Mehrpersonenhaushalten¹⁴⁸.

Die finanziell bedingte Einschränkung bei der Befriedigung von primären Grundbedürfnissen ist zwischen Haushalten mit und ohne Pension sehr ähnlich. In geringem Maße sind PensionistInnen jedoch stärker eingeschränkt und geben daher zu geringfügig größeren

¹⁴⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28

¹⁴⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32

Anteilen an, sich bestimmte Grundbedürfnisse nicht erfüllen zu können. Die nächste Tabelle zeigt dies im Detail.

Tabelle 30

Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark													
... % können sich nicht leisten	Gesamt (=100%) in 1.000	Urlaub zu machen		unerwartete Ausgaben zu tätigen		jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen		neue Kleider zu kaufen		Ist mit Zahlungen im Rückstand		die Wohnung angemessen warm zu halten	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	336	29	306	26	122	10	43	4	21	2	12	1
Haushalte mit Pension													
Zusammen	234	78	33	76	33	29	12	16	7	(4)	(2)	(2)	(1)
Alleinstehend	80	33	41	33	41	(11)	(13)	(7)	(8)	(1)	(1)	(2)	(2)
Mehrpersonenhaushalte	153	45	29	43	28	18	12	(10)	(6)	(3)	(2)	(0)	(0)
Haushalte ohne Pension													
Zusammen	933	259	28	230	25	94	10	27	3	16	2	10	1
Alleinstehend	83	25	30	38	46	(12)	(14)	(8)	(10)	(2)	(3)	(3)	(4)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	70	26	51	19	30	11	(7)	(2)	(1)	(0)	(4)	(1)
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	164	28	141	24	51	9	12	2	13	2	(3)	(1)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Ein Drittel der Haushalte mit Pension können sich weder leisten „auf Urlaub zu fahren“, noch „unerwartete Ausgaben zu tätigen“. Dies trifft im Vergleich auf ein gutes Viertel der Haushalte ohne Pension zu. Weiters können sich 12% der PensionistInnen nicht leisten „jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch“ zu essen, 7% können sich keine „neuen Kleider kaufen“ und 2% sind „mit Zahlungen im Rückstand“. Ein starker Unterschied zeigt sich wieder zwischen alleinstehenden PensionistInnen und solchen aus Mehrpersonenhaushalten. Erstere sind finanziell deutlich stärker eingeschränkt und können sich daher viel öfter die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse nicht leisten. So können sich von den Alleinstehenden 41% weder Urlaub noch die Tätigkeit unerwarteter Ausgaben leisten (um 12% bzw. 13% mehr als PensionistInnen aus Mehrpersonenhaushalten)¹⁴⁹.

4.3.2.5 PensionistInnen und Wohnen

Hinsichtlich des **Rechtsverhältnisses** an der Wohnung zeigen sich Unterschiede zwischen Haushalten mit und ohne Pension. Haushalte mit Pension besitzen seltener ein Haus (49%) aber marginal öfter eine Wohnung (12%). 12% der PensionistInnen leben in

¹⁴⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 34

Genossenschaftswohnungen dafür nur 7% in sonstigen Mietwohnungen. Überdurchschnittlich oft finden sich Haushalte mit Pension in mietfreien Wohnverhältnissen (15%). Vor allem alleinstehende PensionistInnen wohnen zu 26% mietfrei und zu 16% in Genossenschaftswohnungen¹⁵⁰.

Bezüglich diverser **Wohnprobleme** sind die Anteile der betroffenen Haushalte mit und ohne Pension meist gleich groß oder variieren maximal um einen Prozentpunkt. Auch die durchschnittliche Wohnzufriedenheit von PensionistInnen und Personen ohne Pension unterscheidet sich nur um einen Prozentpunkt. Zwar empfinden Haushalte mit Pension die **Wohnkosten** als geringere Belastung (sie gaben öfter an, keine Belastung zu empfinden und seltener eine starke Belastung wahrzunehmen) als Haushalte ohne Pension, doch hat ein größerer Anteil von ihnen (17%) Wohnkosten, die mehr als ein Viertel ihres Äquivalenzeinkommens ausmachen. Dies trifft nur auf 13% der Haushalte ohne Pension zu. Deutliche Unterschiede gibt es wieder zwischen Alleinstehenden und Mehrpersonenhaushalten. Für 35% der alleinstehenden PensionistInnen übersteigt der Wohnkostenanteil ein Viertel ihres Äquivalenzeinkommens, während dies nur bei 8% der Mehrpersonenhaushalte mit Pension zutrifft¹⁵¹.

4.3.2.6 PensionistInnen und Gesundheit

Es ist schwierig, den Gesundheitszustand und die Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe dazu auch Grafik 18 und Tabelle 19) zwischen Personen in Haushalten mit und ohne Pension zu vergleichen, da aufgrund des höheren Alters bei PensionistInnen natürlich von einem schlechteren Gesundheitszustand ausgegangen werden muss.

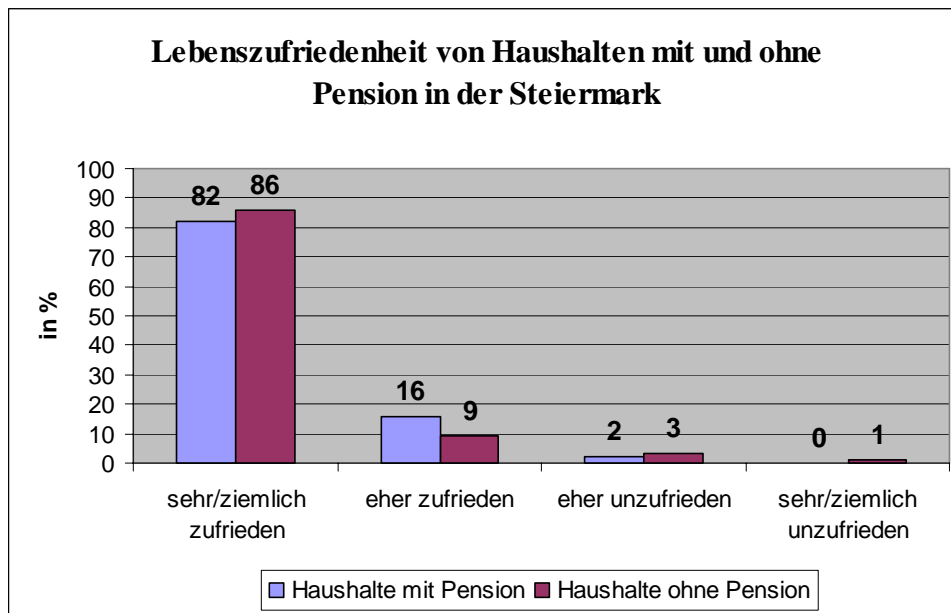
4.3.2.7 PensionistInnen und Lebenszufriedenheit

Vergleicht man die allgemeine Lebenszufriedenheit von Personen in Haushalten mit Pension und Personen in Haushalten ohne Pension, so zeigen sich kleine Unterschiede in der subjektiven Beurteilung.

¹⁵⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36

¹⁵¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 40, 42 u. 44

Grafik 42



Quelle: Statistik Austria, 2007

Die Grafik zeigt, dass weit mehr als vier Fünftel der Personen in Haushalten sowohl mit als auch ohne Pension sehr bis ziemlich zufrieden mit ihrem Leben sind. Haushalten ohne Pension geht es ein klein wenig besser, da ein größerer Anteil von PensionistInnen nicht ganz, sondern nur eher zufrieden ist. Dafür ist nur ein sehr kleiner Anteil von 2% der PensionistInnen eher unzufrieden, hingegen sind 4% der Haushalte ohne Pension eher bis sehr unzufrieden¹⁵².

4.3.2.8 Resümee

Obwohl PensionistInnen sowohl beim Einkommen benachteiligt sind als auch von höherem Armutsrisiko betroffen sind, scheinen sie dies nicht als Belastung oder Benachteiligung zu erfahren. Wie die Daten zeigen, beklagten sie weder im Bereich des Konsums noch des Wohnens finanziell eingeschränkt zu sein oder die Wohnkosten als (starke) Belastung zu empfinden. Weiters ist die Lebenszufriedenheit von Personen in Haushalten mit Pension nicht signifikant verschieden von der von Personen in Haushalten ohne Pension.

¹⁵² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

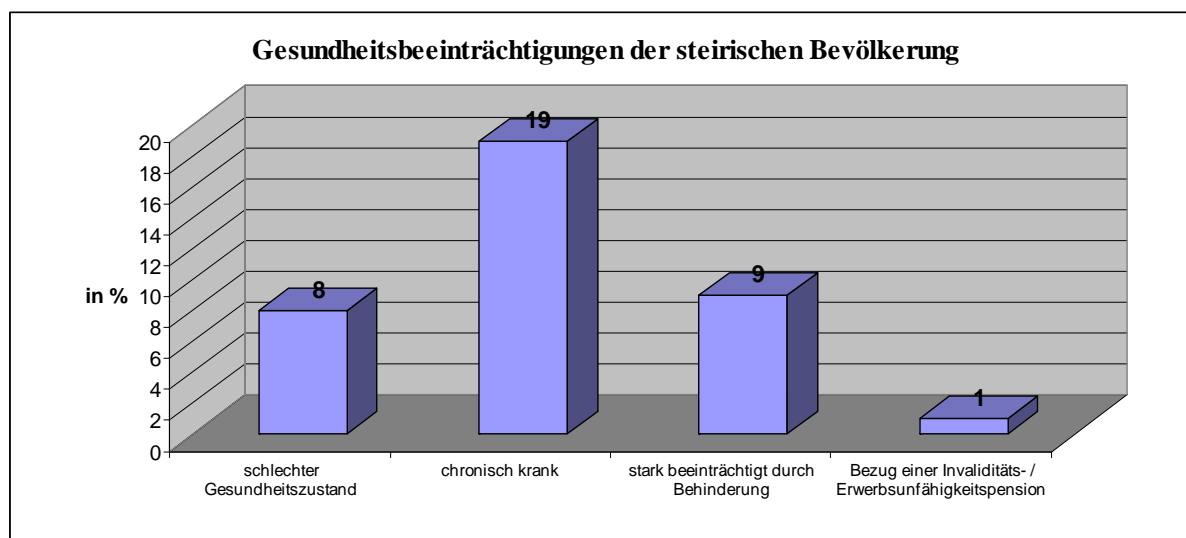
4.3.3 Menschen mit Behinderung

Die Analyse der Armutssituation von Menschen mit Behinderung in der Steiermark gestaltet sich schwierig, da eine einheitliche Definition von Behinderung nicht gegeben ist. Deshalb muss bei der Interpretation von Daten dieser Bevölkerungsgruppe immer darauf geachtet werden, welche Definition von Behinderung diesen zugrunde liegen.

4.3.3.1 Situation in der Steiermark und in Österreich

Laut Mikrozensus 1995 waren in der Steiermark sowie in Österreich insgesamt etwa 30% der Bevölkerung körperlich beeinträchtigt. Das ergibt eine Zahl von rund 360.000 Steirern. Der Anteil körperlich beeinträchtigter Personen war in Oberösterreich und in Wien etwas höher, in Vorarlberg hingegen deutlich niedriger.¹⁵³ Auch in EU-SILC 2006 wurde nach der subjektiven Einschätzung hinsichtlich Gesundheitsbeeinträchtigungen gefragt (siehe Tabelle 19). Folgende Grafik bildet die diesbezügliche Situation der SteirerInnen ab.

Grafik 43



Quelle: Statistik Austria, 2007

2006 befanden sich 92.000 oder 8% der SteirerInnen nach persönlicher Einschätzung in sehr schlechtem Gesundheitszustand. 19% oder 221.000 Steirer und Steirerinnen waren chronisch krank. 9% der steirischen Bevölkerung waren durch eine Behinderung stark beeinträchtigt und 1% bezog eine Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspension¹⁵⁴.

¹⁵³ vgl. Österreichisches Statistisches Zentralamt, 1998, S. 39 und Steirische Statistiken, Heft 12/2000

¹⁵⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

Es sei darauf verwiesen, dass diese Ergebnisse auf Stichprobenerhebungen beruhen und daher kein detailliertes Bild von Behinderung in der Steiermark abbilden können.

Die Datenlage über psychische und geistige Behinderungen ist noch spärlicher als jene für Personen mit körperlicher Behinderung. Schätzungen zufolge sind in Österreich 1% der Bevölkerung – ungefähr 80.000 Personen - psychisch beeinträchtigt und 0,6% (ungefähr 48.000 Menschen) geistig behindert¹⁵⁵.

4.3.3.2 Wirtschaftliche Lage behinderter Personen in der Steiermark und in Österreich

Behinderte Menschen sind eine sehr heterogene Gruppe. So gehören dieser Gruppe sowohl Kinder als auch alte Menschen, aber auch leicht-, schwer und mehrfach Behinderte an. Weil verschiedene Definitionen von Behinderung zu verschiedenen Ergebnissen führen, muss auch bei der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage von behinderten Menschen auf die Definition von Behinderung Rücksicht genommen werden.

Behinderte Menschen sind öfter **Arbeitslosengeld- bzw. Notstandshilfebezieher**¹⁵⁶ als Nicht-Behinderte. Laut Bundesministerium waren 2001 (leider sind keine neueren Informationen verfügbar) in Österreich ungefähr 16% oder 30.403 Personen der Arbeitslosengeld- bzw. der Notstandshilfe-Bezieher Menschen mit Behinderung. Auffällig ist auch, dass innerhalb der behinderten Bezieher von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe der Anteil der Notstandshilfebezieher deutlich höher ist als bei den nicht-behinderten Leistungsbeziehern. So beziehen 68% der behinderten, jedoch nur 32% der nicht-behinderten Leistungsbezieher Notstandshilfe. Dieses Faktum könnte auf eine größere Zahl an Langzeitarbeitslosen bzw. auf eine schlechtere finanzielle Situation von Behinderten hindeuten. Des Weiteren beziehen Behinderte im Durchschnitt längere und auch niedrigere Leistungen als Nicht-Behinderte. Laut Bundesministerium bezogen Behinderte im Jahr 2001 durchschnittlich 152 Tage lang Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe. Das waren 61 Tage mehr als nicht-behinderte arbeitslose Menschen. Arbeitslosengeld und Notstandshilfe für

¹⁵⁵ vgl. BMSG, 2003, S. 11

¹⁵⁶ Das AMS definiert Arbeitslosenbezieher und Notstandshilfebezieher folgendermaßen: „Arbeitslosengeld können Personen beziehen, die die Voraussetzungen der Arbeitsfähigkeit, Arbeitswilligkeit sowie Arbeitslosigkeit erfüllen und der Arbeitsvermittlung zur Verfügung stehen (statistische Erfassung als „arbeitslos“). Notstandshilfe kann nach Ende eines Bezuges von Arbeitslosengeld oder Karenzgeld beantragt werden. Die Notstandshilfe beruht nicht ausschließlich auf dem Versicherungsprinzip (statistische Erfassung als „arbeitslos“.“ (AMS, 4. Quartalsbericht/2005, S. 2)

behinderte Menschen betragen im Jahr 2001 monatlich 568,8 Euro, während diese für nicht-behinderte Personen durchschnittlich 647,8 Euro betragen.¹⁵⁷

Um die Arbeitsmarktsituation behinderter Menschen zusammenzufassen kann gesagt werden, dass diese Bevölkerungsgruppe häufiger und länger von Arbeitslosigkeit betroffen ist und ihr Bezug von Arbeitslosengeld bzw. Notstandshilfe geringer ist. Geschlechtsspezifische Unterschiede sind auch innerhalb der behinderten Bevölkerungsgruppe stark ausgeprägt. So beziehen behinderte Frauen häufig niedrigeres Arbeitslosengeld und Notstandshilfe als Männer. Ältere Frauen sind besonders stark benachteiligt. Frauen sind auch (aufgrund der höheren Lebenserwartung) öfter beeinträchtigt als Männer.¹⁵⁸

Seit 1. Juli 1993 gibt es mit dem Bundespflegegesetz eine bundesweite Neuregelung der Pflegevorsorge. Das **Pflegegeld** wird dabei unabhängig von der Ursache der Pflegebedürftigkeit gewährt und hat den Zweck, in pauschalierter Form den pflegebedingten Mehraufwand abzudecken. Das Pflegegeld gebührt ab Geburt, wenn die Pflegebedürftigkeit voraussichtlich mindestens sechs Monate andauern wird.

Je nach Grad der Pflegebedürftigkeit wird im Jahr 2008 ein Pflegegeld von monatlich 148,30 Euro bis 1.562,10 Euro (in 7 Stufen) zwölf Mal jährlich ausbezahlt. Im Dezember 2007 bezogen ca. 305.000 Personen ein Pflegegeld (österreichweit). Die Anzahl der Pflegegeldbezieher war damit um rund 9.000 höher als im Dezember 2006. Davon waren 22,4% (rund 68.000) der ersten Stufe, 34,1% (rund 104.000) der zweiten Stufe und die restlichen 43,5% (133.000) einer höheren Stufe zugeordnet¹⁵⁹. In Österreich gibt es neben dem Bundespflegegeld auch das **Landespflegegeld**. Im Jahr 2006 erhielten in der Steiermark 10.268 und österreichweit 60.971 Personen das Pflegegeld des Landes.¹⁶⁰

Im Dezember 2007 betrug die Zahl der **Pensionen aus dem Versicherungsfall der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit** 440.780 in Gesamtösterreich. Davon entfielen rund 197.000 Pensionen auf Personen, die das gesetzliche Anfallsalter für die Alterspension (65 bzw. 60 Jahre) noch nicht erreicht hatten. Bei einem Pensionsstand von insgesamt 2.125.404 machen diese somit einen Anteil von rund 21% aus. In der Steiermark waren von rund 283.369 ausbezahlten Pensionen 77.329 (rund 27%) Pensionen der geminderten Arbeitsfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit¹⁶¹.

¹⁵⁷ vgl. BMSG, 2003, S. 14

¹⁵⁸ vgl. ebd. S. 14

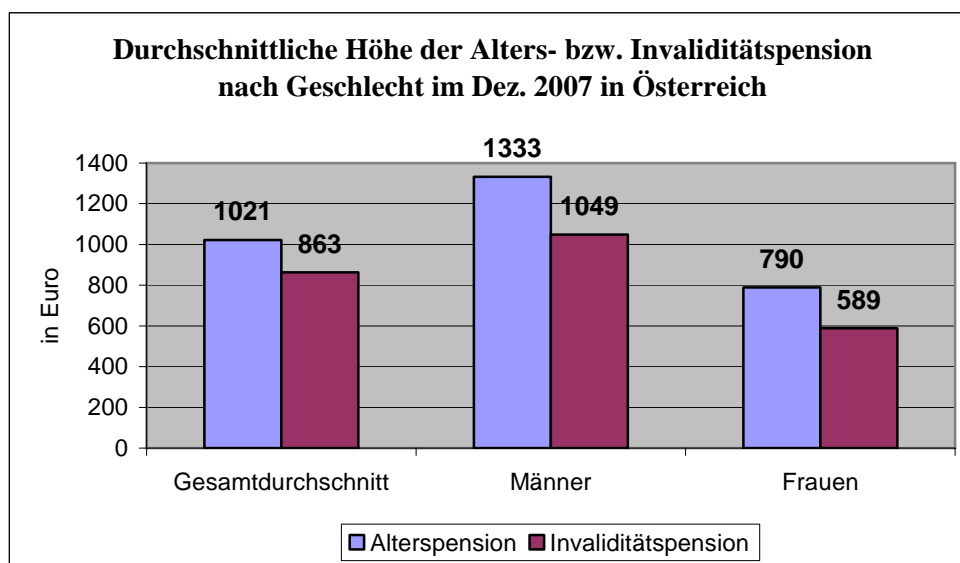
¹⁵⁹ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 128-131

¹⁶⁰ vgl. Statistik Austria, 2008 D

¹⁶¹ vgl. Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008, S. 83-90

Die **Invaliditäts- (oder Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeits-) pension** ist deutlich niedriger als die Alterspension. Bei diesen Pensionen ist die bis zum Eintritt des Versicherungsfalles erworbenen Anzahl der Versicherungsmonate naturgemäß geringer als bei Alterspensionen. Einen genaueren Vergleich zeigt die folgende Grafik:

Grafik 44



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, 2008

In Österreich betrug die durchschnittliche Höhe der Invaliditäts-, Berufs- bzw. Erwerbsunfähigkeitspension im Dezember 2007 863 Euro - für Männer im Durchschnitt 1.049 Euro und für Frauen 589 Euro. Die Alterspension hingegen betrug im gleichen Betrachtungszeitraum durchschnittlich 1.021 Euro bzw. 1.333 Euro für Männer und 790 Euro für Frauen. Die durchschnittliche Invaliditätspension ist damit um fast 200 Euro monatlich niedriger als die durchschnittliche Alterspension.¹⁶²

4.3.3.3 Resümee

Es ist klar ersichtlich, dass behinderte Menschen niedrigere Leistungen beziehen, die teilweise deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle liegen. Besonders stark von Armut gefährdet sind Menschen mit Behinderung, wenn diese zu gänzlicher oder teilweiser Erwerbsunfähigkeit führt. Behinderung resultiert oftmals auch in Einschränkungen am

¹⁶² vgl. ebd. S. 96-98

Arbeitsmarkt für Angehörige, wenn diese Betreuungspflichten wahrnehmen. Zusätzlich erhöhen geringere berufliche Qualifikationen das Armutsrisiko dieser Bevölkerungsgruppe.¹⁶³

Dieser Abschnitt kann zwar nicht das ganze Ausmaß der Situation behinderter Menschen in der Steiermark widerspiegeln, jedoch trägt er dazu bei, mit den wenigen verfügbaren und teilweise leider bereits recht veralteten Daten einen Überblick über die Lage behinderter Menschen in Österreich und speziell in der Steiermark zu gewinnen.

4.3.4 MigrantInnen

Ausländer machen einen immer größer werdenden Teil der steirischen Bevölkerung aus. Aufgrund oftmals niedrigen Ausbildungsniveaus, Sprachproblemen und Nicht-Anerkennung ausländischer Qualifikationsnachweise stehen dieser Bevölkerungsgruppe oft nur schlecht bezahlte und unsichere Arbeitsplätze zur Verfügung. Aus diesen Gründen und auch aufgrund von Diskriminierung sind AusländerInnen von erhöhtem Armutsgefährdungsrisiko betroffen¹⁶⁴.

4.3.4.1 MigrantInnen¹⁶⁵ in Österreich und der Steiermark

Zum 1.1.2007 betrug die Zahl der **ausländischen Staatsbürger in der Steiermark 70.252**. Der Zuwachs im Jahr 2006 betrug +1.966 bzw. 2,9%. Dieser Zuwachs an Ausländern ist durch Zuwanderung und mehr Geburten entstanden. Der Ausländeranteil an der gesamten Wohnbevölkerung beträgt nun 5,8 %, und ist nach dem Burgenland weiterhin der schwächste in ganz Österreich.

Differenziert man die ausländische Wohnbevölkerung nach Staatsbürgerschaft, so zeigt sich, dass der größte Anteil, nämlich 43.453, aus Nicht-EU-Staaten kommt. Im Vergleich dazu stammen 26.799 in der Steiermark lebende Ausländer aus EU-Staaten – das ist ein Anteil von 38,1% an der ausländischen Wohnbevölkerung. Weitere 35% stammen aus den Staaten des

¹⁶³ vgl. ebd. S. 15-16

¹⁶⁴ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 128

¹⁶⁵ EU-SILC 2006 differenziert mehrere Gruppen hinsichtlich ihrer aktuellen und vormaligen Staatsbürgerschaft. Österreicher sind alle Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, wobei Eingebürgerte (Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die vormals keine EU25- oder EFTA-Staatsbürgerschaft hatten) gesondert ausgewiesen sind. Nicht-Österreicher haben keine österreichische Staatsbürgerschaft und werden in EU- oder EFTA-Bürger sowie AusländerInnen (Personen, die eine Nicht-EU- /EFTA-Staatsbürgerschaft haben) unterteilt (vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 98).

ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien), 14,4% kommen aus Deutschland und 7% aus der Türkei¹⁶⁶.

Der EU-SILC 2006 Sonderauswertung Steiermark zufolge leben laut Hochrechnungen 1.167.000 Personen in der Steiermark. Davon sind 1.099.000 Österreicher und 68.000 Nicht-Österreicher (5,8%). 24.000 der Österreicher sind aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat eingebürgert worden und von den Nicht-Österreichern haben 50.000 die Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU/EFTA-Staates (4% der steirischen Bevölkerung)¹⁶⁷.

Österreichweit sind 817.000 von 8.182.000 Einwohnern Nicht-Österreicher (9,9%). 285.000 Personen wurden aus einem EU-/EFTA-Staat eingebürgert und 210.000 haben eine EU-/EFTA-Staatsbürgerschaft. 608.000 Personen sind Nicht-Österreicher, deren Staatsangehörigkeit außerhalb der EU-/EFTA-Region liegt (7,4% der österreichischen Bevölkerung)¹⁶⁸.

Damit ist der Anteil der Nicht-Österreicher an der Bevölkerung in der Steiermark um 4,1 Prozentpunkte geringer als in Österreich, wodurch auch die Quote der steirischen Bewohner mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft unter der Gesamtösterreichs liegt.

Nähere Informationen zu MigrantInnen in der steirischen Bevölkerung kann man der Publikation „Steiermark: Wohnbevölkerung am 1.1.2007“ (Steirische Statistiken, Heft 9/2007) der Landesstatistik Steiermark entnehmen.

4.3.4.2 MigrantInnen und Einkommen

Das durchschnittliche Jahresäquivalenzeinkommen (siehe Tabelle 4) von Nicht-ÖsterreicherInnen liegt mit 14.190 Euro um mehr als 5.000 Euro unter dem von ÖsterreicherInnen. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass vor allem Menschen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten stark benachteiligt sind. So haben Eingebürgerte aus Nicht-EU/EFTA-Staaten ein durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen von 15.944 Euro und das von Personen mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft beträgt sogar nur 12.748 Euro. Nicht-Österreicher mit einer EU/EFTA-Staatsbürgerschaft haben hingegen ein durchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen von 18.155 Euro¹⁶⁹.

¹⁶⁶ vgl. Mayer et al., 2007, S. 6-9

¹⁶⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

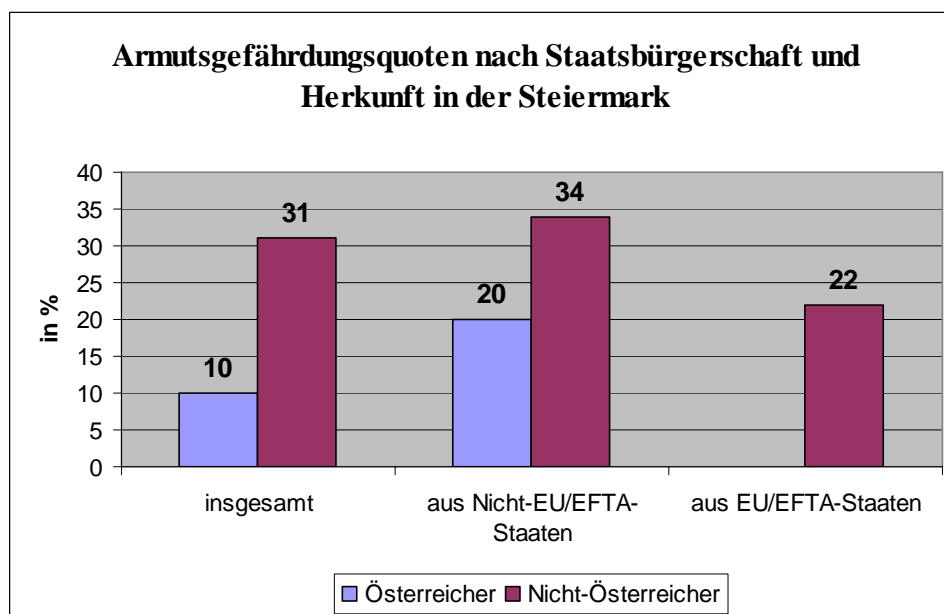
¹⁶⁸ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 108

¹⁶⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

4.3.4.3 MigrantInnen und Armutsgefährdung

Diese ungleiche Einkommenssituation schlägt sich auch in deutlich stärkeren Risiken der Armutsgefährdung für Eingebürgerte und Nicht-EU/EFTA-Bürger nieder (siehe dazu Tabelle 6 und folgende Grafik).

Grafik 45



Quelle: Statistik Austria, 2007

Wie sich zeigt, ist die Armutsgefährdungsquote von Nicht-ÖsterreicherInnen (31%) drei Mal so groß wie die von ÖsterreicherInnen. Auch unter den Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft finden sich große Unterschiede. Das Armutsrisiko derer, die aus einem Nicht-EU/EFTA-Staat eingebürgert worden sind, ist mit 20% doppelt so hoch wie das Armutsrisiko der Gesamtgruppe. Bei den Nicht-ÖsterreicherInnen sieht die Situation ebenso unterschiedlich für EU/EFTA-Bürger und Nicht-EU/EFTA-Bürger aus. Erstere haben mit 22% eine deutlich niedriger Armutsgefährdungsquote als letztere mit 34%¹⁷⁰.

In Gesamtösterreich sind 24% der Nicht-ÖsterreicherInnen und 28% der Personen mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft armutsgefährdet. Von den Eingebürgerten (aus Nicht-EU/EFTA-Staaten) sind 21% armutsgefährdet, wobei das Armutsrisiko der österreichischen Bürger insgesamt bei 11% liegt. Damit ist vor allem die Armutsgefährdung von Nicht-ÖsterreicherInnen bundesweit geringer als in der Steiermark¹⁷¹.

¹⁷⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

¹⁷¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139

4.3.4.4 MigrantInnen und Konsum

Nicht-ÖsterreicherInnen sind in geringerem Anteil in Besitz bestimmter Konsumgüter als Österreicher und Österreicherinnen (siehe dazu auch Tabelle 8). Dabei sind wiederum Personen mit Nicht-EU/EFTA-Herkunft in beiden Gruppen deutlich schlechter gestellt. So haben 14% der Nicht-ÖsterreicherInnen (45% der ÖsterreicherInnen) einen Internetanschluss, 50% der Nicht-ÖsterreicherInnen (65% der ÖsterreicherInnen) einen PC, 59% der Nicht-ÖsterreicherInnen (77% der ÖsterreicherInnen) einen Geschirrspüler und 75% der Nicht-ÖsterreicherInnen (87% der ÖsterreicherInnen) einen PKW. Kaum Unterschiede gibt es beim Besitz von DVDs und Handys. Nicht-ÖsterreicherInnen sind mit 96% sogar häufiger in Besitz eines Mobiltelefons als Österreicher und Österreicherinnen, doch haben sie nur zu 38% ein Testnetztelefon¹⁷².

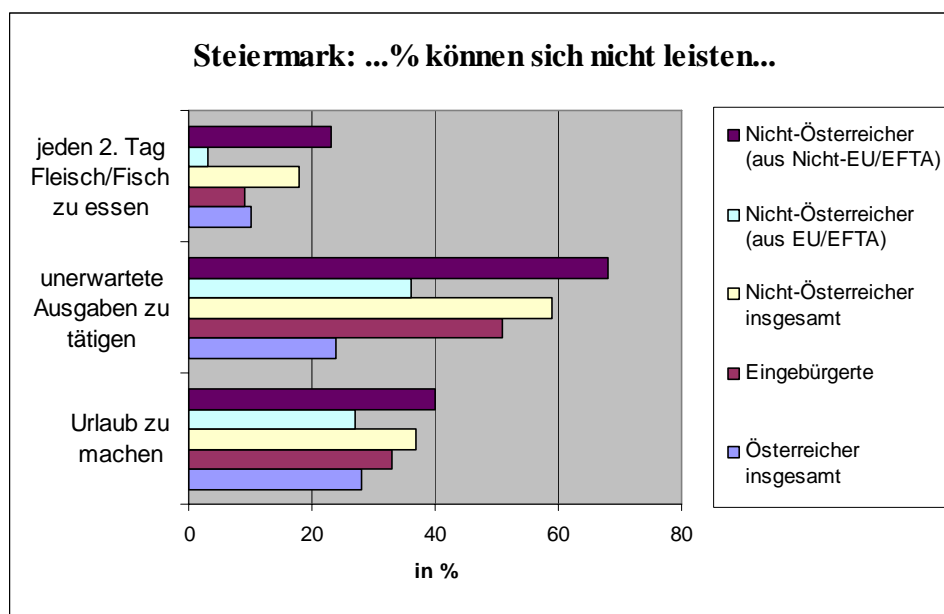
Aufschlussreicher ist die Betrachtung fehlender Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen. So liegen die Anteile der österreichischen Staatsbürger, die angaben sich bestimmte Konsumgüter aus finanziellen Gründen nicht leisten zu können, zwischen 3% und 6%. Bei Nicht-ÖsterreicherInnen betragen die Anteile, der aus finanziellen Gründen fehlenden Konsumgüter, 10% bis 27%. Einzig die Geschirrspülmaschine fehlt nur bei 6% der Nicht-ÖsterreicherInnen aufgrund finanzieller Einschränkungen. Jedoch haben 27% aus finanziellen Gründen keinen Internetzugang, 22% keinen PC und 19% keinen PKW. Hier gibt es auch kaum Unterschiede zwischen Nicht-ÖsterreicherInnen aus EU/EFTA-Staaten und jenen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten. Sehr wohl aber fehlen bestimmte Konsumgüter aufgrund finanzieller Einschränkungen bei Eingebürgerten drei bis sechs Mal öfter als bei anderen ÖsterreicherInnen¹⁷³.

Einschränkungen bei Grundbedürfnissen treten bei Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft bis zu doppelt so oft auf wie bei Personen mit einer solchen. Wiederum sind Eingebürgerte und Bürger von Nicht-EU/EFTA-Herkunft am stärksten benachteiligt.

¹⁷² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28

¹⁷³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32

Grafik 46



Quelle: Statistik Austria, 2007

Nicht-ÖsterreicherInnen können zu 37% keinen Urlaub machen, zu 59% keine unerwarteten Ausgaben tätigen und zu 18% nicht jeden zweiten Tag Fleisch oder Fisch essen. Damit können sie sich viel öfter aus finanziellen Gründen Grundbedürfnisse nicht erfüllen als Österreicher und Österreicherinnen. Die Grafik zeigt aber auch deutlich, dass unter den Nicht-ÖsterreicherInnen jene mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft viel stärker benachteiligt sind. 40% von ihnen können es sich nicht leisten Urlaub zu machen, 68% unerwartete Ausgaben zu tätigen und 23% jeden zweiten Tag Fleisch und Fisch zu essen. Diese Einschränkungen treffen im Vergleich dazu 27%, 36% bzw. 3% der Nicht-ÖsterreicherInnen mit EU/EFTA-Staatsbürgerschaft¹⁷⁴.

4.3.4.5 MigrantInnen und Wohnen

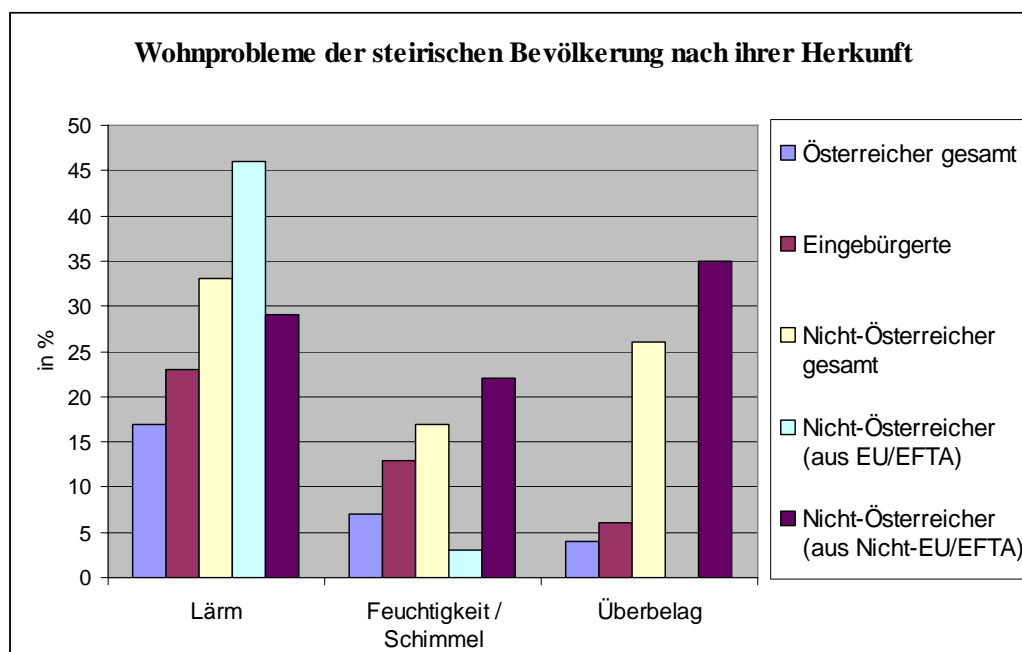
Während der Großteil der österreichischen Staatsangehörigen (60%) in Hauseigentum ist, trifft dies nur 22% der Nicht-ÖsterreicherInnen und wiederum nur auf 13% derer mit einer Nicht-EU/EFTA-Staatsbürgerschaft. Der größte Anteil der Nicht-ÖsterreicherInnen (37%) lebt dafür in Haupt- oder Untermietverhältnissen. Relativ häufig wohnen Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft auch in Gemeindewohnungen (10%) und Genossenschaftswohnungen (11%), wo sich nur 3% bzw. 9% der ÖsterreicherInnen finden

¹⁷⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 34

lassen¹⁷⁵. Trotz eingeschränkter Interpretierbarkeit kleiner Fallzahlen lässt sich schließen, dass Nicht-ÖsterreicherInnen und speziell solche aus Nicht-EU/EFTA-Staaten **häufiger unter benachteiligten Rechtsverhältnissen** wohnen.

Auch sind Nicht-ÖsterreicherInnen, speziell aus Nicht-EU/EFTA-Staaten, viel häufiger von **Wohnproblemen** betroffen als Österreicher und Österreicherinnen, wie folgende Grafik veranschaulicht.

Grafik 47



Quelle: Statistik Austria, 2007

Es ist deutlich erkennbar, dass Nicht-ÖsterreicherInnen von allen angeführten Wohnproblemen stärker betroffen sind als ÖsterreicherInnen. So leiden 33% an Lärmbelastung, 17% an Feuchtigkeit und Schimmel und 26% an Überbelag. Es zeigt sich aber auch, dass von diesen Problemen Nicht-ÖsterreicherInnen aus EU/EFTA-Staaten mit Ausnahme der starken Lärmbelastung kaum betroffen sind. Dafür klagen 22% der Nicht-EU/EFTA-Bürger über Feuchtigkeit und Schimmel sowie 35% über Überbelag. Auch unter den Österreichern und Österreicherinnen sind jene, die vormalig Bürger eines Nicht-EU/EFTA-Staates waren, stärker von Wohnproblemen betroffen. Auch hinsichtlich anderer Wohnprobleme wie Luft- und Umweltverschmutzung, dem Fehlen von Bad /WC und dunkler

¹⁷⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36

Räume, sind Nicht-ÖsterreicherInnen zu weit höheren Anteilen betroffen als ÖsterreicherInnen (siehe dazu Tabelle 13)¹⁷⁶.

Die häufigeren Wohnprobleme und die benachteiligten Rechtsverhältnisse am Wohnraum wirken sich auch auf die **Wohnzufriedenheit** von Nicht-ÖsterreicherInnen und Eingebürgerten aus. Durchschnittlich haben sie einen Zufriedenheitswert von 5, während Österreicher und Österreicherinnen einen Wert von 5,3 aufweisen (theoretisches Maximum ist 6). 76% der Nicht-ÖsterreicherInnen, und damit um 10% weniger als ÖsterreicherInnen, geben an sehr bis ziemlich zufrieden mit der Wohnsituation zu sein. Sie sind dafür öfter nur eher zufrieden oder eher unzufrieden als ÖsterreicherInnen. Besonders häufig (10%) sind eingebürgerte ÖsterreicherInnen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten unzufrieden mit ihrer Wohnsituation¹⁷⁷.

Ein weiterer Faktor für die geringere Zufriedenheit mit den Wohnverhältnissen könnte die höhere **Wohnkostenbelastung** von Nicht-ÖsterreicherInnen und Eingebürgerten sein.

Tabelle 31

Subjektive Wohnkostenbelastung und Anteil der gesamten Wohnkosten am Äquivalenzeinkommen in der Steiermark											
	Gesamt (=100%) in 1.000	Keine Belastung		Gewisse Belastung		starke Belastung		Wohnkostenanteil > 25%		Wohnkosten*)	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	arithm. Mittel in EUR	in %
Staatsbürgerschaft Österreich	1099	326	30	676	62	97	9	142	13	2491	15
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(24)	(7)	(31)	(13)	(55)	(3)	(14)	(8)	(34)	(2.977)	(21)
Nicht Österreich	68	22	32	36	52	(10)	(15)	19	29	2732	23
davon EU/EFTA	(18)	(4)	(24)	(9)	(52)	(4)	(24)	(5)	(27)	(3.494)	(28)
davon sonstiges Ausland	50	18	35	26	53	(6)	(12)	15	29	2474	22

Quelle: Statistik Austria, 2007

Machen die Wohnkosten nur für 13% der österreichischen Staatsbürger mehr als 25% ihres Äquivalenzeinkommens aus, so trifft dies auf 29% ,und damit mehr als doppelt so viele, Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft zu. Bei den eingebürgerten ÖsterreicherInnen sind sogar 34% von einem Wohnkostenanteil über einem Viertel des Äquivalenzeinkommens betroffen.

¹⁷⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 40

¹⁷⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 42

Weiters geben 15% bzw. 52% der Nicht-ÖsterreicherInnen an, dass die Wohnkosten für sie eine starke bzw. eine gewisse Belastung sind¹⁷⁸.

4.3.4.6 MigrantInnen und Gesundheit

Vergleicht man die Angaben zu den subjektiven Einschätzungen über den eigenen Gesundheitszustand der Personen zwischen 16 und 65 Jahren, so fühlen sich Personen ausländischer Staatsbürgerschaft geringfügig schlechter als österreichische Bürger. Sie geben zu 75% an sich gut bis sehr gut zu fühlen, was im Vergleich dazu 81% der ÖsterreicherInnen von sich behaupten. 18% der Nicht-ÖsterreicherInnen fühlen sich mittelmäßig und 7% schlecht bis sehr schlecht. Vergleichsweise trifft dies auf 14% bzw. 5% der Österreicher und Österreicherinnen zu¹⁷⁹.

Da es aufgrund zu kleiner Fallzahlen keine Daten für Nicht-ÖsterreicherInnen über 65 Jahren gibt, ist ein Vergleich für diese Altersgruppe nicht möglich.

Von **Gesundheitsbeeinträchtigungen** scheinen eingebürgerte ÖsterreicherInnen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten am stärksten betroffen. Sie sind in allen Kategorien mit den größten Anteilen vertreten (siehe dazu Tabelle 19)¹⁸⁰.

4.3.4.7 MigrantInnen und Lebenszufriedenheit

Der durchschnittliche Wert für die Lebenszufriedenheit ist bei österreichischen Staatsangehörigen wie ausländischen Staatsbürgern relativ hoch. ÖsterreicherInnen sind im Durchschnitt aber geringfügig zufriedener als Nicht-ÖsterreicherInnen, was sich darin ausdrückt, dass sie zu einem größeren Anteil sehr bis ziemlich zufrieden sind und dafür zu einem kleineren Anteil eher unzufrieden¹⁸¹.

¹⁷⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 44

¹⁷⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48

¹⁸⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

¹⁸¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

Tabelle 32

Steiermark: Lebenszufriedenheit nach soziodemographischen Merkmalen										
	Gesamt (=100%) in 1.000	sehr/ziemlich unzufrieden		eher unzufrieden		eher zufrieden		sehr/ziemlich zufrieden		arithm. Mittel
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	
Insgesamt	781	(8)	(1)	22	3	84	11	667	85	5,1
Staatsbürgerschaft										
Österreich	743	(8)	(1)	20	3	79	11	637	86	5,1
davon eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	(23)	(0)	(0)	(0)	(2)	(4)	(18)	(18)	(80)	(5)
Nicht Österreich	38	(0)	(1)	(3)	(8)	(5)	(12)	30	79	5,0
davon EU/EFTA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
davon sonstiges Ausland	(28)	(0)	(2)	(2)	(6)	(3)	(10)	(23)	(83)	(5)

1= sehr unzufrieden, 6= sehr zufrieden; Personen ab 16 Jahren

Quelle: Statistik Austria, 2007

4.3.4.8 Resümee

Ausländische Staatsbürger, die 5,8% der steirischen Wohnbevölkerung ausmachen, erfahren eine Vielzahl von Benachteiligungen in diversen Lebensbereichen. Sie sind im Schnitt drei Mal so häufig armutsgefährdet wie österreichische Staatsbürger und erleben deutlich stärkere Einschränkungen bei der Erfüllung von Konsumwünschen. Auch leben Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft öfters in benachteiligten Wohnverhältnissen und leiden öfter an den ausgewählten Wohnproblemen. Es soll hervorgehoben werden, dass sowohl in der Gruppe der ÖsterreicherInnen als auch in der Gruppe der Nicht-ÖsterreicherInnen, jene mit Herkunft aus Nicht-EU/EFTA-Staaten signifikant schlechter gestellt sind als jene mit EU/EFTA-Abstammung. Die eigene Gesundheit beschreiben ausländische Staatsbürger ein wenig schlechter als österreichische. In der Lebenszufriedenheit gibt es trotz allem kaum Unterschiede.

4.4 *Haushalts- und Familientyp*

Wie bereits Tabelle 6 gezeigt hat, hat die Familien- bzw. Haushaltsstruktur einen wichtigen Einfluss auf die Armutsgefährdung. So sind Alleinstehende, Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin, Familien mit mindestens 3 Kindern und mit nicht erwerbstätigen Frauen verstärkt von Armut gefährdet.

Im Folgenden wird die Verteilung von Haushaltstypen in der Steiermark dargestellt. Dies soll ein Verständnis dafür schaffen, welche und wie viele Personen von den damit zusammenhängenden Aspekten der Armut betroffen sind.

4.4.1 Haushalts- und Familienstruktur in der Steiermark

Laut **Mikrozensus 2006** wurden in der Steiermark **490.500 Privathaushalte**¹⁸² gezählt (fast 5% mehr als 2001, als die Zahl der Privathaushalte noch unter 469.000 betrug). Ein längerer Zeitvergleich zeigt diesbezüglich ein kontinuierliches Wachstum¹⁸³. In der Steiermark lebten 2006 somit 1.190.900 Personen in Privathaushalten (während die Übrigen in Anstaltshaushalten untergebracht waren)¹⁸⁴.

Nicht nur die Zahl der Haushalte hat sich im Laufe der Zeit verändert, sondern auch die Haushaltsgröße. Bedingt durch den demografischen Wandel (bereits seit 1997 liegen die Geburtenzahlen unter den Sterbefällen, wodurch Bevölkerungszuwächse nur mehr aufgrund von Wanderungsbewegungen möglich waren), ändern sich auch die Strukturen der Privathaushalte. Die Haushaltsgröße verlagert sich immer mehr auf Ein- und Zwei-Personenhaushalte. Mehr-Personenhaushalte mit einer Größe von mindestens fünf Personen gehen zurück und auch seltener sind mehrere Generationen unter einem Dach zu finden. Die durchschnittliche Haushaltsgröße sank folglich stetig und betrug 2006 in der Steiermark nur mehr 2,43 Personen¹⁸⁵.

Folgende Grafik stellt die Verteilung der Haushaltsgrößen in der Steiermark dar.

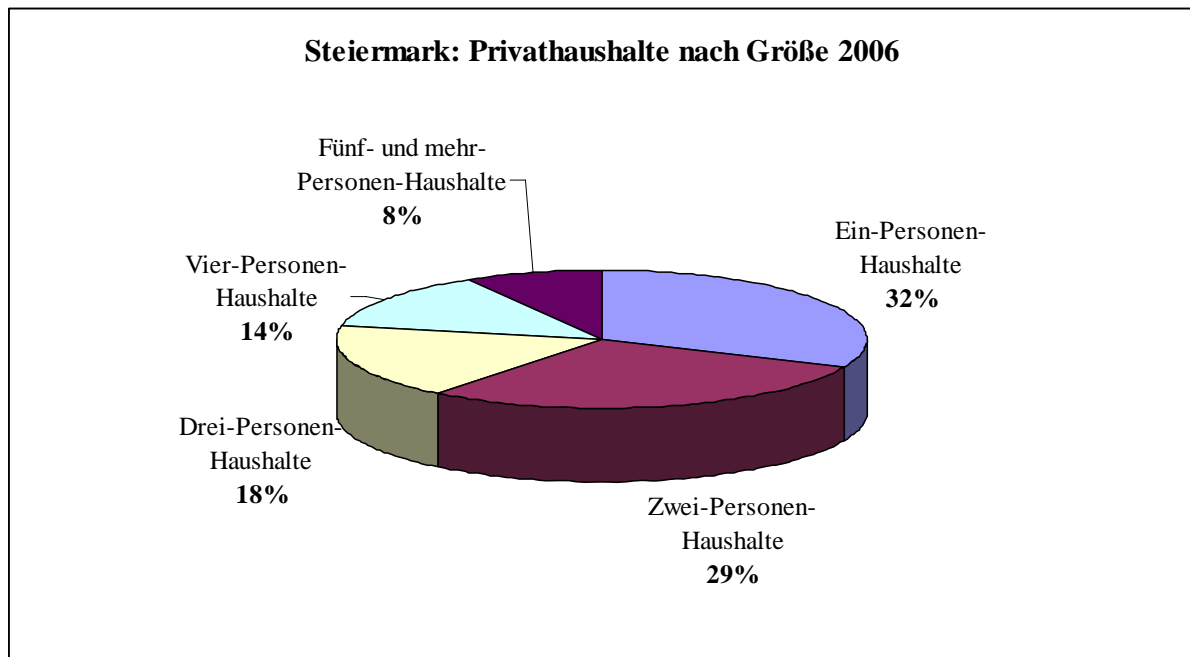
¹⁸² In der Haushaltsstatistik wird generell zwischen Anstaltshaushalt und Privathaushalt unterschieden, wobei unter ersterem jene Unterkunftsform zu verstehen ist, in der Gruppen von Personen leben und versorgt werden, wie etwa Altersheime, Internate oder Justizanlagen. Privathaushalte hingegen sind Wohnungen, in denen Personen mit Hauptwohnsitz leben. Im Zuge der Volkszählung (sowie im Mikrozensus) wurde jede Person einer dieser beiden Formen zugeordnet (vgl. Kern et al., 2007, S. 6).

¹⁸³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 31

¹⁸⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 42

¹⁸⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 35

Grafik 48



Quelle: Statistik Austria, 2007

Generell ist festzustellen, dass hinsichtlich der **Haushaltsgröße** ein Stadt-Land-Effekt zu erkennen ist. Von je her hatte Graz einen geringeren Anteil an Mehrpersonenhaushalten. Durch den deutlichen Rückgang bei Fünf- und mehr-Personenhaushalten in allen Bezirken hat sich die Kluft zwischen ländlichen und städtischen Gebieten jedoch verringert¹⁸⁶.

Die demografische Verschiebung betrifft auch die **Familienstrukturen**¹⁸⁷ in der Steiermark. Die Zahl der Familien ist kontinuierlich gestiegen, speziell die Zahl derer ohne Kinder. Zwischen 1991 und 2001 hat die Zahl der kinderlosen Familien um +15% auf 111.446 zugenommen. Bei Familien mit Kindern hingegen gab es in der letzten Dekade einen Rückgang von 3,5%¹⁸⁸. Die folgende Tabelle fasst zusammen, wie Haushalts- und Familienstrukturen in der Steiermark im Jahr 2006 verteilt sind (mit Vergleich zu 2001).

¹⁸⁶ vgl. Kern et al., 2007, S. 7-9

¹⁸⁷ In der Familienstatistik versteht man unter einer Familie Ehepaare, Lebensgemeinschaften mit oder ohne Kinder bzw. Elternteile mit Kinder. Diesem Konzept der Vereinten Nationen folgt auch die Volkszählung 2001. Der Begriff Kinder umfasst leibliche, Stief- und Adoptivkinder, die mit ihren Eltern im selben Haushalt leben, kinderlos sind, selbst noch nicht verheiratet bzw. verheiratet sind, aber vom Partner getrennt leben. Kind ist man somit altersunabhängig, sodass auch ein 50-Jähriger, der bei seiner 75-jährigen Mutter wohnt, als Kind zu erfassen ist. Für manche Fragestellungen kann der Begriff auf Kinder unter 15 Jahren eingeschränkt werden (vgl. Kern/Tafner, 2007, S. 6).

¹⁸⁸ vgl. Kern/Tafner, 2007, S. 6

Tabelle 33

Privathaushalte (Wohnparteikonzept) nach Größe sowie Familien nach Typ 2006 (Mikrozensus) und 2001 (Volkszählung), Steiermark				
Haushaltsgröße	2006		2001	
	absolut	in %	absolut	in %
Privathaushalte insgesamt	490.500	100,0	468.820	100,0
mit				
1 Person	155.800	31,8	143.184	30,5
2 Personen	140.600	28,7	130.714	27,9
3 Personen	86.100	17,6	83.474	17,8
4 Personen	67.100	13,7	68.219	14,6
5 und mehr Personen	40.900	8,3	43.229	9,2
Familien insgesamt	346.000	100,0	330.460	100,0
ohne Kinder	133.200	38,5	111.446	33,7
mit Kind(ern)	212.800	61,5	219.014	66,3
Ehepaare	251.100	72,6	241.162	73,0
ohne Kinder	107.900	31,2	93.486	28,3
mit Kind(ern)	143.200	41,4	147.676	44,7
Lebensgemeinschaften	48.400	14,0	36.595	11,1
ohne Kinder	25.300	7,3	17.960	5,4
mit Kind(ern)	23.100	6,7	18.635	5,6
Elternteil-Familien	46.500	13,4	52.703	15,9
alleinerziehender Vater	7.300	2,1	7.131	2,2
alleinerziehende Mutter	39.200	11,3	45.572	13,8

Quelle: Statistik Austria, 2007 u. Kern/Tafner, 2007

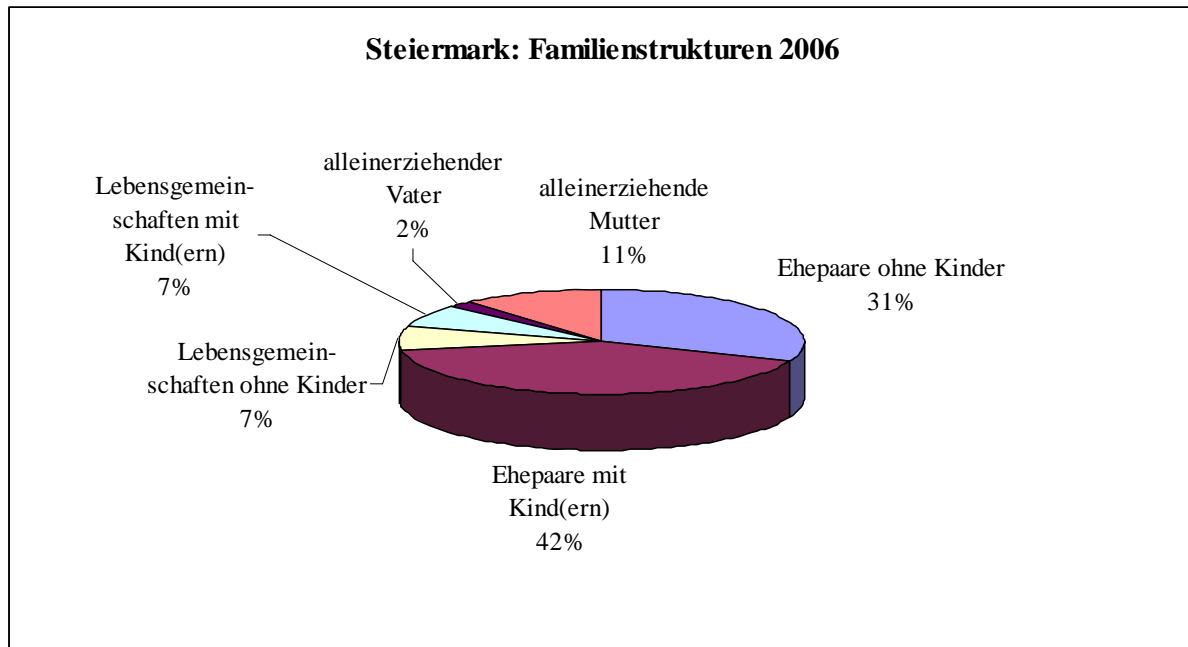
Die Zahl der Privathaushalte ist zwischen 2001 und 2006 um 21.680 oder 4,6% gestiegen. Ebenso gestiegen ist auch die Zahl der Familien. Hier betrug der Anstieg 15.540 oder 4,7%, war also in etwa gleich hoch. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass dabei ein **Trend zu immer kleineren Haushalten und kinderlosen Familien** zu verzeichnen ist.

So waren 2006 bereits 38,5% aller Familien kinderlos, im Vergleich zu nur einem Drittel 2001, der Zuwachs von 2001 auf 2006 betrug fast ein Fünftel von 111.446 auf 133.200. Der Anteil der Privathaushalte mit 1 oder 2 Personen ist im gleichen Zeitraum von 58,4% auf 60,5% gestiegen, der Anteil mit 4 und mehr Personen von 23,8% auf 22% deutlich gesunken. 2006 bestand wie 2001 der Großteil der Familien mit fast 73% aus Ehepaaren, 14% (2001 erst 11%) waren Lebensgemeinschaften und 13,4% (2001 noch 15,9%) waren Elternteil-Familien. Weiters hatten nur 57% der Ehepaare und nicht einmal die Hälfte der Lebensgemeinschaften Kinder. Bei den Elternteil-Familien ist es zu einem markanten Rückgang im Bereich der hier dominierenden alleinerziehenden Mütter¹⁸⁹ gekommen, wobei diese Entwicklung gegenüber der Volkszählung 2001 (Vollerhebung!) zum Teil auch mit der Mikrozensus-Stichprobe zu tun haben könnte.

¹⁸⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 63

Die nachfolgende Grafik stellt nochmals die Verteilung der Familientypen in der Steiermark gemäß Mikrozensus 2006 dar¹⁹⁰:

Grafik 49



Quelle: Statistik Austria, 2007

Genauere Daten können der Publikation „Familien- und Haushaltsstatistik“ – Ergebnisse des Mikrozensus 2006 (Statistik Austria, 2007) entnommen werden.

Für nähere Informationen zur Verteilung steirischer Haushalts- und Familienstrukturen sowie Prognosen dieser Entwicklung bis 2050 sei weiters auf folgende Publikationen verwiesen: „Privathaushalte in der Steiermark, Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050“ (Steirische Statistiken, Heft 3/2007) sowie „Familien in der Steiermark, Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 – 2050“ (Steirische Statistiken, Heft 4/2007).

4.4.2 Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte mit Kindern

In diesem Abschnitt wird die Lebenssituation von Alleinstehenden und Mehrpersonenhaushalten mit Kindern näher analysiert¹⁹¹, da beide Bevölkerungsgruppen Charakteristika aufweisen, welche zu höherem Armutsrisiko führen können.

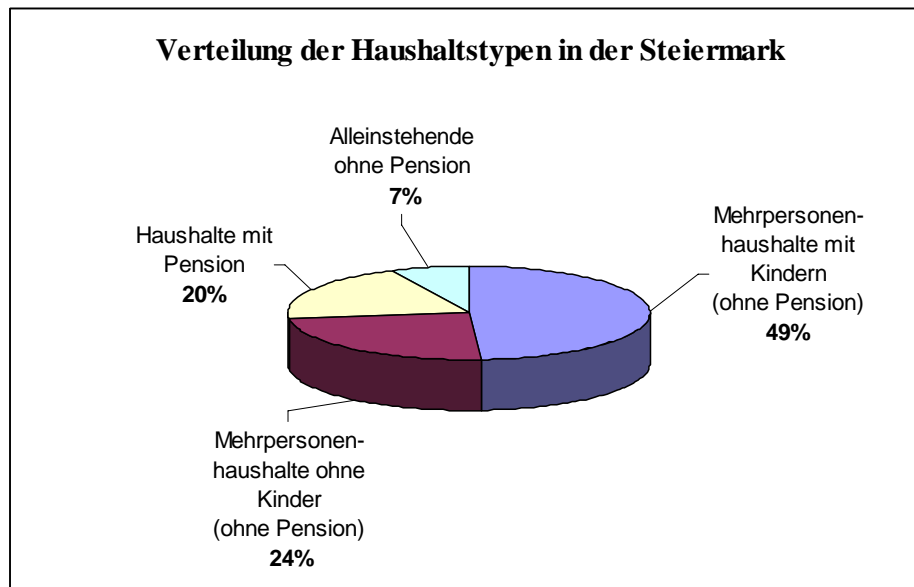
¹⁹⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 63

¹⁹¹ Im Folgenden werden nur jene Haushalte ohne Pension analysiert, da auf die Situation der pensionsbeziehenden Haushalte bereits eingegangen wurde.

4.4.2.1 Alleinstehende und Mehrpersonenhaushalte in Österreich und der Steiermark

Die nächste Grafik zeigt den Anteil verschiedener Haushaltstypen in der Steiermark. Grundsätzlich unterschieden werden Haushalte mit und ohne Pension. Letztere werden in Alleinstehende sowie Mehrpersonenhaushalte ohne und mit Kindern unterteilt.

Grafik 50



Quelle: Statistik Austria, 2007

Laut EU-SILC 2006 leben in der Steiermark 234.000 Personen (oder 20% der steirischen Bevölkerung) in Haushalten mit Pension. Davon sind 80.000 Alleinstehende, was einem Anteil von 6,8% der steirischen Bevölkerung entspricht.

80% der Bevölkerung oder 933.000 Personen leben somit in Haushalten ohne Pension. Der größte Anteil wird dabei von Haushalten mit Kindern (49,4% der steirischen Bevölkerung) gebildet. Weitere 23,6% der steirischen Bevölkerung leben in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und 7% sind alleinstehend.

In Summe sind somit 13,8% der steirischen Bevölkerung alleinstehend (mit und ohne Pension)¹⁹².

In Gesamtösterreich leben 19% der Bevölkerung (oder 1.560.000 Personen) in Haushalten mit Pension und 81% (oder 6.623.000 Personen) in Haushalten ohne Pension. In Haushalten mit Pension leben 129.000 Männer und 431.000 Frauen alleine (dies sind zusammen 6,8% der

¹⁹² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19.

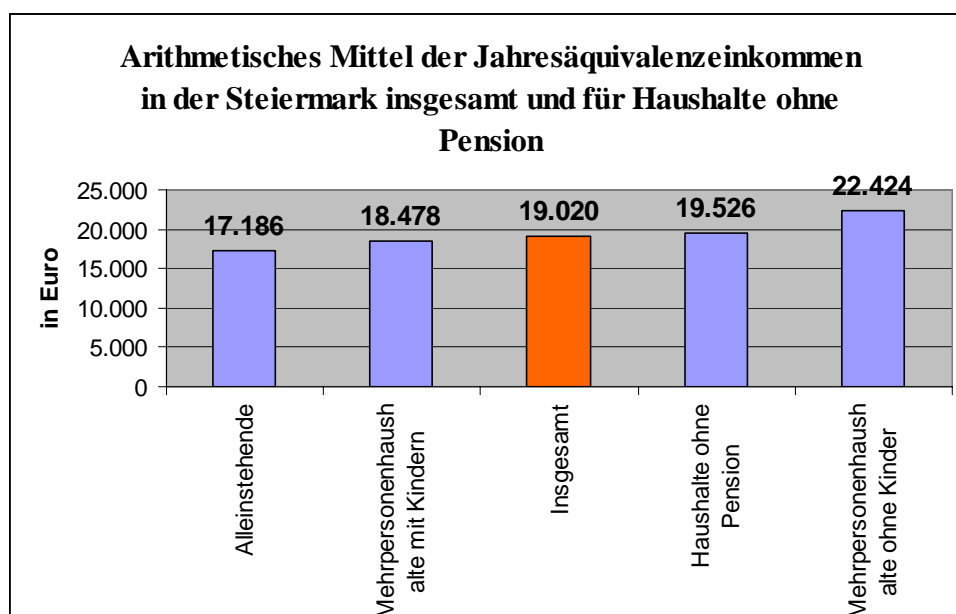
österreichischen Bevölkerung). 8% der österreichischen Bevölkerung (659.000 Personen) leben alleine in Haushalten ohne Pension, 23% in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder und 50% in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern. Der Großteil derer haben ein oder zwei Kinder (36% oder 2.949.000 Personen), 9% (oder 771.000 Personen) leben in Haushalten mit mindestens drei Kindern und 4% (oder 335.000 Personen) in Ein-Eltern-Haushalten¹⁹³.

4.4.2.2 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Einkommen

Das Median-Äquivalenzeinkommen liegt für Haushalte ohne Pension bei 17.965 Euro jährlich. Alleinstehende haben ein unterdurchschnittliches Median-Äquivalenzeinkommen von 16.027 Euro und auch jenes von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern liegt mit 17.364 Euro pro Jahr etwas unter dem Durchschnitt. Im Vergleich dazu ist das Median-Äquivalenzeinkommen von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder mit 20.644 Euro um mehr als 3.000 Euro jährlich höher.

Eine Betrachtung der schwächsten Einkommensviertel zeigt, dass jene 25% der Alleinstehenden maximal 9.739 Euro im Jahr zur Verfügung haben. Damit liegen sie unter der Armutsgefährdungsschwelle von 10.711 Euro. Das einkommensschwächste Viertel der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern verfügt im Jahr über weniger als 13.741 Euro.

Grafik 51



Quelle: Statistik Austria, 2007

¹⁹³ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139

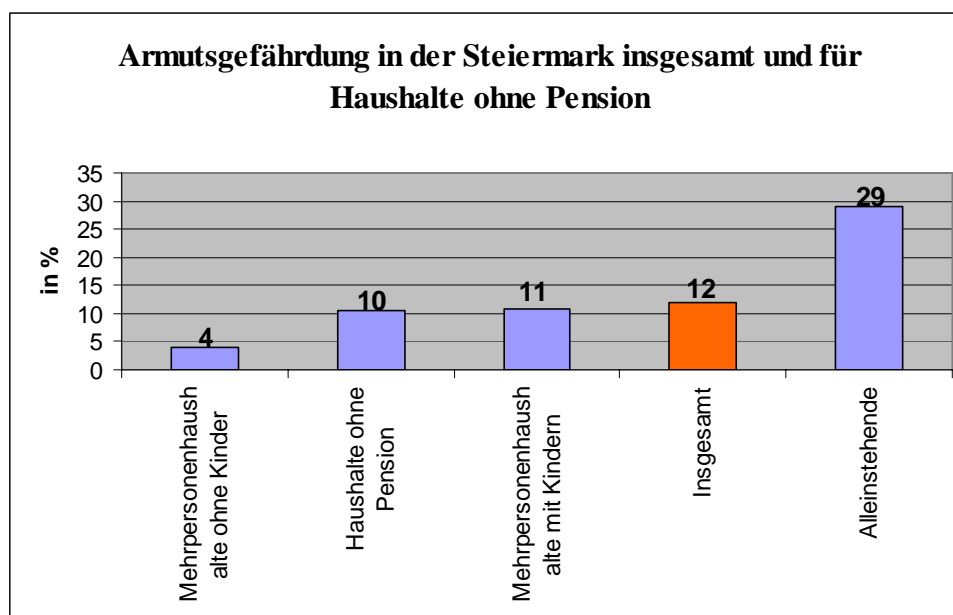
Die Abbildung der arithmetischen Mittel des Jahresäquivalenzeinkommens bestätigt die oben beschriebene Tendenz. Insgesamt verfügen Haushalte ohne Pension über ein höheres Jahresäquivalenzeinkommen (19.526 Euro) als der Durchschnitt aller steirischen Haushalte (19.020 Euro). Doch innerhalb der Haushalte ohne Pension gibt es große Unterschiede. So beziehen Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder bei weitem am meisten, während sowohl Mehrpersonenhaushalte mit Kindern als auch Alleinstehende ein unterdurchschnittliches Jahresäquivalenzeinkommen beziehen. Mit 18.478 Euro bzw. 17.186 Euro liegen sie sogar noch unter dem steirischen Gesamtdurchschnitt¹⁹⁴.

Die Einkommensdaten der Steiermark zeigen, dass SteirerInnen in fast allen Bereichen etwas weniger verdienen als die Vergleichskategorien auf gesamtösterreichischer Ebene. Einzig Mehrpersonenhaushalten mit Kindern beziehen in der Steiermark mehr Einkommen als in ganz Österreich¹⁹⁵.

4.4.2.3 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Armutsgefährdung

Auch das Armutsrisiko trifft nicht alle Haushaltstypen ohne Pension in der Steiermark gleichermaßen.

Grafik 52



Quelle: Statistik Austria, 2007

¹⁹⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

¹⁹⁵ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 108

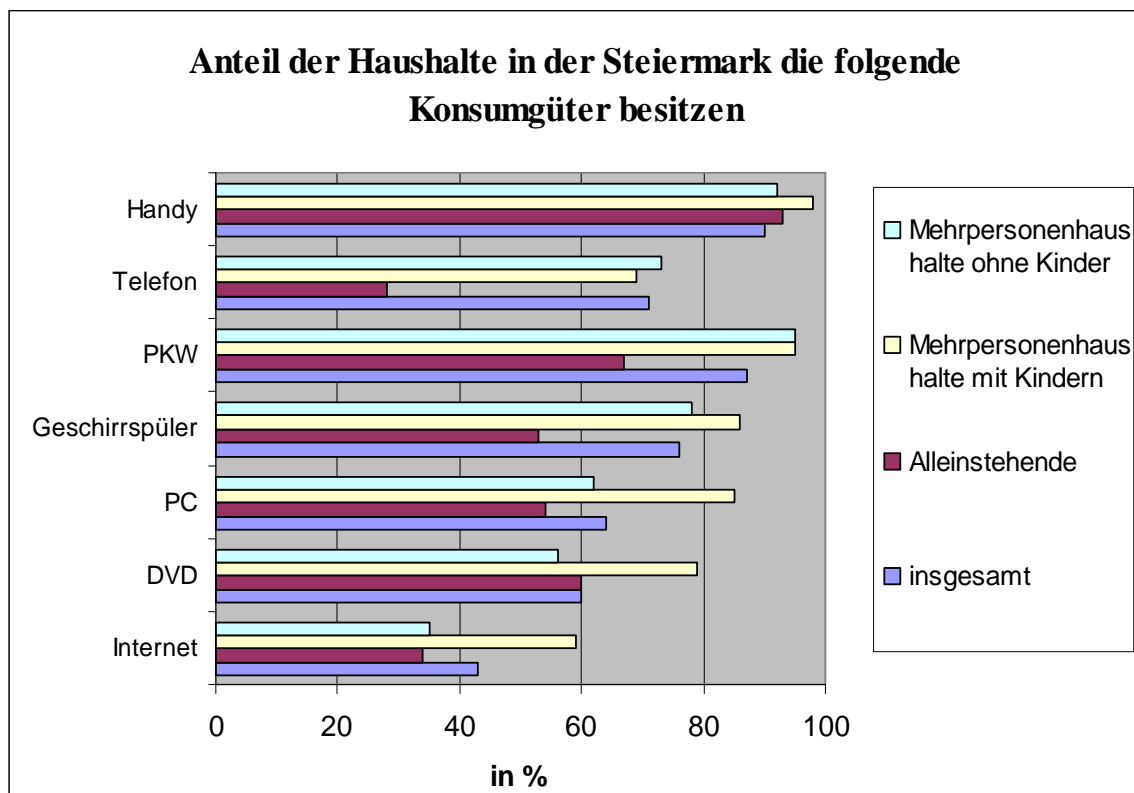
Haushalte ohne Pension haben mit 10% eine etwas geringere Armutsgefährdung als die gesamtsteirische Bevölkerung. Dennoch ist die Armutsgefährdungsquote der Alleinstehenden mit 29% beinahe drei Mal so hoch wie jene aller Personen in Haushalten ohne Pension. Das weitaus geringere Armutsrisiko von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern ist mit 11% noch immer beinahe drei Mal so hoch wie jenes von Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder, von denen nur 4% armutsgefährdet sind.

Die Armutsgefährdungslücke von Alleinstehenden ist mit 32% am größten (d.h. ihr Median-Äquivalenzeinkommen weicht im Durchschnitt um 32% von der Armutsgefährdungsschwelle ab), während sie für Mehrpersonenhaushalte mit Kindern 16% beträgt und damit im steirischen Schnitt liegt¹⁹⁶.

4.4.2.4 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Konsum

Wie nachfolgende Grafik zeigt, hängt auch das Vorhandensein von Konsumgütern von der Haushaltszusammensetzung ab (siehe auch Tabelle 8).

Grafik 53



Quelle: Statistik Austria, 2007

¹⁹⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

Alleinstehende leben in jener Haushaltsform, die zu den geringsten Anteilen die erwähnten Konsumgüter besitzt. Mehrpersonenhaushalte mit Kindern sind nicht nur öfter als alle anderen Haushaltsformen (ohne Pension), sondern auch öfter als der steirische Durchschnitt im Besitz dieser Konsumgüter. So haben etwa 34% der Alleinstehenden und 59% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern einen Internetanschluss, 53% der Ersteren und 86% der Letzteren eine Geschirrspülmaschine und 67% der Alleinstehenden aber 95% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern einen PKW. Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder liegen beim Besitz von Konsumgütern im Mittelfeld¹⁹⁷.

Das häufige Vorkommen von Konsumgütern in Haushalten mit Kindern könnte dadurch erklärt werden, dass diese Güter das Leben für Familien sehr erleichtern bzw. diese für Kinder im schulpflichtigen Alter notwendig sind (z.B. PC oder Internet)¹⁹⁸.

Ebenso werden finanzielle Einschränkungen am häufigsten von Alleinstehenden gemeldet, die sich meist doppelt sooft bestimmte Konsumgüter nicht leisten können als Mehrpersonenhaushalte. Zwischen den Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder gibt es kaum Unterschiede – ihre finanziell bedingten Einschränkungen beim Besitz von Konsumgütern entsprechen in etwa dem steirischen Durchschnitt¹⁹⁹.

Dieser Trend setzt sich bei finanziellen Einschränkungen hinsichtlich der Erfüllung von Grundbedürfnissen fort.

¹⁹⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28

¹⁹⁸ vgl. Mayer/Sterner, 2006, S. 128

¹⁹⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32

Tabelle 34

Finanziell bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark													
... % können sich nicht leisten	Gesamt (=100%) in 1.000	Urlaub zu machen		unerwartete Ausgaben zu tätigen		jeden 2. Tag Fleisch/Fisch zu essen		neue Kleider zu kaufen		Ist mit Zahlungen im Rückstand		die Wohnung angemessen warm zu halten	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	336	29	306	26	122	10	43	4	21	2	12	1
Haushalte ohne Pension													
Zusammen	933	259	28	230	25	94	10	27	3	16	2	10	1
Alleinstehend	83	25	30	38	46	(12)	(14)	(8)	(10)	(2)	(3)	(3)	(4)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	70	26	51	19	30	11	(7)	(2)	(1)	(0)	(4)	(1)
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	164	28	141	24	51	9	12	2	13	2	(3)	(1)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Der Anteil derer, die sich bestimmte Grundbedürfnisse nicht leisten können, ist unter den Alleinstehenden am höchsten und liegt in allen Bereichen über dem steirischen Durchschnitt. Am meisten sind Alleinstehende, nämlich 30% bzw. 46%, davon betroffen sich keinen Urlaub leisten zu können bzw. unerwartete Ausgaben zu tätigen. 14% können sich nicht leisten jeden 2. Tag Fisch oder Fleisch zu essen, und 10% können sich nicht leisten neue Kleider zu kaufen. Wiederum gibt es wenige Unterschiede zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder²⁰⁰.

Es zeigt sich also, dass Alleinstehende sowohl bei der Erfüllung von Konsum- als auch von Grundbedürfnissen starke finanzielle Einschränkungen erdulden müssen.

4.4.2.5 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Wohnen

Die nachfolgenden Betrachtungen weisen auf Differenzen im Bereich des Wohnens in Abhängigkeit vom Haushaltstyp hin.

Zuerst wird die Verteilung der Rechtsverhältnisse an der Wohnstätte betrachtet.

²⁰⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 34

Tabelle 35

Rechtsverhältnis an der Wohnung nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark													
	Gesamt (=100%) in 1.000	Haus- eigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossen- schaft		sonst. Haupt- / Untermiet		mietfreie Wohnung/ Haus	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	674	58	123	11	39	3	105	9	146	13	80	7
Haushalte ohne Pension													
Zusammen	933	560	60	94	10	26	3	77	8	130	14	45	5
Alleinstehend	83	16	20	(9)	(10)	(6)	(8)	15	18	26	32	(10)	(13)
Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder	275	181	66	25	9	(3)	(1)	19	7	36	13	12	4
Mehrpersonenhaushalte mit Kindern	576	363	63	61	11	17	3	44	8	68	12	23	4

Quelle: Statistik Austria, 2007

Nur 20% der Alleinstehenden haben Hauseigentum, während dies auf ca. zwei Drittel der Mehrpersonenhaushalte mit und ohne Kinder zutrifft. Der Großteil der Alleinstehenden (32%) lebt in Mietverhältnissen, was nur 13% bzw. 12% der Mehrpersonenhaushalte tun. Deutlich höhere Anteile von Alleinstehenden finden sich in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen, sowie in mietfreien Unterkünften²⁰¹.

Der Vergleich des Wohnungseigentums weist darauf hin, dass Differenzen im Hauseigentum unter anderem mit den unterschiedlichen Bedürfnissen der verschiedenen Haushaltsgößen zusammenhängen.

Aufgrund geringer Fallzahlen ist eine Interpretation der Ergebnisse hinsichtlich Wohnproblemen nur eingeschränkt möglich. Alleinstehende scheinen aber in geringem Maße häufiger von Wohnproblemen betroffen als Mehrpersonenhaushalte, was durch die vielfach benachteiligte Rechtsform des Wohnverhältnisses erklärbar ist. Zwischen Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder gibt es kaum Unterschiede²⁰².

Die benachteiligten Rechtsformen im Wohnverhältnis wirken sich auch auf die subjektive Wohnkostenbelastung aus. So empfinden 12% der Alleinstehenden und 11% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern die Wohnkosten als starke Belastung, während dies nur 7% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder tun. Für 50% der Alleinstehenden machen die Wohnkosten auch mehr als ein Viertel am Äquivalenzeinkommen aus. Dies trifft weiters auf 10% der Mehrpersonenhaushalte mit Kindern und auf 8% der Mehrpersonenhaushalte ohne

²⁰¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36

²⁰² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 40

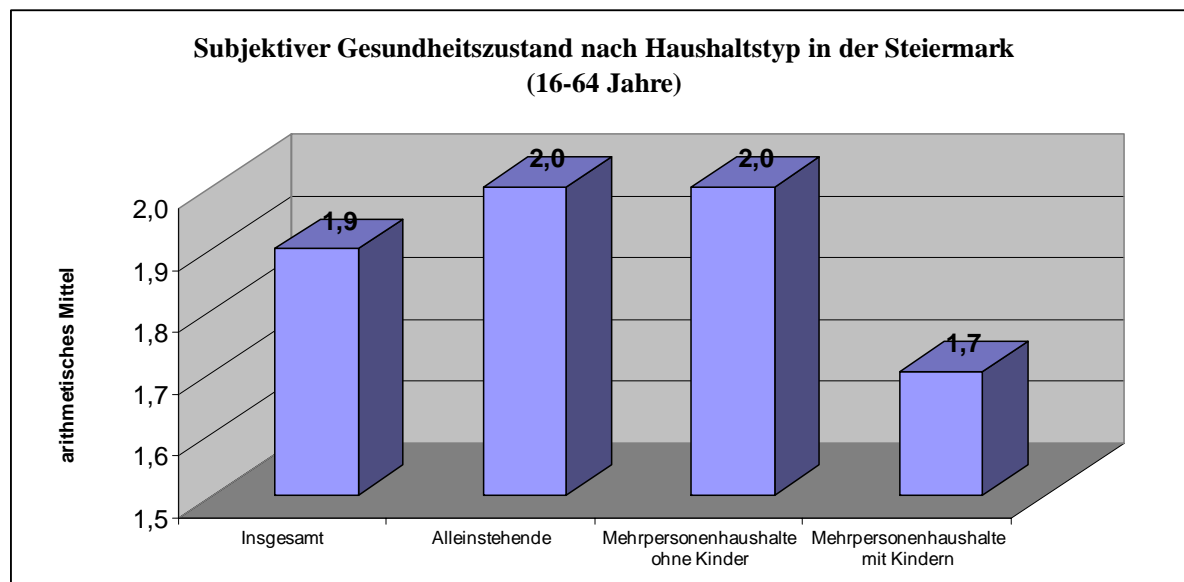
Kinder zu. Diese empfinden mit 34% auch am häufigsten keine Belastung durch Wohnkosten²⁰³.

Die Wohnzufriedenheit (siehe Tabelle 14) der steirischen Bevölkerung bildet die Wohnlage der Haushaltsformen ab. So haben Alleinstehende mit 4,8 (wobei 1=sehr unzufrieden und 6=sehr zufrieden darstellt) die niedrigste Zufriedenheit aller Haushaltsformen. Im Vergleich dazu liegt der Zufriedenheitswert von Mehrpersonenhaushalten mit 5,3 sogar leicht über dem steirischen Schnitt. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass nur 71% der Alleinstehenden, im Gegensatz zu 86% bzw. 87% der Mehrpersonenhaushalte ohne bzw. mit Kindern, sehr bis ziemlich zufrieden mit der Wohnlage sind. Dafür sind 10% der Alleinstehenden sehr bis ziemlich unzufrieden mit ihrer Wohnlage. Dies trifft nur auf 3% der Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder und auf 1% derer mit Kindern zu²⁰⁴.

4.4.2.6 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Gesundheit

Unterschiede zwischen Alleinstehenden und Menschen in Mehrpersonenhaushalten bestehen auch im Bereich der Gesundheit, wie die folgende Grafik zeigt (siehe auch Tabelle 17).

Grafik 54



1=sehr gut, 5= sehr schlecht

Quelle: Statistik Austria, 2007

²⁰³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 44

²⁰⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 42

Alleinstehende und Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder beurteilen ihre Gesundheit deutlich schlechter als Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern, was mit unterschiedlichen Altersstrukturen zu tun haben könnte. Beide haben einen arithmetischen Mittelwert ihrer Gesundheitseinschätzung von 2,0, während letztere einen klar niedrigeren von 1,7 haben (ein niedrigerer Durchschnittswert bedeutet eine bessere Gesundheitsbeurteilung).

Damit haben Alleinstehende und Haushalte ohne Kinder auch einen höheren (und damit schlechteren) Durchschnittswert der Gesundheitseinschätzung als die Gesamtbevölkerung (1,9), während Mehrpersonenhaushalte mit Kindern ihre Gesundheit überdurchschnittlich gut einschätzen²⁰⁵.

In Mehrpersonenhaushalten mit Kindern finden sich am seltensten Gesundheitsbeeinträchtigungen. Zwei bis fünf Mal so häufig kommen diese hingegen bei Alleinstehenden oder Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder vor. So sind nur 2% der Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern in sehr schlechtem Gesundheitszustand, aber 9% der Alleinstehenden und 10% der Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder. Weiters sind 25% der Alleinstehenden und 18% der Personen in Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder chronisch krank, was nur auf 9% der Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern zutrifft²⁰⁶.

4.4.2.7 Alleinstehende sowie Personen in Mehrpersonenhaushalten und Lebenszufriedenheit

Wie schon ein Vergleich der Lebenslage, in den Bereichen Konsum und Grundbedürfnisse, Wohnen und Gesundheit, vermuten lässt, ist die Lebenszufriedenheit der alleinstehenden steirischen Bevölkerung unterdurchschnittlich gering (siehe Tabelle 20).

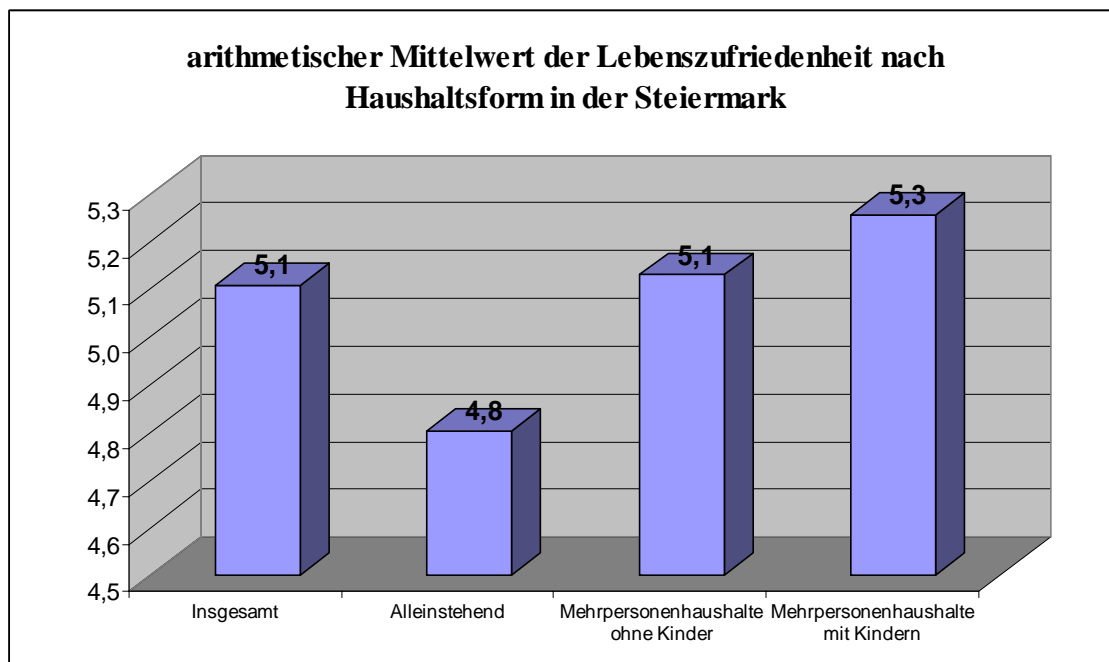
Nur 73% der Alleinstehenden im Vergleich zu 90% der Personen aus Mehrpersonenhaushalten mit Kindern sind sehr bis ziemlich zufrieden. Alleinstehende haben somit einen arithmetischen Mittelwert der Lebenszufriedenheit von nur 4,8% (wobei „6“ der theoretische Maximalwert ist), im Gegensatz zu einem Zufriedenheitswert von 5,3 bei Personen, die in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern wohnen. Personen aus

²⁰⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48

²⁰⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

Mehrpersonenhaushalten ohne Kinder liegen hier in der Mitte und entsprechen genau dem steirischen Schnitt mit einer Zufriedenheit von 5,1²⁰⁷.

Grafik 55



Quelle: Statistik Austria, 2007

4.4.2.8 Resümee

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass Alleinstehende ohne Pension gegenüber Mehrpersonenhaushalten mit und ohne Kinder in allen Bereichen benachteiligt sind. Alleinstehende verfügen über deutlich niedrigere Jahresäquivalenzeinkommen als Mehrpersonenhaushalte, obwohl unter jenen diejenigen ohne Kinder über mehr Geld verfügen können. Analog zeigt sich die Situation hinsichtlich der Armutsgefährdung, sodass Alleinstehende die höchste Armutsgefährdungsquote nach Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern aufweisen. Weiters besitzen Alleinstehende diverse Konsumgüter zu den geringsten Anteilen und melden auch am häufigsten finanzielle Einschränkungen zurück. Alleinstehende empfinden am öftesten die Wohnkosten als starke Belastung, für die Hälfte machen sie mehr als ein Viertel des Äquivalenzeinkommens aus. All dies mündet in einer unterdurchschnittlichen Lebenszufriedenheit von Alleinstehenden (diese ist bei Personen in Mehrpersonenhaushalten mit Kindern am größten).

²⁰⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

Zur genaueren Analyse der Mehrpersonenhaushalte sollte auch noch auf spezifische Situationen von Haushalten mit unterschiedlicher Kinderzahl und Alleinerziehende eingegangen werden. Die Realität zeigt nämlich, dass Haushalte mit höherer Kinderzahl und Alleinerzieher-Haushalte ebenfalls starke Benachteiligungen erfahren.

4.4.3 (Paar-)Familien mit ... Kindern

Einbußen im Lebensstandard und ungünstige Wohnverhältnisse sind oftmals Gründe, weshalb sich viele Menschen gegen Kinder entscheiden oder diese Entscheidung in die Zukunft verschieben. Verstärkte Armutsgefährdung tritt besonders bei Familien mit mindestens drei Kindern auf.

Gemäß den Daten aus dem Mikrozensus 2006 gab es in der Steiermark **346.000 Familien**, von denen 133.200 Familien ohne Kinder (38,5%) und 212.800 mit Kindern (61,5%) waren²⁰⁸. Familien sind dabei Ehepaare oder Lebensgemeinschaften mit bzw. ohne Kinder sowie Elternteile mit Kindern. Als Kinder werden, unabhängig vom Lebensalter, jene Personen gezählt, die ohne Partner und ohne eigene Kinder bei den Eltern oder bei einem Elternteil leben. Familien in Anstaltshaushalten werden nicht ausgewiesen²⁰⁹.

Ausgehend von diesem Familienkonzept gab es 2006 in der Steiermark 133.200 Familien, davon 107.900 Ehepaare und 25.300 Lebensgemeinschaften, ohne Kinder. Diesen gegenüber stehen 143.200 Ehepaare und 23.100 Lebensgemeinschaften mit zumindest einem Kind sowie 7.300 alleinerziehende Väter und 39.200 alleinerziehende Mütter. Damit haben 57% der Ehepaare im Vergleich zu 48% der Lebensgemeinschaften Kinder²¹⁰.

Unter Beachtung der Kinderzahl gab es insgesamt 114.700 Familien mit einem Kind, 74.100 mit zwei Kindern, 18.700 mit drei Kindern und 5.300 mit vier oder mehr Kindern. Damit ist sowohl insgesamt wie auch in allen einzelnen Familienform die **Ein-Kind-Familie die häufigste Form**²¹¹.

²⁰⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 63

²⁰⁹ vgl. Kern/Tafner, 2007, S. 6

²¹⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 63

²¹¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 61

Tabelle 36

Familien nach Familientyp in der Steiermark (Mikrozensus 2006)						
	Insgesamt	kein Kind	mind. 1 Kind	1 Kind	2 Kinder	3 und mehr Kinder
Summe	346.000	133.200	212.800	114.700	74.100	24.000
Ehepaar	251.100	107.900	143.200	66.500	58.100	18.500
Lebensgemeinschaft	48.400	25.300	23.100	15.400	6.100	1.700
alleinerziehender Vater	7.300	-	7.300	5.400	1.800	200
alleinerziehende Mutter	39.200	-	39.200	27.400	8.100	3.700

Quelle: Statistik Austria, 2007

Aufgrund der spärlichen Datenlage zur Armutsgefährdung von Familien mit Kindern in der Steiermark werden hier eigene Berechnungen durchgeführt. Ausgehend von der Annahme, dass es hinsichtlich der Armutssituation kaum relevante Unterschiede zwischen der Lage in Gesamtösterreich und der in der Steiermark gibt, werden die österreichischen Armutsgefährdungsquoten von Haushalten mit ... Kindern gemäß EU-SILC 2006 auf die steirischen Familien mit ... Kindern umgelegt²¹².

In diesem ersten Abschnitt soll die **Armutsgefährdung von Paarfamilien** (Ehepaaren und Lebensgemeinschaften) mit Kindern untersucht werden, bevor auf AlleinerzieherInnen im nächsten Abschnitt eingegangen wird.

Es wird also angenommen, dass steirische Familien mit einem Kind im selben Maße armutsgefährdet sind wie österreichische Haushalte mit einem Kind (8%). Demnach sind von den 81.900 Paarfamilien mit einem Kind rund 6.600 Familien armutsgefährdet. Von den 64.200 Paarfamilien mit zwei Kindern sind 11% und damit ca. 7.100 Familien armutsgefährdet. Paarfamilien mit drei oder mehr Kindern gibt es insgesamt 20.200, diese sind zu 16% armutsgefährdet, wodurch 3.200 armutsbetroffene Familien mit zumindest drei Kindern in der Steiermark leben²¹³.

Betrachtet man, wie häufig Familien mit Kindern österreichweit von **Deprivation, Einkommensarmut und manifester Armut** betroffen sind, so zeigt sich umgelegt auf die

²¹² Es sei darauf hingewiesen, dass zur Berechnung die österreichischen Armutsgefährdungsquoten laut EU-SILC 2006 auf die Familiensituation in der Steiermark angewandt werden. Diese verteilt sich gemäß den Daten der letzten Volkszählung im Jahr 2001. Aufgrund fehlender aktuellerer Daten muss davon ausgegangen werden, dass diese Verteilung in ihren Grundzügen gleich geblieben ist.

²¹³ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139 (eigene Berechnungen)

Steiermark folgendes Bild: Etwa 13.900 Paarfamilien mit einem Kind, 9.600 mit zwei Kindern sowie 3.000 Familien mit zumindest drei Kindern sind in der Steiermark depriviert. Weiters sind rund 3.300 Ein-Kind-Familien, 4.500 Zwei-Kind-Familien und 2.200 Familien mit drei oder mehr Kindern einkommensarm. In manifester Armut leben etwa 3.300 Familien mit einem Kind, 2.600 Familien mit 2 Kindern und 1.200 Familien mit zumindest drei Kindern.

Demnach sind 11% der **Familien mit zumindest drei Kindern** von Einkommensarmut und 6% von manifester Armut betroffen, was bedeutet, dass sie häufiger in den jeweiligen Armutslagen sind als Familien mit weniger Kindern.

Anders ausgedrückt sind 76% der Ein-Kind-Familien und 74% der Zwei-Kind-Familien nicht arm, während dies nur auf 68% der Familien mit drei oder mehr Kinder zutrifft²¹⁴.

Am stärksten von Armut betroffen sind jedoch Ein-Eltern-Haushalte – also alleinerziehende Mütter und Väter. Diesen widmet sich deshalb auch die nächste Analyse.

4.4.4 Alleinerzieher-Familien

In den Medien wird immer wieder darüber berichtet, dass **Alleinerzieher-Familien verstärkt armutsgefährdet** sind. Gründe dafür sind besonders eingeschränkte Erwerbs- und Verdienstmöglichkeiten aufgrund Kinderbetreuungspflichten, Ausgaben für Kinderbetreuung und natürlich fehlt auch das Einkommen eines Partners.

Gemäß den Ergebnissen der Mikrozensushebung 2006 gab es in der Steiermark 46.500 Ein-Eltern-Haushalte, von denen 39.200 aus alleinerziehenden Müttern mit ihrem/n Kind/ern und 7.300 aus alleinerziehenden Vätern mit ihrem/n Kind/ern bestanden. Alleinerzieher-Familien machen somit über 13% aller steirischen Familien 2006 aus.

Wieder davon ausgehend, dass die Armutssituation Alleinerziehender in der Steiermark gleich der in Gesamtösterreich ist, sind **27% oder 12.600 Familien mit einem alleinerziehenden Elternteil armutsgefährdet**²¹⁵.

Eine detailliertere Betrachtung der Armutslagen ergibt, dass 23% oder 10.700 Ein-Eltern-Haushalte depriviert sind, weitere 12% oder 5.600 einkommensarm und 15% oder 7.000

²¹⁴ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 143 (eigene Berechnungen)

²¹⁵ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139 (eigene Berechnungen)

Alleinerzieher-Familien manifest arm sind. Damit sind sie von allen Armutskonstellationen überdurchschnittlich stark betroffen, verglichen mit Mehrpersonenhaushalten mit Kindern.

Lediglich die Hälfte aller Ein-Eltern-Haushalte kann daher als nicht arm bezeichnet werden²¹⁶!

Obwohl die Datenlage nur einen Rückschluss der Österreicherergebnisse auf die Steiermark zulässt, kann mit ziemlicher Sicherheit festgestellt werden, dass Alleinerzieher-Familien auch in der Steiermark überdurchschnittlich stark von Armut gefährdet sind.

4.4.5 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin

Besonders aufgrund der ungünstigeren Situation von Frauen am Arbeitsmarkt sind die Lebensbedingungen von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin etwas schlechter und die Gefahr in Armut zu geraten höher.

Inwiefern diese Personen genau benachteiligt sind, wird im folgenden Abschnitt näher analysiert.

4.4.5.1 Verteilung der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin in der Steiermark

Gemäß den Daten von EU-SILC 2006 leben in der Steiermark 297.000 Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und 870.000 in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Damit lebt ein Viertel der 1.167.000 SteirerInnen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin²¹⁷. Bundesweit leben 2.171.000 Personen oder 27% in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin²¹⁸.

4.4.5.2 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Einkommen

Der Median des Jahresäquivalenzeinkommens (siehe auch Tabelle 4) beträgt für Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin 16.482 Euro. Das sind um 1.316 Euro oder mehr als 7% weniger als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener pro Jahr zur Verfügung stehen. Das einkommensschwächste Viertel der Haushalte mit weiblicher

²¹⁶ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 143 (eigene Berechnungen)

²¹⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

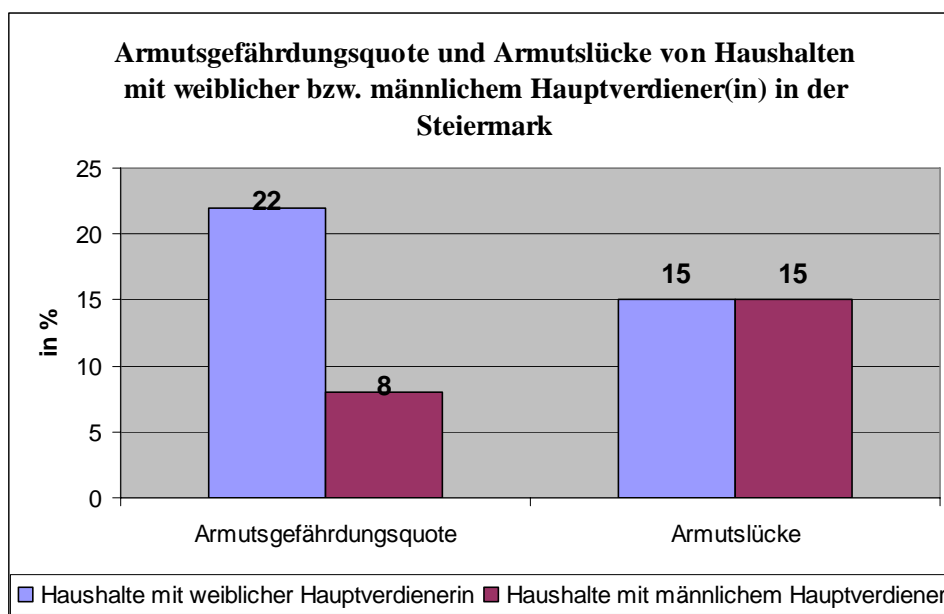
²¹⁸ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 108

Hauptverdienerin verfügt über weniger als 11.327 Euro jährlich und liegt damit nahe an der Armutsgefährdungsschwelle von 10.711 Euro²¹⁹.

4.4.5.3 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Armutsgefährdung

Wie die schlechteren Einkommensverhältnisse von Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin erwarten lassen, ist die Armutsgefährdung von eben diesen weitaus höher als von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener.

Grafik 56



Quelle: Statistik Austria, 2007

22% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin sind armutsgefährdet – das sind beinahe drei Mal so viele wie Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (8%). Keinen geschlechtsspezifischen Unterschied weist die Armutsücke auf. Sowohl bei armutsgefährdeten Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin als auch bei solchen mit männlichem Hauptverdiener weicht das Median-Äquivalenzeinkommen um durchschnittlich 15% von der Armutsgefährdungsschwelle ab²²⁰.

²¹⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 14

²²⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 19

4.4.5.4 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Konsum

Die Daten von EU-SILC 2006 lassen darauf schließen, dass die Konsummöglichkeiten von Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin im Vergleich zu denen von Haushalten mit männlichem Hauptverdiener deutlich eingeschränkt sind. Die größten Unterschiede gibt es im Vorhandensein von PC, PKW und Handy. 54% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin haben einen PC, 71% einen PKW und 81% ein Handy. Das sind jeweils um mehr als 10% weniger wie in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Auch bei allen anderen Konsumgütern sind Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin unterdurchschnittlich ausgerüstet. Den geringsten Unterschied gibt es bei Telefonen, die bei 69% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und bei 72% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener anzutreffen sind²²¹.

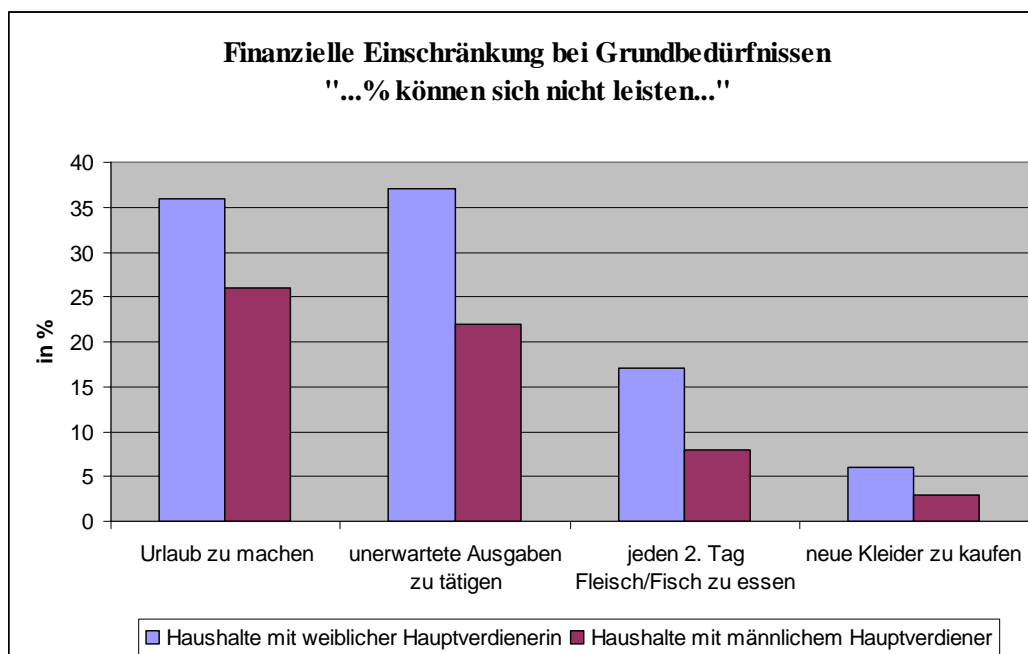
Dass diese Konsumeinschränkungen vielfach finanziell bedingt sind, zeigt die Tatsache, dass Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin zwei bis drei Mal so oft angeben, sich diese Konsumgüter nicht leisten zu können (siehe Tabelle 9). Einen PC können sich 3% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener aber 10% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin aufgrund finanzieller Einschränkungen nicht leisten. Ebenso haben 3% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener aber 9% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin aus finanziellen Gründen keinen PKW²²².

Auch finanzielle bedingte Einschränkungen bei Grundbedürfnissen treffen Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin viel häufiger als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (siehe Tabelle 10).

²²¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 28

²²² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 32

Grafik 57



Quelle: Statistik Austria, 2007

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin sind sichtlich häufiger in der Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse eingeschränkt als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener. Den größten Unterschied gibt es im Bereich „Tätigung unerwarteter Ausgaben“, was sich 37% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin nicht leisten können. Dasselbe trifft nur auf 22% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener, und damit auf 15% weniger, zu. 36% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin (im Vergleich zu 26% in solchen mit männlichem Hauptverdiener) können es sich nicht leisten Urlaub zu machen, und 17% können nicht jeden 2. Tag Fleisch oder Fisch essen (im Gegensatz zu 8%). In beiden Gruppen sind die Anteile derer, die mit Zahlungen im Rückstand ist oder die Wohnung nicht angemessen warm halten kann, relativ gering und unterscheiden sich nur um einen bis zwei Prozentpunkte²²³.

4.4.5.5 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Wohnen

Die Rechtsverhältnisse an der Wohnung unterscheiden sich deutlich zwischen Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und Haushalten mit weiblichem Hauptverdiener.

²²³ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 34

Tabelle 37

Rechtsverhältnis an der Wohnung nach soziodemographischen Merkmalen in der Steiermark													
	Gesamt (=100%) in 1.000	Haus- eigentum		Wohnungs- eigentum		Gemeinde- wohnung		Genossen- schaft		sonst. Haupt-/ Untermiete		mietfreie Wohnung/ Haus	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	674	58	123	11	39	3	105	9	146	13	80	7
Haushalt mit													
männlichem Hauptverdiener	870	543	62	87	10	24	3	70	8	95	11	50	6
weiblicher Hauptverdienerin	297	131	44	36	12	14	5	35	12	51	17	30	10

Quelle: Statistik Austria, 2007

Während 62% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener ein Haus besitzen, tun dies nur 44%, und damit um 18% weniger, der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin. Diese haben zwar um 2% häufiger eine Wohnung in Besitz, doch befinden sie sich auch viel öfter in benachteiligten Rechtsverhältnissen. 17% der Personen mit weiblicher Hauptverdienerin leben in sonstigen Mietverhältnissen, 12% in Genossenschaftswohnungen und 5% in Gemeindewohnungen²²⁴.

Während es hinsichtlich diverser Wohnprobleme keine signifikanten Unterschiede zwischen Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin und solchen mit männlichem Hauptverdiener gibt²²⁵, zeigen sich doch Differenzen in der subjektiven Wohnkostenbelastung. 15% der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin empfinden die Wohnkosten als starke Belastung und damit mehr als doppelt so viele wie Haushalte mit männlichem Hauptverdiener (7%). Die Wohnkosten machen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin auch mehr als doppelt so oft über ein Viertel des Äquivalenzeinkommens aus – nämlich in 25% der Fälle, während dies nur auf 10% der Haushalte mit männlichem Hauptverdiener zutrifft²²⁶.

4.4.5.6 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Gesundheit

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin beurteilen ihren Gesundheitszustand in beiden Alterskategorien durchschnittlich als schlechter im Vergleich zu Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener.

Unter den 16- bis 64-Jährigen bezeichnen 76% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin im Vergleich zu 82% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener ihren Gesundheitszustand als gut bis sehr gut. 15% bzw. 14% befinden diesen

²²⁴ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 36

²²⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 40

²²⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 44

als mittelmäßig, aber 9% (und damit mehr als doppelt so viele) der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin geben an, in schlechtem bis sehr schlechtem Gesundheitszustand zu sein im Vergleich zu 4% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener²²⁷.

Auch bei den über 64-Jährigen geben Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin mit 34% viel häufiger an, dass ihr Gesundheitszustand schlecht bis sehr schlecht sei. Seltener als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener befinden sie diesen als mittelmäßig oder gut bis sehr gut (32% im Vergleich zu 37%)²²⁸.

Ebenso leiden Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin viel häufiger an Gesundheitsbeeinträchtigungen (siehe Tabelle 19). Angemerkt soll an dieser Stelle werden, dass dies sicherlich auch auf den hohen Anteil hochbetagter Frauen in diesen Haushalten zurückzuführen ist.

Tabelle 38

Steiermark: Gesundheitsbeeinträchtigungen nach soziodemographischen Merkmalen									
	Gesamt (=100%) in 1.000	in schlechtem Gesundheits- zustand		chronisch krank		stark beeinträchtigt durch Behinderung		Bezug einer Invaliditäts- /Erwerbsun- fähigkeits- pension	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	92	8	221	19	104	9	17	1
Haushalt mit männlichem Hauptverdiener	870	50	6	149	17	62	7	14	2
weiblicher Hauptverdienerin	297	42	14	72	24	43	14	(3)	(1)

Quelle: Statistik Austria, 2007

Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin geben gemäß den Daten von EU-SILC 2006 mehr als doppelt so oft an in schlechtem Gesundheitszustand zu sein. 24% von ihnen, und damit um 7% mehr als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener, geben an chronisch krank zu sein. Weiters sind mit 14% doppelt so viele Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin als Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Einzig beim Bezug von Invaliditäts- oder Erwerbsunfähigkeitspensionen ist der Anteil von Personen in Haushalten

²²⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 48

²²⁸ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 51

mit männlichem Hauptverdiener größer als der von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin²²⁹.

4.4.5.7 Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin und Lebenszufriedenheit

Trotz diverser Benachteiligungen von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin, gibt es kaum Unterschiede in ihrer Lebenszufriedenheit. Der Zufriedenheitswert von Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin ist mit 5,0 nur geringfügig niedriger als der von Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener mit 5,1 (der theoretische Höchstwert liegt bei 6,0). Mit 78% geben um 10% der Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin seltener an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein. 6% von ihnen sind sehr bis eher unzufrieden, wohingegen dies nur 3% der Personen in Haushalten mit männlichem Hauptverdiener angeben²³⁰.

4.4.5.8 Resümee

Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin haben ein deutlich niedrigeres Einkommen als Haushalte mit männlichem Hauptverdiener und sind beinahe drei Mal so oft armutsgefährdet. Geringerer Besitz von Konsumgütern und stärkere finanzielle Einschränkungen treffen Personen in Haushalten mit weiblicher Hauptverdienerin in allen betrachteten Lebensbereichen. Für ein Viertel der Haushalte mit weiblicher Hauptverdienerin machen die Wohnkosten mehr als 25% des Äquivalenzeinkommens aus. In der Lebenszufriedenheit gibt es dennoch keine signifikanten Unterschiede zwischen den Bewohnern der verschiedenen Haushalte.

²²⁹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 53

²³⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 55

5 Sozialschutz

Sozial(schutz)ausgaben umfassen Ausgaben für Sozialleistungen mit Umverteilungscharakter (private Vorsorge und private Zuzahlungen sind nicht inkludiert). Sozialleistungen sind weiters Geld- oder Sachleistungen, die zur Vermeidung von Risiken oder zur Unterstützung in bestimmten Lebenssituationen zur Verfügung gestellt werden. Es können acht, den Sozialschutz begründende Funktionen (Risiken) unterschieden werden: Krankheit/Gesundheitsversorgung, Invalidität/Gebrechen, Alter, Hinterbliebene, Arbeitslosigkeit, Familie/Kinder, Wohnen und soziale Ausgrenzung²³¹.

5.1 *Arten des Sozialschutzes*

Das österreichische System der sozialen Sicherung besteht aus zentralen wie dezentralen Elementen, wobei die Leistungen, die in den Kompetenzbereich der zentralstaatlichen Ebene fallen, überwiegen. Das Sozialschutzsystem kann in folgende Bereiche gegliedert werden: Sozialversicherung, Arbeitslosenversicherung, universelle Systeme, bedarfsorientierte Leistungen, Sozialschutz für Beamte, Sozialentschädigung, Arbeitsrechtlicher Schutz, Betriebliche Formen der Altersvorsorge und soziale Dienste²³².

- Die österreichische **Sozialversicherung** ist eine Pflichtversicherung, die auf dem Solidaritätsprinzip und der Selbstverwaltung beruht. Den Kern der Sozialversicherung bilden die Pensions-, die Unfalls- und die Krankenversicherung. Insgesamt existieren für diese 22 Sozialversicherungsträger, die im Hauptverband österreichischer Sozialversicherungsträger zusammengeschlossen sind. Die Sozialversicherungsträger erfassen fast alle Erwerbstätigen (in den letzten Jahren wurde auch ein großer Teil atypischer Beschäftigungsverhältnisse beitrags- und leistungsseitig verpflichtend oder optional einbezogen). Der Krankenversicherungsschutz erstreckt sich auch auf Familienangehörige von Versicherten und sichert somit die Gesundheitsversorgung für (beinahe) die gesamte Bevölkerung²³³.
- Die **Arbeitslosenversicherung** wird vom Arbeitsmarktservice (AMS) verwaltet, das auch für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zuständig ist. Finanziert wird sie überwiegend aus lohnbezogenen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträgen²³⁴.

²³¹ vgl. Statistik Austria, 2008 C, S. 218

²³² vgl. BMSK, 2007, S. 9 und 12

²³³ vgl. BMSK, 2007, S. 12-13

²³⁴ vgl. BMSK, 2007, S. 13

- Auf die Leistungen der **Universellen Systeme** hat die gesamte Wohnbevölkerung unabhängig vom Erwerbsstatus und den Einkommensverhältnissen Anspruch. Die drei bedeutendsten Geldleistungen sind Familienbeihilfe und Kinderabsetzbetrag, Kinderbetreuungsgeld sowie Pflegegeld. Da die Krankenversicherung auch die mitversicherten Personen umfasst, entspricht auch sie einem universellen System²³⁵.
- **Bedarfsorientierte Leistungen** umfassen Ausgleichszulagen in der Pensionsversicherung zur Erreichung einer Mindestpension, Notstandshilfe bei Langzeitarbeitslosigkeit sowie Wohn- und Studienbeihilfen. Die Sozialhilfe stellt das letzte „Netz“ im System der sozialen Sicherheit dar. Mit Ausnahme der Notstandshilfe sind die bedarfsorientierten Leistungen steuerfinanziert²³⁶.
- Für die Mehrheit der öffentlichen Bediensteten (Beamten) gelten in bestimmten Schutzbereichen eigene Regelungen in Abhängigkeit vom Dienstgeber (Bund, Land, u.a.). Gemein ist ihnen, dass sie weder arbeitslosen- noch pensionsversichert sind. Stattdessen regelt der **Sozialschutz für Beamte** deren direkte Ansprüche gegenüber den Dienstgebern. Die Finanzierung der Pensionen und Gesundheitsversorgung erfolgt durch die Beiträge der Beamten und das staatliche Budget der Gebietskörperschaften²³⁷.
- **Sozialentschädigungen** sind eigene Sozialschutzsysteme, für bestimmte Risikolagen, für die der Staat eine besondere Verantwortung übernimmt. Darunter fallen beispielsweise Leistungen für Kriegs- und Heeresopfer, Verbrechenopfer und Opfer von Impfschäden. Die Finanzierung dieser Entschädigungen erfolgt ausschließlich aus dem Budget des Bundes²³⁸.
- **Arbeitsrechtliche Absicherungen** sichern Ansprüche gegenüber Arbeitgebern, wie finanzielle Absicherung im Krankheitsfall und Kündigungsfristen sowie Regelungen über Arbeits- und Ruhezeiten. Die Kollektivverträge garantieren ein Mindesteinkommen auf Branchenebene (einen gesetzlichen Mindestlohn gibt es nicht)²³⁹.
- **Betriebliche Formen der Altersvorsorge** („zweite Säule“) erfassen in Österreich nur einen relativ kleinen Teil der ArbeitnehmerInnen. Derzeit beziehen nur 2% der

²³⁵ vgl. BMSK, 2007, S. 13-14

²³⁶ vgl. BMSK, 2007, S. 14-15

²³⁷ vgl. BMSK, 2007, S. 15

²³⁸ vgl. BMSK, 2007, S. 15

²³⁹ vgl. BMSK, 2007, S. 15

PensionistInnen zusätzlich eine Firmenpension. Für neu ins Berufsleben eintretende ArbeitnehmerInnen besteht eine obligatorische betriebliche Mitarbeitervorsorge²⁴⁰.

- Die wesentlichen Bereiche der **Sozialen Dienste** sind Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik, Alten- und Pflegeheime, außerschulische Betreuung, tagesstrukturierende Einrichtungen und ambulante Dienste, Wohn- und Beschäftigungseinrichtungen für beeinträchtigte Menschen sowie die Beratung und Betreuung von Personen in besonderen Problemlagen. Die Zuständigkeit für die sozialen Betreuungseinrichtungen liegt großteils bei den Bundesländern, Gemeinden und Städten²⁴¹.

5.2 Sozialausgaben

Sozialpolitik hat in Österreich einen hohen Stellenwert. Im Jahr 2005 betragen die gesamten Sozialausgaben 70,6 Mrd. Euro, was einer **Sozialquote von 28,8%** entspricht. Die Sozialquote gibt das Verhältnis von Sozialausgaben²⁴² zur jährlichen wirtschaftlichen Wertschöpfung eines Staates (BIP) wider. Im Vergleich zu 2003 (Sozialquote von 29,3%) ist die Sozialquote damit um 0,5 Prozentpunkte gesunken, obwohl die Sozialausgaben um 3,7 Mrd. Euro gestiegen sind. Laut Bundesministerium ist dies zu einem geringen Teil auf Konsolidierungsmaßnahmen und zu einem größeren Teil auf ein stärkeres Wachstum des BIP zurückzuführen²⁴³. Im Vergleich zu 1990, als die Sozialquote 26% betrug, ist dennoch ein deutlicher Anstieg der Quote zu beobachten.

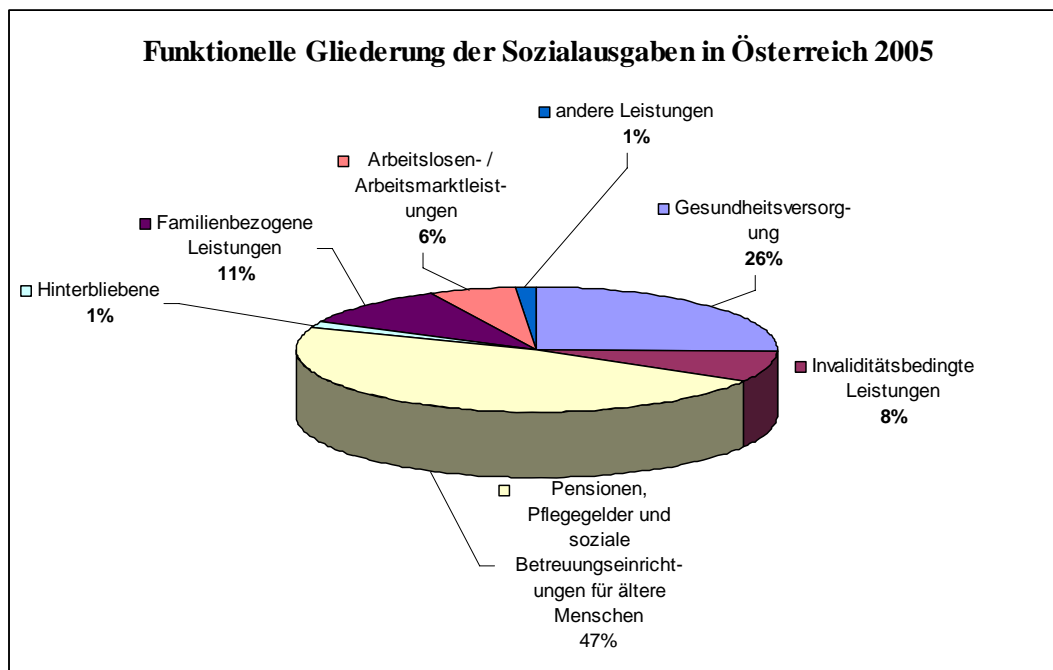
²⁴⁰ vgl. BMSK, 2007, S. 15-16

²⁴¹ vgl. BMSK, 2007, S. 16

²⁴² Die Beschreibung der Sozialausgaben orientiert sich an der Methode ESSOSS (Europäisches System der Integrierten Sozialschutzstatistik), die zwischen EUROSTAT und den EU-Mitgliedsstaaten vereinbart wurde.

²⁴³ vgl. BMSK, 2007, S. 18

Grafik 58



Quelle: BMSK, 2007

In Österreich überwiegen die sozialversicherungsrechtlichen Leistungen, auf die mehr als die Hälfte der Sozialausgaben entfällt. Die oben abgebildete Grafik zeigt, dass beinahe die Hälfte der österreichischen Sozialausgaben (47,3% bzw. 32,3 Mrd. Euro) für Pensionen, Pflegegelder und soziale Betreuungseinrichtungen für ältere Menschen ausgegeben werden. Ein weiteres Viertel (26% bzw. 17,4 Mrd. Euro) entfällt auf die Gesundheitsversorgung, 11% auf Familienleistungen, 8% auf invaliditätsbedingte Leistungen und 6% auf Arbeitslosen- und Arbeitsmarktleistungen. Die Leistungen im Bereich Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt sind von 1990 bis 2005 am stärksten angestiegen. Einen überdurchschnittlichen Anstieg gab es auch bei Leistungen für Familie und Alter²⁴⁴.

Insgesamt entfallen 71% der Sozialausgaben auf Geldleistungen, von denen 64% Altersleistungen sind. Den größten Anteil der Sachleistungen mit drei Viertel machen die ambulante und stationäre Krankenversorgung aus²⁴⁵.

Das gesamte Sozialsystem wurde 2005 zu 38% durch Arbeitgeberbeiträge, zu 33% durch Budgetmittel der Gebietskörperschaften und zu 27% durch Versichertenbeiträge finanziert.

²⁴⁴ vgl. BMSK, 2007, S. 18-19

²⁴⁵ vgl. BMSK, 2007, S. 19

Die genaue Finanzstruktur 2005 stellte sich wie folgt dar:

Sozialbeiträge privater Unternehmen	32,2%
Sozialbeiträge des Staates als Arbeitgeber	5,6%
ArbeitnehmerInnenbeiträge	22,2%
Selbstständigenbeiträge	2,9%
PensionistInnenbeiträge	2,3%
Budgetmittel der Gebietskörperschaften	33,1%
Andere Einnahmen	1,6%

Seit 1990 haben die Anteile der Arbeitgeberbeiträge und des Staates an der Gesamtfinanzierung um jeweils 1 Prozentpunkt abgenommen und die der Versicherten um zwei Prozentpunkte zugenommen²⁴⁶.

5.3 Bedeutung staatlicher Sozialleistungen

Diese Daten machen deutlich, dass Sozialschutz in Österreich einen hohen Stellenwert innehat. Inwiefern diese Aufwendungen zu Gleichheit und geringerer Armutsgefährdung der Bevölkerung führen, wird im nächsten Abschnitt näher erläutert.

5.3.1 Armutsreduzierende Wirkung staatlicher Sozialleistungen

Die staatlichen Sozialleistungen senken die Armutsgefährdung in Österreich beträchtlich. So wären ohne staatlichen Sozialschutz 43% der österreichischen Bevölkerung armutsgefährdet. Nach Pensionszahlungen aber vor Sozialleistungen sind es immer noch 25%. Schließlich sind nach Pensions- und Sozialleistungen 13% der ÖsterreicherInnen armutsgefährdet – 30 Prozentpunkte weniger als ohne staatlichen Sozialschutz.

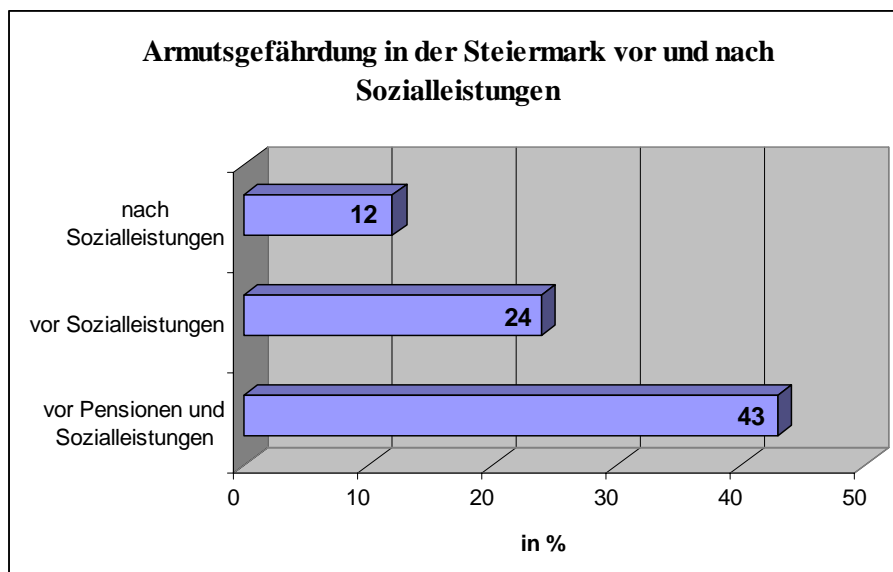
Die höchste Armutsgefährdung vor Pensionen und Sozialleistungen gibt es im Burgenland (50%) und die niedrigste in Salzburg (38%). Nach Pensionen und Sozialleistungen haben Wien (17%) und Kärnten (15%) die höchsten Armutsgefährdungsquoten, und Vorarlberg (9%) und Tirol (10%) die niedrigsten.

Auch in der Steiermark zeigt sich deutlich die armutsreduzierende Wirkung staatlicher Sozialleistungen²⁴⁷.

²⁴⁶ vgl. BMSK, 2007, S. 20-21

²⁴⁷ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 139

Grafik 59



Quelle: Statistik Austria, 2008

Die Armutsgefährdung ohne staatlichen Sozialschutz läge in der Steiermark bei 43%. Nach Pensionen wären nur mehr 24% armutsgefährdet. Die Zahl der Armutsgefährdeten reduziert sich nach Sozialleistungen weiter auf 12%.

5.3.2 Staatliche Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle

Laut EU-SILC 2006 beziehen österreichweit 704.000 Personen oder 9% der Bevölkerung ihr Haupteinkommen aus Sozialleistungen. Für weitere 20% oder 1.641.000 Menschen stellen Pensionen das Haupteinkommen dar. In der Steiermark sind für 21% der Bevölkerung oder 243.000 Menschen Pensionen die Haupteinkommensquelle und für 8% oder 94.000 sind es Sozialleistungen. Die höchsten Anteile an Personen, deren Haupteinkommen aus Sozialleistungen besteht, finden sich in Kärnten und Wien mit jeweils 11%²⁴⁸.

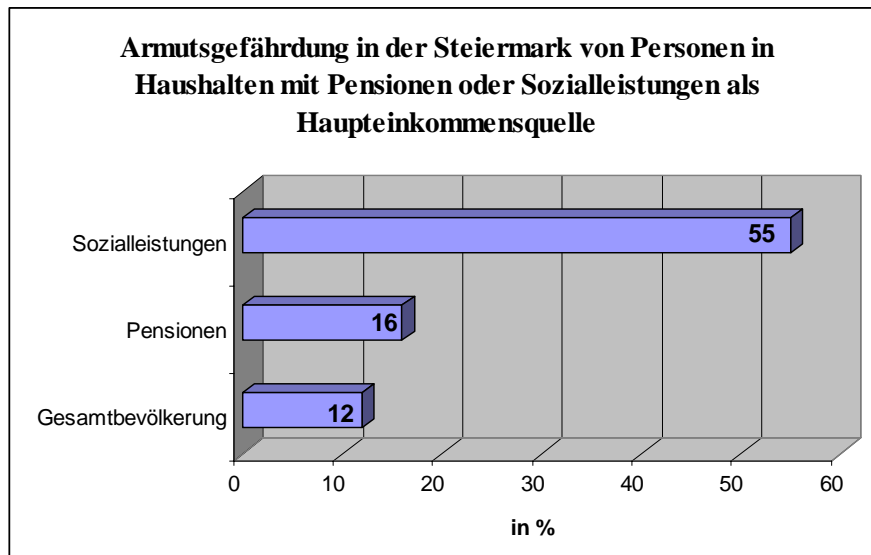
Im Folgenden wird die Lebenslage jener Bevölkerungsgruppen analysiert, deren Haupteinkommensquelle staatliche Sozialleistungen sind²⁴⁹.

²⁴⁸ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 118

²⁴⁹ Aufgrund der genauen Analyse der PensionistInnen im vorigen Abschnitt werden Ergebnisse dieser hier teilweise nicht näher interpretiert.

5.3.2.1 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Armutsgefährdung

Grafik 60



Quelle: Statistik Austria, 2007

Trotz der armutsreduzierenden Wirkung von staatlichen Sozialleistungen sind Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, überdurchschnittlich stark armutsgefährdet. 16% sind es bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind und gar 55% bei Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen sind. Bei einer Armutsgefährdungsquote von 12% für die steirische Gesamtbevölkerung ist ihr Risiko somit beinahe fünf Mal so hoch²⁵⁰.

5.3.2.2 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Konsum

Die EU-SILC 2006 Konsumdaten zeigen, dass Menschen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, beim Besitz diverser Konsumgüter benachteiligt sind. In diesem Zusammenhang ist jedoch auf die weiter oben dargestellte Analyse zur Lage von PensionistInnen zu verweisen. Demnach ist das Fehlen von Konsumgütern in dieser Personengruppe nicht immer finanziell bedingt, sondern hängt vielfach mit anderen Faktoren zusammen.

²⁵⁰ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 21

Die nächste Tabelle zeigt in welchem Ausmaß diverse Konsumgüter in Haushalten mit Pension und Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle vorhanden sind.

Tabelle 39

Vorhandensein von Konsumgütern im Haushalt nach Erwerbsstatus in der Steiermark															
... % besitzen ...	Gesamt (=100%) in 1.000	Internet		DVD		PC		Geschirrspülmaschine		PKW		Telefon		Handy	
		in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Insgesamt	1167	504	43	703	60	751	64	890	76	1011	87	834	71	1049	90
Haupteinkommensquelle															
unselbständige Arbeit	721	364	51	534	74	552	77	585	81	685	95	465	64	695	96
selbständige Arbeit	101	70	70	59	58	88	87	90	89	98	97	89	88	97	96
Sozialleistungen	94	20	21	59	63	53	56	66	70	70	75	56	59	86	91
Pensionen	243	47	19	47	19	54	22	147	60	155	64	220	90	165	68

Quelle: Statistik Austria, 2007

Während 43% der steirischen Gesamtbevölkerung im Besitz von Internet ist, sind das nur 21% der Sozialleistungsempfänger und 19% der PensionsbezieherInnen. Weiters haben 56% der Bezieher von Sozialleistungen und 22% derer von Pensionen einen PC, wohingegen 64% der SteirerInnen einen solchen haben. Einen PKW haben 87% der Steirer und Steirinnen, aber nur 75% der Personen, deren Haupteinkommensquelle Sozialleistungen und 64% der Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind. So gut wie keine Unterschiede zwischen der Gesamtbevölkerung und den Sozialleistungsempfängern gibt es bei DVDs und Handys. Pensionisten haben auch in diesen Bereichen weit niedrigere Konsumanteile²⁵¹.

Leider gibt es keine Information darüber, inwieweit die vorhandenen Differenzen finanziell bedingt sind.

5.3.2.3 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Wohnen

Die Wohnsituation von Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen oder Sozialleistungen sind, kann nur anhand des Rechtsverhältnisses an der Wohnung betrachtet werden. Aufgrund zu geringer Stichproben gibt es in EU-SILC 2006 keine Analysen zu Wohnproblemen, Wohnkostenbelastung und Wohnzufrieden dieser Bevölkerungsgruppen.

Tabelle 12 bildet die Verteilung der Rechtsverhältnisse nach Erwerbsstatus ab. Dabei sieht man, dass der Großteil der steirischen Bevölkerung (58%) Hauseigentum hat, während dies

²⁵¹ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 30

nur auf 48% bzw. 50% der Personen mit Sozialleistungen bzw. Pensionen als Haupteinkommensquelle zutrifft. 29% der Personen mit Sozialleistungen als Haupteinkommen leben in sonstigen Mietverhältnissen, 4% in Gemeindewohnungen und 7% in Genossenschaftswohnungen und weitere 6% in mietfreien Wohnmöglichkeiten. Unter den Personen, deren Haupteinkommensquelle Pensionen sind, leben 14% in mietfreien Wohnverhältnissen, während 13% eine Wohnung besitzen und 11% in Genossenschaftswohnungen leben²⁵².

5.3.2.4 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Gesundheit

Eine genauere Betrachtung der gesundheitlichen Lage ist nur auf Bundesebene, und dabei nur für jene Altersgruppe ab 65 Jahren, möglich.

Für die meisten Personen in dieser Gruppe (84%) bilden Pensionen die Haupteinkommensquelle. Von diesen geben 39% an, sich gut bis sehr gut zu fühlen, ebenso viele gaben an, dass ihr Gesundheitszustand mittelmäßig sei und 22% befanden ihren Gesundheitszustand für schlecht bis sehr schlecht. Damit entsprechen sie genau dem Gesamtbild dieser Altersgruppe. Ein wenig schlechter schildern Personen (ab 65 Jahre), deren Haupteinkommen von Sozialleistungen gebildet wird, ihren Gesundheitszustand. Nur 22% empfinden ihn als gut bis sehr gut, jedoch 38% als schlecht bis sehr schlecht²⁵³.

Personen, deren Haupteinkommensquelle aus Sozialleistungen besteht, sind in der Gruppe der über 65-Jährigen auch am stärksten von gesundheitlichen Beeinträchtigungen betroffen. Mehr als die Hälfte ist chronisch krank und jeder Zweite bis Dritte bezeichnet seinen Gesundheitszustand als schlecht bis sehr schlecht. Jeder Dritte ist durch eine Behinderung stark beeinträchtigt. Hingegen sind 44% der Personen, mit Pensionen als Haupteinkommensquelle, chronisch krank und etwa jeder Vierte ist in schlechtem Gesundheitszustand oder durch eine Behinderung stark beeinträchtigt²⁵⁴.

5.3.2.5 Personen mit staatlichen Sozialleistungen als Haupteinkommensquelle und Lebenszufriedenheit

Auch die Lebenszufriedenheit in Abhängigkeit von der Haupteinkommensquelle, lässt sich nur auf Bundesebene analysieren. Mit einem durchschnittlichen Zufriedenheitswert von 5,0

²⁵² vgl. Statistik Austria, 2007, S. 38

²⁵³ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 135

²⁵⁴ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 138

zeigen sich Pensionsempfänger als ungefähr gleich zufrieden wie die österreichische Gesamtbevölkerung (5,1). 76% gaben an sehr bis ziemlich zufrieden zu sein und weitere 20% waren eher zufrieden. Nur 1% bzw. 3% sagten, dass sie ziemlich bzw. eher unzufrieden seien. Im Vergleich zu den Pensionsempfängern und auch zur österreichischen Gesamtbevölkerung, sind Sozialleistungsbezieher deutlich unzufriedener mit ihrem Leben. Sie haben einen Zufriedenheitswert von nur 4,6 und geben viel öfter an unzufrieden zu sein (6% sind sehr, 8% eher unzufrieden). Im Gegensatz dazu sind nur 62% sehr zufrieden mit ihrem Leben²⁵⁵.

5.3.3 Resümee

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass staatliche Sozialleistungen die Armutsgefährdung in Österreich und der Steiermark (von 43% auf 12%) stark reduzieren. Dennoch erfahren Bevölkerungsgruppen, die auf diese staatliche Hilfe (als Haupteinkommensquelle) angewiesen sind, starke Benachteiligungen in allen Lebensbereichen.

²⁵⁵ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 146

6 Soziale und kulturelle Teilhabe

Im Rahmen der EU-SILC Studien wird jedes Jahr ein anderes Thema beleuchtet, dass in engem Zusammenhang mit Einkommen und Lebensbedingungen steht. In EU-SILC 2006 war ein Bereich dem Thema „Soziale und kulturelle Teilhabe“ gewidmet. Unter diesem Überbegriff wurden diverse Daten hinsichtlich des Kontaktes zu Verwandten, Freundeskreis und Nachbarschaft, bezüglich erwarteter Unterstützungen durch das engere soziale Netz und selbst erbrachte informelle Hilfeleistungen (nicht im Rahmen einer Organisation), sowie bezüglich der Teilnahme an Vereins- oder Organisationsaktivitäten und im kulturellen Bereich erhoben. Die soziale Teilhabe ist für die Einschätzung der Lebensbedingungen von großer Relevanz, wenn man bedenkt, dass in Österreich Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als die wichtigsten Lebensbereiche wahrgenommen werden. Eine starke soziale und kulturelle Partizipation und Integration kann als erstrebenswerter und zufrieden stellender Lebensstandard definiert werden – als ein Maßstab, an dem die Situation materiell benachteiligter Menschen in Bezug auf soziale und kulturelle Deprivation gemessen werden kann²⁵⁶.

Zu den **sozialen Kontakten** wurde nach der Häufigkeit von persönlichen Treffen und von indirekten Kontakten über Kommunikationsmedien mit Verwandten, dem Freundeskreis und Personen aus der Nachbarschaft gefragt²⁵⁷. Die **Unterstützung durch das soziale Netzwerk** wurde mittels der Frage erhoben, ob die Befragten in einer bestimmten Situation²⁵⁸ mit Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn rechnen können. Weiters wurde die Häufigkeit von **informellen und formellen Aktivitäten** in Organisationen (politische Organisationen, Berufsverbände, Sportvereine, Freizeitgruppen, Religionsgemeinschaften und soziale oder karitative Organisationen) während der letzten 12 Monate erhoben²⁵⁹. Im Bereich der **Freizeitaktivitäten** wurde die Anzahl der Besuche in diversen kulturellen Einrichtungen²⁶⁰ innerhalb der vergangenen 12 Monate erhoben. Weiters wurden die Häufigkeiten der Ausübung weiterer Freizeitaktivitäten (Fernsehen, Radio/Musik hören, Lesen, aktiver Sport,

²⁵⁶ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 57

²⁵⁷ Ein regelmäßiger Kontakt wurde bei täglichen oder wöchentlichen Kontakten entweder jedweder Art angenommen. Gab es sowohl persönliche als auch indirekte Kontakte, wird von intensivem Kontakt gesprochen.

²⁵⁸ Solche Situationen umfassen: Versorgung von Wohnung, Haustieren, Pflanzen während Reisen; Ratschläge und Hilfe bei Entscheidungen; Probleme besprechen; Tätigkeiten, die man nicht alleine ausführen kann; Niedergeschlagenheit; finanzielle Probleme; Krankheit; Arbeitssuche.

²⁵⁹ Um als regelmäßige Aktivität gewertet zu werden, musste die Aktivität zumindest einmal im Monat ausgeübt werden.

²⁶⁰ Kulturelle Einrichtungen oder Veranstaltungen umfassen: Kino; Sportveranstaltungen; Theater; Konzerte; Musical, Ballett-, Tanzaufführungen; Museen, Ausstellungen, Denkmäler; Bibliotheken; Lesungen, Vorträge.

Spazieren, Shopping, Ausflüge, kreative oder handwerkliche Tätigkeiten, Ausgehen, Computerspiele und Internet sowie Musizieren, Singen, Tanzen und Theaterspielen) während der vergangenen 12 Monate erhoben²⁶¹.

Bei der Analyse **sozialer Teilhabe** ist zwischen drei Ebenen zu unterscheiden: auf der primären Ebene geht es darum, ob man mit anderen Personen zusammenlebt und in welcher Beziehung man zu diesen steht. Auf der sekundären Ebene spielen Kontakte zu Verwandten, Freunden und Personen der Nachbarschaft, die außerhalb des eigenen Haushalts leben, eine wichtige Rolle. Auf der dritten Ebene der sozialen Teilhabe geht es um die eigene Beteiligung an Organisations- und Vereinsaktivitäten²⁶².

Zur **kulturellen Teilhabe** gehört der regelmäßige Besuch von kulturellen Einrichtungen und Veranstaltungen, sowie die Ausübung sonstiger Freizeitaktivitäten²⁶³.

Die Stärke der sozialen Teilhabe kann als soziales Kapital angesehen werden, das den **Zugang zu diversen Ressourcen des sozialen Netzwerkes**, wie moralische oder finanzielle Unterstützung, erleichtert²⁶⁴.

6.1 Soziale sowie kulturelle Teilhabe in Armutslagen

Soziale Faktoren können die Teilhabe von einkommensarmen und deprivierten Personen erschweren: prekäre Lebenssituationen, wie Langzeitarbeitslosigkeit, (über)fördern das soziale Netzwerk und können dadurch zu Isolation und mangelnder Unterstützung führen. Auch kann der Zeit- und Energieaufwand für Personen in schwierigen Lebenslagen schon für die Alltagsbewältigung hoch sein und daher keinen Raum für aktive soziale Teilhabe lassen. Zusätzlich erfordern viele Freizeitaktivitäten finanzielle Mittel, wie Eintrittsgelder oder Mitgliedsgebühren, die ein finanziell belasteter Haushalt unter Umständen schwer aufbringen kann. Deshalb ist zu erwarten, dass benachteiligte oder einkommensarme Personen ein niedrigeres Niveau sozialer und kultureller Teilhabe aufweisen als nicht-arme Personen²⁶⁵.

Im Anschluss wird nun die soziale und kulturelle Teilhabe von Personen in den verschiedenen Armutslagen (nicht-arm, depriviert, einkommensarm und manifest arm) untersucht. Leider stehen dafür wiederum nur Daten für Gesamtösterreich zur Verfügung. Aufgrund einer

²⁶¹ Hierbei wird eine tägliche oder wöchentliche Ausübung als regelmäßige Ausübung gewertet.

²⁶² vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 58-62

²⁶³ vgl. ebenda, S. 63-64

²⁶⁴ vgl. ebd., S. 64

²⁶⁵ vgl. ebd., S. 65

grundsätzlichen Homogenität kann jedoch von einer großen Ähnlichkeit zwischen der Situation in Gesamtösterreich und in der Steiermark ausgegangen werden, weshalb die Daten übertragbar sein dürften.

Zur Erinnerung wird nochmals die Verteilung der Armutslagen in Gesamtösterreich dargestellt, um das Ausmaß der Betroffenheit zu verdeutlichen.

6.1.1 Armutslagen in Österreich

Entsprechend der Typologie der Armutslagen sind mehr als zwei Drittel (68,8%) der ÖsterreicherInnen als nicht-arm zu bezeichnen (d.h. dass ca. 5.630.000 Menschen weder ein Einkommensarmut noch unter Deprivation leiden). Allerdings leiden 18,6% (das sind ca. 1.522.000 Menschen) unter Deprivationen (mangelnde gesellschaftliche Teilhabe) ohne von Einkommensarmut betroffen zu sein, und weitere 6,9% (565.000 Personen) sind einkommensarm, aber dennoch sozial beteiligt. 459.000 Menschen (5,6% der österreichischen Bevölkerung) leben in manifester Armut. Das bedeutet, dass sie sowohl unter niedrigem Einkommen wie auch Deprivation leiden²⁶⁶.

Umgelegt auf die Steiermark bedeutet dies, dass in unserem Bundesland ca. 81.000 Menschen einkommensarm sind, ca. 217.000 an mangelnder Teilhabe ohne Einkommensarmut leiden und dass ca. 65.000 Steirer und Steirerinnen von manifester Armut betroffen sind.

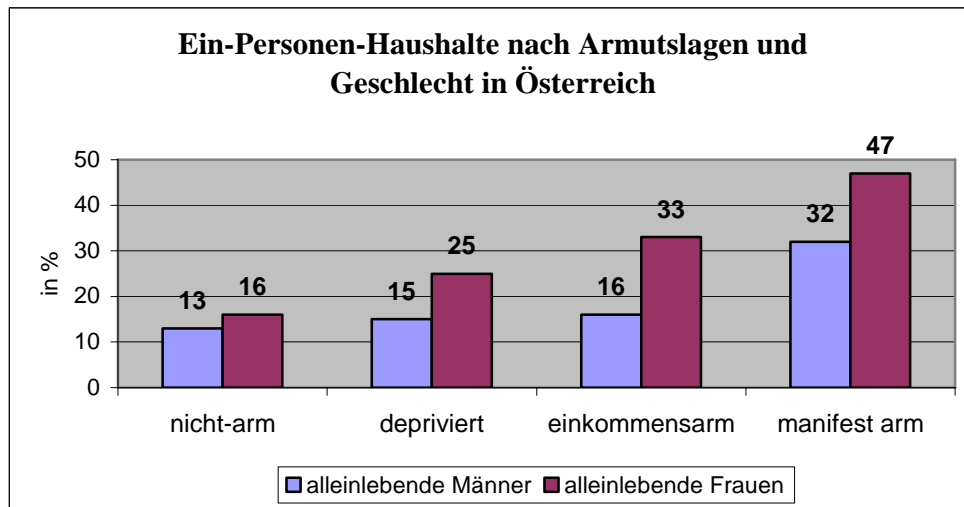
6.1.2 Soziale Kontakte in Armutslagen

Durchschnittlich leben in Gesamtösterreich 60% der Bevölkerung in Haushalten ohne Kinder und 40% in Haushalten mit Kindern. Von den ersten 60% leben 18% (15% der Männer und 21% der Frauen) alleine in einem Haushalte. Frauen leben also deutlich öfter alleine als Männer.

Betrachtet man die Haushaltsformen der Menschen in verschiedenen Armutslagen, so zeigt sich, dass nicht-arme Männer und Frauen unterdurchschnittlich oft – nämlich zu 13% bzw. 16% - alleine leben, während in allen anderen Armutslagen der **Anteil der Alleinlebenden** deutlich über dem österreichischen Durchschnitt liegt. Besonders häufig leben Personen, die manifest arm sind, alleine. Die Anteile der Alleinlebenden unter ihnen sind mit 32% bzw. 47% beinahe drei Mal so hoch wie unter der nicht-armen Bevölkerung. Mit ein Grund dafür ist, dass viele Arbeitslose und PensionistInnen in dieser Haushaltsform leben. Auffallend ist auch, dass in allen Armutslagen Frauen häufiger alleine einen Haushalt bestreiten als Männer.

²⁶⁶ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 44

Grafik 61



Quelle: Statistik Austria, 2008 A

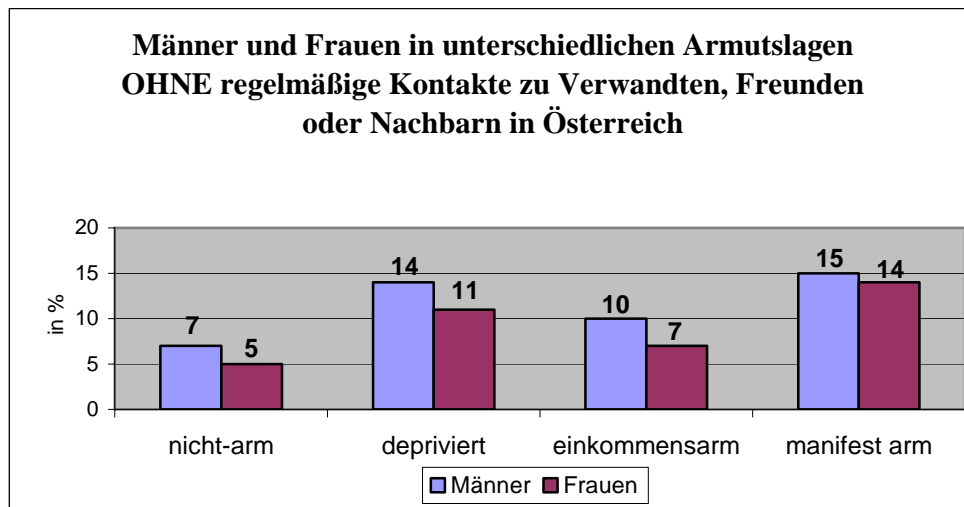
Dementsprechend ist der Anteil der manifest Armen, die mit einem/r PartnerIn in einem Haushalt leben ca. halb so groß wie unter den nicht-Armen. So leben 23% der manifest armen Männer und 15% der manifest armen Frauen mit einem Partner im Haushalt, während dies 33% der nicht-armen Männer und Frauen tun.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die manifest arme Bevölkerung um ca. 10 Prozentpunkte häufiger in Haushalten ohne Kinder lebt (67%), fast drei Mal sooft gänzlich alleine lebt und halb so oft mit einem/r PartnerIn gemeinsam lebt, als die nicht-arme Bevölkerung. Demnach leben nur 33% der manifest armen Bevölkerung in Haushalten mit Kindern. Hervorzuheben ist der überdurchschnittlich hohe Anteil alleinerziehender Mütter unter den einkommensarmen (6%) und manifest armen (8%) Frauen gegenüber nicht-armen (2%) Frauen²⁶⁷.

92% der österreichischen Bevölkerung (91% der Männer und 93% der Frauen) haben mindestens wöchentlichen Kontakt zu Verwandten, Freundeskreis oder Nachbarschaft. Dies heißt aber auch, dass 8% der ÖsterreicherInnen keinen **regelmäßigen Kontakt zu Personen außerhalb des eigenen Haushalts** haben. Die Häufigkeit der sozialen Kontakte zu Personen außerhalb des eigenen Haushaltes unterscheiden sich in Abhängigkeit von der Armutslage, wie nachfolgende Grafik zeigt.

²⁶⁷ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 65 u. 170-172

Grafik 62



Quelle: Statistik Austria, 2008 A

Der Anteil der nicht-armen Bevölkerung, der keinen regelmäßigen Kontakt zu Personen außerhalb des Haushalts hat, ist unterdurchschnittlich klein. 7% der nicht-armen Männer und 5% der nicht-armen Frauen haben weder zu Verwandten noch zu Freunden oder Nachbarn mindestens wöchentlichen Kontakt. Bei Personen, die depriviert, einkommensarm oder manifest arm sind, liegen diese Anteile weit höher. Während sich von Einkommensarmut betroffene Personen nur geringfügig von nicht-armen Personen unterscheiden, haben mindestens doppelt so viele Deprivierte und manifest Arme keine regelmäßigen Sozialkontakte verglichen mit nicht-Armen. So haben 14% der deprivierten Männer und 11% der deprivierten Frauen bzw. 15% der manifest armen Männer und 14% der manifest armen Frauen keine regelmäßigen Sozialkontakte. Hervorzuheben ist, dass in allen Armutslagen der Anteil von Männern, der keine regelmäßigen Kontakte zu Personen außerhalb des Haushalts hat, deutlich höher ist als der Anteil von Frauen²⁶⁸.

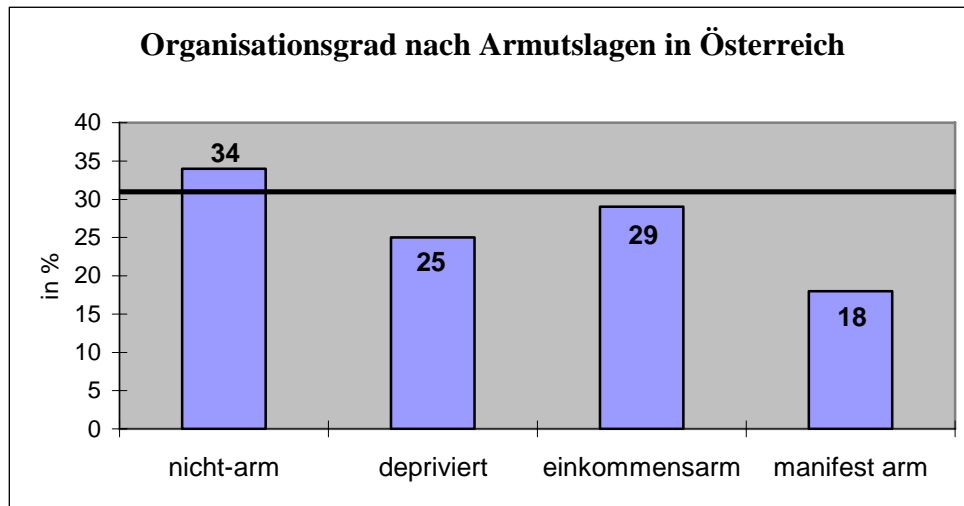
Neben den primären Beziehungen im Haushalt und den sekundären Sozialkontakten zu haushaltsfernen Personen sind Vereine, Gruppen und sonstige Organisationen die dritte Ebene des Zugangs zu sozialen Netzwerken. Der **Organisationsgrad**²⁶⁹ der Österreicher und Österreicherinnen beträgt 31%. Das bedeutet, dass 31% der österreichischen Bevölkerung zumindest einmal pro Monat an einer Organisations- bzw. Vereinsaktivität teilnehmen. Dabei

²⁶⁸ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 65-66 u. 180-181

²⁶⁹ Der Organisationsgrad einer Gruppe misst den Anteil derjenigen, die aktiv (d.h. mindestens einmal pro Monat) in einer Organisation teilnehmen. Zu den gezählten Organisationen gehören Partei und Gewerkschaft, Berufsverbände, Religionsgemeinschaften, Sportvereine, Freizeit- und Hobby-Gruppen, soziale und karitative Hilfsorganisationen sowie sonstige Gruppen.

ist zu beobachten, dass unabhängig vom Alter, Männer durchschnittlich einen höheren Organisationsgrad aufweisen als Frauen.

Grafik 63



Quelle: Statistik Austria, 2008 A

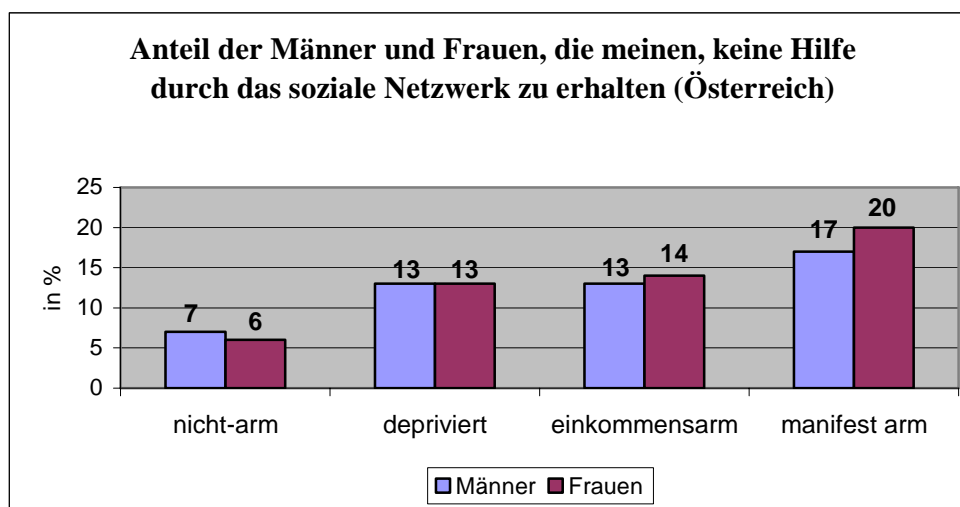
Wie obige Grafik verbildlicht, haben nicht-arme Personen einen überdurchschnittlichen Organisationsgrad mit 34% aktiver Organisationsmitglieder. Nach abnehmender Organisationsteilnahme und damit Integration folgen einkommensarme vor deprivierten Personen, wobei Einkommensarme in Religionsgemeinschaften sogar häufiger aktiv sind als nicht-Arme. Den mit Abstand geringsten Anteil in Organisationen Aktiver findet man unter der manifest armen Bevölkerung. Mit nur 18% aller manifest Armen, die regelmäßig an Organisationsaktivitäten teilnehmen, sind sie nur rund halb so häufig aktiv wie nicht-Arme. Besonders deutlich sieht man diese Verteilung in Sportvereinen und Freizeit- bzw. Hobby-Gruppen²⁷⁰.

6.1.3 Zugang zu Ressourcen des sozialen Netzes in Armutslagen

Neben wesentlich selteneren Kontakten im sozialen Netzwerk empfinden Personen in benachteiligten Lebenslagen dieses soziale Netz auch als weniger belastbar (d.h. sie fühlen sich häufiger ohne Unterstützung). Durchschnittlich glauben 9% der österreichischen Gesamtbevölkerung, dass sie in Notlagen nicht mit der Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn rechnen könnten. Folgende Grafik zeigt die Einschätzung der Hilfsbereitschaft von Seiten des sozialen Netzes nach Armutslagen.

²⁷⁰ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 67, 182 u. 184-185

Grafik 64



Quelle: Statistik Austria, 2008 A

Von den nicht-armen Männern glauben nur 7% und von den nicht-armen Frauen nur 6%, dass sie im Notfall keine Hilfe von Verwandten, Freunden oder Nachbarn erwarten könnten. Im Vergleich dazu sind die Anteile jener, die sich keine Hilfe seitens des sozialen Netzwerkes erwarten, unter den deprivierten und einkommensarmen Bevölkerungsgruppen ungefähr doppelt so groß. Besonders unterstützungslos fühlen sich Personen, die in manifester Armut leben. Von ihnen glauben 17% der Männer und 20% der Frauen, dass ihnen notfalls weder Verwandte, Freunde noch Nachbarn helfen würden²⁷¹.

Obwohl die Erwartung, Unterstützung zu empfangen, bei benachteiligten Personengruppen deutlich geringer ist, als bei nicht-armen Bevölkerungsteilen, leistet nur eine geringfügig kleinere Anzahl von ihnen selbst sehr wohl informelle Hilfe außerhalb des eigenen Haushalts. Die regelmäßigen ausgeübten Hilfsleistungen von Frauen nehmen mit benachteiligter Armutslage nur marginal ab und auch unter Männern erfolgt die zumindest monatliche Hilfsleistung auch in deprivierten oder einkommensarmen Lebenslagen. Einzig unter den manifest armen Männern zeigt sich ein geringerer Anteil regelmäßig Hilfeleistender.

Bei seltener als monatlich helfenden Männern und Frauen ist der größte Unterschied zwischen nicht-armen und manifest armen Bevölkerungsmitgliedern feststellbar. Von ersteren haben immerhin 32% bzw. 33% innerhalb der vergangenen 12 Monate informelle Hilfe geleistet, während es unter den letzteren nur 21% bzw. 25% waren.

²⁷¹ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 66 u. 192-193

Die nachfolgende Tabelle fasst die Häufigkeiten der ausgeübten Hilfsleistungen nach Armutslagen zusammen.

Tabelle 40

Ausübung informeller Hilfeleistungen nach Armutslagen in Österreich				
	nicht-arm	depriviert	einkommens-arm	manifest arm
Ausübung in den vergangenen 12 Monaten				
Männer	32%	29%	29%	21%
Frauen	33%	29%	26%	25%
mind. monatliche Ausübung				
Männer	20%	21%	20%	15%
Frauen	24%	22%	21%	21%

Quelle: Statistik Austria, 2008 A

Insgesamt kann auf jeden Fall gesagt werden, dass benachteiligte Bevölkerungsgruppen in viel geringerem Ausmaße weniger Hilfe leisten als sie sich umgekehrt weniger Unterstützung erwarten²⁷².

6.1.4 Kulturelle Teilnahme in Armutslagen

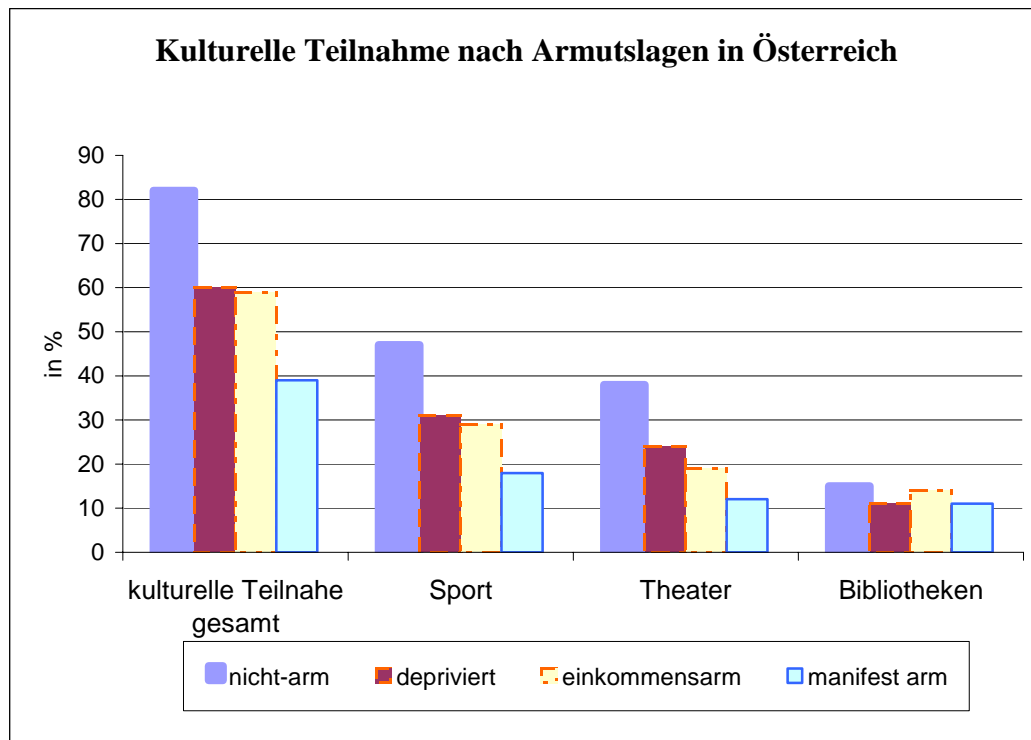
74% der Bevölkerung Gesamtösterreichs hat innerhalb der vergangenen 12 Monate zumindest eine kulturelle Veranstaltung (z.B. Sportveranstaltung, Kino, Theater, Bibliothek, Museum, etc.) besucht. Durchschnittlich ist dieser Anteil unter den Männern jeder Altersgruppe höher als unter den Frauen.

Hinsichtlich der Armutslage, in der sich jemand befindet, zeigen sich große Unterschiede im Bereich der kulturellen Teilnahme.

Am häufigsten nehmen nicht-arme Personen mit 82% an diversen Veranstaltungen teil und liegen damit über dem österreichischen Durchschnitt. Personen in benachteiligten Lebenslagen besuchen diese Veranstaltungen unterdurchschnittlich oft. Am seltensten finden sich manifest arme Personen in kulturellen Veranstaltungen oder Einrichtungen. Mit 39% besuchen sie diese weniger als halb so oft im Vergleich zu nicht-armen Bevölkerungsgruppen.

²⁷² vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 67 u. 191

Grafik 65



Quelle: Statistik Austria, 2008 A

Wie die oben abgebildete Grafik zeigt, ist der Unterschied beim Besuch von Bibliotheken am geringsten (diese bieten oft einen niederschweligen – einfachen und günstigen – Zugang an). Bei Theater, Kino, Musical und Oper sowie Sportveranstaltungen ist der Unterschied zwischen nicht-armen und manifest armen Personen hingegen am höchsten²⁷³.

Auch die übrigen erhobenen Freizeitaktivitäten (z.B. Lesen, Fernsehen, Ausflüge, etc.) werden von nicht-armen Personen häufiger ausgeübt als von benachteiligten Personen. Manifest Arme üben die meisten Freizeitaktivitäten am seltensten aus. Eine Ausnahme davon stellt die Kategorie „Spazieren, Einkaufen und Ausflüge“ dar, bei der einkommensarme Personen den höchsten Anteil an wöchentlichen Ausübungen haben und deprivierte Personen den geringsten. Auch ansonsten sind einkommensarme tendenziell aktiver als deprivierte Personen²⁷⁴.

²⁷³ vgl. Statistik Austria, 2008 A, S. 67 u. 194-197

²⁷⁴ vgl. ebenda, S. 68-69

6.1.5 Resümee

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass ein starker Zusammenhang zwischen den Armutslagen und den erhobenen Häufigkeiten der sozialen und kulturellen Teilhabe besteht. Je höher der Lebensstandard ist, desto häufiger sind Personen in allen betrachteten Bereichen aktiv und integriert. Im Gegensatz dazu scheinen materiell benachteiligte Personen doppelt benachteiligt, da sie seltener soziale Kontakte und geringere kulturelle Partizipation haben. So erreichen sie auch im sozialen und kulturellen Bereich nicht den gleichen Integrationsgrad wie nicht-arme Bevölkerungsteile. Besonders tragisch ist auch die Tatsache, dass sich Menschen in benachteiligten Lebenslagen von der sozialen Umwelt verlassen fühlen und sich viel öfter keine Hilfe erwarten.

7 Datenquellen

Die Grundlage für diesen Bericht zur Armutssituation in der Steiermark stellt die Studie „EU-SILC 2006 – Sonderauswertung zu Haushaltseinkommen, Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark“ dar. Zur Ergänzung wurden diverse weitere Daten zuverlässiger Quellen herangezogen, um ein möglichst vielfältiges und abgerundetes Bild der Lage darstellen zu können.

7.1 EU-SILC 2006 - Sonderauswertung Steiermark

Zur Darstellung der Armutssituation in der Steiermark wurde die EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark von Statistik Austria herangezogen. EU-SILC steht für **Statistics on Income and Living Conditions** und folgt dem European Community Household Panel als EU-weit verpflichtende Statistik nach. Seit 2005 wird EU-SILC in allen Mitgliedsstaaten durchgeführt (in Österreich seit 2003) und bildet eine der wichtigsten Datengrundlagen für die Europäische Sozialstatistik. Ziel von EU-SILC ist es, alle Informationen zu erheben, die notwendig sind, um ein umfassendes Bild von der Lebenssituation der Menschen zu gewinnen. Zentrale Themen befassen sich deshalb mit Einkommen, Beschäftigung, Wohnen sowie Gesundheit und subjektiver Zufriedenheit. EU-SILC ist auch die wichtigste Quelle zur Erhebung der so genannten Laeken-Indikatoren, welche vom Europäischen Rat 2001 beschlossen wurden, und zur Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung dienen.

Im Jahr 2003 wurde EU-SILC zum ersten Mal in Österreich durchgeführt. Seither wird EU-SILC als integrierte Quer- und Längsschnitterhebung durchgeführt, bei der jährlich eine repräsentative Stichprobe österreichischer Haushalte detailliert zu Einkommen, Wohnsituation, Gesundheit und Arbeitssituation befragt wird. Dabei werden Personen von Privathaushalten ab 16 Jahren persönlich befragt und grundlegende Informationen zu Kindern unter 16 Jahren werden zusätzlich erhoben. Nicht erfasst sind BewohnerInnen von Anstaltshaushalten (z. B. Pflegeheime) bzw. Gemeinschaftsunterkünften und Personen ohne festen Wohnsitz. Die verwendete Stichprobe ist repräsentativ für Österreich und die Stichprobe wird mittels einer einfachen Zufallsauswahl aus dem Zentralen Melderegister gezogen.

EU-SILC 2006 bezieht sich auf das Erhebungsjahr 2006, allerdings stammen Angaben zum Jahreseinkommen und damit zur Armutsgefährdung aus dem Jahr 2005. Ebenso Angaben, die den „Haupttätigkeitenkalender“ zur Grundlage haben. Hingegen beziehen sich Informationen

zur Haushaltszusammensetzung, aktuelle Erwerbstätigkeit, Ausstattung mit Konsumgütern auf das Jahr 2006.²⁷⁵

7.1.1 Stichprobe

Für EU-SILC 2006 wurden in Österreich 6.028 Haushalte erfolgreich befragt – davon 920 in der Steiermark.

Tabelle 41

Netto-Stichprobengröße EU-SILC 2006 in den Bundesländern und gesamt				
	Haushalte befragt	Personen unter 16 Jahre	Personen 16 Jahre und älter	Personen insgesamt
Burgenland	226	81	468	549
Kärnten	427	202	879	1.081
Niederösterreich	1.139	513	2.307	2.820
Oberösterreich	1.073	571	2.246	2.817
Salzburg	361	181	743	924
Steiermark	920	421	1.884	2.305
Tirol	498	291	1.029	1.320
Vorarlberg	270	191	542	733
Wien	1.114	422	1.912	2.334
Gesamt	6.028	2.873	12.010	14.883

Quelle: Statistik Austria 2007

Wie aus obiger Tabelle hervorgeht wurden in ganz Österreich Daten von 14.883 Personen erhoben, von denen 12.010 zumindest 16 Jahre alt waren. Steiermarkweit wurden 920 Haushalte und die darin lebenden 2.305 Personen befragt. Davon waren 421 Personen jünger als und 1.884 Personen zumindest 16 Jahre alt.

Damit ist die steirische Stichprobe natürlich deutlich kleiner als die von Gesamtösterreich, was zwei Konsequenzen hat. Erstens wird die mögliche Subgruppenanalyse eingeschränkt, und zweitens unterliegt der Repräsentativschluss auf die steirische Gesamtbevölkerung einer entsprechend höheren Zufallsschwankung (d.h. die hochgerechneten Ergebnisse auf die gesamte steirische Bevölkerung entsprechen immer einer Schätzung für die Verteilung in dieser Grundgesamtheit, die bei kleinerer Stichprobenzahl einer höheren Zufallsschwankung ausgesetzt ist). Deshalb werden Werte, die auf zu geringen Fallzahlen basieren, in Klammer gesetzt, da sie nur eingeschränkt interpretierbar sind. Außerdem mussten manche Kategorien,

²⁷⁵ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 5-10

die für Gesamtösterreich gemacht wurden, für die Steiermark zusammengefasst werden. Zusätzlich können für einige Bereiche nur Aussagen auf Bundesniveau getroffen werden.²⁷⁶

Tabelle 42

Stichprobengröße EU-SILC 2006 in der Steiermark und in Österreich gesamt				
	Steiermark		Österreich	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Bruttostichprobe	1.235	100,0	9.375	100,0
Adresse erfolgreich kontaktiert	1.228	99,4	8.338	99,6
Adresse nicht erfolgreich kontaktiert	7	0,6	37	0,4
Erfolgreich kontaktierte Adressen	1.228	100,0	8.338	100,0
Erfolgreich durchgeführte Haushaltsinterviews	930	75,7	6.064	72,7
Mitarbeit verweigert	220	17,9	1.465	17,6
Niemand anwesend	57	4,6	615	7,4
Keine auskunftsfähige Person anwesend	0	0,0	11	0,1
Sonstige Ausfallsgründe	21	1,7	183	2,2
Erfolgreiche Haushaltsinterviews	930	100,0	6.064	100,0
Interviews aufgenommen in die Datenbank	920	98,9	6.028	99,4
Abgelehnte Interviews	10	1,1	36	0,6

Quelle: Statistik Austria 2007

Von den 1.235 Haushalten in der steirischen Bruttostichprobe, konnten 1.228 erfolgreich kontaktiert werden, von denen letztlich mit 930 Haushaltsinterviews durchgeführt werden konnten. Aufgrund von Plausibilitätsprüfungen mussten 10 Interviews ausgeschlossen werden, sodass 920 in die Datenbank aufgenommen wurden. Österreichweit konnten aus der Bruttostichprobe von 8.375 mit 6.064 Haushalten Interviews gemacht werden. In die Datenbank wurden letztlich 6.028 Haushaltsinterviews aufgenommen.

In der Steiermark wurde somit eine Gesamtausschöpfung von 74,9% erreicht, was über dem Österreichschnitt von 72,2% liegt. Um regionale Verzerrungen zu vermeiden, wurde eine

²⁷⁶ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 5-6

Mindestausschöpfung von 50% auf Bezirksebene vereinbart. Dieses Ziel konnte in der Steiermark überall erreicht werden²⁷⁷.

Tabelle 43

Haushalte und Personeninterviews in EU-SILC 2006 in der Steiermark und in Österreich				
	Steiermark		Österreich	
	Anzahl	%	Anzahl	%
Haushalte	920	100,0	6.028	100,0
Personen insgesamt	2.305	100,0	14.883	100,0
Davon unter 16 Jahre alt	421	18,3	2.873	19,3
Davon mind. 16 Jahre alt	1.884	81,7	12.010	80,7
Personeninterviews insgesamt	1.884	100,0	12.010	100,0
Persönliches Interview	1.512	80,3	9.622	80,1
Proxy-Interview	358	19,0	2.352	19,6
Vollständig imputiert	14	0,7	36	0,3

Quelle: Statistik Austria, 2007

In den 920 interviewten steirischen Haushalten lebten insgesamt 2.305 Personen, von denen 1.884 mindestens 16 Jahre alt waren. Mit diesen 1.884 wurden Personeninterviews durchgeführt, wobei 1.512 persönlich interviewt wurden und zu 358 Fremdauskünfte (Proxy-Interview) vorliegen. 14 Personeninterviews fehlten und mussten von einem soziodemographisch ähnlichen „Spender“ imputiert werden²⁷⁸.

7.1.2 Erläuterungen zu EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark

Die Erhebungen von EU-SILC 2006 basieren auf dem Erhebungsjahr 2006. Dementsprechend beziehen sich Angaben zur Haushaltzusammensetzung, aktuellen Erwerbstätigkeit, Ausstattung mit Konsumgütern etc. auf das Jahr 2006. Angaben zum Jahreseinkommen und zur Haupttätigkeit jedoch beziehen sich auf das Jahr 2005.²⁷⁹

In diesem Bericht werden jene Tabellen von EU-SILC 2006 – Sonderauswertung Steiermark verwendet, welche eine Hochrechnung auf die steirische Gesamtbevölkerung zeigen. Die Werte in den Tabellen von EU-SILC 2006 bezeichnen Personen; werden Euro-Beträge dargestellt, so wird das vermerkt.²⁸⁰

²⁷⁷ vgl. Statistik Austria, 2007, S. 7-8

²⁷⁸ vgl. ebd. S. 8

²⁷⁹ vgl. ebd. S. 10

²⁸⁰ vgl. ebd. S. 10

Werte, die auf geringen Fallzahlen beruhen werden in Klammer gesetzt. Dabei geht Statistik Austria wie folgt vor: „Sind in der Randverteilung weniger als 50 und in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Zahlen, die auf Randverteilungen <20 beruhen, werden nicht ausgewiesen. Bei Quartilsauswertungen wird folgendermaßen geklammert: Wenn weniger als 200 Personen vorhanden sind, werden erstes und drittes Quartil (25%, 75%), bei weniger als 100 Personen auch der Median und bei weniger als 50 Personen auch das arithmetische Mittel geklammert. Bei Auswertung von nicht-äquivalisierten Haushaltseinkommen treffen diese Regeln auf Haushalte zu.“²⁸¹

7.2 Arbeitsmarkt 2007 – Steirische Statistiken

Für die Darstellung des steirischen Arbeitsmarktes wurde auf die Publikation „Arbeitsmarkt 2007“ der Steirischen Statistiken zurückgegriffen. Diese beschreibt Charakteristika und Struktur des steirischen Arbeitsmarktes auf Landes- und Bezirksebene und stellt Arbeitslosendaten für diesen zur Verfügung. Kategorien, nach denen die Analysen differenzieren, sind Geschlecht, Alter, Ausbildung und Herkunft.

7.3 Einkommensstatistik 2006 – Steirische Statistiken

Statistische Daten über Personeneinkommen 2006 für die Steiermark wurden der Publikation „Einkommensstatistik 2006“ der Landesstatistik Steiermark entnommen.

7.4 Privathaushalte in der Steiermark – Steirische Statistiken

Daten zur Haushaltsstruktur und ihrer Verteilung in der Steiermark entstammen der Publikation „Privathaushalte in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050“ der Landesstatistik Steiermark. In dieser werden zusätzlich zum Stand 2001 auch die Entwicklung der Privathaushalte seit 1971 betrachtet und Prognosen über deren erwartete Entwicklung bis 2050 erstellt.

7.5 Familien in der Steiermark – Steirische Statistiken

Darstellungen zur Struktur und Verteilung der Familie in der Steiermark wurden der Publikation „Familien in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 – 2050“ entnommen. Darin werden zusätzlich zum Stand 2001 die Entwicklungen der Familien in den vorangehenden drei Jahrzehnten betrachtet und aktuelle Familienprognosen bis 2050 dargestellt und kommentiert.

²⁸¹ Statistik Austria, 2007, S. 10

7.6 Wohnbevölkerung am 1.1.2007 - Steirische Statistiken

Daten zum Bevölkerungsstand in der Steiermark, insbesondere zum Anteil ausländischer Bevölkerung, wurden der Publikation „Steiermark: Wohnbevölkerung am 1.1.2007“ der Landesstatistik Steiermark entnommen.

7.7 Familien- und Haushaltsstatistik sowie Arbeitskräfteerhebung 2006 – Statistik Austria

Diese beiden Berichte basieren auf Daten des Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung 2006 und geben Auskunft über die Familien- und Haushaltsstruktur in Österreich und in den Bundesländern sowie die Beschäftigungssituation.

7.8 Handbuch der Österreichischen Sozialversicherung 2008

Vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger wurde das „Handbuch der Österreichischen Sozialversicherung 2008“ herausgegeben. Das Handbuch soll über die Entwicklung der österreichischen Sozialversicherung im Jahr 2007 informieren und einen umfassenden Überblick geben. Verwendet wurden vor allem Daten zur Verteilung und zum Einkommen von PensionistInnen, sowie Daten betreffend das Bundespflegegeld und den Versicherungsfall der geminderten Arbeitsunfähigkeit bzw. Erwerbsunfähigkeit.

7.9 Regionalstatistik 2007 – Arbeiterkammer Steiermark

Dieser Bericht der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark erscheint jährlich und liefert steiermarkrelevante Daten zu unterschiedlichsten Bereichen wie Bevölkerung, Beschäftigung und Arbeitsmarkt, Verkehr und Umwelt sowie Bauwesen und Fremdenverkehr um nur einige zu nennen. Dabei wird besonderer Wert auf die Darstellung von Zeitreihen gelegt, um Entwicklungstrends in ihren Grundzügen erkennbar zu machen. Für diesen Bericht wurden Informationen über Arbeitsmarkt und Beschäftigungsformen entnommen.

7.10 Sozialschutz in Österreich - BMSK

2007 erschien die aktuelle Auflage der Publikation „Sozialschutz in Österreich“ vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz. Absicht dieser Publikation ist es, einen Gesamtüberblick über die sozialen Leistungen in Österreich zu geben. Für diesen Bericht besonders relevant waren Daten zu Sozialausgaben und Sozialquote, sowie die Verteilung dieser nach funktionalen Leistungen. Auch auf die Finanzierungsstruktur wurde kurz eingegangen.

Quellenverzeichnis

- Arbeiterkammer Wien: Teufelskreis aus schlechten Bildungschancen und Armut in Österreich weiter aufrecht. (4.3.2008), in: <http://wien.arbeiterkammer.at/www-397-IP-39640.html>.
- Bundeskanzleramt – Bundesministerium für Frauen und Gleichstellung: Qualifizierte Teilzeitbeschäftigung in Österreich. Forschungsbericht. Wien (2004)
- Bundeskanzleramt – Bundesministerium für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Leitfaden zu Bestimmungen der Entgeltgleichheit und nicht diskriminierenden Arbeitsbewertung. Wien (2006).
- Bundeskanzleramt – Bundesministerium für Frauen, Medien und öffentlichen Dienst: Frauen und Männer in Österreich. Statistische Analyse zu geschlechtsspezifischen Unterschieden. Wien (2007).
- Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Sozialschutz in Österreich. Wien (2007).
- Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz: Bericht der Bundesregierung über die Lage der behinderten Menschen in Österreich. Wien (2003).
- Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit: Einkommen von Frauen und Männern in unselbständiger Beschäftigung. Forschungsbericht. Wien (2000).
- Burger E.: Zusammenleben unter einem Dach. Haushalte, Familien und Wohnungen in der Steiermark von 1800 – 2050, in: Steirische Statistiken, Heft 1/2000, Graz 2000
- W. Darity (Hrsg.): International Encyclopedia of the Social Sciences. Farmington Hills (2008).
- Die Armutskonferenz: Armut in Österreich: Frauenarmut. (2008), in: http://www.armutskonferenz.at/armut_in_oesterreich_frauenarmut.htm
- M. Förster/ K. Heitzmann: Einkommensarmut und akute Armut in Österreich, in: Bundesministerium für soziale Sicherheit und Generationen: Bericht über die soziale Lage – Österreich 2001-2002. Wien (2002).
- W. Fuchs-Heinritz et al. (Hrsg.): Lexikon zur Soziologie. Opladen (1994).
- M. Haller: Sozialstruktur Österreichs im internationalen Kontext. Graz (2006).
- Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger: Handbuch der österreichischen Sozialversicherung 2008. Wien (2008).
- Kammer für Arbeiter und Angestellte für Steiermark: Regionalstatistik Steiermark 2007. Graz (2007).
- S. Kern et al.: Privathaushalte in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971-2050, in: Steirische Statistiken. Heft 3/2007. Graz (2007)
- S. Kern/G.Tafner: Familien in der Steiermark. Stand Volkszählung 2001 und Entwicklung 1971 – 2050, in: Steirische Statistiken. Heft 4/2007. Graz (2007).
- M., Marmot/R., Wilkinson: Soziale Determinanten von Gesundheit: Die Fakten. Weltgesundheitsorganisation. Dänemark (2004).
- M. Mayer/ C. Sterner: Armut und Lebensbedingungen, in: Steirische Statistiken. Heft 9/2006. Graz (2006)
- M. Mayer et al.: Steiermark: Wohnbevölkerung am 1.1.2007, in: Steirische Statistiken. Heft 9/2007. Graz (2007).
- Österreichisches Statistisches Zentralamt: Personen mit körperlichen Beeinträchtigungen: Ergebnisse des Mikrozensus Juni 1995. Wien (1998).
- G. Reinhold (Hrsg.): Soziologie-Lexikon. München/Wien/Oldenburg (2000).
- Statistik Austria: Familien- und Haushaltsstatistik. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wien (2007).
- Statistik Austria: Arbeitskräfteerhebung 2006. Ergebnisse des Mikrozensus 2006. Wien (2007).
- Statistik Austria: EU-SILC 2006 – Sonderauswertungen zu Haushaltseinkommen. Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in der Steiermark. Wien (2007).
- Statistik Austria: Einkommen, Armut und Lebensbedingungen. Ergebnisse aus EU-SILC 2006. Wien (2008 A).

Statistik Austria: Indikatoren zu Sterblichkeit und Lebenserwartung (2008 B), in:

http://www.statistik.at/web_de/static/indikatoren_zu_sterblichkeit_und_lebenserwartung_inkl._saeuglingssterblich_023576.pdf (Stand 16.5.2008)

Statistik Austria: Statistisches Jahrbuch Österreich 2008. Wien (2008 C).

Statistik Austria nach Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz: Bericht des Arbeitskreises für Pflegevorsorge 2006. Wien (2008 D).

Stenner Christian; Schiffer Josef: Die korso – Sonderausgabe für sozial Tätige und Engagierte (April/Mai 2005).

In: Korso SozialForum:

http://www.korso.at/korso/korsozial/korsozial_0405_armut.htmhttp://www.korso.at/korso/korsozial/korsozial_0405_armut.htm

G. Tafner: Einkommensstatistik 2006, in: Steirische Statistiken. Heft 12/2007. Graz (2007).

G. Tafner: Arbeitsmarkt 2007, in: Steirische Statistiken. Heft 3/2008. Graz (2008).

Allgemeine Themen	
„Statistik, Prognostik und Politik“: Vortrag von Univ. Prof. Dr. Gerhart Bruckmann bei der Jubiläumsveranstaltung “100 Jahre Steirische Landesstatistik“.....	1994: Trends und Perspektiven
Grazer Telefonstichprobe – ein alternatives Erhebungsinstrument	1/1991
Verzerrungen von Daten und Vertrauen in Daten von Prof. Dr. Jörg Schütze	1/2002
Beschäftigung und Arbeitsmarkt	
Globale Daten (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993	in jedem Heft
Entwicklung des Arbeitsmarktes 1971 bis 1988	2/1989
Steirischer Arbeitsmarkt 1990	1/1991
Steirischer Arbeitsmarkt 1991	1/1992
Steirischer Arbeitsmarkt bezirkweise, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Steirischer Arbeitsmarkt 1992	1/1993
Steirischer Arbeitsmarkt 1993	1/1994
Steirischer Arbeitsmarkt 1994	1/1995
Steirischer Arbeitsmarkt 1995	6/1996
Steirischer Arbeitsmarkt bezirkweise, 1990 bis 1995	2/1997
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1991 – 1995 (M. Hussain)	4/1997
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1992 – 1996	3/1998
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1995	4/1997
Arbeitsmarkt 1996	4/1997
Arbeitsmarkt 1997	3/1998
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1996	8/1998
Selbständig Beschäftigte in der Steiermark 1997	8/1998
Arbeitsmarkt 1998	5/1999
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1997	5/1999
Selbständige in der Steiermark 1998	5/1999
Arbeitsmarkt 1999	9/2000
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1998	9/2000
Selbständige in der Steiermark 1999	9/2000
Arbeitsmarkt 2000	3/2001
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 1999	3/2001
Selbständige in der Steiermark 2000	3/2001
Arbeitsmarkt 2001	1/2002
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2000	3/2002
Selbständige in der Steiermark 2001	3/2002
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2001	6/2002
Arbeitsmarkt 2002	2/2003
Selbständige in der Steiermark 2002	9/2003
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2002	10/2003
Arbeitsmarkt 2003	1/2004
Selbständige in der Steiermark 2003	5/2004
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2003	6/2004
Arbeitsmarkt 2004	1/2005
Selbständige in der Steiermark 2004	6/2005
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2004	12/2005
Arbeitsmarkt 2005	1/2006
VOLKSZÄHLUNG 2001: Steiermark – Ergebnisse II (Textteil)	
Erwerb, Beruf, Pendeln und Bildung in der Steiermark	3/2006
VOLKSZÄHLUNG 2001: Steiermark – Ergebnisse II (Tabellenteil)	
Erwerb, Beruf, Pendeln und Bildung in der Steiermark	4/2006
Selbständige in der Steiermark 2005	8/2006
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2005	12/2006
Arbeitsmarkt 2006	1/2007
Selbständige in der Steiermark 2006	8/2007
Regionale Einkommensstatistiken unselbständig Beschäftigter 2006	12/2007
Arbeitsmarkt 2007	3/2008
Selbständige in der Steiermark 2007	4/2008

Bevölkerung	
Volkszählung 1981: Wohnbevölkerung nach Bezirken und Gemeinden in der Steiermark (revidierte Ergebnisse)	2/1983
Volkszählung 1981: Strukturergebnisse für die Steiermark, Rangfolge der Gemeinden nach Größenklassen der Einwohner	2/1984
Volkszählung 1981: Wohnbevölkerung nach wirtschaftlicher Zugehörigkeit, Stellung im Beruf, Pendler.....	2/1985
Bevölkerungsvorausschätzung für Steiermark bis 2015.....	1/1987
Bevölkerungsentwicklung der Steiermark, Rückblick und Ausblick (Prognose bis 2011).....	1/1988
Die Familie in der Steiermark, VZ 1971 und VZ 1981	2/1988
Einige Aspekte aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung 1987 u. statistische Analyse der Lebendgeborenen nach Legitimität, Geburtenfolge und Bezirken, 1986 und 1987	3/1988
Vornamenstatistik: Rangfolge der 50 häufigsten Vornamen 1984/86 in der Steiermark	3/1988
Regionale Entwicklung der Privathaushalte in der Steiermark, Prognose bis 2011	1/1989
Altersstruktur der Bevölkerung 1985 bis 1988.....	1/1989
Bevölkerungsstruktur und Analyse der Lebendgeburten nach dem Wohnort 1988	1/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung und statistische Analyse der Sterbefälle 1988	2/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Eheschließungen - Entwicklung bis 1988.....	3/1989
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Ehescheidungen - Entwicklung bis 1989.....	4/1989
Demographische Bevölkerungsstruktur und natürliche Bevölkerungsbewegung sowie Analyse der Lebendgeburten nach dem Wohnort im Jahr 1989	1/1990
Vornamenstatistik: Rangfolge der 50 häufigsten Vornamen 1984/89.....	1/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung im I. Quartal 1990 und statistische Analyse der Sterbefälle 1989.....	2/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Eheschließungen im Jahr 1989.....	3/1990
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark und statistische Analyse der Ehescheidungen im Jahr 1989	4/1990
800 Jahre Bevölkerungsentwicklung: 1250 bis 2050	1/1991
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1990.....	1/1991
Statistische Analyse der Lebendgeborenen und Gestorbenen 1990 nach politischen Bezirken.....	2/1991
Internationale Wanderungen, Auswirkungen auf die Bevölkerungsbewegung.....	2/1991
Natürliche Bevölkerungsbewegung in der Steiermark im II. Quartal 1991 und das Heirats- und Scheidungsverhalten im Jahr 1990	3/1991
Volkszählung 1991: Aspekte und Trends, vorläufige Ergebnisse	4/1991
Volkszählung 1991: Steiermark; Ergebnisse I, 1993.....	Publikation VZ 1991
Wohnbevölkerung bezirksweise nach Gemeindegrößenklassen, VZ 1981 u. VZ 1991	BEZ 1981 - 1991
Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebendgeborene, Gestorbene in steirischen Bezirken, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Bevölkerungsentwicklung in der Steiermark nach Altersgruppen bezirksweise: 1971, 1981 und 1991	BEZ 1981 - 1991
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1991	1/1992
Die Alterungswelle in der Steiermark	1/1992
Vornamenstatistik: Österreich und die Bundesländer bis 1991	2/1992
Natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahr 1991 in der Steiermark: Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen.....	2/1992
Bevölkerungsentwicklung und Bevölkerungsstruktur 1992.....	1/1993
Natürliche Bevölkerungsbewegung im Jahr 1992 in der Steiermark: Geburten, Sterbefälle, Eheschließungen, Ehescheidungen.....	2/1993
„Die Bevölkerung der Steiermark 1527-2030 - Ist eine Schrumpfung im 21. Jahrhundert unvermeidlich?“. Vortrag von Univ. Prof. Dr. Rainer Münz bei der Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Steirische Landesstatistik“	1994: Trends und Perspektiven
Vitalstruktur der steirischen Bevölkerung im 20. Jahrhundert	3/1994
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1993 mit Trendbeobachtungen.....	3/1994
Aktuelle Vornamenstatistik	3/1994

Bevölkerung (Fortsetzung)	
Ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark	3/1994
Volkszählung 1991: Steiermark, Ergebnisse II	2/1995
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1994 mit Trendbeobachtungen	4/1995
Volkszählung 1991 - Steiermark Ergebnisse III.....	1/1996
Die steirische Bevölkerung des Jahres 1995	2/1996
Lebensunterhalt, Erwerbsbeteiligung und Beruf	2/1996
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1995 mit Trendbeobachtungen	2/1996
Volkszählung 1991 - Steiermark Ergebnisse IV.....	5/1996
Einwohnererhebung vom 1.1.1997.....	1/1997
Wohnbevölkerung bezirksweise nach Gemeindegrößenklassen, VZ 1981 u. VZ 1991	2/1997
Eheschließungen, Ehescheidungen, Lebendgeborene, Gestorbene nach Steirischen Bezirken, 1981 bis 1995	2/1997
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1996 mit Trendbeobachtungen	3/1997
Vornamenstatistik 1996.....	3/1997
Die steirische Bevölkerung des Jahres 1996	4/1997
Einwohnererhebung vom 1.1.1998.....	1/1998
Die steirische Bevölkerung 1997.....	4/1998
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1997 mit Trendbeobachtungen	4/1998
Vornamensstatistik 1997	4/1998
Ausgewählte Maßzahlen für Frauen aus der Volkszählung 1991.....	4/1998
Ageing II, Demographisches Altern in der Steiermark	1/1999
Einwohnererhebung vom 1.1.1999.....	4/1999
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1998 mit Trendbeobachtungen	4/1999
Vornamensstatistik 1998	4/1999
Zusammenleben unter einem Dach: Haushalte, Familien und Wohnungen in der Steiermark von 1800 bis 2050.....	1/2000
Die ausländische Wohnbevölkerung in der Steiermark.....	4/2000
Jugend in der Steiermark	5/2000
Einwohnererhebung vom 1.1.2000.....	6/2000
Natürliche Bevölkerungsbewegung 1999 mit Trendbeobachtungen	6/2000
Regionalprognose Steiermark – Die Bevölkerung von 1999 – 2050.....	2/2001
Einwohnererhebung vom 1.1.2001.....	4/2001
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2000 mit Trendbeobachtungen	4/2001
Kind sein in der Steiermark.....	7/2001
Determinanten für die Geburt eines ersten Kindes in der Steiermark	8/2001
Vornamenstatistik 2000 – Steiermark/Österreich.....	8/2001
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2001 mit Trendbeobachtungen	2/2002
Vornamenstatistik 2001 – Steiermark/Österreich.....	2/2002
Aspekte der Fruchtbarkeit in der Steiermark.....	1/2003
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2002 mit Trendbeobachtungen	3/2003
Vornamenstatistik 2002 – Steiermark/Österreich.....	3/2003
Volkszählung 2001: Steiermark – Ergebnisse I.....	4/2003
Familiengestaltung und Akzeptanz von Maßnahmen in der steirischen Bevölkerung – Kinderwunsch – Kinderzahl und Rahmenbedingungen - Endbericht	5/2003
Familiengestaltung und Akzeptanz von Maßnahmen in der steirischen Bevölkerung – Kinderwunsch – Kinderzahl und Rahmenbedingungen - Tabellenteil.....	6/2003
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2003 mit Trendbeobachtungen	3/2004
Vornamensstatistik 2003 – Steiermark/Österreich	3/2004
ÖROK-Bevölkerungsprognose 2001 – 2031.....	4/2005
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2004 mit Trendbeobachtungen	5/2005
Vornamensstatistik 2004 – Steiermark/Österreich	5/2005
Steiermark – Bevölkerungsstand 1.1.2005	8/2005
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2005 mit Trendbeobachtungen	6/2006
Vornamensstatistik 2005 – Steiermark/Österreich	6/2006
Steiermark – Bevölkerungsstand 1.1.2006	7/2006
Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark	9/2006
Umfrage zum „Steirischen Elternbrief“ – Statistische Auswertung	10/2006
Privathaushalte in der Steiermark – VZ 2001 und Entwicklung 1971-2050	3/2007

Bevölkerung (Fortsetzung)	
Familien in der Steiermark – VZ 2001 und Entwicklung 1971-2050.....	4/2007
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2006 mit Trendbeobachtungen	5/2007
Vornamensstatistik 2006 – Steiermark/Österreich	5/2007
Steiermark – Wohnbevölkerung am 1.1.2007	9/2007
Regionale Bevölkerungsprognosen Steiermark: Gemeindeprognose 2007, ÖROK- Bezirksprognose 2006	11/2007
Religion und Bevölkerungsentwicklung.....	1/2008
100 Jahre Steiermark: Bevölkerungsentwicklung in der Steiermark von 1975 bis 2075 ...	1/2008
Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2005/2006	5/2008
Bildung	
Sozio-statistische Aspekte aus dem Kindergartenwesen, 1831 bis 1988/89.....	4/1989
Kindergärten und Schüler in den steirischen Bezirken, 1981/82 - 1990/91	BEZ 1981 – 1991
Steirische Bildungsstatistik: Kindergärten, Horte, Schulen, Akademien, Hochschulen.....	jährlich
Steirische Bildungsstatistik 1994/95	5/1995
Steirische Bildungsstatistik 1995/96	4/1996
Kindergärten in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96	2/1997
Pflichtschulen in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96.....	2/1997
Berufsbildende höhere Schulen in den steirischen Bezirken 1981/82 - 1995/96.....	2/1997
Steirische Bildungsstatistik 1996/97	6/1997
Steirische Bildungsstatistik 1997/98	5/1998
Steirische Bildungsstatistik 1998/99	8/1999
Steiermark: Sozio-statistische Aspekte aus der Entwicklung des Kindergartenwesens – Aktualisierte Fassung	4/2000
Steirische Bildungsstatistik 1999/2000.....	10/2000
Steirische Bildungsstatistik 2000/2001.....	5/2001
Gesundheit	
Die primärärztliche Versorgung in der Steiermark 1988.....	4/1988
Regionale Häufigkeiten und Konzentrationen von Todesursachen in der Steiermark 1969/73 und 1978/84	2/1990
Todesursachen in der Steiermark, 1969/73 und 1978/84 (alle Todesursachengruppen).....	TOD 1990
Todesursachen (Hauptgruppen) in den steirischen Bezirken, 1969/73 und 1978/84.....	BEZ 1981 – 1991
Todesursachen (Hauptgruppen) in den steirischen Bezirken, 1969/73 und 1978/84.....	2/1997
Todesursachen in der Steiermark 1986 - 1996	4/1998
Die primärärztliche Versorgung in der Steiermark 1988 - 1998	8/1998
Todesursachen in der Steiermark, 1979/84 und 1989/94 (alle Todesursachengruppen).....	2/2000
Körperliche Beeinträchtigungen in der Bevölkerung	12/2000
Niedergelassene Ärzteschaft in der Steiermark	6/2007
Todesursachen in der Steiermark 1986, 1996 und 2006.....	1/2008
Konjunktur und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung	
Konjunkturverlauf (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993.....	in jedem Heft
Regionale Aspekte aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung 1971-1986	2/1989
Beiträge zum Brutto-Inlandsprodukt 1983 bis 1989.....	3/1990
Steueraufkommen, Steiermark bezirksweise, 1982 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Netto-Inlandsprodukt, Steiermark bezirksweise, 1981 bis 1986	BEZ 1981 - 1991
Konjunkturverlauf im 1. Halbjahr 1993	3/1993
„Vom vergangenen, laufenden und künftigen Strukturwandel: Zur Dynamik der Steirischen Wirtschaft“: Vortrag von Univ. Prof. Dr. Gunther Tichy bei der Jubiläumsveranstaltung „100 Jahre Steirische Landesstatistik“	1994: Trends und Perspektiven
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1993	1/1994
Beiträge zum nominellen Brutto-Inlandsprodukt 1983 bis 1992, Neuberechnung.....	1/1995
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1994	1/1995
Konjunkturverlauf im Kalenderjahr 1995	6/1996
Steueraufkommen, Steiermark bezirksweise, 1991 bis 1995	2/1997

Konjunktur und volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Fortsetzung)	
Steuerkraft-Kopfquoten 1996, Land-Bezirke-Gemeinden.....	2/1998
Wirtschaft und Konjunktur 1997.....	7/1998
„Eine ökonomische Analyse des Strukturwandels der steirischen Wirtschaft“: Endbericht von Univ.-Prof. Dr. J. Göllés, Dr. M. Hussain, Joanneum Research, Gefördert vom Jubiläumsfond der Österr. Nationalbank (Projekt NR. 6495).....	7/1998
Steuerkraft-Kopfquoten 1997, Land-Bezirke-Gemeinden.....	8/1998
Wirtschaft und Konjunktur 1998.....	6/1999
Steuerkraft-Kopfquoten 1998, Land-Bezirke-Gemeinden.....	6/1999
Wirtschaft und Konjunktur 1999.....	13/2000
Steuerkraft-Kopfquoten, Land-Bezirke-Gemeinden 1999.....	13/2000
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2000.....	9/2001
Wirtschaft und Konjunktur 2000.....	10/2001
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2001.....	5/2002
Wirtschaft und Konjunktur 2001/02.....	7/2002
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2002.....	9/2003
Wirtschaft und Konjunktur 2002/03.....	2/2004
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2003.....	5/2004
Wirtschaft und Konjunktur 2003/04.....	3/2005
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2004.....	9/2005
Wirtschaft und Konjunktur 2004/05.....	5/2006
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2005.....	11/2006
Wirtschaft und Konjunktur 2005/06.....	7/2007
Steuerkraft-Kopfquoten Land-Bezirke-Gemeinden 2006.....	10/2007
Land- und Forstwirtschaft	
Globale Daten (Quartalsergebnisse) bis einschl. 1/1993.....	in jedem Heft
Die land- und forstwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur im Jahr 1980.....	2/1985
Ergebnisse aus der land- und forstwirtschaftlichen Betriebszählung 1990.....	3/1992
Sonderpublikationen	
Landtagswahlstatistik 1981.....	1982
Landtagswahlstatistik 1986.....	1987
Kleine Steiermark Datei ab 1990.....	jährlich
Landtagswahlstatistik 1991.....	1991
Landesstatistik im Wandel der Zeit und des Umfeldes.....	2/1993
100 Jahre Steirische Landesstatistik, Trends und Perspektiven.....	1994
Landtagswahl 1995, Erstausswertung.....	1995
Landtagswahlstatistik 1995, Dokumentation.....	1996
Bezirksindikatoren und Bezirksübersichten 1981 - 1995.....	2/1997
110 Jahre Landesstatistik Steiermark.....	8/2003
Tourismus	
Sommerhalbjahre bis einschließlich SHJ 1986.....	Heft 1 / lfd Jahrgang
Winterhalbjahre bis einschließlich WHJ 1986/87.....	Heft 3 / lfd Jahrgang
Sommerhalbjahr 1987.....	4/1987
Winterhalbjahr 1987/88.....	2/1988
Sommerhalbjahr 1988.....	4/1988
Winterhalbjahr 1988/89.....	2/1989
Sommerhalbjahr 1989.....	3/1989
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1979 bis 1989.....	T 1988/89
Winterhalbjahr 1989/90 (Kurzfassung).....	2/1990
Winterhalbjahr 1989/90.....	3/1990
Sommerhalbjahr 1990.....	4/1990
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1990.....	1/1991
Winterhalbjahr 1990/91 (Kurzfassung).....	2/1991
Winterhalbjahr 1990/91 mit Wirtschaftsindikatoren.....	3/1991
Sommerhalbjahr 1991 und Fremdenverkehrsyear 1990/91.....	4/1991
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1991.....	1/1992
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1981 bis 1991.....	BEZ 1981 - 1991
Winterhalbjahr 1991/92.....	2/1992
Nächtigungszahlen nach Betriebsgruppen und Bezirken, WHJ 1980-1991.....	2/1992

Tourismus (Fortsetzung)	
Bettenbestandsstatistik - Zeitreihenübersicht , WHJ 1980-1991	2/1992
Sommerhalbjahr 1992 und Fremdenverkehrsjahr 1991/92.....	4/1992
Bettenbestandsstatistik - Zeitreihenübersicht , SHJ 1980-1990.....	4/1992
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1992	1/1993
Winterhalbjahr 1992/93.....	2/1993
Sommerhalbjahr 1993	1994
Trends und regionale Tourismusindikatoren 1993	1/1994
Winterhalbjahr 1993/94.....	2/1994
Sommerhalbjahr 1994 und Fremdenverkehrsjahr 1993/94.....	4/1994
Statistische Analyse des Fremdenverkehrs für den Bezirk Liezen	1/1995
Tourismuswirtschaft 1994 im Bundesländervergleich	1/1995
Winterhalbjahr 1994/95.....	3/1995
Sommerhalbjahr 1995 und Fremdenverkehrsjahr 1994/95.....	6/1995
Winterhalbjahr 1995/96.....	3/1996
Tourismuswirtschaft 1995 im Bundesländervergleich	6/1996
Thermenbericht	6/1996
Sommerhalbjahr 1996 und Fremdenverkehrsjahr 1995/96.....	7/1996
Steirischer Tourismus, bezirkweise, 1981 bis 1995	2/1997
Tourismuswirtschaft 1997 im Bundesländervergleich	4/1997
Winterhalbjahr 1996/97.....	5/1997
Sommerhalbjahr 1997 und Fremdenverkehrsjahr 1996/97.....	7/1997
Tourismuswirtschaft 1997 im Bundesländervergleich	2/1998
Tourismus in alpinen Schigebieten.....	2/1998
Winterhalbjahr 1997/98.....	2/1999
Sommerhalbjahr 1998	3/1999
Winterhalbjahr 1998/99.....	7/1999
Sommerhalbjahr 1999 mit Gastbeitrag: Konzepte und Trends in der Tourismusstatistik auf nationaler und internationaler Ebene.....	3/2000
Winterhalbjahr 1999/2000.....	7/2000
Sommerhalbjahr 2000	1/2001
Wintertourismus 2001	6/2001
Sommertourismus 2001.....	9/2001
Wintertourismus 2001/2002.....	4/2002
Sommertourismus 2002.....	2/2003
Wintertourismus 2003	7/2003
Thermenbericht 2003.....	7/2003
Tourismusstudie Liezen.....	7/2003
Sommertourismus 2003.....	2/2004
Wintertourismus 2004	4/2004
Sommertourismus 2004.....	2/2005
Wintertourismus 2005	11/2005
Sommertourismus 2005.....	2/2006
Wintertourismus 2006	8/2006
Sommertourismus 2006.....	2/2007
Wintertourismus 2007	8/2007
Sommertourismus 2007.....	2/2008

Tourismus (Zeitreihenserie)

Ankünfte u. Nächtigungen aller Herkunftsländer in allen Unterkunftsarten, WHJ, SHJ, FVJ, KLJ 1980 –1989.....	9/1999
Ankünfte u. Nächtigungen aller Herkunftsländer in allen Unterkunftsarten, WHJ, SHJ, FVJ, KLJ 1989 –1999.....	10/1999

Unfallgeschehen, Straßenverkehr

Straßenverkehrsunfälle, globale Daten (Quartalsergebnisse) bis I. Qu.1989	in jedem Heft
Alpinunfälle, 1985 und 1986.....	1/1987
Straßenverkehrsunfälle im Kalenderjahr 1988 nach Unfallursachen	3/1989
Unfallbilanz auf den steirischen Straßen im Jahr 1989	2/1990
Unfallbilanz auf den steirischen Straßen im Jahr 1990	2/1991
Strukturen und Dimensionen im Unfallgeschehen 1989 (Mikrozensus).....	4/1991

Unfallgeschehen (Fortsetzung)	
Steiermark bezirkweise: Kfz-Neuzulassungen, Kfz-Bestand, Kfz-Dichte, Unfälle, Verunglückte, 1981 bis 1991	BEZ 1981 -1991
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1992.....	3/1993
Verlauf des Unfallgeschehens seit dem Zweiten Weltkrieg und Kfz-Best.....	5/1994
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1993.....	5/1994
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1994.....	7/1995
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1995.....	8/1996
Steiermark bezirkweise: Kfz-Neuzulassungen, Kfz-Bestand, Kfz-Dichte, 1981 bis 1995	2/1997
Steiermark bezirkweise: Unfälle, Verunglückte, 1981 bis 1995.....	2/1997
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1996.....	8/1997
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1997.....	6/1998
Unfallgeschehen im Straßenverkehr 1998.....	11/1999
Steiermark – Motorisierung im 20. Jahrhundert.....	11/1999
Straßenverkehr 1999, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 1999	12/2000
Unfallgeschehen im Privatbereich, Freizeit, Sport	12/2000
Straßenverkehr 2000, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2000	6/2001
Straßenverkehr 2001, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2001	4/2002
Straßenverkehr 2002, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2002	10/2003
Straßenverkehr 2003, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2003	4/2004
Straßenverkehr 2004, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2004	11/2005
Straßenverkehr 2005, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2005	8/2006
Straßenverkehr 2006, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2006	8/2007
Straßenverkehr 2007, KFZ-Bestand, Unfallgeschehen 2007	4/2008
Wahlen	
bis 1999 siehe unter Sonderpublikationen	
Landtagswahl 2000, Erstausswertung	8/2000
Landtagswahl 2000, Dokumentation	11/2000
Landtagswahl 2005, Erstausswertung	7/2005
Landtagswahl 2005, Dokumentation	10/2005
Wohnbau	
Wohnbaustatistik 1987	1/1989
Wohnbaustatistik 1988	3/1989
Wohnbaustatistik 1989	3/1990
Wohnbaustatistik 1990 mit vorläufigen Ergebnissen der Häuser- u. Wohnungszählung 1991.....	3/1991
Häuser- u. Wohnungszählung 1991, Hauptergebnisse	3/1992
Wohnbaustatistik 1991 mit Bezirksergebnissen	3/1992
Wohnbau, Steiermark bezirkweise, 1981 bis 1991	BEZ 1981 - 1991
Wohnbaustatistik 1992 mit Bezirksergebnissen	3/1993
Häuser- und Wohnungszählung 1991, Steiermark	1994
Wohnbaustatistik 1993 mit Bezirksergebnissen	5/1994
Wohnbaustatistik 1994	7/1995
Wohnbaustatistik 1995	8/1996
Wohnbau, Steiermark bezirkweise, 1981 bis 1995	2/1997
Wohnbaustatistik 1996	8/1997
Wohnbaustatistik 1997	6/1998
Wohnbaustatistik 1998	6/1999
Wohnbaustatistik 1999	13/2000
Wohnbaustatistik 2000	10/2001
Wohnbaustatistik 2001	7/2002
Wohnbaustatistik 2002	10/2003